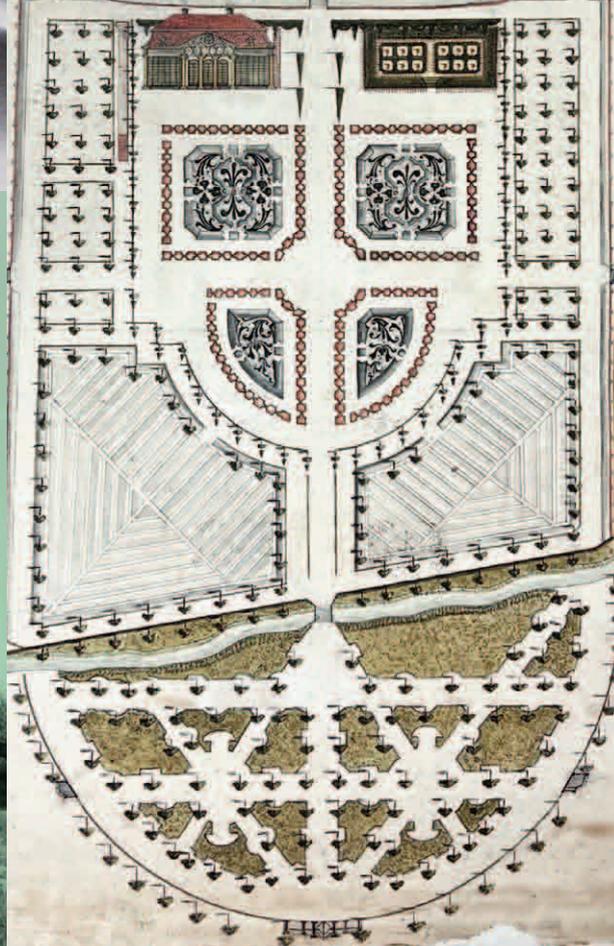
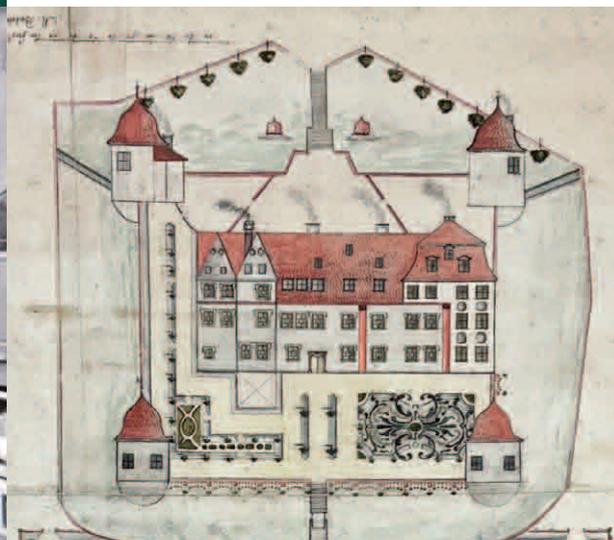


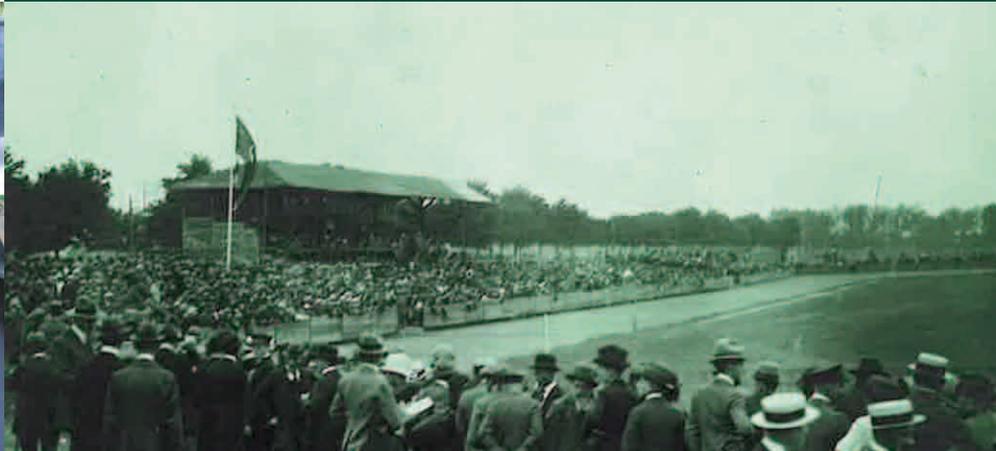
Archive in Sachsen-Anhalt

2024



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Inneres und Sport



Abbildungen oben links:

- Besucher am Stand des Landesarchivs auf dem Sachsen-Anhalt-Tag 2024 in Stendal (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)
- Archivalienschau zum Tag der Archive 2024 im Magdeburger Lesesaal des Landesarchivs (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)
- Präsentation einer frühneuzeitlichen Ahnentafel (Foto: M. Giffey)

Abbildungen oben rechts:

- Ansicht einer frühen Fußballspielstätte des Magdeburger Fußball- und Cricket-Club Victoria auf dem Kleinen Cracauer Anger (Foto: Sammlung Uhl)
- Die Urkunden U 1, XIX Nr. 3 und U 8, C Nr. 167 wurden 2024 von Herrn Dr. Kühnrich dem Landesarchiv als Schenkung übergeben.

Inhaltsverzeichnis

Ein Archiv für alle	4
Salinengeschichte als Landesgeschichte	6
Mehr als das Salz in der Suppe	10
Quellen zur wirtschaftlichen Aktivität des Adels	15
Die Gutsüberlieferung im Landesarchiv Sachsen-Anhalt	18
Karten, Risse und Pläne aus dem Bereich des Mansfelder Bergbaus	22
Infrastrukturen der Erinnerung	25
Forschungen im Landesarchiv	28
Zur Datierung von D O I. 50 – Magdeburg, 5. Oktober 950?	29
Quellen zur Pfälzer Kolonie	32
Das Schloss in Ballenstedt	34
Die Stiftung Dauerwald Bärenthoren	36
Frauen in der kommunalen Politik, 1893–1933	38
Medizinische Versorgung in den Jugendhäusern im Bezirk Halle	40
Eine Kleinbahn für den Kreis Jerichow I	42
Verräumt und (fast) vergessen?	44
Rückkehr Anhaltischer Akten zum Westfälischen Frieden	46
Quellen zu Gustav Adolf Dippe und der Gebrüder Dippe AG	48
Der Nachlass der Elisabeth Gräfin von Werthern	50
Übernahme des Familienarchivs der Familie (von) Volkmann	52
Neue Forschungsgrundlage zur DDR-Heimerziehung	54
Elektronisches Landesarchiv Sachsen-Anhalt (E-LASA)	57
Einstieg in die Archivierung von Geobasisdaten	60
Auf dem (langen) Weg zu einem Standard	62
Ehrenamtliche Unterstützung im Landesarchiv	64
Bibliothek des Landesarchivs im 21. Jahrhundert angekommen!	67
Sinti und Roma in Sachsen-Anhalt	69
Der Tag der Archive 2024 im Landesarchiv	72
„Football is coming to the Landesarchiv“	74
Die lokale Lebenswelt im Zentrum	76
Vom Dachboden ins Archiv	80
Kursangebote des Landesarchivs im Jahr 2024	82
Die Arbeit der Beratungsstelle Bestandserhaltung Sachsen-Anhalt 2023–2024	84
Workshop Entsäuerung und Kaltlagerung	86
Landesarchivtag Sachsen-Anhalt 2024 in Dessau-Roßlau	88
Bestandsaufnahme der Situation der Kommunalarchive in Sachsen-Anhalt im Jahr 2024	91
Das Landesarchiv 2024: Rückblick und Ausblick	93
Statistik 2023	97
Landesarchiv Sachsen-Anhalt: Standorte / Impressum	98
QuellenNAH	99

Abbildungen Außenumschlag vorne (linke Spalte):

- Aufnahme aus der Fotodokumentation der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) Magdeburg zum Europapokalspiel am 6. November 1974 (LASA, M 24, Nr. 584 Foto 06)
- Die überschwemmte Innenstadt von Staßfurt im Bode-Hochwasser am 17.04.1994 (Foto: Christian Bedeschinski) (LASA, E 252, Nr. 4)

- Die Glesiemer Mühle im Jahr 1977 (Foto: Herbert Riedel) (LASA, E 247, Nr. 500)

Abbildungen Außenumschlag vorne (rechte Spalte):

- Gartenplan Schloss Eythra, 18. Jh. (LASA, H 1 Herrschaftsarchiv Beichlingen)



Ein Archiv für alle



Das Landesarchiv auf dem Sachsen-Anhalt-Tag 2024 in Stendal (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Unter dem Motto **Ein Archiv für alle** feierte das Landesarchiv Sachsen-Anhalt 2023 ein dreifaches Jubiläum, das wir in der vorangegangenen Ausgabe gewürdigt haben. Unser zum Jubiläum plakativ formuliertes Selbstverständnis bestimmte auch das Jahr 2024: Als ein öffentlichkeitswirksamer Höhepunkt verdient die Beteiligung am Sachsen-Anhalt-Tag in Stendal Beachtung. In der Themenstraße **Weltoffenes Sachsen-Anhalt** konnten wir uns an drei Sommertagen mit unseren Angeboten vorstellen und aus anregenden Gesprächen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern Außenwahrnehmungen wie Erwartungshaltungen mitnehmen.

Das vorliegende siebente Heft der **Archive in Sachsen-Anhalt** möchte erneut über ausgewählte Arbeitsschwerpunkte informieren. Mit der getroffenen Auswahl wollen wir die kontinuierliche Neuausrichtung eines bürger- und forschungsorientierten Informationsdienstleisters und Hauses der Geschichte illustrieren.

In den zehn Jahren seit der Freischaltung des Archivportals D auf dem Deutschen Archivtag 2014 in Magdeburg hat das Landesarchiv seine Online-Angebote systematisch ausgebaut und wird diesen Weg sukzessive fortsetzen. Der 2015 vollzogene archivgesetzliche Paradigmenwechsel zum „Jedermannsrecht“ der Benutzung hat Archivbenutzenden neue Freiräume in der Ausgestaltung ihrer Themen verschafft. Hinter den in der jährlichen Statistik erfassten Benutzungen verbirgt sich ein breites Spektrum von Forschungsinteressen und Benutzungsanlässen, auf das wir jetzt erstmals verstärkte Aufmerksamkeit richten wollen. Die neue Rubrik **Forschungen im Landesarchiv** umfasst zum Einstieg sieben Beiträge, die von der Datierung einer Ottonenurkunde aus dem 10. Jahrhundert über Kommunalpolitikerinnen in den Jahren 1893–1993 bis zur medizinischen Versorgung in den Jugendhäusern im DDR-Bezirk Halle reichen. In den nächsten Heften werden wir diese Reihe fortsetzen und laden alle Benutzenden zur Vorstellung laufender oder abgeschlossener Projekte ein.

Die **Archive in Sachsen-Anhalt** sollen auch künftig nicht alleine über die Arbeit des Landesarchivs informieren, sondern (wie bereits 2018 formuliert) zugleich anderen interessierten Archiven in Sachsen-Anhalt als Forum dienen, „um eigene wie gemeinsame Arbeitsschwerpunkte vorzustellen“ – diese Einladung gilt unverändert auch für die nächsten Hefte. Im vorliegenden Heft finden sich Beiträge zum diesjährigen Landesarchivtag sowie zur Arbeit der Beratungsstelle Bestandserhaltung.

Aus dem Landesarchiv berichten wir erneut über ein breit angelegtes Erschließungs- und Digitalisierungsprojekt zur Mansfeld-Überlieferung.

Aber auch die Rückführung zweier seit acht Jahrzehnten verschollener Urkunden und einer verloren geglaubten Akte aus dem Jahr 1646 sowie Bestandsergänzungen und -erschließungen verdienen Beachtung: Das Spektrum reicht von einem wichtigen Quedlinburger Samen- und Pflanzenzuchtbetrieb über das Familienarchiv Volkmann und den Nachlass der Elisabeth von Werthern bis hin zum Spezialkinderheim Pretzsch.

Aktuelle fachliche Entwicklungen und strategische Überlegungen thematisieren eine Zwischenbilanz des Elektronischen Landesarchivs (E-LASA) und Beiträge zur Verbundintegration unserer Dienstbibliothek, zur standardisierten Archivierung elektronischer Verfahrensakten der Justiz und zum Einstieg in die Archivierung von Geobasisdaten.

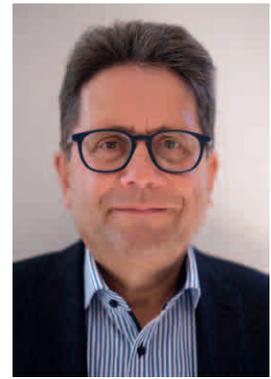
Das Landesarchiv hat als **Ein Archiv für alle** auch 2024 seine Projekte zur historischen Bildungsarbeit fortgesetzt – das neue **QuellenNAH**-Heft zur Geschichte der Sinti und Roma in Sachsen-Anhalt wurde methodisch noch einmal weiterentwickelt und hat zugleich unsere archivarische Sensibilisierung verstärkt. Aus dem breiten Spektrum unserer Öffentlichkeitsarbeit stellen wir in diesem Heft beispielsweise eine fußballhistorische Veranstaltungsreihe in Magdeburg und die breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit in Merseburg vor.

Den Mitwirkenden am vorliegenden Heft der **Archive in Sachsen-Anhalt** danke ich für ihre Beiträge.

Ein herzliches Dankeschön gebührt allen Kolleginnen und Kollegen im Landesarchiv Sachsen-Anhalt für ihre engagierte und erfolgreiche Arbeit im Jahr 2024.

Den Leser*innen dieses Heftes wünsche ich anregende Einblicke nicht nur in unsere archivische Arbeit und fachlichen Herausforderungen, sondern vor allem auch in Benutzungen und Forschungsvorhaben. Die **Archive in Sachsen-Anhalt** richten sich gleichermaßen an eine facharchivarische wie an eine wissenschaftliche Öffentlichkeit und möchten zugleich Interessierte ansprechen, die bisher wenig archivische Berührungspunkte hatten. Ich hoffe, dass die Lektüre Ihnen Anregungen für eigene Benut-

zungs- und Forschungsperspektiven verschafft oder zumindest eine Vorstellung davon vermittelt, welche Bedeutung Archive als historisches Gedächtnis der Gesellschaft auch zukünftig haben. Zur Benutzung unserer Bestände und zum Besuch unserer Veranstaltungen sind Sie auch 2025 herzlich eingeladen!



Dr. Detlev Heiden
Leiter des Landesarchivs Sachsen-Anhalt

Landesarchiv und Landesgeschichte

Ein intensiveres Miteinander von Landesgeschichte und Archiven sollte Ende 2023 ein vom Landesarchiv gemeinsam mit dem Institut für Landesgeschichte (Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie) veranstalteter Workshop über **Wirtschaftsgeschichte im Fokus** befördern. Dass dieser Workshop wirtschaftsgeschichtliche Quellen wie Themen in den Vordergrund rückte, hängt eng mit einem singulären Zuwachs archivischer Überlieferung zusammen: In den Jahren nach der Friedlichen Revolution wurde innerhalb kürzester Zeit das Erbe eines gescheiterten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems übernommen.

Das Landesarchiv lernte mit diesem Workshop landesgeschichtliche Fragestellungen, Erkenntnisinteressen und Erwartungshaltungen an die Aufarbeitung wie Bereitstellung der Quellen besser kennen und konnte zugleich über Nutzungs- und Erschließungsperspektiven seiner Bestände informieren. Die Ergebnisse dieses Diskurses fließen auch in die Prioritätensetzungen unserer archivischen Arbeit ein.

Aus dem thematischen Spektrum der acht Workshop-Tandems veröffentlichten wir in diesem Heft sechs von 16 Beiträgen. Die städtischen Rechnungsquellen der Vormoderne, die Amts(erb)bücher der Frühen Neuzeit, die Treuhandarchivalien und die Industriefotografie mussten unberücksichtigt bleiben.

Landesgeschichte wie Wirtschaftsgeschichte sind ohne archivische Quellen kaum vorstellbar – und diese Quellen werden trotz aller forciert ausgebauten Portalangebote auch mittelfristig nur in einer von den sogenannten Rückgratbeständen ausgehenden Auswahl digital verfügbar sein.

Auch wenn sich die Digitalisierung archivischer Benutzung mit bemerkenswerter Selbstverständlichkeit etabliert hat und die Demokratisierung der Benutzung durch qualifizierte Onlineangebote ebenso auf der Agenda steht wie KI-Unterstützung bei der nutzerorientierten Zugänglichmachung der archivierten historischen Quellen, erfordert wissenschaftliche Landesgeschichte auch zukünftig Lesesaalbesuche und das Begreifen der Originale.



Wirtschaftsgeschichte im Fokus

Perspektiven der Zusammenarbeit
zwischen Landesgeschichte und Archiven

Workshop, 16./17. November 2023 in Magdeburg





Salinengeschichte als Landesgeschichte

Beobachtungen zu Überlieferungen und Forschungsmöglichkeiten für die Frühe Neuzeit

Gradierwerk in Bad Kösen – hier wurde die Salzkonzentration in der Sole vor dem Versieden erhöht. (Foto: M. Hecht)

Salz und dessen Gewinnung spielte in Mittelalter und Früher Neuzeit eine zentrale wirtschaftliche und soziale Rolle. Die aus der Verwaltung und Organisation der Salinen hervorgegangenen Unterlagen eröffnen deswegen ein breites Spektrum an Forschungsmöglichkeiten.

Im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit besaß Salz – im Gegensatz zum billigen Massengut der Gegenwart – als Konservierungsmittel und Handelsprodukt eine große materielle wie immaterielle Bedeutung und konnte daher in hohem Maße die regionale wirtschaftliche Struktur sowie städtisches Selbstverständnis prägen. Für die Salzgewinnung kamen verschiedene Verfahren zum Einsatz, wobei in Deutschland am verbreitetsten die Versiedung von Sole war, die aufgrund besonderer geologischer Bedingungen aus Brunnen geschöpft werden konnte.

Salzstädte in Sachsen-Anhalt

Für Städte mit solchen Salinen hat die Forschung den urbanen Sondertyp der Salzstadt konturiert. Diese unterscheidet sich von anderen Typen dadurch, dass meist die Landesherren über besitz-, lehn- oder regalrechtliche Ansprüche an der Saline einen größeren Einfluss auf die Kommune nehmen konnten und dass sich im Salinenbezirk eigene Rechtsstrukturen manifestierten. Auch sozialgeschichtlich zeitigte das „weiße Gold“ besondere Entwicklungen, darunter fällt die Entstehung einer Salzarbeiterschaft, die für die körperlich schwere Tätigkeit zuständig und oft

in speziellen Gilden zusammengeschlossen war; so dann die Herausbildung einer besonderen Form von städtischer Oberschicht, die sich aus denjenigen Familien rekrutierte, welche die Salzgewinnungsrechte in ihren Händen monopolisiert hatten. Denn profitieren von der Salzherstellung konnte nicht jeder Bürger. In der Regel bildeten sich Personalgenossenschaften, die sogenannten Pfännerschaften, welche den Siedebetrieb organisierten und die finanziellen Erträge aus dem Salzverkauf abschöpften. Um Pfänner zu werden, brauchte man einen bestimmten Anteil an der Saline, den man vererbt, verkauft oder verliehen bekam, den Besitz oder die Pacht eines Siedehauses sowie ein bestimmtes ständisches Renommée.

Sachsen-Anhalt ist eine Region, in der zahlreiche wichtige Salzwerke zu finden sind. Im äußersten Süden müssen die Salinen in Bad Kösen, in Bad Dürrenberg und im – heute thüringischen – Artern genannt werden, die allesamt in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter maßgeblicher Beteiligung des kursächsischen Bergrats Johann Gottfried Borlach reorganisiert oder neu errichtet wurden. In allen drei Städten zeugen noch heute beeindruckende Relikte von der vom Siedebetrieb geprägten Vergangenheit.

Forschungsperspektiven

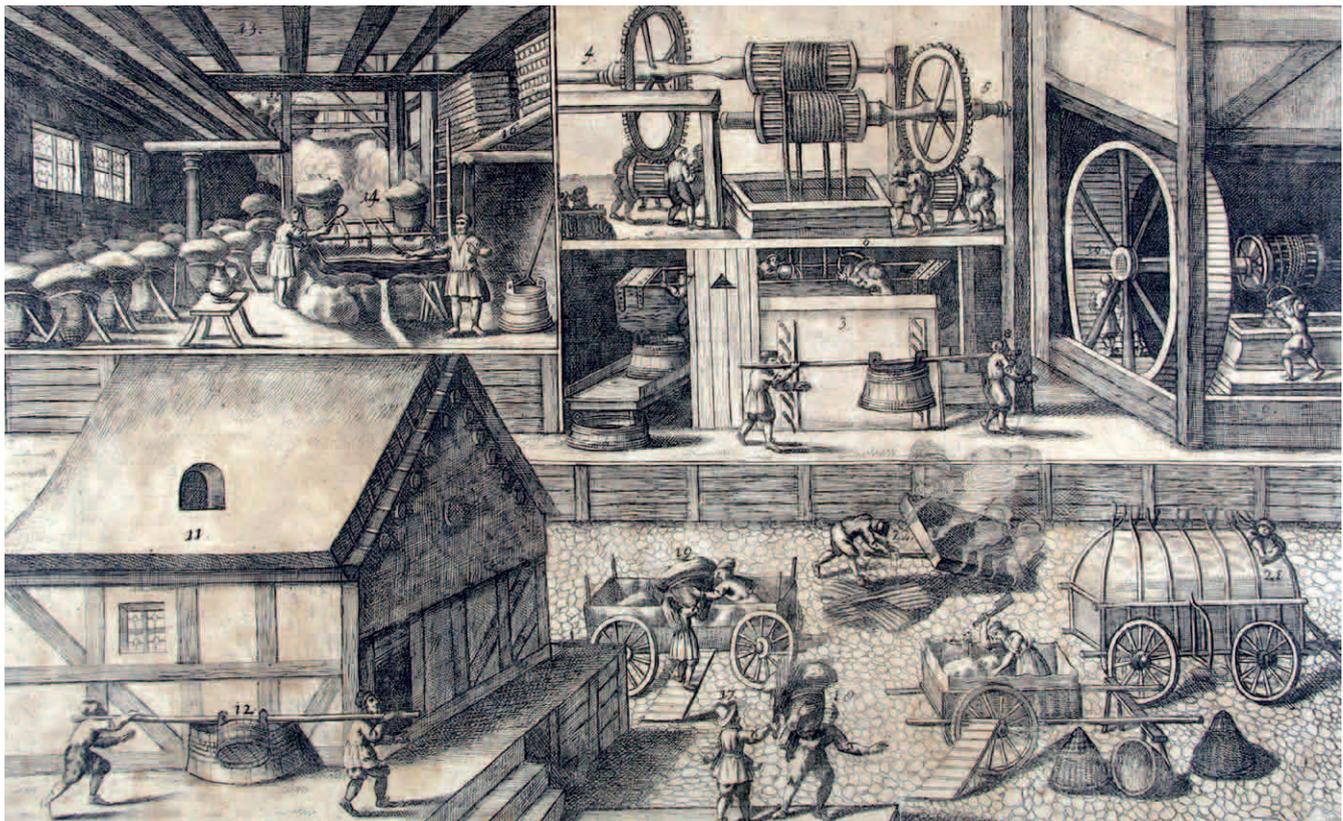
Rar sind hingegen geschichtswissenschaftliche Studien aus jüngerer Zeit. Es wäre beispielsweise noch zu untersuchen, wie die sächsische Salinenreorganisation in eine neu akzentuierte Wirtschafts- und Merkantilpolitik seit den 1720er Jahren eingebunden war. Eine solche Fragestellung fordert zudem einen Vergleich mit parallelen Entwicklungen in den benachbarten preußischen Salinen heraus. Zu diesen gehörten in unserem Bundesland vor allem Staßfurt und Groß Salze, letzteres heute ein Stadtteil von Schönebeck. Diese Orte, in denen seit dem Hochmittelalter Salzgewinnung bezeugt ist, spielten für die Versorgung des Erzstifts Magdeburg und benachbarter Regionen mit Salz eine wichtige Rolle. Auch in diesen Orten geriet die Salzproduktion im 18. Jahrhundert in den Fokus des preußischen Staates und wurde unter Einbeziehung der territorialen Finanz- und Steuerverwaltung neu organisiert. Bemerkenswert ist zudem ein weiterer Aspekt der Geschichte dieser pfännerschaftlichen Salinen, welcher der genaueren Erforschung harret: Viele der regionalen Adelsfamilien erwarben hier seit dem ausgehenden Mittelalter Salinenanteile, während zugleich bürgerliche Pfänner in einer Form „stillter Aristokratisierung“ allmählich in den Adel überwechselten. Inwiefern das sich daraus speisende altadlige Standesbewusstsein der Pfänner

Folgen für den Salinenbetrieb und für die kommunale Organisation dieser Salzstädte besaß, bliebe zu untersuchen. Sowohl für die wirtschafts- wie für die sozialgeschichtlichen Erkenntnisinteressen liegen umfangreiche Unterlagen in den Kommunalarchiven und im Landesarchiv bereit.

Das Beispiel der hallischen Pfännerschaft

Das überregional bedeutsamste Salzwerk im heutigen Sachsen-Anhalt war dasjenige in Halle – eigentlich müsste man sogar von zwei Salzwerken sprechen, denn die alte pfännerschaftliche Saline am heutigen Hallmarkt bekam seit dem frühen 18. Jahrhundert Konkurrenz von einer staatlichen, vor den damaligen Toren der Stadt errichteten Saline, in welcher Sole für den fiskalischen Gewinn zu Salz verarbeitet wurde. Die folgenden Ausführungen zu zentralen Quellenserien und ihren Nutzungsmöglichkeiten beschränken sich aus Raumgründen jedoch auf das Salzwerk der hallischen Pfännerschaft. Zum Verständnis ist ein Blick auf dessen frühneuzeitliche Verfassungsstrukturen nötig: Die vier Solebrunnen gehörten zum Grundeigentum des Magdeburger Erzbischofs. Rund ein Viertel der in jedem Brunnen gewonnenen Sole sollte zum landesherrlichen Eigengut gehören; die anderen drei Viertel mussten an andere Personen verliehen werden. Diese Personen, die als Solgutsbesitzer bezeichnet werden, besaßen damit als Lehen spezifische Anteile an der Saline; sie mussten den städtischen Ordnungen gemäß Bürger der Stadt Halle sein.

Darstellung der Arbeitsprozesse in der Saline
(Stich aus Johann Christoph von Dreyhaupts Geschichte der Stadt Halle und des Saalkreises von 1749) (Bildarchiv M. Hecht)



A. **Quintrechnung**
 15
 Davon Kosten, wann eine Pönnigke
 Majst. das Gort Salz ar Saltz,
 wand von sich fundatn und was die,
 gogon von usungelafel profit zu
 jz.

34 Colfa jedes zu 10000 fl. ...
 Geld garnisat, so von solich bis
 dato nur 5000 fl. in ...
 gekommen, ist von Capital ...
 und die Intereser davon ...
 garnisat, um jz. 6800

389 Cost Salt zu ...
 nach ... transportiert
 wird ... 59606

Plus die Interese von ...
 Capital ...

Abb. links: Auszug aus einem Gutachten der Kriegs- und Domänenkammer mit Berechnungen, ob ein staatlicher Ankauf der Saline Groß Salze rentabel sei, 1723 (LASA, A 9, Nr. 158, Bl. 5r)

Quellen zu den Pfännerschaften

Der Besitz an Solgut berechnete die Lehnsinhaber nicht automatisch, die ihnen zustehende Sole zu Salz versieden zu lassen. Um als Pfänner das Siederecht auszuüben, musste man eines der etwa 100 Siedehäuser (Koten) besitzen oder pachten sowie eine Mindestmenge an Solgut zur Verfügung haben. Dadurch war die Zahl der Pfänner stets kleiner als die der Solgutsbesitzer. Eine besondere Gruppe innerhalb der Pfännerschaft bildeten diejenigen Personen, die ihre Sole direkt vom Landesherrn aus dessen Eigengut zur Versiedung überlassen bekamen. Sie wurden als „fürstliche Gnadenpfänner“ bezeichnet. Die Pfännerschaft als Gruppe konstituierte sich jedes Jahr neu. Immer im Dezember fanden sich im Rahmen der feierlichen „Besatzung der Talgüter“ diejenigen Personen auf dem Rathaus ein, die im folgenden Jahr zu pflanwerken beabsichtigten. Gegenüber einer landesfürstlichen Kommission, dem Stadtrat und der Salinenverwaltung musste jeder Pfänner nachweisen, dass er alle Bedingungen zur Wahrnehmung des Siederechts erfüllte. Insbesondere war es nötig, einen „Besatzungszettel“ einzureichen, auf dem genau zu spezifizieren war, in welcher Siedehütte welche Solgüter versotten werden sollten. Die Behördenvertreter hatten zu überprüfen, dass diese Angaben richtig waren.

Auszug aus dem Besatzungsregister des Jahres 1535, hier für die Pfänner Wolfgang Bauße und Alexius Drachstedt (LASA, A 2, Nr. 809, Bl. 2r)

Wolfgangus Bauße & B
 i ...
 ii ...
 iii ...
 Das Ding zum ...
 ...

Alexius Drachstedt & B
 i ...
 ii ...
 iii ...
 Das Ding zum ...
 ...

Ein ...
 ...

Quellen zur Belehnung: Lehntafelabschriften und Lehntafelregistraturen

Die Belehnung mit Solgut war ein feierlicher Akt, der mindestens einmal jährlich auf dem Rathaus in Halle stattfand. Dieses sogenannte Lehntafelhalten war nötig bei Lehnfall, also nach dem Tod des Lehnsherrn oder des Lehnsträgers, aber auch, wenn Solgut durch Kauf an neue Besitzer gelangt war. Die Belehnung nahm der Landesherr allerdings nicht persönlich vor, sondern schickte eine Kommission aus höfischen Amtsträgern zum Rathaus, die in Anwesenheit des Stadtrates und der Repräsentanten der Saline das Lehnszeremoniell vollzog. Im Kontext dieses Aktes wurden schriftliche Aufzeichnungen für alle drei beteiligten Gruppen angefertigt, von denen sich diejenigen für die Salinenverwaltung in großem Umfang im Bestand Db 14 des Landesarchivs erhalten haben. Hervorzuheben sind zum einen die jeweils angefertigten Lehntafelabschriften auf Papier, die lückenlos für die Jahre von 1518 bis 1778 überliefert sind. Mit ihnen lässt sich detailliert rekonstruieren, welche Personen und Familien in welcher Zeit welche Anteile am Salzwerk besaßen. Hinzu kommen die sogenannten Lehntafelregistraturen, die man auch als Belehnungsprotokolle bezeichnen könnte. In ihnen dokumentierte der Borschreiber bei jedem Belehnungstermin die Aushandlungen, so dass sie wichtige Zeugnisse für Kompetenzstreitigkeiten und Belehnungskonflikte darstellen. Erhalten sind umfangreiche Protokollbände für die Zeit von 1518 bis 1694.

	No.	
Schwan/	76	H. Call. D. J. Henderff
Schweinleu/	111	6. Oberb. Joh. Juch. Hagen/ B.
Speerling/	9	Joh. Friedr. von Warth/
Kiebig/	82	Sec. Jacob Baumann/
Einhorn/	87	Johann Reinhold Käufer/
Speerbet/	10	Georg Andreas Becker/
Weniger Zalte/	88	Sec. Carl Heinrich Becker/
Stuar/	56	Sec. Augustus Benhin/
Kanne/	22	1. Lic. Conrad Bertram/
Sutrich/	57	Sec. Georg Deuther/
Guden Brunn/	11	J. H. D. Matthias von Bet/
Elfter/	13	3. Doct. Gottfried Bohse/
Bachofen/	65	Gebrhard Philip Bruner/
Adler/	57	Georg Adam Brunner/
Meerlake/	12	4. Cam. Carl Buchhammer/
Krahe	6	5. Johann Bürger/ C.
Freiheit/	68	Samuel Carpsion/
Hans	66	H. Hof R. D. J. J. Thennig/ D.
Endvogel	32	6. Johann Dannewald/
kerche/	45	Carl von Dieckau/
Widerschrein/	38	Joh. Jerem. Drachstedt/
Holzammer	74	Easpar Heint. Drachstedt/
Mittelweich/	35	7. Joh. Wolrad Drachstedt/
Krone/	5	Michael Frieder. Drachstedt/
Esel/	58	Johann. Dreyßig/
Gülden Kelsch/	72	H. Hof R. D. Heint. Dierfeld/ E.
Direkthahn/	36	1. Christian Heint. Ellenberger/
Engelsburg/	39	D. Ehilian Engelbrecht/
Kreinik/	4	Christlian Erfchel/
Paradisvogel	37	D. Johann von Felde/ F. G.
Zachy/	40	Easpar Glaser/
Kranich/	1	Easpar Friedrich Gräse/
Kaber/	75	8. Conrad Griebel/
laute/	84	9. land R. Samuel Grunickel/
Reischbeil/	94	Samson Grundman/
Hase/	33	Korenth Hahn/

	No.	
Zerfing/	79	Ku. G. S. D. E. Heidenreich/
Meier Zalte/	80	K. u. E. D. Jo. Jac. Heinrich/
Habicht/	101	Stad R. D. Joh. E. Heroldt/
Hahn/	7	Joh. Melchior Hofman/
Schmangheie/	64	Ober Jorim. Georg Hornig/
Zotte/	69	10. D. Joh. Easpar Hummel/ K.
Phöuir/	29	K. D. Friedr. Ernst Knorre/
Eißvogel/	62	11. Lic. Joh. Friedr. Knorre/
Pfau/	96	Lic. Johann Victor König/
Stöckgen/	71	Johann Gottthiff Koss/
Schüssel/	112	Johann Heinrich Koss/
Dieber/	47	12. Johann Leonhard Koss/
Euler/	108	Victor Kraufe/
Wandeltschah/	106	Christoff Kraufe/
Zuch/	14	D. Michael Heinrich Kraut/
Stul/	77	Canem. Christ. Fr. Kraut/
Häselhuhn/	107	Sec. Ludwig Gebrhard Kraut/
Neubaus/	99	Lic. Johann Georg Krulle/
Dohse/	49	Lic. Fried. Wilhelm Krulle/
Grasemücke/	55	Leon Christian Krulle/
Weintraube/	63	Christoff Andr. Kuchmeister/ L.
Kothfährlich/	51	Amtmann Jacob Ludeke/
Kebhurn/	59	Lic. David Johann Ludeke/
Phag/	113	D. Joh. Caspar Ludowiger/
Wage/	67	Bendis Ludowiger/
Hirsch/	110	13. Jonas Fried. Ludowiger/
Weindrusfel/	60	14. Johann David Maetz/
Hammer/	70	Joh. Gottfried Mathesius/
Leuchte/	81	Geb. Cämerrier J. Möschel/
Pfannhaken/	89	Johann Möschel/
Schaf/	28	Cam. Martin Müller/
Kuckuck/	87	Canem. Heint. Otto Mylius/ N.
Dreyßschwalbe/	43	15. D. Arn. Christoff Neefe/
Windmühle/	16	16. W. Joh. Gottfr. Niedner/ O.
Klausel/	2	K. D. Joh. Andreas Ockel/
Amfel/	44	17. Christoff Gottfried Ockel/
Hainler/	18	18. D. Joachim Delhafen/
Strauß/	26	H. Ob. Hoff: D. J. Diezinus/
Pelican/	90	Obristl. Christian Desterling/ P.
Specht/	48	19. Cam. Alexand. Puchbach/ R.
Nachtel	23	Nathem. Melchior Redel/
Nachtigal/	78	Oberb. Carl Andr. Redel/
Weinglas/	41	20. Joh. Andreas Redel/

Besatzungsregister

Als zeremonielles Ereignis besaß „die Besatzung“ viele Ähnlichkeiten mit dem Belehnungsakt der Solgutsbesitzer. Auch sind ähnliche Schriftquellen im Kontext dieser Vorgänge entstanden. Hervorzuheben sind die akkurat in umfangreiche Bände eingetragenen und lückenlos erhaltenen Besatzungsregister aus den Jahren 1518 bis 1718. Ihnen kann entnommen werden, wer in jedem Jahr als Pfänner welche Siedehütte nutzte und welche Solgüter ihm für die Salzherstellung zur Verfügung standen.

Besatzungsprotokolle, Talschossregister und Pfännerrollen

Zudem sind auch hier Besatzungsprotokolle angefertigt worden. Diese Dokumente, die vor allem über Konflikte bei der Zulassung von Pfännern Auskunft geben können, sind allerdings erst ab 1730 lückenlos überliefert. Wer sich lediglich für die Namen der jährlich tätigen Pfänner interessiert, wird für die frühere Zeit am bequemsten in den Talschossregistern fündig werden. Diese existieren für die Jahre ab 1518 und führen summarisch auf, welchen Steuerbetrag jeder Pfänner abführen musste. Ebenfalls der Erleichterung der Steuererhebung diene offenbar die Anfertigung der sogenannten Pfännerrollen. Dabei handelt es sich um gedruckte Pfännerlisten, die jedes Jahr mit Angabe der Namen und der zugehörigen Siedehütten neu hergestellt wurden und für den Zeitraum von 1643 bis 1774 überliefert sind.

Breite Auswertungsmöglichkeiten der Salinenquellen

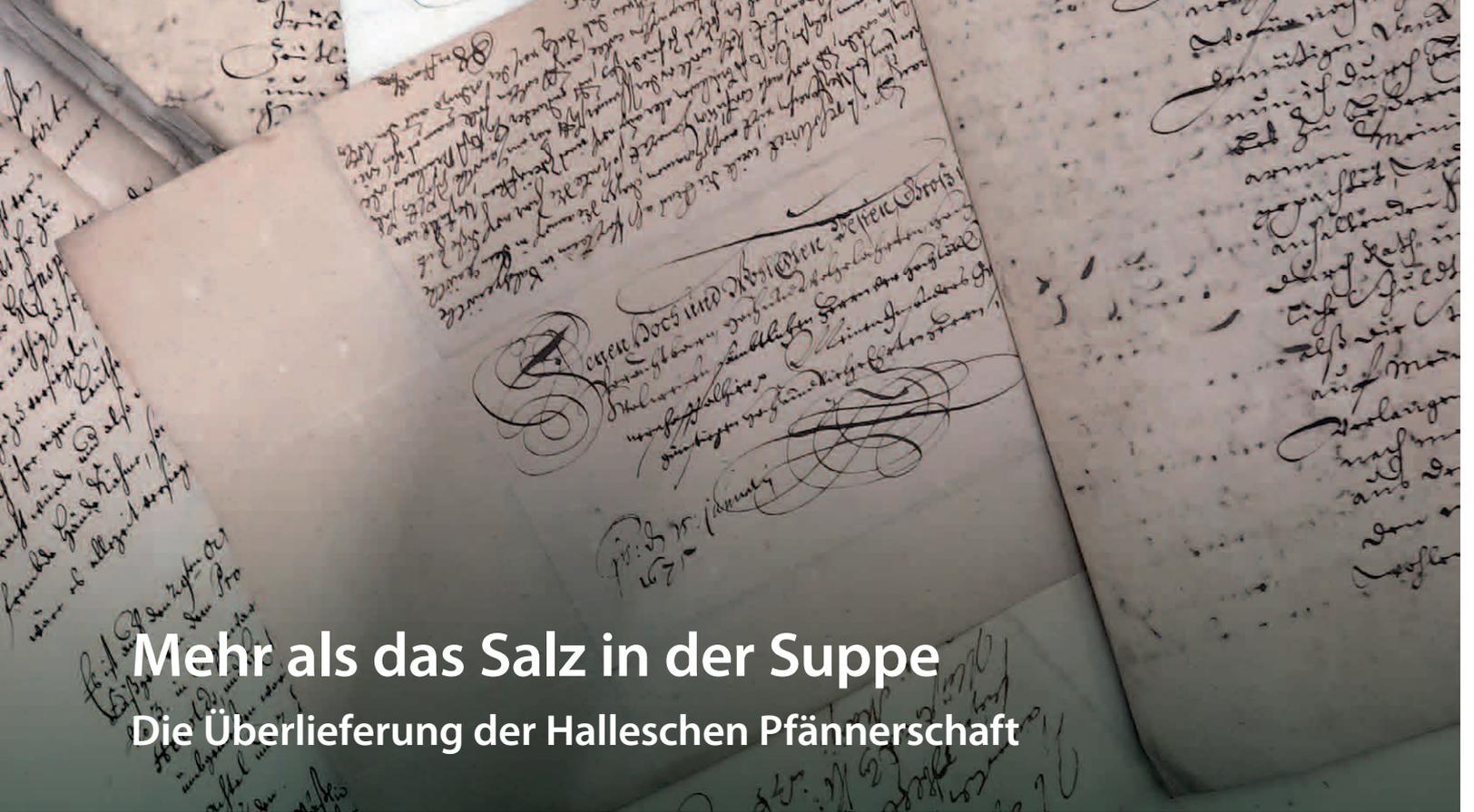
Insgesamt lässt sich also für die hallische Saline der Frühen Neuzeit eine Vielzahl personenbezogener, serieller Quellen nachweisen, wobei neben den hier aufgeführten Serien noch weitere zu nennen wären (etwa auch Talhandelsbücher, Armenbeutelrechnungen und anderes mehr). Damit verbinden sich diverse Auswertungspotentiale. An dieser Stelle seien nur recht allgemein drei Bereiche angeführt: Erstens stellen die Salinenquellen eine wahre Fundgrube für biografische, prosopografische und genealogische Interessen dar. Da sich für jedes einzelne Jahr die aktuellen Solgutsbesitzer und Pfänner namentlich ermitteln und mit anderen Personalverzeichnissen (etwa den Mitgliederlisten des Stadtrats) abgleichen lassen, kann in großer Tiefenschärfe zudem die Entwicklung der hallischen Eliten nachverfolgt werden. Zweitens lassen sich die Salinenakten für Fragen zur regionalen Wirtschaftsgeschichte gewinnbringend heranziehen. So ließe sich anhand des Solgutsbesitzes für einzelne

Gedruckte Pfännerrolle für das Jahr 1680 mit Angabe des Namens und der Nummer der Siederhütten sowie den dazugehörigen Namen der Pfänner (LASA, Db 14, A IV Nr. 2, Bl. 74)

Familien ermitteln, wie sich ihre ökonomische Potenz und ihr Stellenwert im städtischen Wirtschaftsleben veränderten. Die zahlreichen Solgutsverkäufe und die in den Besatzungsunterlagen dokumentierten Verpachtungen an die Pfänner können in Bezug auf Handelsverbindungen und ökonomische Netzwerke analysiert werden. Dabei sind auch quantifizierende Forschungen möglich. Drittens schließlich eignen sich die vorgestellten Quellen zur Beantwortung von Fragen aus dem Bereich der Verfassungs- und Kulturgeschichte. Mit dem exakten Blick auf Belehnung und Besatzung kommen zentrale Elemente der politischen Ordnung Halles in den Fokus. Die Akte dienten der regelmäßigen rituellen Inszenierung eines Herrschaftsmodells, das auf ein konsensuales Miteinander von Landesfürst, Stadtrat und Salinenverwaltung setzte. Zugleich kommen in den Protokollen auch die Auseinandersetzungen und damit die Bruchstellen des Ordnungsmodells zum Ausdruck.

Michael Hecht

(Institut für Landesgeschichte am Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt)



Mehr als das Salz in der Suppe

Die Überlieferung der Halleschen Pfännerschaft

Einblick in das unverzeichnete Material, ohne Datum (LASA, F 1, unsigniert)

Das Fundament der Stadt Halle ist auf Salz gebaut. Die Geschichte der Saalestadt ist untrennbar mit der Salzförderung und dem Salzhandel verbunden. In der Abteilung Merseburg wird der Bestand F 1 – Hallesche Pfännerschaft verwahrt, welcher deren Geschichte über mehrere Jahrhunderte dokumentiert.

Die Hallesche Pfännerschaft – von der Frühen Neuzeit bis zum Jahr 1964

Die wichtigste Zäsur des 18. Jahrhunderts für die Hallesche Pfännerschaft stellte das Jahr 1721 dar. In diesem Jahr gründete König Friedrich Wilhelm I. die Königlich-Preußische Saline auf der später hier nach benannten Salineninsel. Die Forcierung von wirtschaftlich effizienten und modernen Technologien durch das preußische Königshaus in den herrschaftlichen Salinen in Halle, Schönebeck und Bad Dürrenberg stand in einer starken Diskrepanz zur traditionellen Arbeitsweise der Halleschen Pfännerschaft. Der hieraus resultierende wirtschaftliche Druck stieg kontinuierlich. Nur durch langwierige Verhandlungen mit der preußischen Regierung konnte im Jahr 1868 ein Kompromiss erzielt werden. Für den Verzicht auf gewisse Handelsprivilegien erhielt die Hallesche Pfännerschaft die königliche Saline und verschiedene Braunkohlefelder in Zscherben.

Fast zeitgleich vollzog die Hallesche Pfännerschaft auch einen internen Strukturwandel. Verschiedene Gewerkschaften schlossen sich zur ‚Consolidirten Halleschen Pfännerschaft‘ zusammen und verschlankten somit die innere Verwaltung zugunsten der Etablierung von modernen Förder- und Siedetechniken.

Hierdurch wurde der Grundstein für die wirtschaftliche Expansion des Unternehmens gelegt. Im Jahr 1906 erwarb man in Senftenberg (Niederlausitz) das Braunkohlenbergwerk ‚Friedrich Ernst‘, eine dazugehörige Brikettfabrik mit Nebenbetrieben und eine Glashütte. Auch in den neuen Betrieben wurden moderne Schmelzöfen errichtet, Produktionsprozesse verbessert und ausgeweitet. Der wirtschaftliche Aufschwung hielt an. Nach der Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft im Jahr 1912 erwarb die Hallesche Pfännerschaft eine weitere Glashütte in Senftenberg. Die ‚Pfälner-Gläser‘, die in den unterschiedlichsten Ausführungen hergestellt wurden, entwickelten sich zu einer bedeutenden Einnahmequelle für das Unternehmen. Dies trifft auch auf die Produktion von Braunkohlenbriketts zu. Durch die stetig voranschreitende Industrialisierung stiegen die Produktionszahlen beständig an. So wurden im Jahr 1914 in Senftenberg 99.380 Tonnen Braunkohlenbriketts hergestellt. Sechs Jahre später betrug die Produktionsmenge bereits 190.110 Tonnen.

Die Auswirkungen des ersten Weltkriegs und der sich bald darauf anschließenden Weltwirtschaftskrise gingen auch an der Halleschen Pfännerschaft nicht spurlos vorüber. Trotz der Entdeckung und Erschließung

neuer Solevorkommen auf dem Holz- und Kohlenplatz in der Stadt Halle im Jahr 1925 war die Hallesche Pfännerschaft ein Jahr später gezwungen, mit der Mansfeld A.G. zu fusionieren und bestand als deren Tochtergesellschaft bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs fort. Im Jahr 1945 zerstörte ein Brand das zentrale Betriebsgelände der Halleschen Pfännerschaft in weiten Teilen. Auch das Betriebsarchiv wurde hierbei stark beschädigt. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Einrichtung der Sowjetischen Besatzungszone wurde auch die Hallesche Pfännerschaft verstaatlicht. Als „VEB Saline Hallesche Pfännerschaft, Halle (Saale)“ (Bestand F 585) bestand der Betrieb noch bis zum Jahr 1964 fort. Dann wurde die Produktion aufgrund mangelnder Rentabilität eingestellt.

Der Bestand F 1 Hallesche Pfännerschaft – Struktur und Erschließungszustand

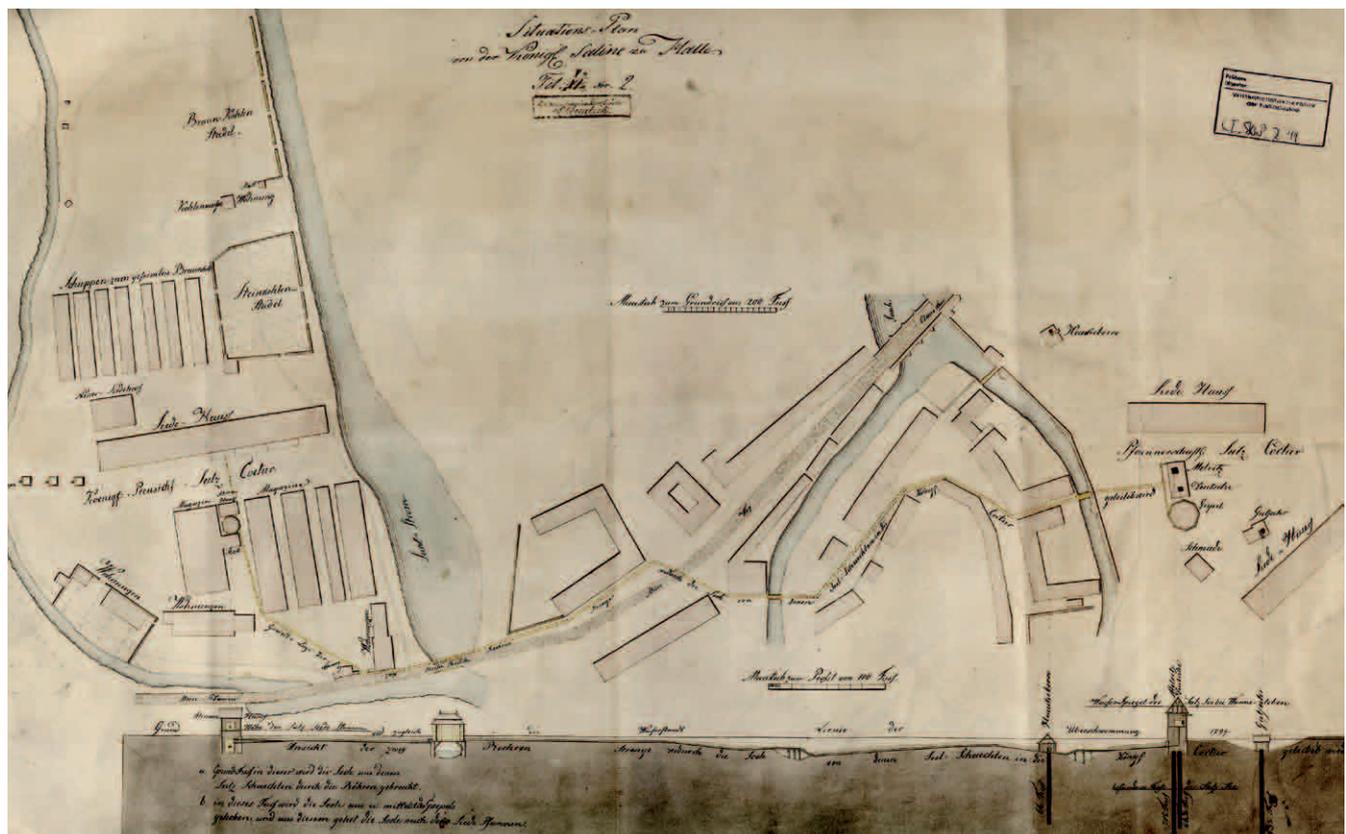
Der Bestand F 1 – Hallesche Pfännerschaft besteht aus drei Teilen. Der Hauptbestand mit einem Umfang von 12,3 laufenden Metern beinhaltet 786 Akten, welche aus dem ehemaligen Betriebsarchiv stammen und somit die Geschichte der Halleschen Pfännerschaft (Hauptverwaltung Halle/Saale) von 1558 bis 1946 umfassend dokumentieren. Die Erschließungsinformationen zum Hauptbestand sind seit

Ende letzten Jahres vollumfänglich online einsehbar und recherchierbar.

Der Nachtrag des Bestands resultiert aus einer Abgabe des ehemaligen Kaliarchivs in Sondershausen, welches im Jahr 1984 aufgelöst wurde. Er hat einen Umfang von 21,05 laufenden Metern. Inhaltlich besteht der Nachtrag aus 645 Sachakten, 1.506 Personalakten und 61 Karten und Plänen. Zeitlich deckt das historische Material den Zeitraum von 1868 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ab. Sowohl in den Sachakten als auch in den Personalakten finden sich Unterlagen aus allen Unternehmensbereichen der Halleschen Pfännerschaft. Diese Akten sind bisher nur über eine Findkartei zugänglich. Da die einzelnen Karteikarten nur sehr schwer lesbar sind, werden sie derzeit sukzessiv mit den Angaben in den Unterlagen verglichen und somit für die Forschung erschlossen.

Der dritte Teil des Bestands umfasst 22 Archivkartons (2,2 lfm), die mit Aktenkonvoluten und losen Blättern gefüllt sind. Es handelt sich wahrscheinlich um Fragmente, die nach dem Brand im Betriebsarchiv der Halleschen Pfännerschaft geborgen wurden. Die Unterlagen haben eine Laufzeit von ca. 1608–1815 und enthalten Mandate und Reskripte von Urkunden, Schriftverkehr und Reste ehemaliger Rechnungsbücher.

Situationsplan der Saline zu Halle mit Profil der Solschächte in Wansleben und Angaben der Hochwassermarke des Jahres 1799, 1825 (LASA, F 1, HP Z, Nr. 41)



Sutjahr: Brunnen Anno 1722		An Pfänner: Sohle.	An Königl. Extra-Sohle.
Die Woche das Sieden Tage zu finden und zu Darne zu gehen ausgepro- beten. <i>17. Sept. 1722</i> Den 27. Sept. 1722 um 6 Uhr den Brunnen gemessen und an Sohle 18' El- len befunden.			
Daraus an Sohle gezogen und ge- tragen worden			
An Königl. Quarten-Sohle	als Schock.	Zob.	
An Pfänner-Sohle			
An Königl. Extra-Sohle			
			75
	2	44	
Summa Sohle so würflich gezogen u. getragen und ist den 4. Octobr. 1722 um 6 Uhr Schicht gemacht/ der Brunnen gemessen und an Sohle 2 Ellen Borrath befunden worden.			
	2	44	75

Althaus
S. B. 1722

Angaben zu den Fördermengen in der Woche vom 27. September 1722 der Pfänner und der königlichen Saline (LASA, F1, 1e, Nr. 1a, Bd. 3)

Besonderheiten und Forschungspotentiale 1: Der Hauptbestand

Die Bestandstektonik zeigt, dass die in diesem Heft von Michael Hecht diskutierten Forschungsmöglichkeiten mit diesem Material noch erweitert werden können. Sowohl für das erste als auch für das zweite Siedehaus der Halleschen Pfännerschaft liegen für den Zeitraum zwischen 1821 und 1859 jährliche Siedetabellen vor. Hiermit lassen sich nicht nur die erzielten Siedemengen und deren Entwicklung am Beginn der ersten Phase der Industrialisierung rekonstruieren, sondern gleichzeitig auch ermitteln, welche Materialien beim Siedeprozess in welchem Umfang benötigt wurden. Ebenso hochinteressant sind die zwei Bände mit dem Titel ‚Solextrakte‘ (LASA, F 1, 1e Nr. 1a, Bd. 2–3), welche die Fördermengen aus den Brunnen der Pfänner und der königlichen Saline wöchentlich für den Zeitraum von 1721 bis 1722 gegenüberstellen. Hierdurch wird deutlich, wie viel effizienter die königliche Saline bereits zum Zeitpunkt ihrer Errichtung gearbeitet hat. Neben diesen reinen wirtschaftshistorischen Möglichkeiten der Erforschung bietet der Hauptbestand auch tiefe Einblicke in sozialhistorische Aspekte. So finden sich nicht nur umfangreiche Unterlagen zu den

Pfännern, also den Besitzern der einzelnen Koten, sondern auch zum beschäftigten Personal. Gehaltslisten, Beschwerden, Fürsorgeangelegenheiten und Schichtenbücher bieten einen einzigartigen Einblick in die Arbeiterwelt des 18. und 19. Jahrhunderts.

Besonderheiten und Forschungspotentiale 2: Der Nachtrag

Die inhaltliche Vielfalt der Sachakten des Nachtrags ist mit der des Hauptbestands vergleichbar. Bilanzen, Rechnungen und Statistiken belegen die wirtschaftliche Expansion des Unternehmens ab dem Ende des 19. Jahrhunderts im gleichen Maß wie die ökonomischen Probleme der 1920er Jahre. In diesen Kontext gehören auch die vielen Berichte und Vorlagen in den Akten zu den gewaltsamen Ausschreitungen des Kapp-Putsches im März des Jahres 1920 bei denen in Eisleben der Mansfelder Oberberg- und Hüttendirektor Dr. Karl Vogelsang von Aufständischen ermordet wurde (LASA, F 1, Nr. 19, Bd. 1).

Ähnlich reichhaltig stellt sich die Überlieferung zur Umstellung auf die Kriegsproduktion während der Zeit des Nationalsozialismus dar. Der Mangel an Arbeitskräften durch die beständigen Einberufungen sollte durch den Einsatz von Fremd- und Zwangsarbeitern kompensiert werden. Besonders eindrucksvoll ist die Darstellung des Kriegsalltags. In den Wochenberichten finden sich die Namen von gefallenen und verwundeten Kameraden an den verschiedenen Kriegsfrenten direkt im Anschluss an die Berichte zu

Information zum Tod des Aufsichtsratsmitglieds Dr. Karl Vogelsang durch aufständische Arbeiter, 1920 (LASA, F1, Nr. 19, Bd. I)

Bei einem nächtlichen Ueberfall in den Aufruhrtagen in Eisleben starb durch Mörderhand
der Ober-Berg- und Hüttendirektor der
Mansfeld'schen Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft
Herr Bergrat Dr. phil. et ing. h. c. Karl Vogelsang
seit dem Jahre 1915 Mitglied des Aufsichtsrates unserer Gesell-
schaft.

Tief ergriffen betrauern wir in dem Heimgegangenen, der so jäh aus seinem weitausgedehnten Arbeitsgebiet, aus tatkräftigem Schaffen und Vollbringen herausgerissen worden ist, den treuen Freund und weitschauenden Mitarbeiter, der auch in unserem Kreise mit seiner ganzen Persönlichkeit sich für die ge-
dehliche Entwicklung unserer Gesellschaft eingesetzt hat.

Halle/Saale, den 25. März 1920

Hallesche Pfännerschaft
Aktiengesellschaft

Der Aufsichtsrat: Der Vorstand:
Dr. Heinrich Lehmann Zell.



Luftbildaufnahme des Werksgeländes in Senftenberg, ohne Datumsangabe (LASA, F 1, Nr. 256)

erzielten Produktionsergebnissen, Bombentreffern auf dem Firmengelände und Gratulationen zur Geburt von Nachwuchs der Arbeiterinnen und Arbeiter.

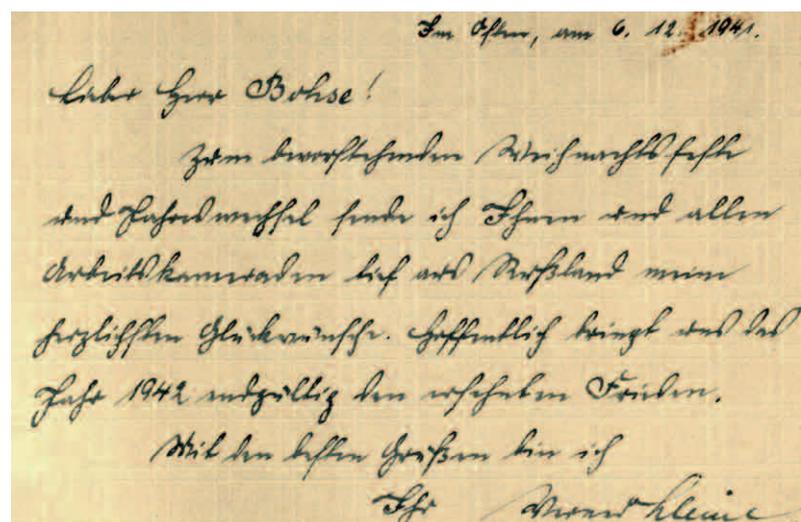
Bei vielen anderen Beständen sind die Verwaltungsberichte und die oftmals nur sehr spärlich vorhandenen Personalunterlagen die einzige Möglichkeit, Einblicke in die Lebenswelt der Beschäftigten des Unternehmens zu erhalten. Daher stellen die 1.506 vorhandenen Personalakten im Nachtrag des Bestands F 1 eine außerordentliche Besonderheit dar, weil sie alle Schichten von Arbeiterinnen und Arbeitern über einen Zeitraum von mehr als 50 Jahren aus allen Betrieben der Halleschen Pfännerschaft umfassen. Viele der Akten dokumentieren die beruflichen Lebenswege ehemaliger Hallenser oder Senftenberger von ihrer Ausbildung bis zur Verrentung. Enthalten sind jedoch nicht nur rein berufliche Angaben, viele der Akten bieten sehr persönliche Einblicke in die Vita der Beschäftigten. So beispielsweise in das Leben von Werner Kleine, der ab dem Jahr 1933 als Stenotypist und später als Verwaltungsmitarbeiter für die Hallesche Pfännerschaft tätig war. Bereits 1939 wurde Werner Kleine an die Ostfront einberufen. In seiner Personalakte findet sich ein intensiver Feldbriefwechsel mit seinem direkten Vorgesetzten. Dankesgrüße über Weihnachtspäckchen oder für die Unterstützung der Ehefrau und die Kinder daheim sind hierin genauso enthalten wie der Wunsch nach Frieden und einer endgültigen Rückkehr in die Heimat. Trotz einer durch einen Bombensplitter verursachten Lungenverletzung kehrte Werner Kleine erst nach Kriegsende nach Halle (Saale) zurück und nahm seine Tätigkeit in der Halleschen Pfännerschaft wieder auf.

Die desolater wirtschaftliche Situation nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bedeutete auch für ihn Lohnkürzungen, hinzutreten die Spätfolgen der Kriegsverletzung: Die Erkrankung an Gelbsucht machte die operative Entfernung des Granatsplitters im Mai des Jahres 1949 notwendig. Werner Kleine brauchte mehr als zwei Monate, um seinen Dienst wieder antreten zu können. Kurz darauf wurde er aufgrund der wirtschaftlichen Umstrukturierung der Wirtschaft durch die Sowjetische Militäradministration in die Verwaltung der Ziegelei Wansleben versetzt. Ob Werner Kleines enger und teilweise sehr persönlicher Schriftverkehr mit seinen Vorgesetzten in der Halleschen Pfännerschaft eine Ausnahme darstellte oder ob es üblich war, den Kameraden an der Front regelmäßig Briefe zu schicken, wäre nur eine von unzähligen Forschungsfragen, zu denen diese reichhaltige Überlieferung an Personalakten Aufschlüsse bietet. Gleichzeitig eröffnet sich mit dieser hohen Dichte an biografischem Material und Selbstzeugnissen die Möglichkeit, Einblicke in das Leben der Betriebsangehörigen vor, während und nach den beiden Weltkriegen zu gewinnen.

Besonderheiten und Forschungspotentiale 3: Das (bisher) unverzeichnete Material

Aufgrund des bisherigen Erschließungszustands können über den Inhalt der 22 Archivkartons bisher nur wenige Aussagen getroffen werden. Bei einer groben Sichtung des Materials konnten unzählige Abschriften von verliehenen Rechten und Privilegien gefunden werden, ebenso wie Fragmente aus Rechnungsbüchern, teilweise aus dem 17. oder dem 18. Jahrhundert. Allerdings konnte auch ein Konvolut

Feldpost des Werner Kleine an seinen Vorgesetzten von der Ostfront mit Weihnachtsgrüßen und dem Wunsch nach Frieden im kommenden Jahr, 1941 (LASA, F 1, Nr. 890)



*Peter Niemandt
 Geheimer Kopfslag: Wie die löbl. Pfänner,
 habt in 2. Jahren ihrer völligen Schuld, damit die dem
 Bischof verfaßt ist, ohne einen heller Beitrag aus ihren
 Beuteln, dennoch völlig bezahlet han,
 von Niemandt, als den ickigen zwey folgenden zu lesen und die
 Beförderung welche auf, wenn ihnen der Pfännerafft
 fertig liess ist, solches Niemandt anders, als deren, so darin
 he enthalten, entdecken noch viel weniger den Authore
 dieser vorstehenden zu erfahren sich beuiffen sollen.*

Schreiben des Peter Niemandt an die Pfänner zur Tilgung ihrer Schulden bei den Hallenser Holzherren (LASA, F 1, unsigniert)

ermittelt werden, in welchem ein „Peter Niemandt“ den Pfännern einen Vorschlag zur Tilgung ihrer Schulden bei den Halleschen Holzherren unterbreitete und zwar „ohne einen heller beytrag aus ihren beuteln“ zahlen zu müssen. Offensichtlich handelt es sich bei „Peter Niemandt“ um ein Pseudonym. Wer hinter dieser Bezeichnung steckt, welche Motive ihn zu diesem Vorschlag bewegten und warum er anonym bleiben wollte sind Fragen, die man nur dann beantworten

könnte, wenn die Informationen aus dem Material so aufbereitet sind, dass man sie für tiefere Forschungen nutzen kann.

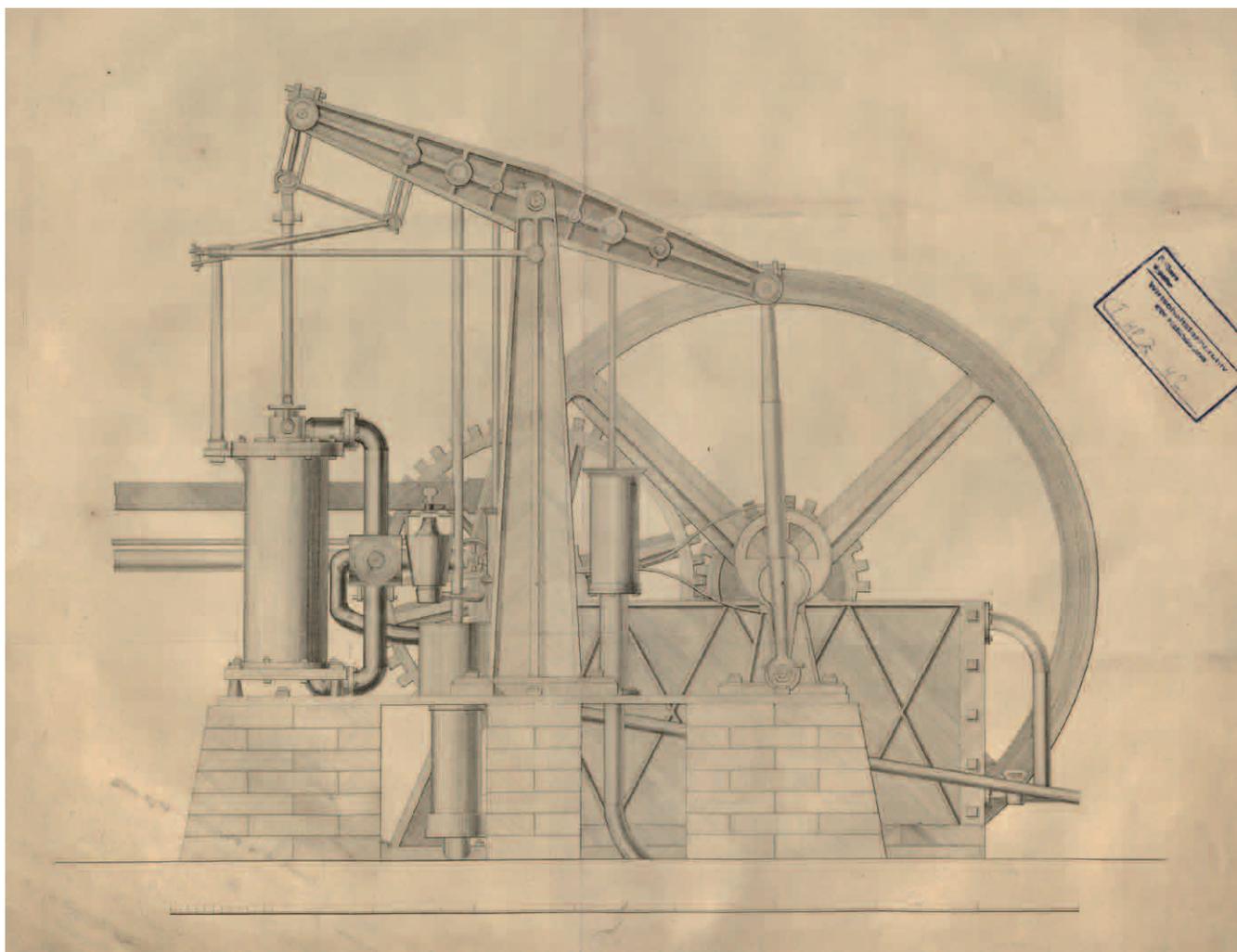
Um den Nachtrag für die Forschung nutzbar zu machen, muss das Material geordnet, wenn möglich zu Akten formiert und erschlossen werden. Hierfür bedarf es paläographischer Kenntnisse des 16.–19. Jahrhunderts. Derzeit werden im Landesarchiv verschiedene Optionen in Erwägung gezogen, wie dieser historisch bedeutsame Teilbestand für die Forschung und die interessierte Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Fazit und Ausblick

Die Hallesche Pfännerschaft ist nicht nur das älteste Unternehmen der Region, sondern gleichzeitig ein Fundament einer regionalen Erinnerungskultur. Die reichhaltige Überlieferung zur Geschichte der Pfännerschaft ermöglicht es, diesen bedeutendsten Teil der Halleschen Industriekultur dauerhaft zu bewahren und für künftige Generationen erfahrbar zu machen. Hierfür bedarf es eines Zusammenspiels von Archiven, Forschung, historischen Vereinen und einer interessierten Öffentlichkeit, um bisher ungehobene Schätze aus ihrem Dornröschenschlaf zu wecken.

Stephanie Eifert

Dampfmaschine in der Halleschen Pfännerschaft, ohne Datum (LASA, F 1, HP Z, Nr. 42)





Die Gutsarchivüberlieferung

Quellen zur wirtschaftlichen Aktivität des Adels

Grundriss der hochadeligen Veltheimischen Holzung zu Harbke nebst Erläuterungen, 1754 (LASA, H 95, Nr. 1853)

Gutsarchive bieten die zentrale Quellengrundlage zu wirtschaftlichen Aspekten adeligen Lebens und eröffnen damit zugleich den Zugang zur Landesgeschichte und Bauforschung.

Gutsarchive sind eine regelrechte Fundgrube. Institutionell sei auf zwei Aspekte verwiesen:

Der größte Zuwachs des Bestandes im Landesarchiv war der Vorgängerbehörde des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt zu verdanken. Infolge der mit der Bodenreform verordneten Kunstgut- und Archivalienbergung besuchten engagierte Mitarbeiter des Provinzialkonservators Wolf Schubert ab 1945 insgesamt 581 Objekte.

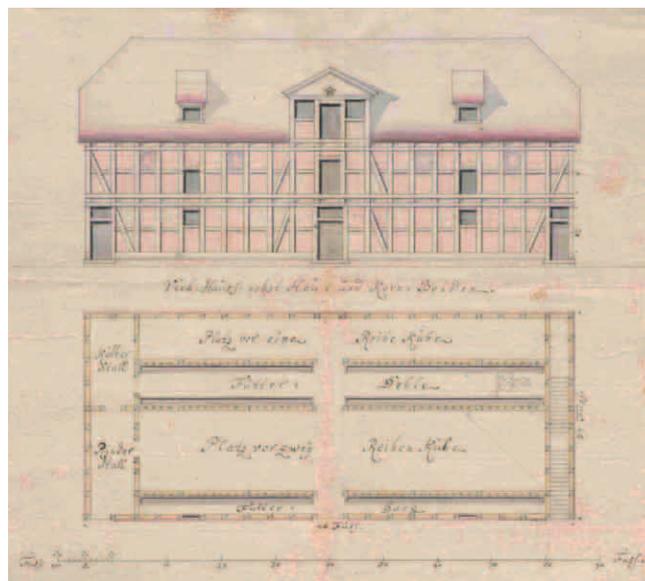
Nach 1991 wurden Tausende Gutsarchiv-Archivalien zur Grundlage denkmalpflegerischer Bewertungen und Entscheidungen; neben Schlössern und Herrenhäusern vornehmlich die vom Abriss bedrohten Wirtschaftsgebäude und desolate Gutsparkanlagen.

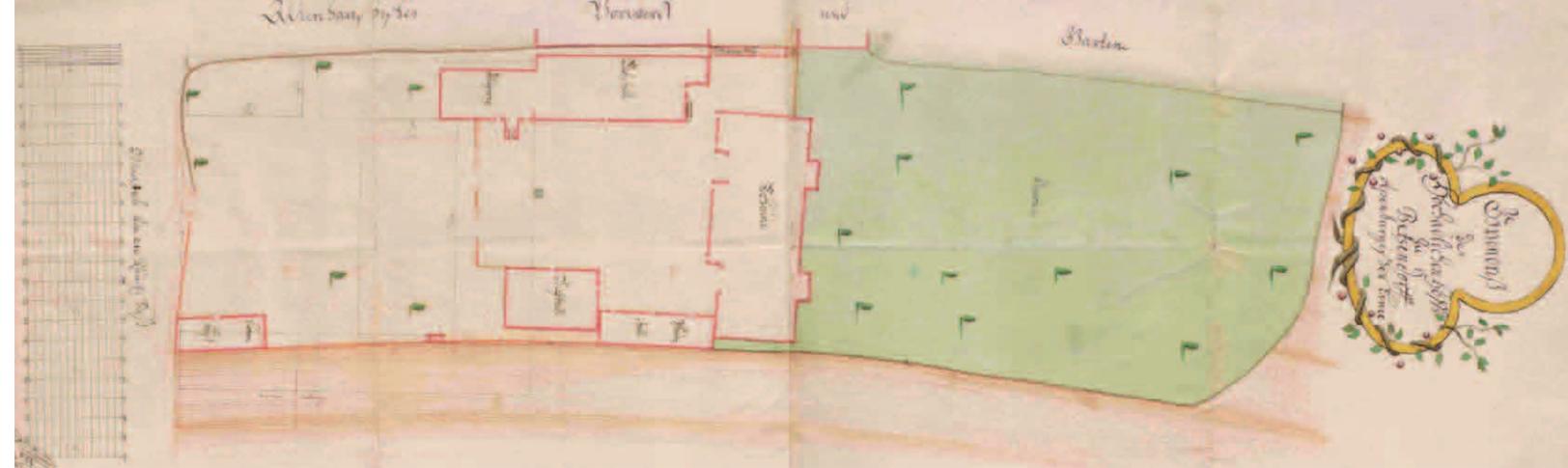
Ordnungsmodell Gutsarchive

Restriktiv als „Adelsarchive“ überliefert, hat die von Berent Schwineköper und Liselott Enders vorgenommene tektonische Untergliederung im „Ordnungsmodell Gutsarchive“ als Patrimonialherrschaft, Gutswirtschaft und Familienarchiv stets landesgeschichtliche Evidenz. Dies ist auf bauliche Zeugnisse der Agrarwirtschaft übertragbar. Mit der Verbindung archivalischer Quellen zu bauarchäologischen Befunden definierte die Historische Bauforschung der Denkmalpflege Sachsen-Anhalt lange ein Alleinstellungsmerkmal, weil es neben Ablesbarkeit am historischen Original zu allen Bauten eine schriftliche Überlieferung gibt. Adlige und bürgerliche Bau-

herren hinterließen sehr präzise Schriftstücke ihrer Bauprojekte. So enthalten Gutsarchive neben Bauzeichnungen auch Handwerkerrechnungen oder Schadensberichte. Dazu kommen Feuerversicherungen und baupolizeiliche Genehmigungen. Auch Familienarchive sind ertragreich, wie Korrespondenzen zu Bauvorhaben und Ökonomie. Meist übersehen, befinden sich in Patrimonialgerichtsbarkeit bau- und wirtschaftsrelevante Informationen. Aufschlussreich sind Besitzstandsverzeichnisse als Niederschriften der freiwilligen Gerichtsbarkeit: die Inventare. In Sachsen-Anhalt ist es ein Verdienst von Irene Roch-Lemmer und Reinhard Schmitt, bei bauarchivalischen Voruntersuchungen Inventare erstmals umfassend auszuwerten.

Grundriss des Rinderstalls vom Apenburger Hof, 1747 (LASA, H 22, III Nr. 569 b)





Grundriss des hochadeligen Hofes zu Betzendorff Apenburgischer Linie, 1760 (LASA, H 22, III Nr. 566)

Gutsarchiv, heute Depositum Graf zu Pappenheim, umfasst 6.292 Verzeichniseinheiten (ca. 105 lfm). Neben Briefen und Studien, einschließlich Herbarien, gibt es zu Gutswirtschaft und Landschaftspark Inventare, Rechnungen, Pläne usw. Traurige Berühmtheit erlangte das imposante Renaissanceschloss als DDR-zeitlich dem Verfall preisgegebene Ruine im Grenzgebiet. Als pittoreske Kulisse baulich gesichert, wird dieser Zustand dadurch gemildert, dass der angrenzende Landschaftspark mit seinen Bauten heute ein stark gefördertes und touristisch erschlossenes Pilotprojekt der „Gartenträume“ unseres Landes ist.

Die lokale Subsumierung auf den Landschaftspark kommt nicht von ungefähr, war doch mit Kultivierung ausländischer Baumarten unter Eigenmarke „Harbkesche Wilde Baumzucht“ das Gut fast 100 Jahre lang wichtigster Pflanzenlieferant Deutschlands. Als barocker Park 1745 von Friedrich August von Veltheim angelegt, begann ab 1760 eine Umgestaltung zum primär wirtschaftlich genutzten Landschaftspark durch Gärtner Daniel August Schwarzkopf, der diesen Stil auf Englandreisen kennenlernte. Nach seinem Weggang übernahm zwischen 1765 und 1771 der junge Johann Philipp Du Roi als Aufseher die Anpflanzungen. Weitere Gärtner und Forstleute, deren Anstellungen und Besoldungen im Gutsarchiv hinterlegt sind, setzten ab 1775 unter August Ferdinand von Veltheim diese Arbeit fort; 1803 waren sie unter Rüttger von Veltheim im Wesentlichen abgeschlossen. Der Park beherbergte rund 300 seltene Gehölzarten, von denen heute noch ca. 100 Arten vorhanden sind. So suchte Johann Wolfgang von Goethe 1805 von Helmstedt kommend Harbke auf, um hier botanische Studien zu betreiben.

Im Gutsarchiv sind neben Bauanschlüssen und -rechnungen die An- und Verkäufe von Pflanzgut mit katalogartigen Inventarlisten des Baum- und Pflanzenbestandes detailliert überliefert. Bis ca. 1848 entwickelte sich ein reger Handel mit Harbker Saaten ausländischer und einheimischer Gehölze. Zahlreiche Parks und Forsten, auch weit außerhalb Deutsch-

lands, bezogen ihr Pflanzgut von hier, so dass sich der Park nicht nur in repräsentativer und botanischer Hinsicht, sondern auch pekuniär bezahlt machte. Einige Baumarten, die sich aufgrund der hier gesammelten Erfahrungen besonders für den Anbau im deutschen Raum empfahlen, waren Weymouth-Kiefer, Lärche, Robinie, Pappel, Roteiche und Walnuss. Die Baumzucht gilt unter Fachleuten als erster großangelegter deutscher Anbauversuch mit fremden, hauptsächlich amerikanischen Laub- und Nadelhölzern unter forstmäßigen Bedingungen und unter, nach heutigen Maßstäben, forstwissenschaftlicher Langzeit-Beobachtung. Exemplarisch für die wirtschaftliche Nutzung durch Forstwirtschaft in Verbindung mit Gartenkunst ist der sogenannte „Lustwald“, wo man nach Herkunft der Pflanzen Parkflächen unter anderem „Florida“, „Libanon“ oder „Ukraine“ nannte.

Zeitgenössisch wie retrospektiv firmierten die von Veltheim als erfolgreiche Forstwirte. Doch ihre wirtschaftlichen Aktivitäten gingen weit darüber hinaus. Interessant ist, dass bei Harbke nach ersten Versuchen seit 1765 auch die Förderung von Braunkohle einsetzte, die dann seit den 1840er Jahren industriell betrieben wurde, dem 1880 eine Brikettfabrik und 1910 ein Kraftwerk folgte – ein legendäres Braunkohlewerk der innerdeutschen Grenze, wo zwischen 1976 und 1986 gemeinsam abgebaut wurde, was nicht nur für das Landesprojekt „Grünes Band“ von Interesse ist. Kaum bekannt, gibt es im Gutsarchiv bis 1860 zu den Anfängen der Braunkohleförderung Hinterlassenschaften. Zweifellos dürfte dies auf August Ferdinand, seit 1798 auch Graf zu Veltheim, zurückgehen. Dieser war seit 1768 Vize-Berghauptmann in hannoverschen Diensten und anerkannter Montangeologe. Zur Frühgeschichte der Braunkohle bei Harbke im Helmstedter Revier wird man unter anderem in der Bestandsgruppe 12 (Jüngeres Archiv) des Gutsarchivs fündig.

Andreas Stahl

(Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt)

Wirtschaftsflügel
der
Veltheimburg im Alvensleben
M 1:100.



Die Gutsüberlieferung im Landesarchiv Sachsen-Anhalt

Installation einer elektrischen Beleuchtungs- und Kraftanlage auf der Veltheimburg, 1909 (LASA, H 12 Gutsarchiv Alvensleben, Nr. 519)

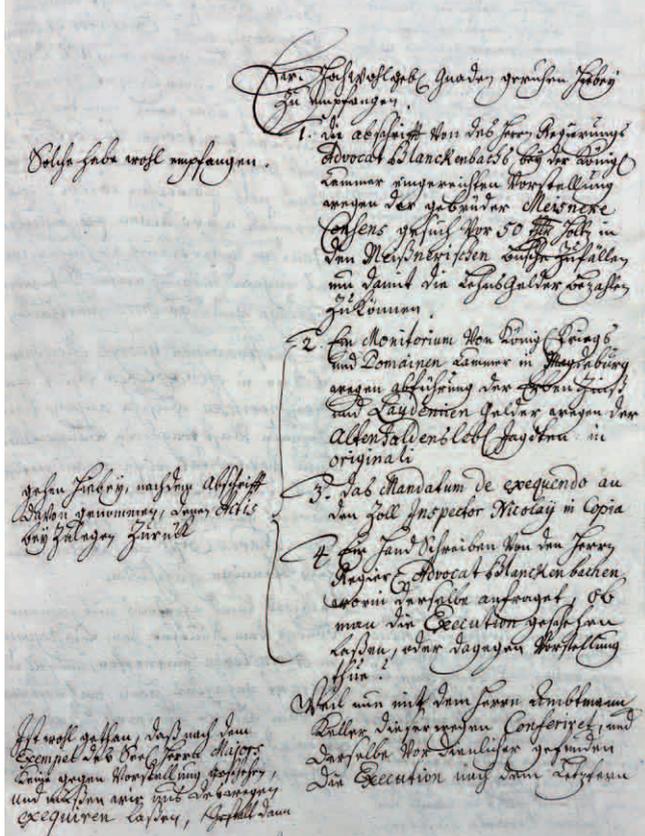
Die dichte Wirtschaftsüberlieferung der Adelsarchive im Landesarchiv Sachsen-Anhalt ermöglicht die Erforschung des adeligen Wirtschaftshandelns und gewährt wichtige Einblicke in das Wirtschaftsgeschehen auf dem Land.

Zum Einstieg: Zwei Beispiele aus Wirtschaftskorrespondenzen

Der Rammelburger Schloss- und Amtsverwalter Heinrich Wilhelm Runde erhielt von seinem Gutsherrn Johann Georg Friedrich von Friesen am 8. August 1807 das folgende Schreiben: „An der Richtigkeit Ihrer Rechnungen und derer sich daraus ergebenden Bestände, welche Sie an Herr Reinicke übergeben haben, habe ich keine Ursache zu zweifeln, indeßen muß ich die genaue Durchgehung und Abnahme der ersteren einem ruhigeren Zeitpunkte [...] vorbehalten [...]. Worüber ich aber Ew. Hochedl. meine Verwunderung und meine Befremdung vorläufig nicht verbergen kann, ist daß Sie ohne meine bestimmte Resolution darüber abzuwarten, sich geradezu 755 Taler 21 Groschen 6 Pfennige Procente im letzten Extracte in Ausgabe verschrieben haben“. Runde hatte sich also selbst seine Abschiedsgratifikation ausgezahlt. Und so monierte Friesen unter anderem, „3. dem Vertrauen, daß ich Ihnen mit der mir stets und ausdrücklich hierüber vorbehaltenen Resolution gewiß nicht Unrecht thun würde, und welches ich nach Vierjähriger Bekanntschaft von Ihnen um so mehr erwarten zu können glaubte, da es mir noch nie von

einem meiner Diener versagt worden ist, – schlecht angemessen [ist], also für mich höchstbeleidigend.“ (LASA, E 46, V Nr. 8) Es ist unschwer zu erahnen, dass das Auseinandergehen beider Parteien nicht glücklich verlief. Ein Zeitsprung: In mehreren Briefen berichtet Joachim von Alvensleben auf Sülldorf seinen Eltern im März und im Juli 1922 von den erheblichen Preissteigerungen, die durch die Wirtschaftsinflation ausgelöst wurden: „Die Löhne sind um 25% erhöht, d.h. 1.30 pro Stunde. Also Stundenlohn ist jetzt 5.40 Mark. Im Oschersleben Kreise und im Kreis Wanzleben ist seit einiger Zeit Streik. Hier liegt auch etwas in der Luft.“ (19.3.22) Nur wenige Monate später musste er dann den Eltern schon mitteilen: „Rückwirkend vom 24. Juni bekamen wir eine 50–60%ige Lohnerhöhung. Die Stunde Tagelohn kostet jetzt 11,- Mark. Vorige Woche lohnte ich ca. 22.000,- Mark ohne [...] Krankenk[asse] und Steuern aus, ich werde jetzt also mit 35.000–40.000,- rechnen müssen.“ (18.7.1922) (LASA, H 224, Nr. 101)

Beide kurzen Beispiele zeigen das ungemeine Potenzial von Wirtschaftskorrespondenzen. Denn darin ist nicht nur das wirtschaftliche Alltagsgeschäft sichtbar, an ihnen lässt sich auch ablesen, welches Verhältnis der adlige Gutsherr zu seinen Verwaltern pflegte und welche Einstellung er gegenüber seiner eigenen Wirtschaft besaß, wie er also als Wirtschaftsherr agierte. Adlige setzten sich – im Gegensatz zur landläufigen Meinung – durchaus aktiv mit ihren Rittergütern und ihren Finanzen auseinander. Denn trotz eines stan-



Memorialia des Amtmanns Johann Andreas Hertzog und darauf erteilte Resolutionen, 1741–1746 (LASA, H 109 Gutsarchiv Hundisburg, Nr. 982)

destypischen ausschweifenden Lebensstils, musste das Erbe stets bewahrt werden. Wirtschaftliches Denken und Handeln waren da unerlässlich.

Wirtschaftsüberlieferung in Gutsarchiven

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt betreut am Standort Wernigerode mehr als 530 Gutsarchive unter einer eigenen Tektonikgruppe mit einem Umfang von mehr als 3,5 laufenden Kilometern, was eine außerordentliche Dichte der Überlieferung darstellt. Klassischerweise sind Gutsarchive in drei größere inhaltliche Komplexe nach dem Ordnungsmodell von Berent Schweineköper aus den 1950er Jahren eingeteilt: In die Patrimonialherrschaft, in die Gutswirtschaft und in das Familienarchiv. Der Gliederungspunkt Gutswirtschaft widmet sich der konkreten Bewirtschaftung des Grundbesitzes, welches dem Adel von seinem Landesherrn verliehen wurde. Denn die adligen Herrschaftsrechte beziehen sich nicht nur auf die übertragenen Funktionen und Privilegien, sie beinhalten auch, den Rittergutssitz gut zu bewirtschaften. Zum Nachweis einer (hoffentlich) funktionierenden Wirtschaftsführung sind eine Vielzahl von Wirtschaftsunterlagen entstanden, die im Folgenden kursorisch vorgestellt werden sollen.

Quellen zur Gutsverwaltung

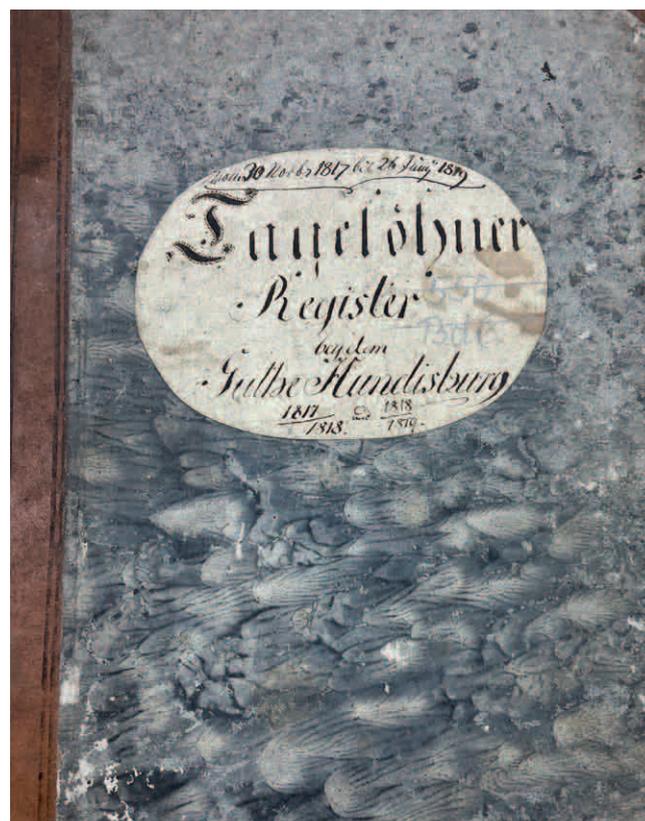
Neben den Wirtschaftskorrespondenzen lassen sich weitere Quellen zur Administration des Gutes finden, wie beispielsweise Berichte und Vorträge des Verwalters oder – das herrschaftliche Äquivalent –

die herrschaftlichen Befehle und Resolutionen. Eine essentielle Quelle sind außerdem die Rittergutsanschläge: Darin wird eine Taxierung zum einen über den Wert und die Größe der Wirtschaft und zum anderen der Wert der herrschaftlichen Gebäude angegeben. Dabei entscheidend waren das Ausmaß des Landes und welche Bodenqualitäten vorlagen. Die Immobilien hingegen werden häufig mit einem viel geringeren Betrag taxiert; eine Immobilie brachte schließlich keinen Gewinn ein. Entscheidend waren die Nutzungsrechte an Grund und Boden sowie die Abgaben und Dienstleistungen der Untertanen.

Quellen zum Gutspersonal

Über das Personal der Wirtschaft informieren unter anderem Bestallungsverträge und Instruktionen. Neben den üblichen Floskeln zu Treue und Gehorsam und der Pflicht, Schaden von der Herrschaft abzuwenden, werden darin konkrete Aufgaben des Wirtschaftspersonals benannt. Auf einem Gut waren aber nicht nur festangestellte Personen tätig, sondern auch Tagelöhner, die die Wirtschaft mit ihren Diensten unterstützen. Da die Rittergüter oft eine lange Laufzeit vorzuweisen haben, können über die Jahrhunderte hinweg auch Veränderungen bezüglich der Personalgewinnung und dem Umgang mit den Arbeitern, zum Beispiel was deren Versicherungsschutz betrifft, nachvollzogen werden.

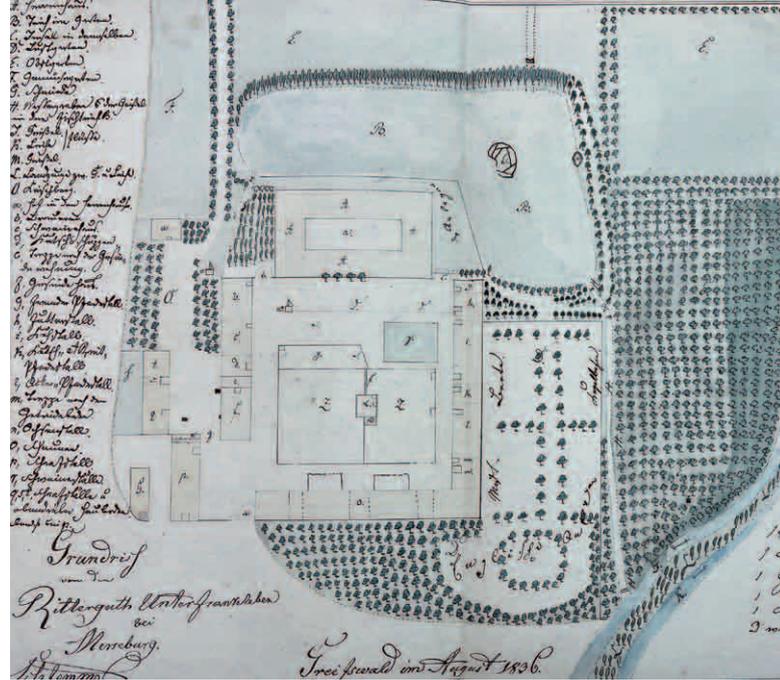
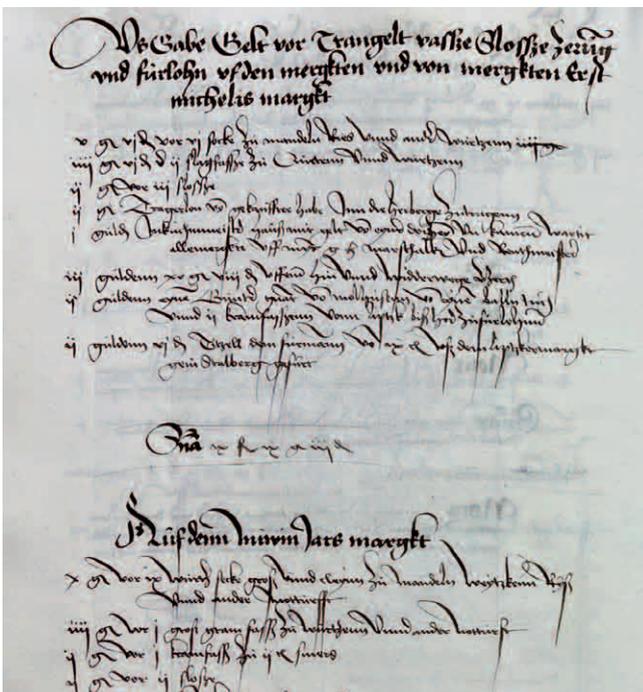
Tagelöhnerregister der Ökonomie Hundisburg, Bd. 6, 1817–1819 (LASA, H 109 Gutsarchiv Hundisburg, Nr. 2307)



Rechnungsquellen

Die Gutsarchivbestände stellen ein Eldorado für Rechnungsquellen dar. In einigen Beständen befinden sich seit dem 16. Jahrhundert bis ins 20. Jahrhundert durchgängig erhaltene Rechnungsaufzeichnungen wieder und lassen eine Langzeitauswertung zu. Dabei weisen die Rechnungen eine große Vielfalt von Rechnungsarten auf. So lassen sich von Hauptrechnungen, über Getreide- und Naturalienrechnungen, auch Viehrechnungen, Gartenrechnungen, Baurechnungen, Geldrechnung, Rechnungen zu den einzelnen Wirtschaftszweigen, Forstrechnungen, Wochenzettel, Monats- und Jahresrechnungen finden. Bei den sogenannten Hauptrechnungen gilt zu beachten, dass diese oft in zweifacher Form aufgenommen wurden: zum einen für die Gutswirtschaft selbst und zum anderen für das herrschaftliche Haus. Zielen die Fragestellungen also auf die Frage, welche Strategien eine adlige Familie anwandte, um ein Gut zu halten oder welche Preisentwicklungen bestimmte Produkte über einen langen Zeitraum genommen haben, dann sind die Rechnungen für den Wirtschaftsbereich zu wählen. Liegt das Forschungsinteresse allerdings auf einem persönlichen oder gruppenspezifischen Konsumverhalten des Adels oder in seinem Umgang mit Schulden und Verschuldung, sind die herrschaftlichen Hausrechnungen zu Rate zu ziehen, wo Ausgaben für persönliche Belange, Bildung der Kinder, den Haushalt usw. aufgenommen wurden und das persönliche Wirtschaften eines Adligen dokumentiert wird.

Renteirechnung der Grafschaft Stolberg, 1492 (LASA, H 8
Fürstliches Herrschaftsarchiv Stolberg-Stolberg, F I Nr. 2)



Grundriß des Ritterguts Unterfrankleben, 1836 (LASA, H 71
Gutsarchiv Frankleben, Nr. 126, Bl. 2)

Quellen zu den Wirtschaftszweigen auf dem Rittergut

Zahlreiche Unterlagen sind zu den jeweilig vorhandenen Wirtschaftszweigen auf einem Rittergut vorhanden. Üblicherweise sind diese: Landwirtschaft, Viehwirtschaft, Obst- und Gartenbau, Schäferei, Schenken, Backhäuser, Brauerei und Brennerei, Ziegelei, Fischfang und Teichwirtschaft, Mühlen und Sägewerke und der Forst. Auf sogenannten Situationsplänen können diese Wirtschaftszweige auch räumlich verortet werden und lassen eine Einschätzung über die Größenverhältnisse zu. Von den Wirtschaftszweigen können sämtliche Belange dokumentiert sein, von Streitigkeiten, Unglücksfällen oder Frucht- und Anbautabellen, Ernte- und Brauregister oder etwa Mahlbücher. Anhand dieser Register können zum Beispiel Fragen zu Erträgen und Preisen oder Änderungen der Wirtschaftsweisen etwa durch die industrielle Revolution beantwortet werden, zumal oft lange Datenreihen vorhanden sind. Ganz eng mit dem Adel verknüpft ist die Forstwirtschaft. Seit jeher gehörte Waldbesitz zum adeligen Eigentum und war für diesen eine äußerst lukrative Einnahmequelle. Dementsprechend engagierte sich der Adel stark im Forstwesen und war auch an dem 1844 gegründeten Harzer Forstverein beteiligt. Der Verein setzte sich unter anderem zum Ziel, sich über das Harzer Forst- und Jagdwesen auszutauschen. Nicht von ungefähr gehörte die Jagd – seit dem Mittelalter ein adliges Privileg – zu den beliebten Freizeitvergnügen des Adels, zu welcher man regelmäßig in die eigenen Jagdreviere einlud. Das wirtschaftliche Handeln des Adels bezog sich allerdings nicht nur auf einen weitgefassten Agrarsektor. So lassen sich in den Beständen auch wirtschaftliche Aktivitäten im Bergbau und im 19. Jahrhundert auch Beteiligungen am Bau der Eisenbahn und an

industriellen Unternehmungen nachweisen. Adliges Unternehmertum kann von einer reinen Investition bis hin zum eigenen Aufbau von Industrieanlagen reichen. Exemplarisch sei hier auf die Zuckerfabriken in Nörten und Eichenbarleben verwiesen. Allerdings stößt man bei diesen Themengegenständen auf das Problem, dass hierzu ein vollkommen unzureichender Forschungsstand existiert. Das frühere Narrativ vom Adel, der angeblich kein Unternehmer sei, da dies gegen seine Standesehre verstoßen würde, kann so nicht stehen gelassen werden und spiegelt auch nicht die Quellenlage wider.



Betriebsplan der Forsten des Ritterguts Harbke, 1820–1850 (LASA, H 95 Gutsarchiv Harbke, Nr. 4473)

Bauunterlagen

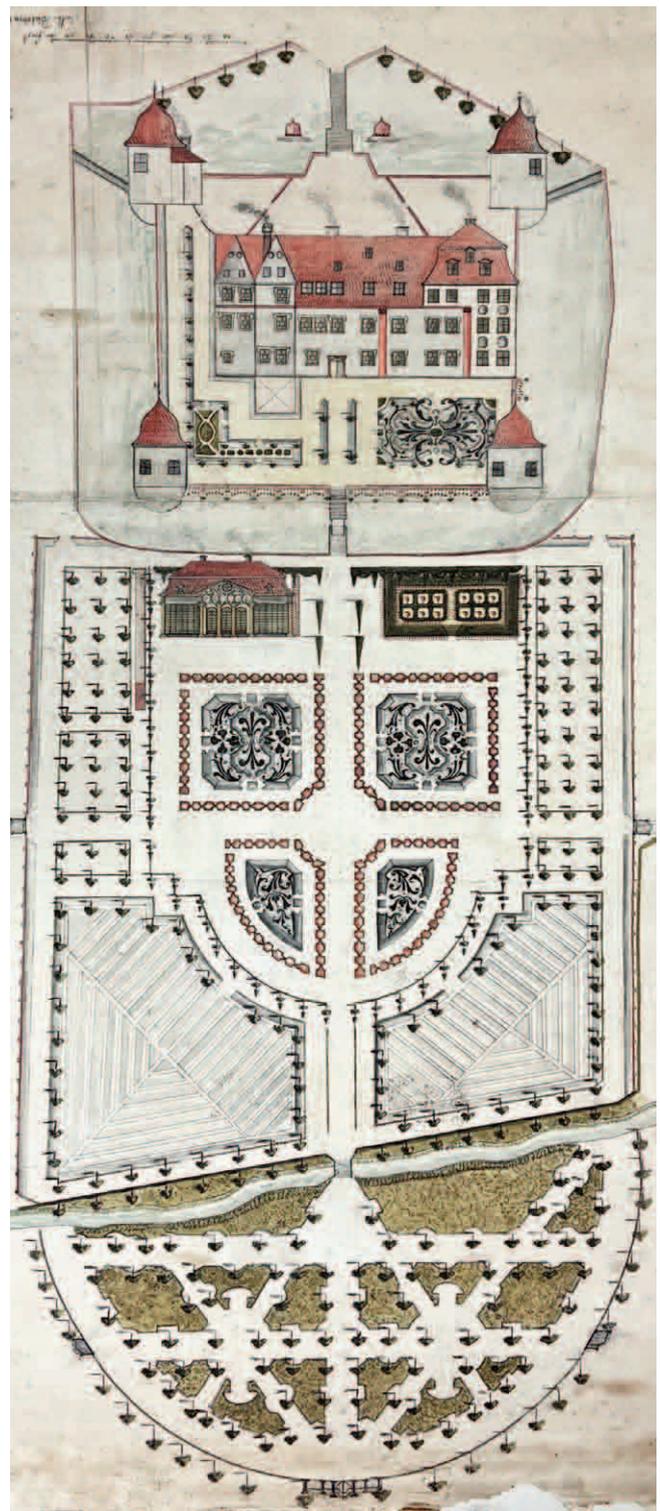
Schließlich sind Bauunterlagen ein wichtiger Teil der Wirtschaftsüberlieferung. Schloss und Herrenhaus, aber auch die Parkanlagen, die je nach finanziellen Mitteln im jeweiligen vorherrschenden Stil ausgestaltet wurden, galten als herrschaftliche Repräsentationsmittel des Adels. Überliefert haben sich dadurch zahlreiche Pläne, Auf- und Grundrisse. An der Wende zum 20. Jahrhundert befinden sich auch häufiger Installationspläne für die elektrische Beleuchtung und Wasserversorgung auf den Gutshäusern in den Beständen. Aber nicht nur die herrschaftliche Situation wird abgebildet, auch die Wirtschaftsgebäude und Arbeiterunterkünfte finden regelmäßig ihren Niederschlag in der Überlieferung.

Fazit

Das Rittergut war schlichtweg die Grundlage für das standesgemäße Auskommen des Adels. Einnahmen aus Hof oder Landtagstätigkeit machten nur einen Bruchteil des Einkommens aus. Adliges Wirtschaftshandeln beruht damit also auf einer ökonomischen Notwendigkeit. Die Vielzahl der Quellen ermöglicht es, die Rolle des Adels als Wirtschaftsherr auf seinem Gut zu untersuchen, seine Stellung als Unternehmer vollkommen neu zu hinterfragen und sich mit der ländlichen Gesellschaft und ihren Ausgestaltungsmöglichkeiten zur Wirtschaft intensiv auseinanderzusetzen.

Vicky Rothe

Gartenplan Schloss Eythra, 18. Jh. (LASA, H 1 Herrschaftsarchiv Beichlingen)





Karten, Risse und Pläne aus dem Bereich des Mansfelder Bergbaus

Grundriss der Reviere Rothewelle, Tresewitz, Todthügel und Jägersberg, 1782 (LASA, F 604, Risse III.B.14, Nr. 6)

Karten, Risse und Pläne besitzen für die Forschung ein enormes Auswertungspotenzial. In einem Pilotprojekt der Abteilung Merseburg des Landesarchivs werden derzeit 3.800 Karten tiefenerschlossen, digitalisiert und zum Teil georeferenziert, um diese für die Forschung und die interessierte Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Karten, Risse und Pläne als Zeugen mitteldeutscher Industriekultur

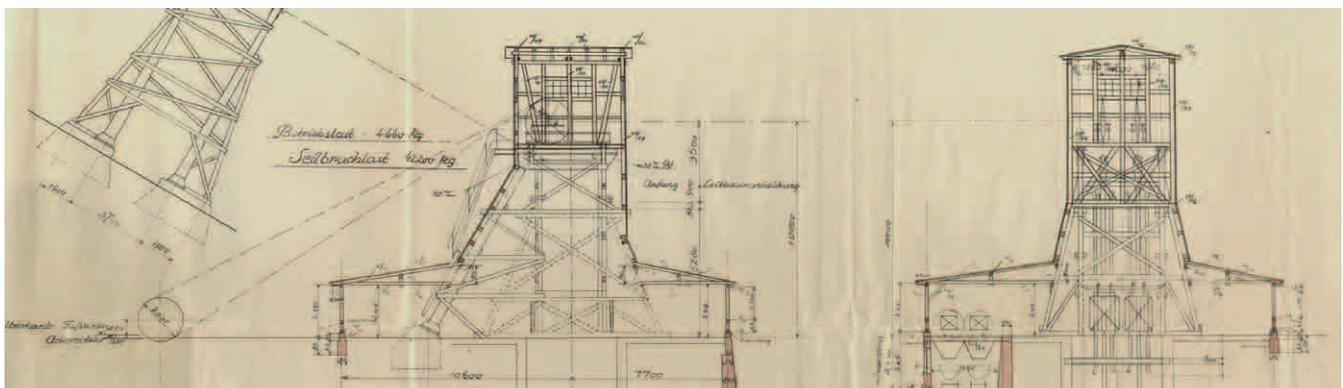
Die Überlieferung zum mitteldeutschen Kupferschieferbergbau umfasst in den Beständen F 604 (Mansfeld AG) und F 605 (VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck – MKWP) neben ca. 600 laufenden Metern Akten und mehreren Tausend Film- und Fotodokumenten die sogenannte Historische Rissammlung, eine wahrscheinlich im Betriebsarchiv angelegte Sammlung von Rissen, Karten und Plänen, die aus Akten extrahiert wurden. Diese konnte durch eine Kooperation mit der Stadt Hettstedt in diesem Jahr um bisher im Mansfeld-Museum aufbewahrtes historisch wertvolles Archivgut ergänzt werden. Somit lagern im Landesarchiv Sachsen-Anhalt nun ca. 9.000

Karten, Risse und Pläne, welche die Geschichte eines der bedeutendsten mitteldeutschen Industriezweige über einen Zeitraum von mehr als 200 Jahren dokumentieren.

Ober- und unterirdische Darstellungen

Karten, Risse und Pläne wurden stets zweckgebunden hergestellt und spiegeln demnach fast alle Aspekte des Kupferschieferbergbaus und seiner historischen Entwicklung wider. Die Lage mehrerer Reviere stellte man in Generalrissen oder -karten dar. Für einzelne Reviere oder Stollen nutzte man sogenannte Grundrisse. Frühe Grundrisse zeigen nur wenige und oftmals stark vereinfachte Bezüge zu den damaligen geographischen Gegebenheiten. Zum Verständnis der Darstellungen fügte man teilweise sehr ausführliche Beschreibungen in schriftlicher Form hinzu. Grundrisse dienten auch dem Zweck, den Verlauf der unterirdischen Stollen abbilden zu können. Die verschiedenen Projektionsebenen wurden durch Schattierungen oder durch die Verwendung von Farben optisch voneinander getrennt. Für die Anforderungen des Bergbaus war der Blick von oben auf das Relief

Fördergerüst im Barbaraschacht, 1923 (LASA, F 604, XVII, Nr. 14, Bl. 51)



oftmals nicht ausreichend. Aus diesem Grund wurden Abbildungen des Geländes mit der für den Betrachter gewohnten waagerechten Aufrissebene durch sogenannte Saigerrisse ergänzt. Diese verfügen über eine senkrechte Projektionsebene und ermöglichen dem Betrachter einen Blick in das Erdinnere. Die Lage, die Tiefe und die Ausstattung mit technischen Fördergeräten von Schächten und Lichtlöchern konnten somit dargestellt werden. Der allgemeinen Vorstellung von „Grundrissen“ entsprechen die vielen Lagepläne, die durch ihre beständige Neuanfertigung über die Jahrzehnte hinweg die Entwicklung der einzelnen Industriestandorte und die damit verbundenen Eingriffe in die Umwelt dokumentieren.

Baupläne und Konstruktionszeichnungen

Seit dem Ende des Kupferschieferabbaus in der Mansfelder Mulde im Jahr 1990 verschwinden die damit verbundenen baulichen Zeugen zunehmend. Die umfassende Überlieferung von technischen Zeichnungen unterschiedlicher Förder- und Produktionsanlagen bildet die Basis für die Rekonstruktion einer inzwischen historischen Industrielandschaft. Industrie ‚lebt‘ jedoch von den Menschen, die sie betreiben. So ist es nicht verwunderlich, dass auch die zeichnerische Planung von Sozial- und Verwaltungsgebäuden viel Raum innerhalb der Rissammlung einnimmt. Das Wachsen der Industrieanlagen erforderte eine beständige Steigerung der verfügbaren Arbeitskräfte. Um diese dauerhaft an den jeweiligen Standort zu binden, wurde bereits im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts damit begonnen, Werkswohnungen in Ortschaften wie beispielsweise Mansfeld, Hettstedt oder Eisleben zu errichten. Diese Verflechtung der Lebens- und Arbeitssphäre von Arbeiterinnen und Arbeitern erreichte während der DDR-Zeit ihren Höhepunkt: Großbetriebe wie das MKWP errichteten Kulturhäuser, Kindergärten, Krippen und Ferienlager. Der stets dahinterstehende staatliche Planungs- und Lenkungswillen lässt sich anhand dieser Unterlagen teilweise bis ins kleinste Detail nachvollziehen. Fast jede Wandvertäfelung, Tür und Bestuhlungsvariante von Festsälen wurde bereits im Projektierungsprozess durch die betriebseigenen technischen Zeichner berücksichtigt.

Darstellungen von Produktionsabläufen für interne und externe Zwecke

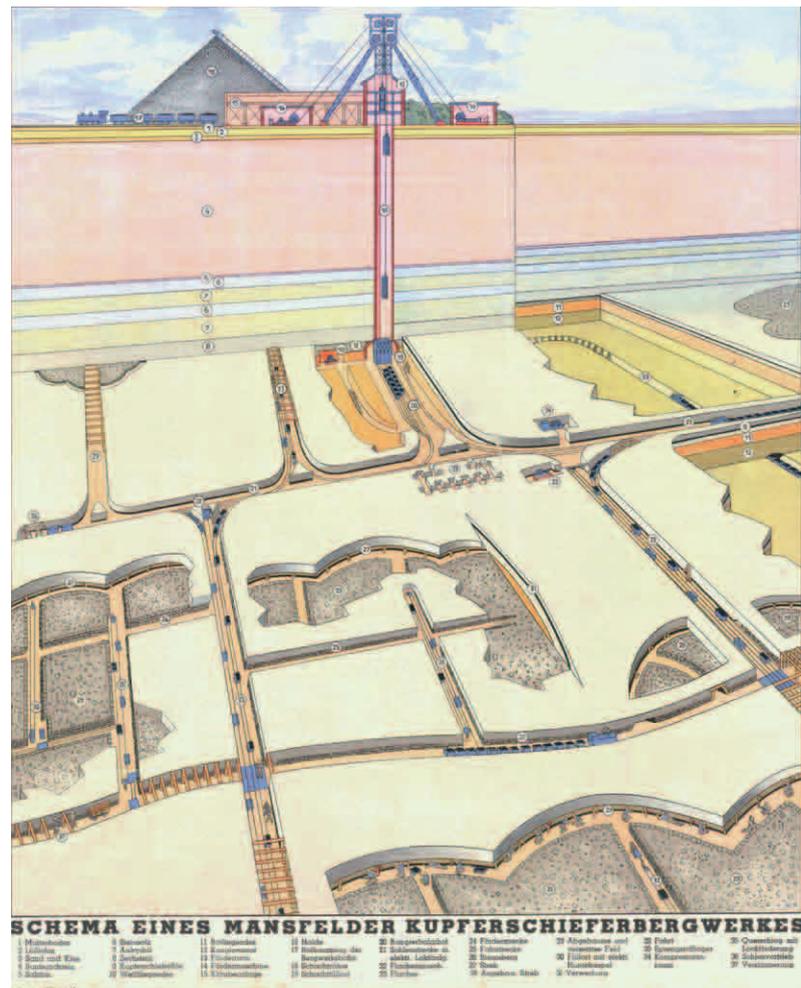
Insbesondere für interne Zwecke wie beispielsweise der Ausbildung wurden diverse Fließschemata und Übersichten erstellt, welche die einzelnen Schritte der unterschiedlichen Produktionsbereiche zusammen-

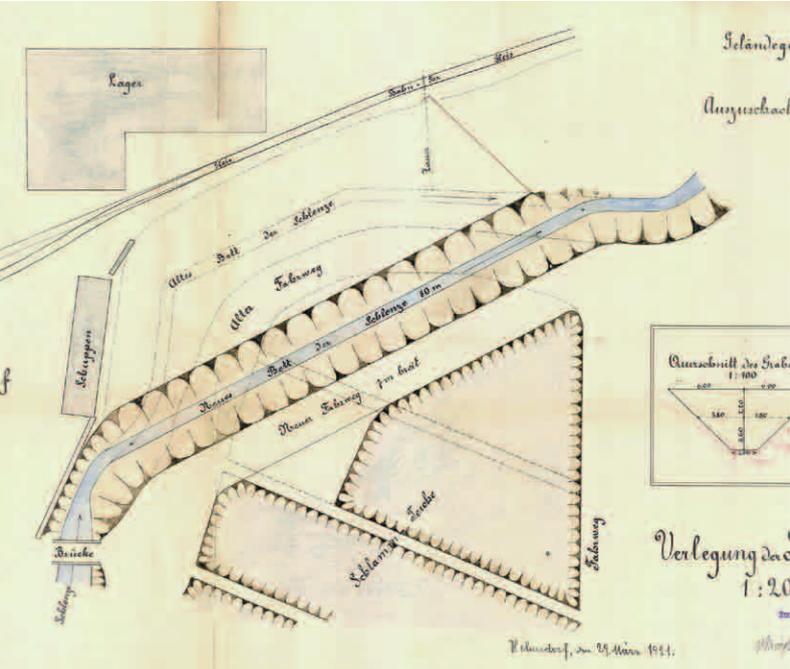
fassend darstellen. Auch bei dieser Quellenart ist ein deutlicher Anstieg während der DDR-Zeit feststellbar. Ähnlich verhält es sich mit grafischen Darstellungen, welche für Werbe- oder Marketingzwecke eingesetzt wurden. Bei dem hier gewählten Beispiel bedient man sich einer dreidimensionalen Darstellung, um die miteinander verbundenen unterirdischen und oberirdischen Prozesse beim Abbau von Kupferschiefer zusammenhängend abbilden zu können.

Teilprojekt zur Tiefenerschließung, Digitalisierung und Georeferenzierung der Karten, Risse und Pläne

Die schlaglichtartige Zusammenstellung der Besonderheiten der Karten, Risse und Pläne aus der Überlieferung des Mansfelder Kupferschieferbergbaus zeigt ihre enorme Relevanz im Hinblick auf die Erhaltung der mitteldeutschen Industriekultur. Gleichzeitig offenbart sie das Forschungspotential dieser Quellen, welches jedoch aufgrund des Erschließungszustands bisher nur ungenügend ausgeschöpft werden konnte. Um solchen Rückständen begegnen zu können, initiierte das Landesarchiv das Projekt „Ausbau einer nachhaltigen archivischen Forschungsinfrastruktur“, welches seit 2023 mit Bundesmitteln aus dem Mauergrundstückfonds gefördert wird. In verschiedenen Pilotprojekten werden hierbei Kernbestände intensiv erschlossen und online zugänglich gemacht.

Schema des Mansfelder Kupferschieferbergwerks, nach 1946 (LASA, F 604, Risse, Nachtrag Nr. 191)





Verlegung der Schlenze (Bach) zur Schaffung neuer Industrieflächen, 1921 (LASA, F 604, VIIIa, Nr. 18, Bl. 45)

Dazu gehören auch 3.800 Karten, Risse und Pläne aus den Beständen F 604 (Mansfeld-Unternehmen) und F 605 (MKWP). Der Fokus liegt hierbei einerseits auf der Historischen Rissammlung und andererseits auf dem Material, welches aus dem Mansfeldmuseum in Hettstedt übernommen werden konnte. Da die Historische Rissammlung überwiegend Unterlagen aus der Zeit vor der Einrichtung des VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck enthält, wird bei der Auswahl der weiteren Karten, Risse und Pläne darauf geachtet, ein zeitliches Gegengewicht zu schaffen, um alle Lebenszyklen der Mansfeld-Unternehmen möglichst gleichmäßig repräsentieren zu können. Weiterhin wird in diesem Projekt im Rahmen der Intensiverschließung erstmals im Landesarchiv durchgehend mit Normdaten gearbeitet. Normdaten sind vereinheitlichte Datensätze, die es durch eine einmalige Identifikationsnummer (ID) ermöglichen, zwischen gleichnamigen Personen oder Ortschaften zu unterscheiden. Somit können Suchergebnisse gezielt eingegrenzt werden. Über eine digitale Schnittstelle sollen die Normdaten künftig bei der Online-Stellung der Erschließungsinformationen mit den entsprechenden Datensätzen der „Gemeinsamen Normdatei“ (GND), die von der Deutschen Nationalbibliothek und daran angeschlossenen Einrichtungen geführt wird, verknüpft werden. Dies ermöglicht es den Nutzerinnen und Nutzern, zeit- und ortsunabhängig gezielte und institutionsübergreifende Recherchen durchzuführen. Im Anschluss an die Intensiverschließung werden alle 3.800 Karten, Risse und Pläne digitalisiert. Auch hierfür ist die Verknüpfung mit Normdaten ein großer Vorteil, da die Sichtbarkeit der historischen Unterlagen in einschlägigen Suchportalen erhöht und ein direkter Zugriff auf das Digitalisat ermöglicht wird.

Das letzte Projektziel umfasst die Georeferenzierung von ca. 500 Karten, Rissen und Plänen. Hierbei werden historische Karten durch die Verwendung einer speziellen Software auf moderne Karten ‚gelegt‘. Im Rahmen einer Kooperation mit dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation (LVerMGeo) des Landes Sachsen-Anhalt sollen auf diesem Weg bestimmte durch den Kupferschieferbergbau im Mansfelder Land bedingte geographische und topografische Veränderungen visualisiert und einer interessierten Öffentlichkeit digital präsentiert werden. Besondere Schwerpunkte liegen auf den Veränderungen der einzelnen Industriestandorte und dem durch die Mansfeld-Unternehmen initiierten sozialen Wohnungsbau.

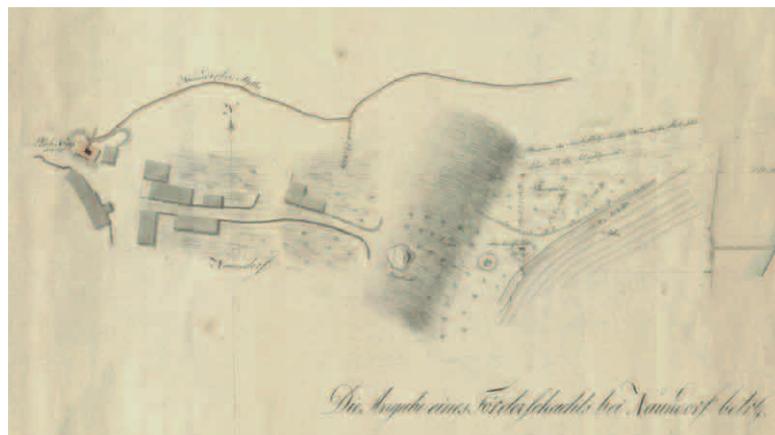
Fazit und Ausblick

Die Tiefenerschließung, Digitalisierung und die Online-Stellung der Projektergebnisse bieten unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen vielseitig nutzbare Ansätze, um die Bedeutung des mitteldeutschen Kupferschieferbergbaus zu erforschen. Die digitale Verfügbarkeit der Sammlung erhöht ihre Sichtbarkeit und Nutzungsfrequenz, wobei gleichzeitig das historisch wertvolle Original geschont wird. Die Präsentation der georeferenzierten Karten fördert zudem den Erhalt und das Wissen um einen der bedeutendsten mitteldeutschen Industriezweige.

Mit diesem Projekt ist ein erster wichtiger Schritt gemacht, um die Überlieferung des Mansfelder Kupferschieferbergbaus entsprechend modernen Nutzungsstandards zu präsentieren. Derzeit laufen die Vorbereitungen für ein weiteres Projekt, welches das Ziel hat, die fast 600 laufenden Meter Akten dieser Bestände archivfachlichen Standards entsprechend nutzerorientiert aufzubereiten.

Stephanie Eifert

Grundriss eines Stollens bei Strenznaundorf, 1805 (LASA, F 604, Risse III.B.13, Nr. 23)





Infrastrukturen der Erinnerung

Die Wirtschaftsüberlieferung der DDR in den 1990er Jahren

Sicherstellungen von Akten des Ministeriums für Staatssicherheit in Halle, Januar 1990 (Foto: Schulz) (BArch, Bild 183-1990-0104-013)

Dass die DDR-Vergangenheit über Archivgut und Akten aufgearbeitet werden sollte, galt in den 1990er Jahren als ausgemacht. Doch was geschah mit dem Schriftgut der Wirtschaft?

Mit der deutschen Vereinigung schien die Stunde der Archive geschlagen. Während der Umgang mit den Akten des MfS und der SED mittlerweile geschichtswissenschaftlich untersucht wurden, ist die Geschichte des Umgangs mit dem Schriftgut der Wirtschaft weniger bekannt. Kernüberlegung dieses Beitrags ist, dass die Transformation der frühen 1990er Jahre derartig tiefgreifend war, dass die Industriekultur der sogenannten neuen Bundesländer nicht nur durch politische und soziale Entwicklungen, sondern durch die Möglichkeiten, überhaupt Geschichte zu erzählen, geprägt wurden.

Archivwesen im Umbruch

Die DDR sollte nicht wie der Nationalsozialismus einem vermeintlichen Vergessen anheimfallen, sondern aufgeklärt und untersucht – untersuchbar – werden. Die neue Bundesrepublik wollte ein Beispiel in Sachen Aufarbeitung geben. Damit trafen sich offizielle Bemühungen mit den Ansprüchen der DDR-Bürgerrechtsbewegung, die Transparenz und Aktenzugang, insbesondere zu den Unterlagen des MfS, forderte.

Mit der Gauck-Behörde und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv wurden für zwei große Aktengruppen institutionelle Lösungen gefunden.

Die Diskussion dahinter drehte sich um die Frage,

wie die Archivgeschichte der DDR zu bewerten sei. In der Wochenzeitung „Das Parlament“ rückte die westdeutsche Historikerin Marianne Doerfel die Archive der DDR generell in die Nähe zum MfS. Archive in der DDR insgesamt seien Mittel der Diktatur gewesen und hätten der Durchsetzung eines SED-sanktionierten Geschichtsbilds gedient.

Auf der Gegenseite standen mit Liselott Enders oder Reinhard Kluge wichtige Vertretende der DDR-Geschichts- und Archivwissenschaft, die die Leistungen der DDR auf dem Gebiet der archivischen Bewertung und Verzeichnung verteidigten. Sie hoben etwa darauf ab, dass sich die Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze ob ihres allgemeinen Charakters dafür eignen würden, eine systematische Datenverarbeitung im gesamtdeutschen Archivwesen einzuführen.

Entscheidend an dieser Diskussion war zum einen, dass die Grenzen nicht zwischen Ost- und Westarchivarinnen und -archivaren verliefen. In einer gemeinsamen Erklärung verlangten der Verein deutscher Archivare und der Verband der Archivare der DDR im August 1990 etwa, dass die neuen Landesarchive nicht den Innenministerien zuzuordnen seien – was ein Memento politischer Einflussnahme auf die Überlieferungsbildung darstelle. Zum anderen blieb für Diskussionen keine Zeit: Während die Standortbestimmung in den „Archivmitteilungen“ noch anlief, schufen Vereinigung und Treuhandanstalt (THA) Fakten.

Vom Depot zu DISOS

Dass besonders das Wirtschaftsschriftgut nach der Vereinigung gefährdet sein würde, ließ sich bereits in den „Archivmitteilungen“ im ersten Halbjahr 1990 lesen. Mit der DDR-Archivgesetzgebung und der Verstaatlichung der Betriebe gehörten auch deren Akten zum staatlichen Archivfonds. Je nach Einstufung in das dreigliedrige Schema der Wertkategorie waren Unterlagen an die staatlichen Archive abzugeben. Lediglich ausgewählte Kombinate und VEB unterhielten eigene Endarchive, darunter Leuna, Buna und Wolfen.

Die Politik der THA schloss damit auch die Privatisierung der Betriebsarchive ein. Die Unschärfe, die sich 1990 einstellte, beruhte darauf, dass nicht klar war, was mit den Akten liquidierten Betriebe und mit privatisierten Akten von historischer Bedeutung geschehen sollte.

In der folgenden, unter hohem Zeitdruck stehenden Aushandlung engagierte sich eine Reihe von Akteuren, angefangen bei den im Entstehen begriffenen Landesarchiven, die auf die Fortgeltung der DDR-Gesetze bis zur Verabschiedung eigener Landesarchivgesetze (in Sachsen-Anhalt 1995) insistierten. Daneben trat die Vereinigung Deutscher Wirtschaftsarchivare (VdW) auf den Plan: Klara van Eyll, Direktorin des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs in Köln, intervenierte im Frühjahr 1991 durch einen Aufruf im „Archivar“ bei der THA-Geschäftsleitung. Darin forderte sie „Sofortmaßnahmen für die Sicherung des

Akten zum Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz im Betriebsarchiv der Leunawerke, 1964 (Foto: Helmut Schaar) (BArch, Bild 183-C0320-0049-001)



Schriftguts der Wirtschaft“, um dessen „unkontrollierte[...] Vernichtung“ zu verhindern.

Parallel zu diesen Interventionen organisierten sich vor allem in Berlin/Brandenburg sowie in Sachsen die Betriebsarchivarinnen und -archivare, die bereits in der DDR im Austausch gestanden hatten. Sie versuchten, innerhalb der Betriebe ihre Position zu wahren und die Archive zu retten – was nur in Ausnahmefällen gelang. Diese regionalen Gruppen suchten rasch den Anschluss an den VdW, um nach westdeutschem Vorbild bei den Industrie- und Handelskammern Wirtschaftsarchive aufzubauen. Während eine solche Institutionalisierung im Fall des Sächsischen Wirtschaftsarchivs gelang, scheiterte sie in Sachsen-Anhalt.

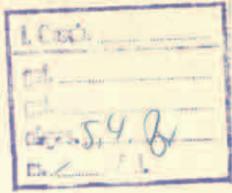
Die Unbekannte in der Gleichung blieb jedoch die THA. Diese sah zunächst vor, dass die Verantwortung für Wirtschaftsschriftgut bei den regionalen Direktoraten liegen sollte. Eine Aufbewahrung war im Rahmen der Pflichten nach dem Handelsgesetzbuch vorgesehen. Im Original sollten lediglich Geschäftsberichte und Bilanzen, der Rest platzsparend „auf Bildträgern oder anderen Datenträgern archiviert werden“. Letztlich kam es jedoch zum Aufbau sogenannter Landesdepots in den Landeshauptstädten, die die Unterlagen liquidierten Betriebe verwahrten. Ein Grund dafür war, dass die Landesarchive erklärt hatten, die mit den Unterlagen verbundene Auskunftspflicht für die Rentenversicherung nicht übernehmen zu können. Stattdessen erteilten die Depots diese Auskünfte. Gleichzeitig sollte ab 1996 dort eine Bewertung stattfinden, bevor deren Bestände in die Landesarchive übergangen. Erschwert wurde diese Konstellation dadurch, dass die Abteilung Verwaltung der THA 1994 als Datenverarbeitung-Informationssysteme, Organisation und Service GmbH (DISOS) privatisiert wurde. Die Verwaltung der Depots übernahm die DISOS als Dienstleister für die Nachfolgeinstitution der THA. Die DISOS, inzwischen von IBM übernommen, wiederum verlor diesen Auftrag 2006 an die Rhenus Logistik GmbH.

Korporatismus, Privatisierung und Archivwerttheorie

Wie ordnet sich nun der Umgang mit den Akten in die Geschichte der 1990er Jahre ein? Erstens steht im Hintergrund die Frage nach der Kotransformation, also den Rückwirkungen des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandels auf die alte Bundesrepublik. Deutlich wird hier, dass sich insbesondere der VdW gründlich verschätzte. Der Verband hatte auf die Landesdepots gesetzt – insbesondere in Sachsen

Hegelstr. 25
PSF 4023
0-3010 Magdeburg

SKL Motoren- und Systemtechnik AG
(vormals Buckau Wolf)
Herrn Vorstandsvorsitzenden
Dr. Modes
Alt Salbke 6-10
0-3013 Magdeburg



Ihre Zeichen

Ihre Handchrift vom

Urgang Zeichen

Datum

5.2.5.0-br

02.04.1991

7103

Sicherung von Archivgut

Sehr geehrter Herr Dr. Modes!

In Wahrnehmung archivischer Verantwortung wendet sich das Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt nochmals mit der Bitte an Sie, auch unter komplizierten wirtschaftlichen Bedingungen zu gewährleisten, daß die historisch wertvolle Überlieferung Ihres Unternehmens bewahrt und sachgemäß behandelt wird. Die grundlegenden Voraussetzungen dafür sind die Erhaltung Ihres Archives und dessen weiterhin qualifizierte Besetzung, die erst eine effektive Einflußnahme auf die Verwaltung des Schriftgutes in den Strukturteilen und dessen kontinuierliche Übernahme in das Archiv ermöglicht. Um die Tragweite des Archivproblems zu verdeutlichen, möchte ich gleichfalls darauf verweisen, daß in Ihrem Archiv neben der jetzt ausschließlich historisch wertvollen Überlieferung auch eine hohe Anzahl von Unterlagen lagert, die aus praktischer Sicht kurz- oder längerfristig aufbewahrt und in betrieblichem Interesse schnell und qualifiziert für die Benutzung bereitgestellt werden muß. Zu diesem Schriftgut zählen beispielsweise Lohn- und Gehaltsunterlagen, Unfallmeldungen, technische Unterlagen, Verkaufsunterlagen.

Ich bitte Sie deshalb, berücksichtigen Sie in historischem und eigenem Interesse bei Entwicklungskonzepten für Ihr Unternehmen ausreichend das Archiv, denn es ist bzw. kann Ihnen eine wertvolle Hilfe werden. Das Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt sichert Ihnen nach wie vor seine Unterstützung zu. Konsultieren Sie uns bitte, wenn es auf archivischem Gebiet Schwierigkeiten gibt bzw. informieren Sie uns bitte, wenn es bereits zu Veränderungen gekommen ist. In der Hoffnung auf die Sicherung der archivischen Quellen und eine weitere gute Zusammenarbeit verbleibe ich

Beispiel eines Schreibens des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt an Betriebe seines Zuständigkeitsbereichs zur Erhaltung der betrieblichen Überlieferung und der Archive in der Zeit des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs, April 1991 (LASA, Registratur, Nr. 56413-I 34)

und Berlin/Brandenburg, aber auch in Sachsen-Anhalt, herrschte die Hoffnung vor, die Depots würden den Kern regionaler Wirtschaftsarchive bilden. Damit versuchte sich der VdW auch in der Konfrontation mit der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG) durchzusetzen, die „schlankere“ Lösungen für Unternehmen anbot. Die GUG hatte sich durch eine Außenstelle in Potsdam und einen Ratgeber zur Führung von Unternehmensarchiven bereits früh als Akteur ins Spiel gebracht.

Das verweist auf die zweite Interpretationsachse, nämlich die Frage, wie die DISOS in die Geschichte des Archivwesens einzuordnen ist. Die DISOS trat mit einem grundsätzlicheren Anspruch an als lediglich zeitlich begrenzt Lagerhallen für Altakten zu verwalten. In seinen Publikationen wies das Unternehmen unermüdlich darauf hin, dass es Archive effizienter führen könnte, als eine Behörde. Es wollte beweisen, dass Archive kein „Cost“, sondern ein „Profit Center“ seien. Der Boom privater Archivdienstleister seit den 1990er Jahren, inklusive entsprechender Skandale („Aktenlager Immelborn“), war Konsequenz dieser

Verheißung. Die Erwartungen an die elektronische Datenverarbeitung begünstigten im Archivwesen der Wirtschaft Karrieren von Mathematikerinnen und Mathematikern sowie Physikerinnen und Physikern mit entsprechenden Erfahrungen.

Diese Geschichte ist drittens eng verwoben mit der Geschichte der Archivreformdebatten. Die Archivalandschaft der frühen 1990er Jahre war geprägt durch die „neue archivische Bewertungsdiskussion“, ausgelöst durch die Neuübersetzung von Theodore Schellenbergs „The Appraisal of Modern Records“ im Jahr 1990. Die Diskussion drehte sich um die Frage, ob in der Überlieferungsbildung der „Evidenzwert“ oder der „Informationswert“ entscheidend sein sollten. Die Orientierung am „Evidenzwert“ zielte darauf ab, die Arbeitsweise der überlieferungsbildenden Stelle zu dokumentieren. Der „Informationswert“ dagegen stellte den Inhalt von Akten ins Zentrum. Diese Diskussion selbst war Resultat des Endes des Kalten Krieges. Der Archivar Bodo Uhl trat 1990 mit einer Generalabsage an Archivwerttheorien auf: Nachdem sowohl BRD als auch DDR darin versagt hätten, inhaltliche Kriterien für die Bewertung zu ermitteln, seien diese Versuche gänzlich aufzugeben.

Die Bewertungsdiskussion ist als Kontext für den Umgang mit dem Wirtschaftsschriftgut wesentlich. Im Spannungsfeld der Archivwissenschaft zwischen Geschichts- und Informationswissenschaft war Raum für das Experiment DISOS. Die Absage an Werttheorien verschaffte Positionen, die Akten als Logistikproblem und Archivarbeit als „Records Management“ betrachteten, Aufwind.

Archive und Industriekultur

In den frühen 1990er Jahren traf die von Unternehmen und Verbänden organisierte archivische Industriekultur der alten Bundesrepublik auf die staatlich organisierte archivische Industriekultur der DDR. Daraus entwickelte sich jedoch keine Übernahme des westdeutschen Modells. Durch die Politik der THA spitzte sich die Situation, nicht nur in den sogenannten neuen Bundesländern, rasch zu einer grundsätzlichen Konfrontation von staatlichen und privaten Organisationsformen im Archivwesen zu. Das Archivwesen zeigt anschaulich, wieso die Erinnerungskulturen des Ökonomischen nicht die befriedende Funktion entfalteten wie in Westdeutschland, sondern im Gegenteil bis heute Teil einer umstrittenen Erinnerung sind.

Jan Kellershoehn

(Institut für Landesgeschichte am Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt)

Kleinbahnen Kreis Jerichow I.

Fahrplan, gültig vom 1. Juni 1917 ab.

Burg-Grabow-Magdeburgerforth-Ziesar.

Klasse	1			2			3		
	2 u. 3	4	5	2 u. 3	4	5	2 u. 3	4	5
1. Kl.	8:00	11:00	14:00	16:00	19:00	22:00	8:00	11:00	14:00
2. Kl.	11:00	14:00	17:00	19:00	22:00	25:00	11:00	14:00	17:00
3. Kl.	14:00	17:00	20:00	22:00	25:00	28:00	14:00	17:00	20:00

Loburg-Grosslübars-Altengrabow-Magdeburgerforth-Ziesar.

Klasse	1			2			3		
	2 u. 3	4	5	2 u. 3	4	5	2 u. 3	4	5
1. Kl.	7:00	10:00	13:00	15:00	18:00	21:00	7:00	10:00	13:00
2. Kl.	10:00	13:00	16:00	18:00	21:00	24:00	10:00	13:00	16:00
3. Kl.	13:00	16:00	19:00	21:00	24:00	27:00	13:00	16:00	19:00

Forschungen im Landesarchiv

Mit seiner Überlieferung aus über elf Jahrhunderten bietet das Landesarchiv Sachsen-Anhalt die wichtigste Quellengrundlage für Forschungen zum heutigen Bundesland und seiner territorialen Vorgänger. Diese kann von allen Interessierten in den Lesesälen des Landesarchivs, in stetig wachsendem Maße aber auch online genutzt werden.

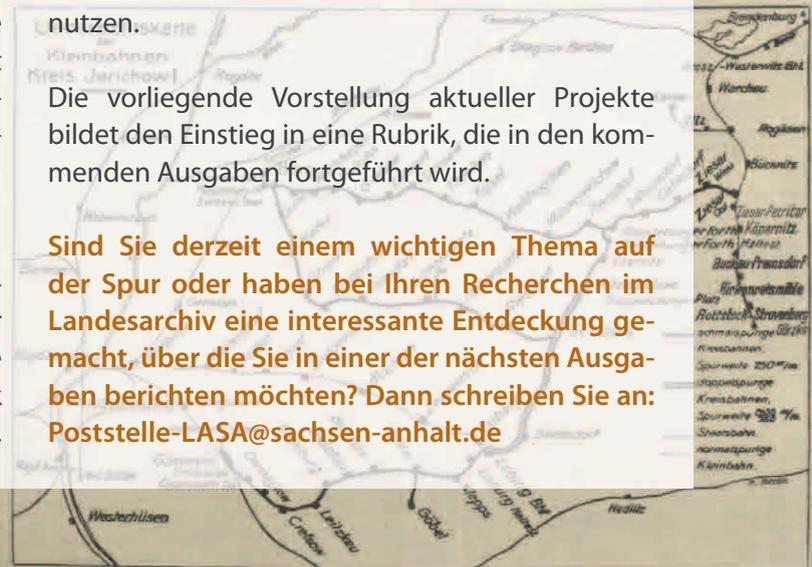
Die Nutzungsanliegen und Forschungsinteressen sind dabei sehr unterschiedlich und reichen von privaten Auskunftsanliegen und Familienforschungen über heimatkundliche Recherchen bis hin zu nationalen und internationalen Forschungsprojekten. Egal, ob es sich um universitäre Forschungen und Qualifikationsarbeiten handelt oder um private Recherchen: Öffentliches Archivgut kann unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen von allen Interessierten genutzt und eigenständig ausgewertet werden.

In den folgenden Beiträgen stellen Nutzende unterschiedliche Projekte unter Einbeziehung der Überlieferung des Landesarchivs vor. Als kurze Werkstattberichte vermitteln sie einen Eindruck von den vielfältigen Forschungsmöglichkeiten.

Zeitlich und thematisch ist das Spektrum breit gefächert: Es reicht von der Datierung einer Ottonenurkunde über die Geschichte der Pfälzer Kolonie in Magdeburg bis hin zur Baugeschichte des Schlosses Ballenstedt. Universitäre Forschungsprojekte, etwa zur Rolle der Frauen in der kommunalen Politik und Untersuchungen der medizinischen Versorgung in den Jugendhäusern im DDR-Bezirk Halle sind genauso vertreten wie Stiftungen und Vereine, welche die historische Überlieferung des Landesarchivs beispielsweise für waldwirtschaftliche Forschungen zum Dauerwald Bärenthoren oder zu den Kleinbahnen des Kreises Jerichow I nutzen.

Die vorliegende Vorstellung aktueller Projekte bildet den Einstieg in eine Rubrik, die in den kommenden Ausgaben fortgeführt wird.

Sind Sie derzeit einem wichtigen Thema auf der Spur oder haben bei Ihren Recherchen im Landesarchiv eine interessante Entdeckung gemacht, über die Sie in einer der nächsten Ausgaben berichten möchten? Dann schreiben Sie an: Poststelle-LASA@sachsen-anhalt.de



Die links von den stehen
Die Nachtzeiten von
zahlen gekennzeichnet.
bedeutet: Zug hält nach Bedarf.
a. w. bedeutet: Sämtliche Sonntagszüge verkehren bis auf weiteres.



Otto I. dedit ad Monachos
 in Vallumbrois
 pro Anno 966

2. 1177. n. 21.

11. 12. 18

Zur Datierung von D O I. 50 – Magdeburg, 5. Oktober 950?

D O I. 50, Magdeburg (LASA, U 1, Ia Nr. 8)

Die Datierung von Urkunden erfolgte im Mittelalter noch nicht nach dem heute weithin gebräuchlichen Gregorianischen Kalender. Vielmehr stellt ihre exakte zeitliche Einordnung Historikerinnen und Historiker mitunter vor Probleme – wie der Verfasser am Beispiel der Ottonenurkunde U 1, Ia Nr. 8 (bzw. D O I. 50) aus dem 10. Jahrhundert detailliert nachzeichnet.

Charakterisierung der Urkunde Ottos I.

Trotz seines kleinen Formats und kurzen Textes darf D O I. 50 als wichtiges und bisher weitgehend unberücksichtigtes Zeugnis der frühen Herrschaftszeit Ottos I. gelten. Laut dem überlieferten Text schenkt König Otto I. dabei für das Seelenheil seiner geliebten Gemahlin Editha („pro remedio animae dilectissimae coniugis nostrae Aedgidis“) sowie für das Wohl seines Sohnes Liudolf („et pro salute filii nostri Liudulfi“) der von einem gewissen Marco geleiteten Kirche zu Fallersleben Ländereien im historischen Flächenumfang von fünf Hufen, zudem genauso viele Familien (von Unfreien) mit allem Zubehör zu Ehmen bzw. Gehmen („Gimin“). Ausgestellt in der Pfalz zu Magdeburg („Actum in Magedaburg palatio“), dem von Otto bevorzugten Aufenthaltsort in Ostsachsen, wird die Urkunde nach einem zeitgenössischen Kalendersystem auf das Inkarnationsjahr 966, die 9. bzw. 14. Indiktion („indictione VIII oder XIII“: die Lesung ist umstritten), den vierten Wochentag (Mittwoch) und die 3. Nonen des Oktober (5. Oktober) datiert.

Das Layout und Erscheinungsbild der noch im Original erhaltenen Urschrift passt gut zu den diploma-

tischen Gepflogenheiten der frühen Jahre Ottos I.: Typisch ist ein großes C-förmiges Chrismon, das in Urkunden die Anrufung Gottes symbolisiert, außerdem das als H gestaltete Herrschermonogramm sowie ein noch vorhandenes Rekognitionszeichen, also das grafische Beglaubigungsmittel eines hohen Kanzleimitarbeiters, das im späten 10. Jahrhundert außer Mode geraten ist.

Inhaltliche Besonderheiten

Dennoch handelt es sich keineswegs um eine übliche Herrscherurkunde. Der Seelenheilpassus, mit seiner starken Betonung der Fürsorge für die erste Frau des Herrschers und ihren gemeinsamen Sohn Liudolf, fällt deutlich aus dem Rahmen und ist schon Karl Leyser aufgefallen, der daraus eine sonst unbelegte Krise bzw. Krankheit Edithas (vielleicht eine Fehlgeburt) erschließen wollte. Ebenso interessant sind die vielen Nachträge im Urkundentext, die sich keineswegs auf Korrekturen beschränken: Ursprünglich ließ der Notar Lücken für den Namen des übertragenen Guts („Gimin“), den wesentlichen Teil des Inkarnationsjahres („LXVI“) sowie die Indiktion („VIII“ bzw. „XIII“), die



D O I. 50, Magdeburg (LASA, U 1, Ia Nr. 8)

er erst später mit anderer Tinte nachtrug. An sich ist dieses Prozedere nichts Ungewöhnliches, und selbst die offensichtlichen Widersprüche bei der Datierung (weder die 9. noch die 14. Indiktion passt zum Inkarnationsjahr 966) verwundern nicht sonderlich, denn die Datierung von Rechtshandlungen und ihre Niederschrift bereitete den Notaren des zweiten Liudolfinger-Herrschers bekanntlich große Probleme, die oft zur Nachtragung von Datierungselementen (seien sie richtig oder falsch) führte.

Unstimmigkeiten bei der Datierung

Bei diesem Diplom sind die Probleme jedoch erheblich größer: Aus unersichtlichen Gründen fällt das zu erwartende Regierungsjahr völlig aus, während die (teilweise nachgetragene) Inkarnation im Widerspruch zum Text selbst steht, denn zum Zeitpunkt seiner Abfassung war der 962 zum Kaiser gekrönte Otto noch lediglich König, der 957 verstorbene Königssohn Liudolf noch am Leben und der 953 zum Erzkaplan gewordene (und 965 gestorbene) Brun von Köln noch Kanzler. Das Original selbst spricht entschieden gegen eine Datierung auf 966, denn das (eindeutig echte) Königssiegel trägt deutliche Zeichen des nur vor dem 9. August 952 attestierten Zackenrands.

Fälschung oder Original?

Aufgrund dieser Unstimmigkeiten wurde das Diplom von Karl Friedrich Stumpf in seinem Verzeichnis der deutschen Königs- und Kaiserurkunden vor 1197 als Fälschung eingestuft. Seit den Forschungen von Theodor Sickel, dem wir die maßgebliche Edition verdanken, gilt es jedoch als über jeden Verdacht erhaben, denn es wurde von einer Hand geschrieben, die in anderen echten Urkunden der Zeit bezeugt ist (und die Sickel Brun C bzw. BC taufte). Sickel datierte es aufgrund der zweifachen Tagesdatierung auf das Inkarnationsjahr 942, denn in diesem Jahr fiel der 5. Oktober auf einen Mittwoch, was dann erst wieder 953 der Fall war. (Zu dieser Zeit hatte jedoch Liudolf die Kanzlerwürde von dem im D O I. 50 noch genannten Brun übernommen.) Als Sickel bei weiterem Nachforschen erkannte, dass Brun C auch für das auf den 7. Oktober 966 zu Magdeburg datierte D O I. 129 verantwortlich war, neigte er anfangs dazu, es im Zusammenhang mit D O I. 50 zu betrachten und beide Urkunden auf Herbst 942 zu datieren. Er ist jedoch später in seiner Edition davon abgewichen, da das bei D O I. 129 vorhandene (möglicherweise antizipierte) Regierungsjahr („XVI“) und die Nennung von Ruotbert von Trier als Erzkaplan eher ins Jahr 950 passten. In beiden Fällen ist die Forschung Sickel seitdem fast einhellig gefolgt.

Neue Erkenntnisse

Eine erneute Überprüfung des im Landesarchiv Sachsen-Anhalt noch erhaltenen Originals führt jedoch zu einer kleinen (aber wichtigen) Revision der Beweisführung Sickels. Denn wenn man Sichel folgen will, hätte derselbe Notar (Brun C) zweimal Urkunden in Magdeburg im frühen Oktober niedergeschrieben (5. Oktober 942, 7. Oktober 950), wobei er beide Male die Inkarnation (irrtümlich) als 966 nachgetragen hätte. Aus seinen anderen Urkunden wissen wir, dass Brun C große Probleme bei der Datierung seiner Stücke hatte. Dass er jedoch zweimal in Magdeburg im frühen Oktober – im Abstand von acht Jahren! – genau denselben großen Fehler bei der Inkarnationsrechnung begangen haben soll, ist kaum glaubhaft – es muss eine Verbindung dazwischen geben.

Visuell und textuell steht D O I. 50 außerdem D O I. 129 deutlich näher als den anderen Ausfertigungen von Brun C: Beide Diplome haben das vergrößerte O von „Otto“ im einleitenden Urkundenteil (der *Intitulatio*) ebenso gemeinsam, wie das auffällig groß geschriebene N von „noverit“ am Anfang des mittleren Urkundenteils (der *Publicatio*). Zudem stimmt das Satzzeichen am Ende der Datierungszeile überein und sie enthalten auch beide eine unter den Urkunden von Brun C sonst selten begegnende *Apprecatio* gleich vor diesem Zeichen. Da Brun C (wie andere Notare) seltener Fehler bei der Berechnung des Regierungsjahrs als bei der Inkarnation beging, wird man jedoch Sichel entgegen der Einreihung von D O I. 129 zu 950 den Vorzug gegenüber der von D O I. 50 zu

D O I. 129 (Maastricht, Historisch Centrum Limburg, Archief Vrije Rijksheerlijkheid Thorn (10e eeuw–1550), 01.187A, Nr. 1)



942 geben: Letzteres wurde nur aufgrund der (höchst ungewöhnlichen) zweifachen Tagesbestimmung datiert, während das Herrscherjahr „XVI“ bei ersterem nur auf Oktober 950 (antizipiertes Regierungsjahr: unter Otto I. wird das Regierungsjahr oft um eins zu hoch gerechnet) bzw. 951 (richtiges Regierungsjahr) verweisen kann – und da der Hof sich Oktober 951 in Pavia und nicht in Magdeburg befand, bleibt nur 950 übrig. Eine Datierung auf Herbst 950 erklärt auch die Indiktion von D O I. 50 besser (die ich gegen Sichel als „VIII“ lese), denn die richtige Angabe wäre „VIII“, und Wegfall oder Zufügung eines „I“ kommt mehrfach vor – ja, „VIII“ wäre sogar richtig, wenn Brun C den 1. oder 24. September als Epochentag gebrauchte, wie viele Urkundenschreiber der Zeit.

Eine Entstehung im Oktober 950 erklärt ebenfalls die unterschiedliche Behandlung von Liudolf und Editha im Seelenheilpassus – die Urkunde wird „für das Seelenheil“ („*pro remedio animae*“) Edithas, jedoch nur „für das Wohlergehen“ („*pro salute*“) Liudolfs ausgestellt – denn zu dieser Zeit war die Königin seit vier Jahren tot.

Auswirkungen der Umdatierung

Was sind die Folgen dieser Umdatierung? In erster Linie vertieft sie unser Verständnis dieses wichtigen, aber nur schwer deutbaren Schriftstücks, das man jetzt zu einer Reihe von nach 946 für das ewige Gedenken Edithas ausgestellten Urkunden zählen kann. Sie hat auch Implikationen für die Pfalzen- und Itinerarforschung, denn die sicher belegten Herrscheraufenthalte in Magdeburg unter Otto I. werden jetzt um einen verringert (von 22 zu 21), wobei ihre Spitzenstellung nicht ernstlich bedroht wird. Die Umdatierung rückt die Karriere des Notars Brun C ebenfalls in neues Licht, dessen sicher bezeugte Tätigkeit sich nicht mehr von 942 bis 956 erstreckt, sondern allenfalls von 948 bis 956 – und möglicherweise nur von März 948 (D O I. 97A) bis Dezember 952 (D O I. 159). Vor allem wird deutlich, wie wichtig es ist, grundsätzliche Fragen über die Entstehung unserer urkundlichen Quellen immer wieder neu zu stellen und bisher gültiges Wissen nicht stillschweigend zu übernehmen. Es gibt also noch viel zu tun!

Levi Roach
(University of Exeter)



Quellen zur Pfälzer Kolonie

Magdalenenkapelle, Petri- und Wallonerkirche in Magdeburg, 2022 (Foto: B. Metzling)

Die Geschichte der Pfälzer Kolonie in Magdeburg lässt sich anhand der Überlieferungen des Landesarchivs ebenso wie des Stadtarchivs detailliert nachvollziehen. Der folgende Beitrag stellt die zentralen Bestände vor.

Im Jahr 1939 erschien von Johannes Fischer die Publikation „Die Pfälzer Kolonie zu Magdeburg – Zum Andenken an ihre vor 250 Jahren erfolgte Begründung“ (erschieden in der Reihe: Magdeburger Kultur- und Wirtschaftsleben Nr. 19, hrsg. von der Stadt Magdeburg, 1939), die bis heute ein Standardwerk ist, wenn man sich mit der Geschichte der Pfälzer Kolonie von 1689 bis 1808 in Magdeburg beschäftigt. Auf den Seiten 16 und 17 wird die Flucht der Mannheimer wallonisch-reformierten Gemeinde beschrieben: Wegen der Zerstörung ihrer Heimatstadt Mannheim im März 1689 durch die Franzosen im Pfälzer Erbfolgekrieg (1688–1697), kam eine ganze Stadtgemeinde nach Magdeburg, fast 1.000 Flüchtlinge. Am Ende der Seite 17 ist mit einem kleinen Sternchen folgende Quellenangabe vermerkt: „Die Namen der Einquartierten und ihrer Quartierwirte sind überliefert (Staatsarchiv, Pfälzer Kolonie, Miscellanea).“ Sollte es wirklich noch eine Liste vom Juni/Juli 1689 geben, in der die Neuankömmlinge und ihre Herbergswirte in Magdeburg verzeichnet sind? Und warum liegt ein großer Teil der Akten zur Pfälzer Kolonie im heutigen Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg, und nicht im Stadtarchiv Magdeburg?

Die Pfälzer Kolonie in Magdeburg

Zwischen 1685 und 1808 befanden sich drei selbständige städtische Gemeinwesen in Magdeburg: der Magistrat der Stadt Magdeburg, der Magistrat der Französischen Kolonie und der Magistrat der Pfälzer

Kolonie. Das Recht zur Selbstverwaltung war den beiden reformierten Kolonien mit dem Potsdamer Edikt von 1685 und dem Gröninger Privileg von 1689 durch den Kurfürsten von Brandenburg gestattet worden. Die Pfälzer Kolonie unterstand der juristischen Aufsicht der Pfälzer Kolonie-Kommission, die ihren Sitz in Magdeburg hatte und aus dem jeweiligen Stadt- bzw. Festungskommandanten, einem Mitglied der Regierung und einem Mitglied der Kriegs- und Domänenkammer (also zwei Räten) bestand. Während der Kolonierichter als erste juristische Instanz fungierte, wurden Streitfälle in der zweiten Instanz an die Pfälzer Kolonie-Kommission überwiesen. Die Kolonie-Kommission unterstand wiederum dem Pfälzer Oberdirektorium oder Kolonie-Departement in Berlin, das über alle Pfälzischen Kolonien in Brandenburg die Aufsicht führte. Deshalb befindet sich die schriftliche Überlieferung zur Pfälzer Kolonie-Kommission im Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg, und zum Pfälzer Kolonie-Departement im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin.

Überlieferung des Landesarchivs

Das Verwaltungshandeln der Pfälzer Kolonie-Kommission in Magdeburg wird in den Akten des Bestandes Db 18 Stadtgericht Magdeburg, 05.e Pfälzer Kolonie Magdeburg (1689–1809) im Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg, deutlich. Diese Überlieferung umfasst 145 Akten mit drei Schwerpunkten:

- Db 18, 05.01. Allgemeine Verwaltungs- und Gerichtssachen 1689–1805
- Db 18, 05.02. Testamente, Nachlasssachen und Familienverträge 1690–1809
- Db 18, 05.03. Grundstücks- und Hypothekensachen 1690–1809

Die Akten über Verwaltungs- und Gerichtssachen der Pfälzer Kolonie-Kommission beinhalten Anliegen der Pfälzer Kolonie in Magdeburg, aber auch der Pfälzer Kolonien in Burg, Calbe, Aken und Halle, wie etwa die Besoldung von Ratsmitgliedern, Kirchen-, Schul- und Bausachen. Die Punkte 05.02. und 05.03 betreffen dann nur die Bürger der Pfälzer Kolonie Magdeburg und sind eine einmalige Quelle für genealogische Forschungen und für die Wirtschafts- und Sozialstruktur einer Bürgergemeinde.

Schon im August 1689 ernannte Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg Johann Henrich Reich zum Richter und Stadtschreiber der Pfälzer Kolonie für ein Jahresentgelt von 200 Talern, zahlbar pro Quartal 50 Taler. Das frühzeitige Verwaltungshandeln des Kurfürsten lässt sich in Db 18 e, Nr. 2 Bestallung und Besoldung der Ratsmitglieder der Pfälzer Kolonie Magdeburg, Bd. 1 (1689–1750) sehr gut rekonstruieren. In Db 18 e, Nr. 4 Kommissionsakten in Sachen Pfälzer Kolonie, Bd. 3 (1690–1726) und Db 18 e, Nr. 6 Miscellen zur Pfälzer Kolonie Magdeburg 1689 sind ganz besondere Dokumente überliefert: die Namenslisten aller Bürger der Pfälzer Kolonie in der Altstadt, der Neustadt und Sudenburg unter anderem mit Angaben über ihre Berufe, Familienangehörige, Mägde und Knechte, über die Wohnsituation und die Einschätzung der Lebensverhältnisse für jede einzelne bürgerliche Koloniefamilie in den Jahren 1722 und 1758. Für eine klar definierte Gruppe Magdeburger Bürger sind somit detailreiche statistische Unterlagen vorhanden.

In Db 18 e, Nr. 6 Miscellen zur Pfälzer Kolonie Magdeburg ist auch die oben bei Johannes Fischer erwähnte Einquartierungsliste über die Unterbringung der ersten Flüchtlinge vom Juni/Juli 1689 überliefert.

Einquartierungsliste (LASA, Db 18 e, Nr. 6, Bl. 7–8)



Privileg von Gröningen in Französisch und Deutsch (LASA, Db 18 e, Nr. 4 (Französisch) und Nr. 5 (Deutsch))

Mit der Angabe des Berufs, des Namens und der Personenzahl der Familienmitglieder wurden die pfälzischen Flüchtlinge teilweise bei Privatpersonen und teilweise in Baracken untergebracht. Auch die mitgeführten Pferde wurden vermerkt.

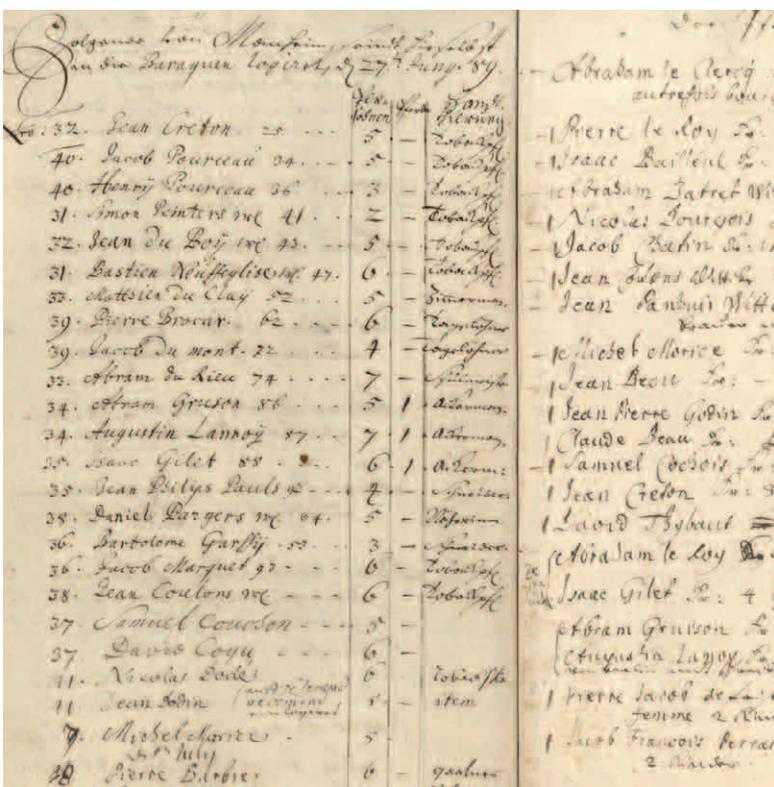
In den drei Bänden Kaufprotokollbücher der Pfälzer Kolonie Magdeburg werden für die 100 Jahre von 1690 bis 1791 komplexe familiäre und wirtschaftliche Strukturen unter den Familien der Kolonie durch den Kauf und Verkauf von Häusern und Äckern sichtbar.

Überlieferung des Stadtarchivs

Im Stadtarchiv Magdeburg befindet sich das Bürgerbuch bzw. die Bürgerrolle der Pfälzer Kolonie. In diesem Bürgerbuch wurden alle Personen, die Bürger der Pfälzer Kolonie geworden sind, von der Ankunft in Magdeburg am 20. Juni 1689 bis zur Auflösung der Kolonie im Jahr 1808, alphabetisch eingetragen. Auch die zeitlich letzten Akten zur Pfälzer Kolonie liegen im Stadtarchiv: unter Rep. 7 B 35 bis B 37 ist die Teilung des Vermögens der Pfälzer Kolonie unter den Kämmerern der Städte Magdeburg, Neustadt und Sudenburg von 1808 bis 1885 rechnerisch detailliert aufgeführt. Der Band 36 enthält dazu das letzte komplette Bürgerverzeichnis von 1808 mit den Angaben der Namen, der Berufe und der Größe der bewirtschafteten Äcker der Koloniebürger.

Die vielseitigen, detaillierten, man kann schon sagen lebendigen Quellen zur Pfälzer Kolonie Magdeburg in den Beständen Db 18 05.e und im Stadtarchiv sind ein wahrer Schatz, um tief in die Zeit von 1689 bis 1808 einzutauchen und die damaligen Lebensverhältnisse Magdeburger Bürger unter verschiedensten Gesichtspunkten zu erforschen.

Birgit Metzger
(Koblenz)





Das Schloss in Ballenstedt

Recherchewege zu seiner Bau- und Ausstattungsgeschichte in Anhalter Archiven

Schloss Ballenstedt (Johann Christoph Becmann: Historie des Fürstenthums Anhalt, Bd. 1, Zerbst 1710, Teil 4 nach S. 152)

Die Geschichte wichtiger Bauwerke lässt sich nicht nur anhand der Bausubstanz selbst, sondern oft auch anhand der archivalischen Überlieferung nachvollziehen. Der folgende Beitrag zeigt beispielhaft mögliche Recherchewege anhand des Schlosses Ballenstedt auf.

Einleitung

Forschungen zur Bau- und Ausstattungsgeschichte des Schlosses Ballenstedt führten mich vor wenigen Jahren unter anderem in das Landesarchiv Sachsen-Anhalt in Dessau. Die von mir hier beschrifteten Recherchewege möchte ich im Folgenden kurz skizzieren, um beispielhaft zu verdeutlichen, wie die Arbeit im Archiv historische Forschungen fördern und um wesentliche Erkenntnisse bereichern kann.

Forschungsstand

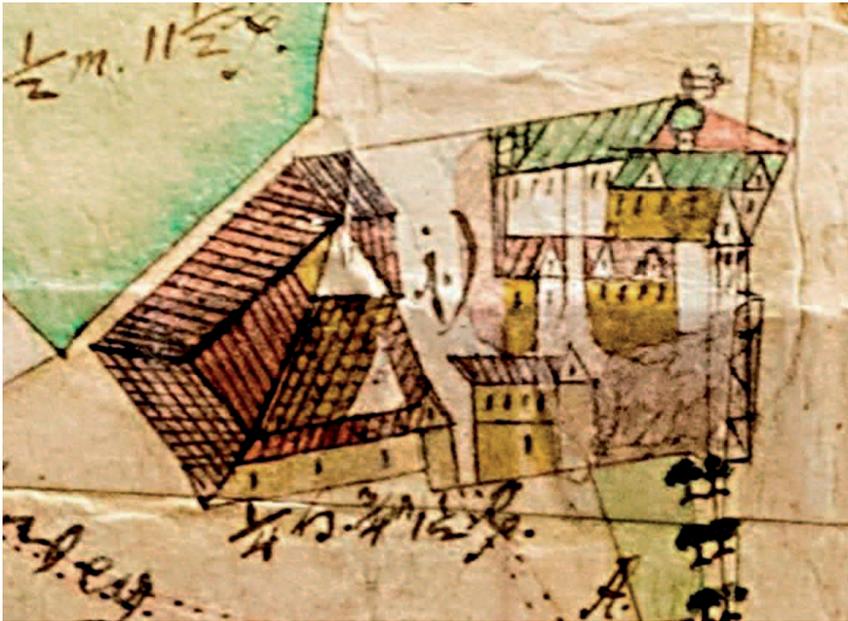
Bisher wurde im Wesentlichen die zum Ballenstädter Schloss gehörende kunsthistorisch bedeutsame Klosterkirche mit der Grabstätte Albrecht des Bären (1100–1170) erforscht, des Stammvaters des Fürstentums Anhalt und ersten Markgrafen von Brandenburg. Spärlicher fließen die historischen Quellen jedoch, wenn es um die spätere Umwandlung des Schlosses in die heutige Dreiflügelanlage geht. In Bezug auf die Baugeschichte ist man vor allem auf die Auswertung zweier historischer Quellen angewiesen; die 1710 in Zerbst erschienene „Historie des Fürstentums Anhalt-Zerbst“ von Johann Christoph Becmann und die bereits 1556 in Leipzig veröffentlichte „Genealogica und Chronica des Durchlauchten Hochgeborenen Königlichen und Fürstlichen Hauses der

Fürsten zu Anhalt, Graffen zu Ballenstedt“ von Ernst Brotuff. Bei Becmann findet sich auch die erste zeitgenössische Ansicht des Schlosses, eines damals noch unregelmäßigen Gebäudekomplexes mit Vorwerk, der vom Turm der Klosterkirche überragt wird. Doch wie verlief die Umgestaltung des einstigen Klosterkomplexes SS. Pancratius und Abundus zur Neben- und Jagdresidenz und zeitweisen Hauptresidenz des Hauses Anhalt-Bernburg im Detail?

Auswertung von Archivalien und Bildquellen

Hierüber geben zwei Grundrisse des Schlosses aus dem Jahr 1618 Auskunft, die im Landesdenkmalamt in Halle aufbewahrt werden. Darauf sieht man, dass die einstigen Räumlichkeiten des Klosters, insbesondere der Kreuzgang, weiter genutzt und unter größter Sparsamkeit sukzessive ausgebaut wurden, so wie man auch andernorts mit aufgelassenen Klosteranlagen verfuhr, die nach der Reformation dem Landesherren anheimgefallen waren.

Diese unzureichenden Angaben konnten umfangreich ergänzt werden durch die Auswertung von Beständen des Hauses Anhalt-Bernburg, als deren Hauptresidenz Ballenstedt zeitweise fungierte. Besonders das im Landesarchiv Dessau vorliegende ausführliche Ballenstädter „Saal- und Laager Buch“ von 1734 aus der Feder von Johann Andreas Colerus“, ein Inventarium, in dem die Abfolge aller Räumlichkeiten des Schlosses einschließlich ihrer Ausstattung aufgezeichnet ist, ermöglichte wichtige Aussagen über die Anlage und Nutzung des Komplexes. Auffällig ist daran die für eine fürstliche Residenz sparsame Möblierung der Zimmer, welche sich jedoch mit der



Geometrischer Grundriss von dem Hochfürstl.[ischen] Anhalt[ischen] Schloß nebst [...] Vorwerk [zu Ballenstedt], 1728 (LASA, Slg. 18, Ba 14)

Nutzung des Schlosses als Jagdresidenz erklären lässt. Außerhalb der Jagdsaison standen diese Bauten häufig leer, weswegen man benötigtes Mobiliar auch aus der Hauptresidenz mitführte. Hinzu kam ein etwas früherer Grundriss des Schlosses und der dazugehörigen Grundstücke aus dem Jahr 1728, von dem sich die Lage des Schlosses in der Ballenstedter Oberstadt am Ende der Allee ablesen lässt. Auch die 1748 nach Vollendung des Schlossumbaus in der nunmehrigen Schlosskirche gehaltene Predigt wird im Landesarchiv am Standort Dessau (LASA, Z 18, C 17, Nr. 171 b) aufbewahrt und gewährt neue Erkenntnisse über den damaligen Bauzustand der ehemaligen Klosterkirche. Der Zustand der Schlossanlage um 1810 ist hingegen auf einer kolorierten Radierung von Christian Gottlob Hammer aus dem Staatlichen Museum Schwerin (Inv. Nr. 514 Gr.) erkennbar; insbesondere der inzwischen dreigeschossige Südflügel, die Schlosskirche und der Nordflügel mit seinem Osterker sowie der vorgelagerte Große Gasthof des Schlosses mit Mansarddächern, überragt vom weithin sichtbaren Westwerk der Klosterkirche mit regelmäßig angeordneten Zwerchhäusern.

Aus einem Inventar des Schlosses und des Großen Gasthofes (LASA, H 4, Nr. 2286), das 1834 im Todesjahr des Herzogs Alexius Friedrich Christian von Anhalt-Bernburg (1767–1834) erstellt wurde, geht hervor, dass die Räume damals zeittypisch ausgestattet waren. Den jüngsten Dessauer Quellen (LASA, 214, Familienverein des Anhaltisch-Askanischen Hauses e. V., Nr. 80, Erhaltung und Sicherung des Residenzschlosses in Ballenstedt sowie von Sammlungsgegenstän-

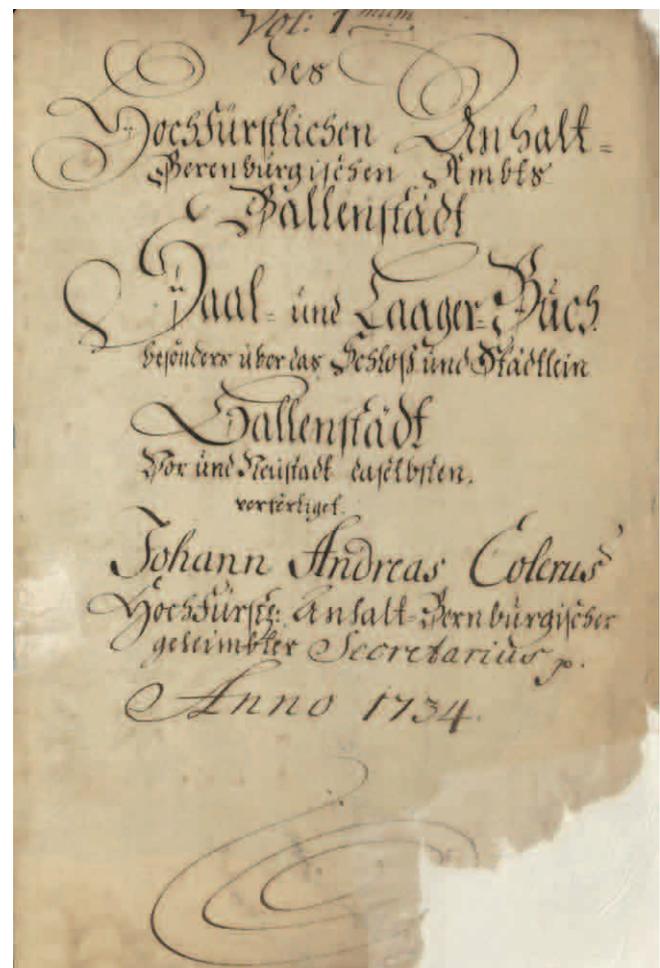
den [1928–1945]) ist hingegen zu entnehmen, dass fast die gesamte Ausstattung des Schlosses 1945 verlustig ging.

Ergebnisse

Vor allem die Recherche in den Beständen des Landesarchivs und dem Landesamt für Denkmalpflege in Halle ermöglichte es mir, die bis dahin nur lückenhaft erforschte Bau- und Ausstattungsgeschichte des Schlosses Ballenstedt bis 1945 in ihren wichtigsten Entwicklungslinien nachzuzeichnen, zu ergänzen und zu vervollständigen, wozu die ausgezeichnete archivfachliche Beratung und sehr gute technische Ausstattung in beiden Häusern ganz wesentlich beigetragen haben.

Stefanie Leibetseder (Berlin)

Johann Andreas Colerus, Vol. 1. des Hochfürstlichen Anhalt-Bernburgischen Amtes Ballenstädt. Saal und Laager=Buch besonders über das Schloß und Städtlein Ballenstädt, Titelblatt (LASA, Z 10)





Die Stiftung Dauerwald Bärenthoren

Bärenthoren 1903: Die Kutschen sind vorgefahren am Herrenhaus von Friedrich von Kalitsch und dessen Familie.
(Hinrichsmeyer H J: Die Familie von Kalitsch, Heft 30, unpaginiert, Bärenthoren 2002, enth. in LASA, E 173, Nr. 17 (627))

Der Wald von Bärenthoren hatte Anfang des 20. Jahrhunderts als Dauerwald Modellcharakter. Im Jahr 2022 erfolgte die Anerkennung der Stiftung Dauerwald Bärenthoren, welche sich für eine dauerwaldartige Bewirtschaftung und ihre Vermittlung einsetzt.

Das Waldgebiet östlich der Ortschaft Bärenthoren ist heute einer unserer bedeutendsten Wälder Sachsen-Anhalts und ein Zeugnis menschlicher Geschichte. Es ist untrennbar mit dem Namen Friedrich von Kalitsch verbunden.

Friedrich von Kalitsch wurde am 28.10.1858 in Dessau geboren. Nach den Schulbesuchen in Dessau, Ballenstedt und Zerbst absolvierte Friedrich von Kalitsch seine Reifeprüfung im Jahre 1880 an der Ritterakademie in Brandenburg an der Havel. Von 1881 bis 1884 studierte er Forstwissenschaften



Abb.: Friedrich von Kalitsch (Zeitschrift für Forst- und Jagdwesen 50 (1928) S. 1, Kopie in LASA, E 173, Nr. 17)

an der Forstakademie in Eberswalde. Nach erfolgreichem Abschluss seines Forstassessor-Examens war er bis 1892 in der Oberförsterei Magdeburgerforth als Königlich-Preußischer Forstassessor tätig. Nach dem Tod seines Vaters Herman von Kalitsch (1818-1891) im Jahre 1891 übernahm er das

Rittergut Polenzko mit Bärenthoren. Die Familie hatte dieses Gut bereits im Jahr 1843 erworben. Er heiratete im Jahre 1892 Marie von Wedel aus Kutzerow. Aus dieser Ehe gingen vier Jungen und zwei Mädchen hervor.

Sofort nach Beendigung seines Studiums 1884 stellte er im elterlichen Betrieb die traditionellen Methoden der Waldbewirtschaftung auf dem Familiengut um. Kahlschläge, Streunutzung und Viehweide wurden zugunsten der Prinzipien nachhaltiger Waldbewirtschaftung eingestellt. Zur damaligen Zeit erkannte in Deutschland nur eine Handvoll von Förstern, dass der Wald, soll er nachhaltig Holz produzieren, in seiner Gesamtheit als Organismus zu verstehen ist.

Das Dauerwaldprinzip

Seine Innovationen in der Forstwirtschaft wurden jedoch erst nach Alfred Möllers ersten Veröffentlichungen über Bärenthoren 1920 überregional bekannt. Alfred Möller, Waldbauprofessor und damaliger Direktor der Forstakademie in Eberswalde von 1906 bis 1921, besuchte im Herbst 1911 erstmalig den Kammerherren Friedrich von Kalitsch auf seinem Gut in Bärenthoren und war begeistert von dem Wald und seiner Bewirtschaftungsweise. Er stellte auf der großen Forstvereinstagung in Dessau 1922 den Dauerwald als Prinzip vor und nutzte den Kiefernwald in Bärenthoren als praktisches Beispiel für dieses Wirtschaftsprinzip.

Möller prägte den Begriff „Dauerwald“ und definierte dessen Grundsätze, die den Verzicht auf Kahlschläge und die Umstellung auf einzelstammweise Nutzung einschließen. Er betonte die Schonung des Bodens. Die Verjüngung des Waldes sollte wo immer möglich gefördert und die Verjüngungszeiträume verlängert werden, um ein gesundes Waldinnenklima zu erhalten.

Dauerwaldbewirtschaftung zielt darauf ab, die natürlichen Wachstums- und Verjüngungsprozesse zu nutzen, um nachhaltig und risikoarm Erträge zu erwirtschaften, wobei kein spezifischer Waldtyp bevorzugt wird. Stattdessen soll der Dauerwald als ein ungleichaltriger Mischwald gestaltet werden, der an die jeweiligen ökologischen Bedingungen angepasst ist.

Der Ansatz von Friedrich von Kalitsch und die spätere Anerkennung durch Alfred Möller trugen dazu bei, dass Bärenthoren zu einem Modellfall in der Forstwissenschaft wurde. Seitdem wurde das 740 Hektar große Waldgebiet intensiv erforscht, wobei der Schwerpunkt auf den natürlichen Wachstumsprozessen des Waldes lag. Diese Forschungen haben über Jahrzehnte hinweg das Verständnis von nachhaltiger Forstwirtschaft geprägt und weiterentwickelt.

Friedrich von Kalitsch starb im Januar 1939 in Bärenthoren, nachdem er einen bedeutenden Teil seines Lebens der Entwicklung und Förderung nachhaltiger Forstwirtschaftsmethoden gewidmet hatte. Sein Erbe wird in den nachhaltigen Bewirtschaftungspraktiken fortgeführt, die heute in Bärenthoren und darüber hinaus angewendet werden. In Bezug auf den Klimawandel hat Bärenthoren schon jetzt 140-jährige Waldbestände vorzuweisen, die Auskunft über den Wald von morgen geben können.

Bei aller forstgeschichtlichen Einmaligkeit und den lehrreichen Beständen, die waldbaulich rund um Bärenthoren zu finden sind, steht in der Ortschaft das

besonders gut erhaltene und von einem wunderschönen weitläufigen Park umgebene, heute denkmalgeschützte Herrenhaus von einst, welches Friedrich von Kalitsch im Jahre 1892 erbauen ließ.

Die „Stiftung Dauerwald Bärenthoren“

Dies war Anlass die „Stiftung Dauerwald Bärenthoren“ im Jahr 2022, genau 100 Jahre nach der letzten großen Forstvereinstagung, anerkennen zu lassen, um das Erbe von Friedrich von Kalitsch zu erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Herrenhaus konnte im März 2024 in Stiftungseigentum überführt werden. Der Standort Bärenthoren soll ein kultureller Ort der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden, der verschiedene Generationen und Bildungsanliegen auf natürlichem Wege zusammenbringt.

Die Stiftung hat sich zur Aufgabe gesetzt, sowohl die dauerwaldartige Bewirtschaftung unserer Wälder als auch die Umweltbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu fördern.

Alle Menschen sollen dem „Wald von Morgen“ schon heute in einer offenen, erforschenden und erfahrungsbasierten Lernumgebung begegnen und ihn entdecken können. Sie sind eingeladen, durch ihre Visionen und Ideen den Bildungsort Bärenthoren mitzugestalten und sich in Projekten aktiv einzubringen.

Doreen Einhenkel

(Stiftung Dauerwald Bärenthoren)

Friedrich und Marie von Kalitsch, Hoheitsfoto 1892
(Hinrichsmeyer H J: Die Familie von Kalitsch, Heft 30, unpaginiert, Bärenthoren 2002, enth. in LASA, E 173, Nr. 17 (627))



... wurde, indem diese Delegation gegen alle Verabre-
... nach Posen fuhr, um dort das Beiden zum Kampf bez.
... nische Frage bereits vor dem Friedenskongress zur Entscheidung
... zu bringen.
... Sie ist eine Partei, die nicht parteipolitisch, sondern lediglich
... gut, und das öffentliche Wohl ist ihr oberstes Gesetz. Sie
... ist eine echte Volkspartei, denn sie will alle Schichten des

Frauen! Frau Schneidewin steht auf der Liste Schiffer

Frauen in der kommunalen Politik, 1893–1933

Ein Forschungsprojekt zur Beteiligung von Frauen an Politik und Gesellschaft

Seit November 2022 geht ein Forschungsprojekt an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg den ersten Kommunalpolitikerinnen im Raum Sachsen-Anhalt nach.

Einführung

Mit der Gründung der Weimarer Republik 1918/19 konnten Frauen nicht nur erstmalig aktiv an demokratischen Wahlen teilnehmen, sondern sich auch selbst für die Parlamente zur Wahl stellen; und dies nicht nur auf überregionaler, sondern auch auf lokaler Ebene – etwa in die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen. Diese Chance nahmen zahlreiche Frauen wahr. Sie waren als die ersten demokratisch gewählten Parlamentarierinnen im lokalpolitischen Bereich Pionierinnen in ihrem Feld. Ihr Wirken ist jedoch bisher kaum untersucht worden.

An der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg erforscht Dr. Sina Speit unter der Projektleitung von Prof. Dr. Eva Labouvie (Lehrstuhl für Geschichte der Neuzeit mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung) seit November 2022 diese ersten Kommunalpolitikerinnen im Raum Sachsen-Anhalt. Das vom Land Sachsen-Anhalt für drei Jahre geförderte Forschungsprojekt möchte einen explizit landesgeschichtlichen Beitrag zur Beteiligung von Frauen an Politik und Gesellschaft, der Entstehung des modernen Gemeinwesens und der Beförderung des Demokratisierungsprozesses im Raum Sachsen-Anhalt zwischen den 1890er Jahren und 1933 leisten. Dieser Zeitraum ist von politischen und gesellschaftlichen

Abb. oben: 1919 kandidierte die Magdeburger Frauenrechtlerin und Sozialreformerin Helene Schneidewin (1866–1953) auf der Liste der Deutschen Demokratischen Partei für die Nationalversammlung – erfolglos. 1927–1929 war sie jedoch Stadtverordnete. (Magdeburgische Zeitung Nr. 47, 2. Ausgabe, 18.1.1919)

Zäsuren geprägt – er umfasst über zwei Jahrzehnte des Deutschen Kaiserreichs, den Ersten Weltkrieg und die Revolution sowie die gesamte Weimarer Republik als erste deutsche Demokratie bis zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933.

Forschungskontext

1893 führte Neuseeland als erster neuzeitlicher Staat das Frauenwahlrecht ein. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich im Deutschen Kaiserreich und auch in der Region des heutigen Sachsen-Anhalts schon die – international vernetzte – Frauen(wahlrechts-)bewegung herausgebildet, die erst 1918 mit Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Bürgerinnen und Bürger ab 20 Jahren ihr Ziel erreichte. Am 15. Dezember 1928 waren es die Anhalter Frauen, die als erste in einem deutschen Land ihr Wahlrecht ausüben konnten – mehrere Wochen bevor das preußische Landesparlament und die Weimarer Nationalversammlung gewählt wurden. Bemerkenswert ist, dass die Kommunalpolitik für die erste Frauenbewegung in ihrem jahrzehntelangen Kampf für das Frauenwahlrecht ein wichtiger Ansatzpunkt war. So forderte sie zuerst das „Gemeindevahlrecht“ für Frauen. Sowohl die bürgerlichen Frauenvereine, allen voran der Allgemeine Deutsche Frauenverein, als auch die sozialdemokratische Frauenbewegung verfolgten das Ziel, Frauen zunächst in kommunale Mitbestimmungsstrukturen zu integrieren. Durch das verbreitete zivilpolitische Engagement von Frauen in der sozialen Fürsorge und Mädchenbildung hatten sie ein starkes Argument für weibliche Teilnahme an Entscheidungsprozessen in diesen Bereichen.

Forschungsfragen

Das Forschungsprojekt fragt mit seinem regionalspezifischen Zugriff zunächst nach dem quantitativen

Umfang weiblicher Mandate in den kommunalen Parlamenten und nach der Repräsentanz von Frauen in den unterschiedlichen Parteien. Darüber hinaus soll untersucht werden, wie sich die Politikerinnen in die männlich geprägten Räume der Kommunalpolitik einbrachten und diese durch ihr Handeln veränderten. Weiterhin wird gefragt, aus welchem sozialen Milieu, mit welchem Selbstverständnis Frauen auf diesen Ebenen der Politik in Erscheinung traten und für welche Anliegen und Ziele, sowie mit welchen Resultaten sich Kommunalpolitikerinnen in der Region engagierten. Sahen sie sich als Nutznießerinnen der jahrzehntelangen Kämpfe von Frauenrechtlerinnen und begriffen sie ihr eigenes Tun im Sinne dieser Bewegung? Setzten sie sich zum Beispiel besonders für Chancen auf Bildung für Mädchen und Frauen und rechtliche und soziale Gleichbehandlung der Geschlechter ein? Aufschlussreich ist in diesem Kontext, ob sie dabei auf diese und weitere Politikfelder ‚reduziert‘ wurden, für die Frauen vermeintlich – aufgrund der ihnen zugeschriebenen geschlechtlichen Eigenschaften – prädestiniert waren. Wo lagen also ihre Handlungsfelder und Chancen und wie wurden diese eventuell begrenzt? Insbesondere interessie-

ren dabei auch regionale Spezifika, die etwa mit der Stärke der Sozialdemokratie in der Region oder mit der geografischen Nähe zu Leipzig und Berlin – zwei wichtige Zentren der bürgerlichen Frauenbewegung – in Zusammenhang stehen. So kommen sowohl die verschiedenen Flügel der Frauenbewegung in den Blick, als auch das politische Wirken sich als konservativ verstehender Frauen.

Relevante Archivbestände

Für das Forschungsprojekt sind die Überlieferungen der Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg in der damaligen Preußischen Provinz Sachsen von Interesse, die im Landesarchiv Sachsen-Anhalt an den Standorten Magdeburg und Merseburg liegen. Hier wird unter anderem in den Akten der Kommunalregistratorien der Regierungen und der Landratsämter und Kreiskommunalverwaltungen überprüft, ob sich das Wirken von Kommunalpolitikerinnen darin niederschlägt. In Akten der politischen Polizei wird eruiert, ob Frauen, deren Mitgliedschaft in politischen Parteien bis 1908 verboten war, registriert und gegebenenfalls überwacht wurden. In Vereinsregisterunterlagen wird außerdem die Arbeit von

Die erste Kommunalwahl 1919: Bürgerliche Frauenvereine warben bei der weiblichen Wählerschaft für die Liste des Naumburger Bürgerausschusses. (Naumburger Tageblatt Nr. 51, Beilage, 1.3.1919)

Frauen und Mädchen Naumburgs!
Morgen Sonntag, den 2. März, findet die
Wahl der neuen Stadtverordneten
statt. Zum ersten Male wird es Euch ermöglicht, **Eure Interessen durch weibliche Vertreter wahrnehmen zu lassen.**
Darum tretet geschlossen ein für
die Liste, die am besten Gewähr dafür bietet, daß **alle Frauen in Haus und Beruf zu ihrem Rechte kommen.**
Dies ist
die Liste des Naumburger Bürgerausschusses!
Wählt alle die Liste Dietrich!

Der Naumburger Frauenbund.
Der deutsch-evangelische Frauenbund.
Der Lehrerinnen-Verein.
Der deutsche Frauenbund.
Die Gruppe für staatsbürgerliche Schulung der Frauen.
Der Kolonialfrauen-Verein.
Der Hausfrauen-Verein.
Der Richard-Wagner-Frauenbund.

Frauenvereinen aus dieser Zeit nachvollzogen. Darin zeigen sich gegebenenfalls organisatorische und persönliche Netzwerke und das Zusammenspiel von parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Kommunalpolitik von Frauen. Darüber hinaus sind die Kaderakten der Sozialistischen Einheitspartei (SED) und der Verfolgten des Naziregimes (VdN) von Interesse, da einige Frauen ihr politisches Engagement nach 1945 in der DDR fortgesetzt haben oder als Widerstandskämpferinnen während des Nationalsozialismus geehrt wurden.

Neben der Überlieferung im Landesarchiv sind die jeweiligen Bestände in den einzelnen Stadtarchiven von Relevanz, sofern diese erhalten sind und über das Wirken der Stadtverordneten zwischen 1919 und 1933 und der örtlichen Frauenvereine seit den 1890er Jahren Auskunft geben.

Die neuartigen Erkenntnisse des Projekts werden in einer Monographie veröffentlicht, sollen in Teilen aber schon zuvor über eine Projekt-Website einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Sina Speit

(Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)



Medizinische Versorgung in den Jugendhäusern im Bezirk Halle: Ein Werkstattbericht

Gesamtübersicht des Jugendhauses Halle aus nördlicher Richtung (Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv Halle. BArch, MFS, BV Halle, Abt. VII, Nr. 831, BStU S. 1.)

In den Jugendhäusern der DDR sollten Jugendliche nicht nur ihre Strafe verbüßen, sondern zugleich zu sozialistischen Menschen erzogen werden. Die gesundheitlichen Auswirkungen der damit verbundenen psychischen und somatischen Gewalt untersucht ein Forschungsprojekt anhand der Personalakten der Häftlinge.

Im Rahmen des Forschungsvorhabens „Jugendstrafvollzug in der DDR: Die Jugendhäuser Dessau und Halle“, unterstützt von der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, wurde auch das Thema der medizinischen Versorgung der jugendlichen Häftlinge angeregt. Von den zwölf Jugendhäusern in der DDR galten die in Halle und Dessau aufgrund der dort ausgeprägten psychischen und somatischen Gewalt als gefürchtete Orte des Jugendstrafvollzugs. Ziel des Forschungsprojekts ist es, die gesundheitlichen Auswirkungen der Gewalt und der Haftbedingungen auf die jugendlichen Insassen zu erforschen sowie die Qualität ihrer medizinischen Versorgung zu analysieren.

Dieses Thema wird auf einer breiten Quellengrundlage erforscht: Hierfür wurden die Personalakten ehemaliger Jugendhäftlinge aus dem Archiv der Justizvollzugsanstalt Halle und Dokumente aus dem Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg, dem Staatsarchiv Leipzig sowie dem Stasi-Unterlagen-Archiv Halle ausgewertet. Besonderer Dank gebührt dabei Frau Birgit Neumann-Becker, der ehemaligen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, sowie dem Justizministerium des Landes Sachsen-Anhalt, die es uns ermöglicht haben, erstmals auf die Personalakten der jugendlichen Häftlinge für unsere Forschung zuzugreifen.

Jugendhäuser in Dessau und Halle

In den Jahren 1952 bis 1989 wurden in der DDR spezielle Jugendgefängnisse, sogenannte Jugendhäuser, eingerichtet. Dort sollten Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren nicht nur ihre Strafe verbüßen, sondern auch nach dem System der Kollektiverziehung des sowjetischen Pädagogen Anton Makarenko (1888–1939) zu sozialistischen Persönlichkeiten erzogen werden. In den Jugendhäusern Halle und Dessau war die Gewalt unter Jugendlichen besonders drängend. Das Jugendhaus Dessau wurde 1952 mit einer Aufnahmekapazität von 800 Häftlingen gegründet. Die Eröffnung des Jugendhauses Halle erfolgte 1971. Mit einer Aufnahmekapazität von 1.200 Häftlingen galt es damals als eine sehr moderne Haftanstalt der DDR. Die meisten der dort untergebrachten Jugendlichen waren politische Häftlinge, die nach § 213 (ungesetzlicher Grenzübertritt) und § 215 (Rowdytum) des Strafgesetzbuchs der DDR verurteilt worden waren. Die hohe Prävalenz von Gewalt in den Jugendhäusern Halle und Dessau kann auf die strukturellen Schwierigkeiten des Strafvollzugssystems zurückgeführt werden. Die Umsetzung des Erziehungssystems in die Praxis führte zu Gewaltausbrüchen, die entweder vom Gefängnispersonal oder von den Jugendlichen untereinander ausgeübt wurde. Die Schaffung von Hierarchien innerhalb der Gruppen und die mangelnde Fürsorge der Erzieher gegenüber den jugendlichen Häftlingen trugen zum Aufblühen der Gewalt bei. Versuche, diese Gewalt zu bekämpfen, waren nicht besonders erfolgreich, da die Jugendhausleitung repressive Methoden einsetzte.

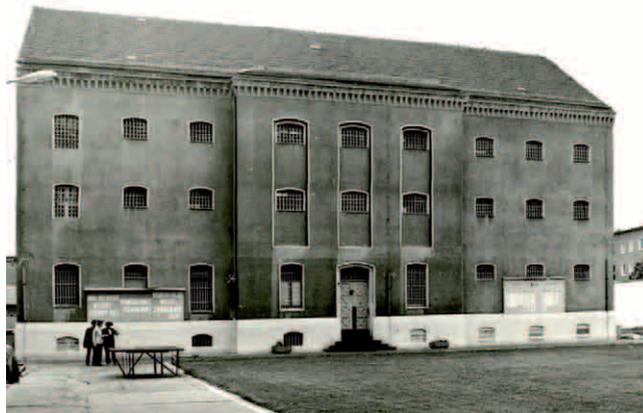
Medizinische Versorgung der Jugendlichen

Die Jugendhäuser verfügten über ein System der ambulanten und stationären Behandlung. Die stationäre

Versorgung in Form von Krankenrevieren diente nur der Unterbringung leicht erkrankter oder verletzter Jugendlicher, die vorübergehend arbeitsunfähig waren. Benötigten die Jugendlichen eine spezialisierte stationäre medizinische Therapie und eine dauerhafte medizinische Versorgung, wurden sie in ein Haftkrankenhaus eingewiesen. Dies war häufig bei Knochenbrüchen oder Kopfverletzungen der Fall, die bei Schlägereien unter Häftlingen entstanden waren. Solche Schlägereien führten manchmal sogar zum Tod der Jugendlichen oder veranlassten sie zu Verletzungstaten wie Selbstverletzungen, Suizidversuchen und Fluchtversuchen aus dem Jugendhaus. Suizide von Häftlingen wurden in der Regel durch ständige Überwachung, Festhalten oder Verabreichung von Medikamenten verhindert. Im Haftkrankenhaus Leipzig wurden sogar Schulungen zur Suizidprävention für Vollzugspersonal durchgeführt. Darüber hinaus wurde im Jugendhaus Halle Nahrungsverweigerung als Form des Protests und der Selbstverletzung praktiziert, insbesondere bei politischen Häftlingen, die auf diese Weise ihre Überzeugung, zu Unrecht inhaftiert zu sein, zum Ausdruck brachten.

In den Unterlagen der Leitung des Jugendhauses Halle finden sich Beschwerden von Jugendlichen über schlechte medizinische Versorgung oder die Weigerung von Ärzten, sie an einen Facharzt zu überweisen. Häufig wurde erwähnt, dass die Eltern der Jugendlichen ihre Sorge um die Gesundheit ihrer Kinder zum Ausdruck brachten. Ein sehbehinderter Jugendlicher, der mit der medizinischen Versorgung unzufrieden war, schrieb sogar eine Beschwerde an das Gesundheitsministerium der DDR. Die Strafvoll-

Vorraum zum Behandlungsraum des Medizinischen Dienstes im Jugendhaus Halle (Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv Halle. BArch, MfS, BV Halle, Abt. VII, Nr. 831, BStU S. 89.)



Nordseite des Verwahrsaues 1 des Jugendhauses Dessau (Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv Halle. BArch, MfS, BV Halle, AG XXII, Nr. 269, BStU S. 27.)

zugsbehörden gaben an, dass die medizinischen Dienste nur wenige Behandlungen durchführten, da sie die Jugendlichen häufig als Simulanten einstufte. Es gab auch Ereignisse, bei denen ärztliche Hilfe in Notsituationen zu spät kam: Im Jugendhaus Halle wurde 1974 ein Jugendlicher von einem anderen Insassen zu Tode geprügelt. Die Obduktion der Leiche ergab, dass der Jugendliche noch am Leben gewesen wäre, wenn der medizinische Dienst innerhalb der ersten drei Stunden ärztliche Hilfe geleistet hätte. Für psychisch kranke, lernbehinderte oder psychotherapeutisch behandlungsbedürftige Jugendliche gab es keine spezielle Betreuung. Die Ärzte waren auch für die Kontrolle und Entfernung von Tätowierungen zuständig. Diese Maßnahmen wurden nicht nur aus medizinischen Erwägungen (Krebsgefahr), sondern auch aus politischen Gründen durchgeführt. Tätowierungen mit faschistischem, militärischem oder den Staat diffamierendem Charakter mussten chirurgisch entfernt werden.

Generell lässt sich feststellen, dass die erkrankten Jugendlichen von den Ärzten der Jugendhäuser oft als Simulanten stigmatisiert wurden und deshalb nicht die notwendige medizinische Versorgung erhielten. Damit verstießen die Ärzte gegen das medizinethische Prinzip der Fürsorge. Zwar konnten Suizide meistens verhindert, es konnte aber nicht die von Gewalt geprägte Atmosphäre in den Jugendhäusern verändert werden. Besonders gravierend waren die Haftbedingungen für Jugendliche mit kognitiven oder psychischen Störungen, die nicht medizinisch versorgt wurden. Letztlich waren die Ärzte in das politische System der SED-Diktatur eingebunden.

Oxana Kosenko und Florian Steger
(Universität Ulm)



Eine Kleinbahn für den Kreis Jerichow I

Zug der KJI mit Lok 4 in Burg-Umladebahnhof (Sammlung KJI e.V.)

Eisenbahngeschichte zieht ihre Faszination nicht nur aus der Geschichte der technischen Entwicklungen, sondern insbesondere auch aus ihrer prägenden Wirkung auf die Lokalgeschichte. Dies zeigt sich eindrücklich an der Kleinbahn im Kreis Jerichow I.

Zur Geschichte der Kleinbahn des Kreises Jerichow I

Die ersten Strecken der Kleinbahn des Kreises Jerichow I (KJI) wurden am 4. April 1896 eröffnet und bis 1903 entstand ein über 100 km langes schmalspuriges Netz in der Spurweite von 750 mm. Die drei Strecken reichten von Burg, wo ein Anschluss zum Hafen am Ihle-Kanal und ein Umladebahnhof zur Staatsbahn bestanden, über Grabow und Magdeburgerforth nach Ziesar, von Burg über Stegelitz und Lüttgenziatz nach Groß Lübars sowie von Magdeburgerforth über Altengrabow (Truppenübungsplatz), Groß Lübars, Loburg nach Gommern zur Zuckerfabrik. Der Kreis Jerichow I war Bauherr und Eigentümer der Kleinbahn, die das wirtschaftliche Leben im Kreis ankurbeln und möglichst alle Orte anschließen sollte. In der Zeit der Pferde- und Ochsenfuhrwerke war die Kleinbahn der Anschluss an die „Große Welt“ und stellte mit ihren 25 km/h (ab 1938 30 km/h) Höchstgeschwindigkeit einen großen Fortschritt dar. 1949 wurde die KJI der Deutschen Reichsbahn angegliedert. Der aufkommende Straßenverkehr und fehlende Investitionskapazitäten führten zum Niedergang der Bahn. Am 25. September 1965 fuhren die letzten Züge. Abends lud die Deutsche Reichsbahn zur großen Abschiedsfeier mit Musik und viel Alkohol ins Kreiskulturhaus Burg, die bis 2 Uhr nachts dauerte. Ein letzter Dienstzug brachte die Eisenbahner dann zurück in ihre Dörfer. Die Kleinbahngleise wurden abgebaut.

Die archivische Überlieferung

Archivunterlagen zur KJI sind an den Standorten des Landesarchivs in Dessau und Magdeburg zu finden und über viele Signaturen verstreut. Sie reichen von

Akten der Kleinbahn selbst über die Unterlagen der Deutschen Reichsbahn als eisenbahntechnische Aufsichtsbehörde für die Kleinbahn bis 1949 (Bestand G 5 Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektion Magdeburg, 1835–1949) und die Akten der Reichsbahndirektion (Rbd) Magdeburg für die Zeit von 1949 bis 1965 (Bestand M 60 Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektion Magdeburg, 1835–1993) bis zu den Unterlagen der Kreisverwaltung in Burg (Bestand K 13 Burg Kreisverwaltung Burg, 1945–1959), des Sächsischen Provinziallandtags (Bestand C 90 Sächsischer Provinziallandtag, 1824–1933) und des Ministeriums für Wirtschaft in der Nachkriegszeit (Bestand K 6 Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, 1920–1959). Auch die Königliche Regierung in Magdeburg als (bau-)polizeiliche Aufsichtsbehörde führte umfangreiche Akten zur Kleinbahn (C 20 und C 28). Auch im Niedersächsischen Landesarchiv in Hannover gibt es Akten zur KJI, da 1931 die Rbd Magdeburg aufgelöst wurde und bis 1945 die Bahnaufsicht in Hannover für die KJI zuständig war. Seit der Digitalisierung der Findkarteien ist es deutlich einfacher, die verschiedenen Orte zu finden, aber auch die Expertise der Archivarinnen und Archive hat geholfen, noch so manche scheinbar verborgene Akte aufzustoßern.

Einblicke in die Geschichte der Kleinbahn des Kreises Jerichow I und ihres Personals

Die aufgefundenen Akten ermöglichen umfangreiche Einblicke in den Bau, die Entwicklung und das Betriebsgeschehen der KJI. Die KJI hatte alle Fahrpläne an die Aufsichtsbehörde zu melden. So sind die meisten noch bis heute einzusehen und zeugen von Aufstiegen und Niedergängen der Bahn. Betriebsberichte verschiedener Jahre dokumentieren eindrucksvoll das Betriebsgeschehen, wie viele Personen-, Gepäck- und Hundefahrkarten verkauft wurden, wie viele Militärpersonen (Offiziere bzw. Mannschaften), Pferde oder Geschütze transportiert

und welche Güter innerhalb des Netzes oder zu den Umschlagpunkten befördert wurden. Eine Reihe von Akten künden von Anträgen zu Bahnhofserweiterungen und dem Bau von Anschlussgleisen zu einzelnen Fabriken und Betrieben. Die Anträge wurden genehmigt, mitunter wird aber nicht klar, ob sie tatsächlich gebaut wurden. Im günstigen Falle ergänzen sich die Akten gut, findet man die Bauanträge in einer, die dazugehörigen Gleispläne in einer anderen und die Abnahmeprotokolle in einer dritten. Selten ist alles an einem Platz und oft genug bleiben Lücken. Viele Fragen werden durch die Akten beantwortet, aber oft entstehen auch wieder neue. Auch die Lesbarkeit der Unterlagen ist aufgrund vieler handschriftlicher Dokumente in alter Schrift stark eingeschränkt.

Die Akten berichten nicht nur von einer historischen Eisenbahn, sondern auch von Menschen, vor allem den Eisenbahnern, zumeist Männern. Erst im Zweiten Weltkrieg werden die ersten Frauen angestellt und auch nur in Büro und Verwaltung. Bei der Deutschen Reichsbahn waren weibliche Betriebsbedienstete (Schaffner, Zugführer, Bahnhofsaufsicht – aber kein Lokpersonal) keine Seltenheit mehr. Eine Mischung aus verändertem Zeitgeist und dem Männermangel als Kriegsfolge dürften die Hintergründe dafür sein. Selten werden die Eisenbahner, die sich sehr oft gerade in schwierigen Zeiten engagiert für die Durchführung des Bahnbetriebs einsetzten, dafür gelobt – oft wurden eher die tragischen Schicksale aufgezeigt. Ein Heizer, der von seiner eigenen Lok erfasst wurde und starb oder ein junger Eisenbahner, der in Schwierigkeiten geriet, weil er die Fahrgeldeinnahmen von Theeßen nach Burg bringen sollte und im Warteraum in Burg die Tasche vergaß, der – als sie wiedergefunden wurde – das Geld fehlte. Eine Witwe kämpfte um die Pension ihres verstorbenen Gatten, der nach Fehlverhalten unehrenhaft entlassen wurde, ein Soldat vom Truppenübungsplatz Altengrabow warf sich in suizidaler Absicht vor den Kleinbahnzug.

Der Kreis Jerichow I und seine Kleinbahn damals und heute

Vor allem aber bezeugen die Unterlagen die Rolle der Kleinbahn für den Kreis und seine Menschen. Sie ermöglichte den Dorfbewohnern die Fahrt in die Stadt, den Städtern die Ausflüge in die „Jerichower Schweiz“ und den Angehörigen der Soldaten und Offiziere die Fahrt zum Truppenübungsplatz. Selbst Kaiser Wilhelm II. fuhr mehrfach auf den Gleisen der Kleinbahn zum Truppenübungsplatz, natürlich nicht in den kleinen, eher ungemütlichen Personenwagen der Bahn, sondern in seinem eigenen bequemen

Hofzug. In Altengrabow hatte er dafür seinen eigenen Bahnsteig. Dieser Kaiserbahnsteig entfiel beim Umbau des Bahnhofs 1918, und wenige Wochen später dankte auch der Kaiser selbst ab. Wichtigstes Transportgut der Bahn aber war die Zuckerrübe, der gesamte Betrieb war drauf ausgerichtet, im Herbst für die Rübenkampagne möglichst alle Loks und Güterwagen fahrbereit zu haben. Vor allem nach Gommern zur Zuckerfabrik verkehrten dann mehrere Güterzüge täglich. Nach dem Abbau der Zuckerfabrik als Reparation 1946 wurden die Zuckerrüben nach Burg oder Gommern zur Verladung in Normalspurwagen gebracht und zu anderen Zuckerfabriken (etwa Genthin) gefahren. Doch auch Holztransporte – unter anderem zum Ihle-Kanal zur Verschiffung als Grubenholz ins Ruhrgebiet – oder Milchtransporte zur Molkerei in Burg sowie der Transport von Kohle oder Kunstdünger prägten das Bild der Bahn.

Eine Besonderheit war das 12 km lange Dreischienengleis zwischen Loburg und Altengrabow zum Truppenübungsplatz, hier konnten sowohl Normalspurzüge als auch die Schmalspurzüge der Kleinbahn fahren. Das war natürlich vor allem für die Militärzüge wichtig. Nach der Stilllegung der Schmalspurbahn blieb das Gleis bis Altengrabow bis heute erhalten, es wurde von den sowjetischen Streitkräften bei der Stationierung atomarer Sprengköpfe genutzt wie auch nach der Wende beim Truppenabzug. Seitdem verkehren nur noch gelegentlich Militärzüge der Bundeswehr und anderer Nato-Streitkräfte für die Verlegung ihrer Einheiten zum immer noch genutzten Übungsplatz. Es ist die letzte original erhaltene Strecke der ehemaligen KJI.

Im Jahre 2000 gründeten 16 Eisenbahnfreunde den Traditionsverein Kleinbahn des Kreises Jerichow I e.V., kauften 2003 eine historische Diesellok und 2005 den Bahnhof Magdeburgerforth, begannen mit dem Wiederaufbau der Strecke und der Bergung historischer Wagen. 2011 fuhr das erste Mal wieder ein öffentlicher Zug. Heute betreiben über 70 Vereinsmitglieder ehrenamtlich die 1,8 km lange Museumsbahn in Magdeburgerforth, die an die einst so wichtige Verkehrsader des Kreises erinnert (Fahrtage und Informationen unter www.kj-1.de).

Kilian Kindelberger
(KJI e.V., Magdeburgerforth)

Museumszug in Magdeburgerforth Mitte (Foto: K. Kindelberger)



Verräumt und (fast) vergessen?



Beide Urkunden stehen der Allgemeinheit fortan zur Nutzung zur Verfügung. (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Mehr als 700 Jahre sind sie alt, überstanden Kriege ebenso wie Naturkatastrophen, doch galten seit den Wirren des Zweiten Weltkrieges als verschollen. Gänzlich unerwartet kehrten sie nun, rund 80 Jahre später, an ihren angestammten Platz zurück: Zwei mittelalterliche Urkunden aus Magdeburg und Halberstadt sind es, die dank einer privaten Schenkung fortan wieder die Überlieferung des Landesarchivs Sachsen-Anhalt ergänzen.

Zufallsfund im Nachlass

Als das Ehepaar Eva-Maria und Dr. Matthias Kühnrich den elterlichen Nachlass ordnete, entdeckten sie eine unscheinbare Kunststoffdose. Zwar sind beide in Magdeburg aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden, doch was sich ihnen darbot, hielten sie zum ersten Mal in Händen: Zwei historische Pergamente, in kleinem Format gefaltet, daneben zwei ellipsenförmige Wachssiegel mit filigranen Abbildungen lagerten in dem Behältnis.

Von der alten Schrift in dunkler Tinte konnten sie immerhin die Zahlen 1226 und 1375 entziffern. „Sie ließen uns vermuten, dass es sich um eine Datierung handeln könnte“, so Dr. Matthias Kühnrich. „Das Übrige konnten wir allerdings nicht lesen, weshalb wir Kontakt zu Experten suchten.“

Vermittlung an das Landesarchiv Sachsen-Anhalt

Erst der Hinweis des befreundeten ehemaligen Kulturmanagers der Lutherstadt Wittenberg, Johannes Winkelmann, führte zu einem Gespräch mit dem damaligen Leiter der Reformationsgeschichtlichen

Forschungsbibliothek im Schloss Wittenberg, Dr. Matthias Meinhardt, der nach erster Kenntnisnahme der Urkunden schließlich die Empfehlung an das Landesarchiv Sachsen-Anhalt gab. Nach einer Kontaktaufnahme lud Dr. Ralf Lusiardi, Leiter der Abteilung Magdeburg, das Ehepaar zu einem Gespräch in die Elbestadt ein. „Anhand von Fotos der Urkunden sowie mithilfe unserer Findhilfsmittel ließ sich schnell ermitteln, dass die beiden Archivalien einst zum Eigentum des damaligen Staatsarchivs Magdeburg gehörten“, erinnert sich der Archivar.

Kulturgutverluste im Umfeld des Zweiten Weltkrieges

Was in der Zwischenzeit mit den Archivalien passiert war, ist nur in Teilen zu rekonstruieren. Angesichts der wachsenden Bombardierungsgefahr fand im Zweiten Weltkrieg eine Auslagerung der Urkunden- und weiterer Archivbestände statt – zunächst in den Tresorraum der einstigen Reichsbank am Breiten Weg, dann auch in verschiedene Bergwerke der Region. Zwar begannen nach Kriegsende aufwendige Rückführungen von Archivalien, doch benötigte es Jahrzehnte, ehe sich das Ausmaß der Verluste abschätzen ließ. Darunter waren auch die beiden Urkunden von 1226 und 1375, die bei Bestandsrevisionen der Jahre 1947 bzw. 1957 als fehlend notiert wurden.

Authentische Einblicke in Rechtsgeschäfte des Mittelalters

Umso erfreuter zeigte sich der Abteilungsleiter nun, als das Ehepaar Kühnrich mitsamt den beiden

Urkunden in den 2011 eröffneten Archivbau an der Magdeburger Brückstraße reiste.

Während des Besuchs begutachtete er gemeinsam mit dem Bestandsreferenten Marcel Giffey nicht allein die jahrhundertealten Urkunden, sondern präsentierte zudem die Ergebnisse seiner Recherche. Darüber hinaus vermittelten beide den interessierten Besuchern spannendes Wissen über die von ihnen mitgebrachten Archivalien.

Die jüngere der beiden Urkunden aus dem Jahr 1375 stellte der Halberstädter Bischof Albrecht für das Kloster St. Johannis zu Halberstadt aus. Wie es dazu kam, lässt sich in dem Schriftstück detailliert nachlesen: „Das Kloster wollte sich vom Papst Rechte bestätigen lassen, die es 64 Jahre zuvor in einer Urkunde übertragen bekommen hatte“, so Marcel Giffey. Um diese Anerkennung des Heiligen Stuhls zu vollziehen, benötigte die päpstliche Verwaltung eine beglaubigte Abschrift der Urkunde von 1311 – „und genau diesen Zweck erfüllt die Urkunde von 1375, es handelt sich in der Urkundenfachsprache um ein so genanntes Transsumpt“, weiß Dr. Ralf Lusiardi. Als Beglaubigungsmittel hängen von der Urkunde Wachssiegel des Bischofs sowie des Zeugen Bernhard von der Schulenburg ab, ein weiteres war schon im 19. Jahrhundert verloren.

Im Unterschied dazu fehlen die Siegel an der älteren Urkunde aus dem Jahr 1226 gänzlich, allein die pergamentenen Befestigungsstreifen weisen noch auf deren ursprüngliche Existenz hin. Inhaltlich handelt es sich um einen Vertrag zwischen dem Magdeburger Burggrafen und dem dortigen Domprobst: „Der Burggraf war ein Stellvertreter des Landesherrn für ein bestimmtes Gebiet, wohingegen der Domprobst dem Domkapitel vorstand – also einem Gremium, das

Dr. Matthias Kühnrich (links) übergibt die Urkunden an den Leiter des Landesarchivs, Dr. Detlev Heiden. (Foto: LASA)

die Domkirche leitete und den Bischof beriet.“ Warum diese Amtsträger einen Vertrag schlossen? „Im Kern ging es darum, Herrschaftsrechte über Gerichtsbezirke, so genannte Vogteien, zu regeln“, erklärt Marcel Giffey. So kam dem Burgvogt zwar das Recht zu, diese Vogteien Dritten für einen bestimmten Zeitraum als Lehen zu überlassen, doch durfte der Domprobst die Personen auswählen. „Und sobald der Burgvogt dem Domprobst die Summe von 30 Mark Silber bezahlen würde, sollte er die Vogteien jährlich zum Dreikönigstag am 6. Januar wieder zurückerhalten können.“ Ausgeschlossen davon blieben allerdings zwei Vogteien, die der Burggraf dauerhaft an den Erzbischof abgetreten hatte.

Schenkung zur Ergänzung des historischen Erbes Sachsen-Anhalts

Wie die beiden Urkunden Jahrhunderte später in den Nachlass gekommen sind, lässt sich nicht mehr zweifelsfrei ermitteln: „Leider haben wir sie erst nach dem Tod meiner Eltern entdeckt“, erklärt Dr. Matthias Kühnrich. „Möglicherweise sind sie bei einem Transport heruntergefallen, und meine Schwiegermutter, die damals bei der Magdeburger Bahnhofsmision arbeitete, hat sie ohne weitere Kenntnis des Inhalts aufgesammelt“, mutmaßt Eva-Maria Kühnrich.

Da dem Ehepaar daran gelegen ist, dass die Urkunden an ihren archivischen Aufbewahrungsort zurückkehren und so auch künftigen Generationen zugänglich bleiben, haben sie sich zu einer Schenkung an das Landesarchiv Sachsen-Anhalt entschlossen.

Bei der Übergabe dankte der Leiter des Landesarchivs, Dr. Detlev Heiden, für diese Überlassung: „Damit stehen die beiden Urkunden wieder der Allgemeinheit zur Verfügung. Zu ihrem dauerhaften Erhalt verpacken wir die beiden Urkunden in speziellen säurefreien Mappen und Kartons und lagern sie unter idealen klimatischen Bedingungen in unserem gesicherten Magazin ein“.

Gemäß seinem gesetzlichen Auftrag bietet das Landesarchiv Sachsen-Anhalt die Voraussetzungen dafür, dass historische Unterlagen für die Nachwelt erhalten und nutzbar bleiben. Anhand der einmaligen Signaturen U 1, XIX Nr. 3 und U 8, C Nr. 167 lassen sich die Archivalien unverwechselbar auffinden und im Lesesaal des Standorts Magdeburg einsehen.

Mit Blick in die Zukunft unterstützt das Beispiel des Ehepaares Kühnrich die Hoffnung, dass noch weitere vermisste Archivalien in das Landesarchiv Sachsen-Anhalt zurückkehren, wie Dr. Detlev Heiden betont: „Für Hinweise sind wir jederzeit dankbar.“

Marcel Giffey





Rückkehr Anhaltischer Akten zum Westfälischen Frieden

Mit der Rückkehr eines verloren geglaubten Aktenbandes aus dem Deutschen Historischen Museum konnte eine empfindliche Lücke in der anhaltischen Überlieferung zum Westfälischen Frieden endlich geschlossen werden.

Im August 2023 erhielt das Landesarchiv, Abteilung Dessau, einen seit Jahrzehnten als verloren geglaubten Band der Überlieferung des Anhaltischen Gesandtschaftsarchives zurück. Bereits zu Beginn des Jahres 2021 kontaktierte Dr. Thomas Jander, Leiter der Sammlung Dokumente und Hausarchiv des Deutschen Historischen Museums (DHM) Berlin das Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Dessau, und teilte mit, dass bei internen Auswertungen historische Dokumente gefunden wurden, die vermutlich aus dem alten Anhaltischen Staatsarchiv stammten. Ein fraglicher Band im Folio-Format war dem Museum für Deutsche Geschichte der DDR in den 1950er Jahren übereignet worden. Nach Abschluss der nötigen Formalien konnte Abteilungsleiter Dr. Hermann Kinne den Band im August vergangenen Jahres persönlich in Berlin in Empfang nehmen. Nach der Heimkehr nach Dessau wurde der Band in der Restaurierungswerkstatt begutachtet, benötigte aber keine weitere restauratorische Bearbeitung. Der Band wurde in die bestehende Ordnung eingefügt und ist online nach der nächsten Aktualisierung sichtbar. Er trägt die Signatur LASA, Z 15, Nr. 46a.

Identifizierung des unverhofften Funds im Deutschen Historischen Museum (DHM)

Der Band schließt eine Lücke in der Überlieferung des Jahres 1646, und zwar die Monate Mai bis August. Die Identifizierung des Bandes besorgten die Kollegen

des DHM und konnten sich zunächst nur auf die Laufzeit und auf inhaltliche Merkmale stützen. So enthält der Band mehrere Schreiben des für alle Anhaltischen Linien beauftragten Gesandten Kanzler Martin Milag (auch Martinus Milagius) bei den Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück, die im 19. Jahrhundert von G. Krause im Druck aus den Akten der damals noch getrennten Anhaltischen Archive veröffentlicht wurden. War hier die Identifizierung im Grunde bereits erfolgt, räumte der Vergleich mit den noch im Archiv vorhandenen anderen Bänden jeden Zweifel über die Herkunft aus: Buchdeckel, Einband, Bindung und Handschrift der Titulatur sind gleich. Freilich wurde im verschollenen Band die Signatur herausgeschnitten – könnte dies ein Hinweis sein, dass die ursprüngliche Herkunft des Bandes verschleiert werden sollte?

Der Weg in das heutige DHM

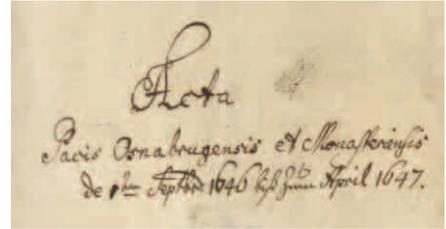
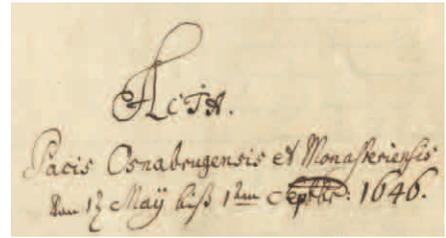
Der Band gehörte jedenfalls zu den Beständen des Anhaltischen Staatsarchives, die kriegsbedingt ausgelagert waren. Einer sogenannten Chronik des Landesarchivs Magdeburg (LASA, Rep C 22 I, Nr. 896), tatsächlich ein chronologischer Tätigkeitsbericht der Zeit nach 1945, ist zu entnehmen, dass die Gesandtschaftsakten im Schacht Solvayhall bei Bernburg lagerten. Dieser Chronik ist auch zu entnehmen, dass die beschlagnahmten anhaltischen Archivalien erst im Dezember 1946 von der Sowjetischen Militäradministration zur Rückführung freigegeben wurden und dieser Befehl erst ein Jahr später, also im Dezember 1947, in Kraft trat. Die tatsächliche Rückführung begann ab April 1948. Die in Solvayhall lagernden Akten waren zwischenzeitlich von der Bernburger Stadtverwaltung sichergestellt worden, ihre Herausgabe konnte erst durch den wiederholten persön-



Abteilungsleiter Dr. Hermann Kinne nimmt den Band zum Westfälischen Frieden entgegen.



Begutachtung des Bandes in der Restaurierungswerkstatt



Buchdeckel, Einband, Bindung und Handschrift der Titulatur sind gleich. (Fotos: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

lichen und intensiven Einsatz mehrerer Magdeburger Archivarinnen und Archivare bei der Stadt Bernburg erreicht werden. Ob der nun wiedergefundene Band zu diesen Akten gehörte oder nicht, lässt sich aus den Unterlagen nicht mehr rekonstruieren. Auch im Deutschen Historischen Museum Berlin als Nachfolger des Museums für Deutsche Geschichte in der DDR fehlen konkrete Hinweise auf die Herkunft des Bandes.

Die Rolle des ehemaligen Leiters des Anhaltischen Staatsarchivs Reinhold Specht

Eine mögliche Erklärung für die Wanderung des Bandes von Anhalt nach Berlin könnte die Personalie Reinhold Specht sein. Specht war seit 1926 Leiter des Anhaltischen Staatsarchivs und zugleich des Zerbster Stadtarchivs. Specht begann, die vorhandene Ordnung des Gesamtarchivs aufzulösen und durch die sogenannte „Neue Sachordnung“ zu ersetzen. Bereits unter Hermann Wäschke waren Urkunden, Amtsbücher und Lutherbriefe aus ihrem Entstehungszusammenhang herausgelöst und zu neuen Urkunden-, Amtsbuch- und Lutherbrief-Beständen formiert. Diese Arbeit setzte Specht für die übrigen Bestände fort, konnte sie aber nach seiner Einberufung zur Wehrmacht nicht beenden. Im Ergebnis befindet sich das Gesamtarchiv nun im wenig erfreulichen Zustand, dass ein Teil der Unterlagen noch in der Alten Ordnung vorliegt, ein zweiter Teil in der von Specht eingeführten Neuen Sachordnung. Ein kleiner dritter Teil ließ sich nach den Wirren des Krieges mit Auslagerung, Rückführung, Verlusten und Neusortierungen keiner der beiden Ordnungen sinnvoll einfügen und wurde als Nachtrag eingearbeitet. Nach dem Krieg nahm Specht zwar seine Tätigkeit als Zerbster Stadtarchivar wieder auf, seine Versuche

auch im staatlichen Archivwesen wieder eine Anstellung zu erhalten, verliefen erfolglos. 1951 schließlich gelang es Specht, auch durch Vermittlung mancher Archivarskollegen, eine Anstellung am neu gegründeten Museum für Deutsche Geschichte der DDR zu erlangen. Ob er nun den Band selbst mit nach Berlin brachte, ob ihm dort der Band – auf welchem Wege auch immer – zugeleitet wurde; es lässt sich nicht mehr rekonstruieren.

Immerhin kann man Specht zugutehalten, dass er während des gesamten Krieges, den er als Reserveoffizier im Ersatzheer durchlebte, in ständigem Kontakt zu seinem Stellvertreter Wolf-Heino Struck stand. Beide korrespondierten regelmäßig und mit fortdauerndem Krieg lässt sich Spechts ernsthafte Sorge um die Auslagerung wichtiger Zerbster Bestände diesen Briefen entnehmen. Dies ging so weit, dass Specht verschiedentlich beim damaligen Generaldirektor der Preussischen Archive und Kommissar für den Archivschutz Ernst Zipfel intervenierte und auf weitere Auslagerungen von Archivgut drängte. Der Unmut des Stellvertreters Struck in Zerbst über die wohl als Einmischung in die Dienstgeschäfte empfundene Sorge Spechts, ist manchem Brief zu entnehmen. Überliefert sind diese Schreiben im Nachlass Spechts, der ebenfalls in Dessau verwahrt wird (E 146). Eine mutwillige Entfremdung von Archivgut aus dem Staatsarchiv wird vor dem Hintergrund der Sorge Spechts um die Überlieferung „seines“ Hauses eher unwahrscheinlich. Eine abschließende Klärung wird wohl nicht mehr möglich sein. Immerhin dürfen sich die Nutzerinnen und Nutzer des Landesarchivs über eine unverhoffte Ergänzung und die Rückkehr eines verloren geglaubten Aktenbandes freuen!

Hermann Kinne

Übersicht über die Gebrüder Dippe'schen Züchtungen.

Art	Sorte	Abstammung	Beginn der Zucht	Erstmalig von d. D.L.G. als Originalsorte anerkannt	D.L.G. Hochzuchtregister seit	Aufgegeben wann weshalb	Neue Sortenbezeichnung (Reichssortenliste)
<u>Zuckerrüben</u>	W.I.	Auslese aus Kleinwanzlebener	1880				
"	Zuckerrübschte	" " Yilmorin	1880			1925	identisch mit W.I.
"	rotköpfige	Kreuzung Tegland x Despres	1882			1934	
"	Imperial	Auslese aus Imperial	1880			1925	identisch mit W.I.
"	E	Auslese und mehrfache Kreuzg.	1913				
"	Z	Auslese aus W.I.	1914				
<u>Winterweizen</u>	Gebrüder Dippe's Dickkopf 6a	Auslesezücht aus Sheriff seit 1909 Individualauslese	Ende der 80er Jahre	1915	1921	1930	von Gebr. Dippe's Stammgarsten v. u. Reine mit Sicherheit übertraffen
"	" " " " g	" " " " " "		1915	1921	1930	
<u>Winterroggen</u>	Gebrüder Dippe's Winterroggen	Auslese aus nordschleswiger Roggen	1894	1915		1925	von Patkuser mit Sicherheit übertraffen
<u>Sommerweizen</u>	Gebrüder Dippe's Bordeaux	Auslese aus Bordeaux Sommerweizen	1909	1915	1921	1933	
<u>Hafer</u>	Gebrüder Dippe's Überwinder	Auslese aus Svalöfs Siegeshafer	1908	1915	1921		Siegeshafer
"	" " " Früher Weißhafer	Kreuzung Überwinder x von Lochnow's Gelbhafer		1932			
"	" " " Gelbhafer	" " " " " "		1932		25.1.35.	Vom RFB gestrichen Grund x)
<u>Sommergerste</u>	Gebrüder Dippe's Hanna	Auslese aus Hannagerste	1908	1915		1933	
<u>Wintergerste</u>	Mahndorfer Viktoria						
<u>Roggen</u>	Deutscher Ringroggen						
<u>Frühhafer</u>	Mahndorfer Viktoria Frühhafer						
<u>Hafer</u>	" " " " " "						
<u>Erbsen</u>	" " " " " "						
<u>Kohl</u>	" " " " " "						
<u>Kohlrabi</u>	" " " " " "						
<u>Zwiebeln</u>	" " " " " "						

x) Grund: Sortenregister, Versuchsergebnisse, Erfordernisse der Landeskultur, Stellungnahme der Landesbauernschaften.

Quellen zu Gustav Adolf Dippe und der Gebrüder Dippe AG

Übersicht über die Gebr. Dippe'schen Züchtungen, 1939 (LASA, I 82, Nr. 57, Bl. 62)

Anlässlich des Festaktes zu Ehren des Quedlinburger Saatgutunternehmers und Züchters Gustav Adolf Dippe war der im Landesarchiv verfügbare Bestand I 82 von besonderem Interesse. Grund genug, den Bestand genauer vorzustellen.

Am 8. September 2024 jährte sich der Geburtstag des Quedlinburger Saatgutunternehmers und Züchters Gustav Adolf Dippe zum 200. Mal. Gemeinsam mit ehrenamtlichen Mitgliedern der Interessengemeinschaft Saatguttradition unter dem Dach des Kultur- und Heimatvereins Quedlinburg e. V. hatte das Julius-Kühn-Institut als Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen an diese wichtige Persönlichkeit der Stadtgeschichte Quedlinburgs erinnert. Im Rahmen eines Tags der offenen Tür wurde am 8. Juni 2024 der Auftakt zum Dippe-Jubiläum mit einem Festvortrag begangen. Prof. Dr. Andreas Graner stellte den Quedlinburger Züchter und Unternehmer Gustav Adolf Dippe (08.09.1824–04.11.1890) und sein Wirken in Quedlinburg vor. Dazu hatten sich Anfang des Jahres Mitglieder der Interessengemeinschaft Saatguttradition auch Unterlagen aus dem Landesarchiv genauer angesehen und zur Auswertung Reproduktionen an den Festredner übergeben.

Der Bestand I 82 Gebrüder Dippe AG, Samen- und Pflanzenzuchtbetrieb, Quedlinburg

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt archiviert den Bestand I 82 Gebrüder Dippe AG, Samen- und Pflanzenzuchtbetrieb, Quedlinburg. Dieser bildet

einen wichtigen Beitrag zur Dokumentierung und Erforschung der Unternehmens-, Regional- und Züchtungsgeschichte auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt. Der Bestand umfasst 4,7 laufende Meter aus dem Zeitraum 1871 bis 1945 (-1950) mit derzeit insgesamt 273 verzeichneten Akteneinheiten, 530 Fotos und auch Karten. Er wurde 1980 durch das Archiv der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, Institut für Züchtungsforschung übergeben. 2003 erfolgte eine ergänzende Übernahme von der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau, Zentrum für Gartenbau und Technik, Quedlinburg.

Die spätere Gebrüder Dippe AG wurde 1850 von den Brüdern Gustav Adolf Dippe und Christoph Lorenz Dippe gegründet. Zu den Haupterzeugnissen des Betriebes gehörten verschiedene Züchtungen von Zuckerrüben, Gemüse, Blumen und Getreide. Darunter waren Bohnen, Erbsen, Gurken, Kohl, Kohlrabi, Kürbis, Tomaten, Möhren, Porree, Radies, Spinat und Zwiebeln. Züchterfolge gab es unter anderem bei Astern, Levkojen, Petunien, Phlox und Stiefmütterchen. Insbesondere die frühe Zucht von Zuckerrüben mittels Individualauslese mit Nachkommenschaftsprüfung legte einen wichtigen Grundstein.

Leider sind aus dem Zeitraum des Wirkens von Gustav Adolf Dippe nur sehr wenige Unterlagen im Firmenbestand überliefert. Es handelt sich dabei um Unterlagen zu Kapital- und Kreditangelegenheiten, Grundstücken, zur Bewirtschaftung von Ackerflächen und zu Ernteerträgen der verschiedenen Standorte, des Weiteren um Übersichten über Neuzüchtungen, Schautafeln zu Gemüsesorten und Planbücher.

Insgesamt ist eine dichtere Überlieferung des Unternehmens ab den 1920er Jahren vorhanden. Schwerpunktmäßig überliefert sind Forschungs- und Züchtungsunterlagen wie Forschungs-, Fach-, Versuchs- und Zuchtberichte sowie Aussaat- und Erntelisten. Es liegt somit eine Vielzahl von Unterlagen zur Samen- und Pflanzenzüchtung sowie der Zuckerrübenzucht vor. Die enthaltenen Fotos zeigen unter anderem Aufnahmen bei Laborversuchen, im Gewächshaus, bei Saat- und Ernteeinsätzen, von Versuchsfeldern und Werkzeugmaschinen, von Gebäuden sowie von einzelnen Pflanzen. Weniger oder sogar nur fragmentarisch sind im Bestand bisher Geschäftsberichte und Bilanzen oder auch Leitungsschriftgut überliefert.

Bestandsergänzung in Aussicht

Die Interessengemeinschaft Saatguttradition hat aus privater Hand Unterlagen der Firma Gebr. Dippe AG,

Gebrüder Dippe A-G
85 Jahre Pflanzen-Zucht
Quedlinburg (Harz)

Gustav Adolf Dippe
1824—1890

Zuckerrüben - Hochzucht

50 Jahre Individual-Auslese mit Hochkammer-schaffungsleistungen

E und **WI** besonders blattreich.
Alle 3 Sorten haben Weltruf.

Gebrüder Dippe
E
Besonders ertragreich.
Eine schwere, fast schlanke Rübe.
Für alle rübenfähigen Bodenarten geeignet.
Verbindet höchste Massenerträge mit hohem Zuckergehalt und hoher Zuckerausbeute.
Laut Reichsartenliste unter 13 Zuckerrüben-Hochzuchten endgültig zugelassen.

Gebrüder Dippe
WI
Sehr zuckerreich.
Frühreifend.
Geeignet für alle rübenfähigen Bodenarten.
Gewährleistet gute Rübenernt und höchste Zucker-Ausbeute.

Gebrüder Dippe
Z
Besonders frühreifend.
Mit höchstem Zuckergehalt.
Geeignet für alle rübenfähigen Bodenarten.

(Dippe'sche Zuckerrüben sichern auch in trockenen Jahren den Futterbedarf.)

Dippes Zuckerrübensamen 1871-1911 **hohe Anbauleistung**

Die Widerstandsfähigkeit der Dippe'schen Züchtungen gegen Aufschuß zeigt folgendes Bild:
Aufschußarmer Stamm Dippe **Aufschußreicher Stamm**

Prospektblatt zur Zuckerrüben-Hochzucht (LASA, I 82, Nr. 63, Bl. 38)

Quedlinburg erhalten, welche dankenswerter Weise an das Landesarchiv Sachsen-Anhalt abgegeben werden sollen, womit einige Lücken im Bestand geschlossen werden können.

Christine Ulrich

Foto von Arbeiterinnen auf dem Feld (LASA, I 82, Nr. 292)



Benimm-Regeln von Gräfin Werthern

Laßt Blumen sprechen - aber richtig



Betta v. Werthern, Anstandsdame der Bonner Prominenz

Die Sprache der Blumen ist vielseitig. Es gibt ehrwürdige Traditionen des Blumenschenkens, angefangen beim Verlobungs- und Hochzeitsstrauß des Bräutigams. Und auch bei der silbernen und goldenen Hochzeit sollte der Ehemann den Blumengruß nicht vergessen.

Im privaten Bereich sollte der Blumenstrauß stets ein Herzensangelegenheit sein. Freude zu machen, aus einer guten Stimmung heraus, das kann ein

Geburtstag/Namenstag: Strauß aus Tulpen, Narzissen, Freesien oder gepflanzte Frühlingschale.
Verlobung: Rosa Rosen, Flieder, blühende Obstbaumzweige oder Orchideen in Cellophan.



Hochzeit: Kirschzweige und Freiland-Azaleen in passender Boden- vase oder eine Palme für das neue Heim.

Hochzeitstag: Vom Ehemann Blumen des Brautstraußes oder rote Rosen; Strauß aus Scilla, Maiblumen, Veilchen, Ixien.

Krankenhaus: Bunter Wicken- strauß; Orchideen-Rispe mit Glas.

Als bei der Aufmerksamkeit gilt es bei einer Einladung, den Strauß vorher zu schicken. Man kann ihn aber ebensogut nach der

Der Nachlass der Elisabeth Gräfin von Werthern

Auszug aus der Kolumne über „Benimm-Regeln von Gräfin Werthern“, 1976

Elisabeth von Werthern



Seit Ende 2023 befindet sich der Nachlass der Elisabeth von Werthern im Landesarchiv Sachsen-Anhalt. Er ist dem Bestand H 1 Herrschaftsarchiv Beichlingen zugeordnet und wird aktuell erschlossen.

Die in Hannover geborene Elisabeth Gräfin von Wedel (1916–2009) ehelichte mit 23 Jahren am 13. Januar 1940 Wolfgang von Werthern (1910–1940) und zog mit diesem auf sein Schloss und Gut Beichlingen in der Provinz Sachsen. Doch hielt das glückliche Eheleben nicht lange an, da Wolfgang von Werthern bereits im Mai 1940 als Soldat in der Nähe von Dünkirchen fiel.

Leben in Beichlingen und Flucht nach Westen

Nach der Geburt der Tochter und dem vom Krieg geprägten Alltag in Beichlingen und später auf dem naheliegenden Witwensitz Schloss und Gut Großneuhausen ergriff sie mit Kriegsende 1945 schließlich die Flucht vor der Roten Armee und vor der beispiellosen Umverteilung von Land durch die sogenannte Demokratische Bodenreform. Sie floh zunächst zu Verwandten in die Britische Besatzungszone nach Westfalen und siedelte später nach Bonn um.

Geschäftsführerin der Parlamentarischen Gesellschaft Bonn

In Bonn zog Elisabeth von Werthern eine bundesweit große gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf sich, als sie zur ersten Geschäftsführerin der Parlamentarischen Gesellschaft Bonn ernannt wurde.

Aus Anlaß des Besuchs des Mitglieds der Abgeordneten-kammer der Republik Argentinien
Herrn Ricardo Tomás Natale

Deutscher Bundestag
Der Vorsitzende
der Deutsch-Lateinamerikanischen Parlamentariergruppe
Professor Dr. Manfred Abelein MdB

gibt sich die Ehre

Gräfin von Werthern

zum Gespräch mit Donnerstag
anschl. Abendessen am
dem 18. März 1976 um 18.00 Uhr einzuladen.
Deutsche Parlamentarische Gesellschaft, Bonn, Dahlmannstr. 7
~~Antwort erbeten~~
auf beil. Karte

Einladungskarte des Vorsitzenden der Deutsch-Lateinamerikanischen Parlamentsgruppe Professor Dr. Manfred Abelein MdB, 1976

Eine Position, welche sie mehr als 30 Jahre von 1951 bis 1984 innehatte.

Die 1951 nach dem Vorbild der englischen Society-Clubs gegründete Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e. V. (DPG) hat die Aufgabe, die Abgeordneten der unterschiedlichen Parlamente zusammenzubringen und als Austauschforum zu dienen.

Die Vermittlung von Kontakten, die Koordination und Planung der Pressebesprechungen und der zahlreichen Veranstaltungen, wie kulturelle Abende, Ausstellungen, Vorträge oder gemeinsame Galadiners, übernahm federführend Elisabeth von Werthern. Auch Staatsempfänge oder der Empfang von ausländischen Parlamentsdelegationen gehörten zu ihrem Aufgabenspektrum. Führende Persönlichkeiten der frühen Bundesrepublik gingen in ihrem Büro sprichwörtlich ein und aus.

Der Nachlass bietet das große Potenzial, eine Frauenbiografie und die Karriere einer Frau nach 1945 in der alten Bundesrepublik zu erforschen, als Frauen noch zahlreiche gesellschaftliche wie rechtliche Grenzen auferlegt wurden, überhaupt eine öffentliche Karriere anzustreben.

Vicky Rothe

Einladung der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, 1989



Übernahme des Familienarchivs der Familie (von) Volkmann

Tagebücher und Schreibkalender aus dem 19. Jahrhundert

Der fast zehn laufende Meter umfassende Bestand E 253 Familienarchiv der Familie (von) Volkmann wurde 2024 als Depositum vom Volkmannschen Familienbund übernommen und reicht bis ins 16. Jahrhundert zurück. Sein Überlieferungsschwerpunkt liegt im 19. und frühen 20. Jahrhundert.

Mit dem Erwerb der im Amt Delitzsch gelegenen Rittergüter Zschortau und Biesen im Jahr 1764 durch den Schriftsteller Johann Jacob Volkmann (1732–1803) siedelte die ursprünglich aus Norddeutschland stam-

mende Familie nach Kursachsen über. Aus der Familie Volkmann gingen wichtige Persönlichkeiten Mitteldeutschlands hervor. Sie entfalteten insbesondere in Halle, Leipzig und Zschortau ihren Wirkungskreis.

Familienwappen seit dem 17. Jahrhundert



Mediziner und Wissenschaftlicher

Der Familie entstammten zahlreiche Mediziner und Wissenschaftler, darunter Alfred Wilhelm Volkmann (1801–1877), Professor und Rektor an der Universität Halle, der als Mitbegründer des medizinischen Faches Physiologie durch Arbeiten über das Nervensystem oder über das menschliche Auge gilt. Sein Sohn Richard von Volkmann (1830–1889), auch unter dem Pseudonym Richard Leander bekannt, brachte es als einer der bedeutendsten Chirurgen des 19. Jahrhunderts und Professor an der Universität Halle noch zu weitaus mehr Ruhm, welcher in die Nobilitierung 1885 mündete. Als Begründer der modernen wissenschaftlichen Orthopädie wurden nach ihm unter anderem das „Volkmann-Dreieck“ (Sprunggelenkfraktur) oder die „Volkmann-Schiene“ (Beinschiene) benannt, zahlreiche Straßen in Halle und anderen Städten tragen seinen Namen. Vor der Chirurgischen Universitätsklinik in der Magdeburger Straße in Halle steht bis heute seine 1894 errichtete Gedenkstatue und jährlich verleiht die Mitteldeutsche Chirurgenvereinigung die sogenannte „Volkmann-Medaille“.

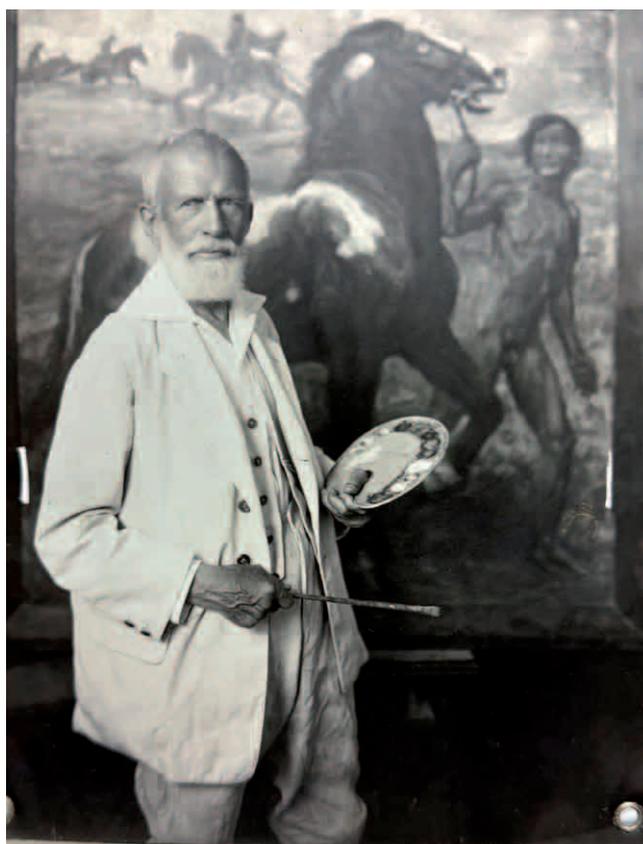
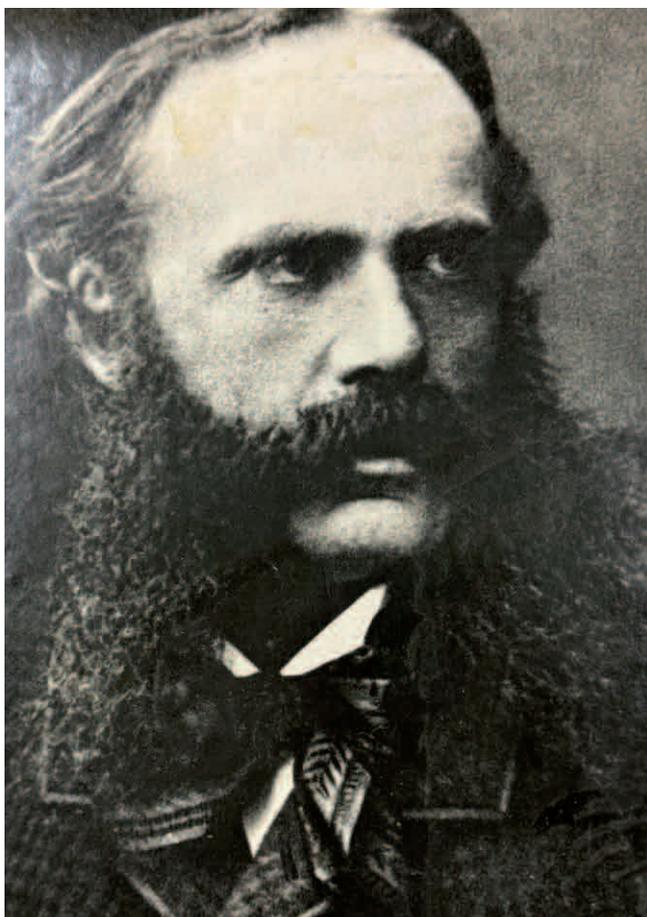
Literaten und Künstler

Richard von Volkmann veröffentlichte auch zahlreiche Dichtungen und Schriften. Generell scheint eine künstlerische Ader in der Familie stark vorhanden gewesen zu sein. So veröffentlichte Clara Maria Fechner (1809–1900), geb. Volkmann, 1848 ein Märchenbuch mit dem Titel „Die Schwarze Tante“. Artur Volkmann (1851–1941) wiederum war ein Bildhauer und Maler, der Jahrzehnte in Rom und später in Berlin und Leipzig wirkte.

Musikverlag Breitkopf und Härtel in Leipzig

Durch die Ehe Alfred Wilhelm Volkmanns (1801–1877) mit Adelheit (Adele) Härtel (1808–1884), Tochter des Gottfried Christoph Härtel (1763–1827), Inhaber der Buch- und Musikalienhandlung Härtel in Leipzig, gelang der Familie Volkmann eine entscheidende Verbindung zu dem bis heute existierenden bedeutenden Musikverlag Breitkopf und Härtel. 1880 übernahm Wilhelm Volkmann (1837–1896), Enkel Härtels und nach einer Lehre als Buchdrucker bei eben jenem Verlag, gemeinsam mit Oskar von Hase (1846–1921) nach dem Tod von Hermann Härtel und dem Ausscheiden von Raymund Härtel die Verlagsleitung. 1897 wurde sein Sohn, der promovierte Kunsthisto-

Richard von Volkmann (1830–1889)



Artur Volkmann (1851–1941)

riker Ludwig Volkmann (1870–1947), ebenfalls Teilhaber an der Geschäftsführung. Unter seiner Leitung wurde unter anderem die viel beachtete Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914 organisiert.

Familienarchiv Volkmann

Zu all diesen genannten Personen liegen mannigfaltige Quellen im Familienarchiv vor. Das Familienarchiv ist reich an weiteren Unterlagen zur Familiengeschichte und hält Ahnentafeln und eine umfassende familiengeschichtliche Sammlung parat. Zu einzelnen Mitgliedern liegen eigene und detaillierte biografische Sammlungen vor, die durch vielzählige Originalquellen, wie Korrespondenzen oder persönliche Unterlagen, hervorstechen. Eine Besonderheit im Bestand bildet die mannigfaltige Fotoüberlieferung, die das Leben der Familienmitglieder noch einmal auf eine ganz besondere Weise veranschaulichen kann. Daneben stellt das Familienarchiv eine wichtige Ergänzung zum Verlagsbestand Musikverlag Breitkopf & Härtel dar, der heute im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig verwahrt wird, hält er doch zahlreiche private Dokumente zu diesem wichtigen Stück Verlagsgeschichte bereit.

Vicky Rothe



Neue Forschungsgrundlage zur DDR-Heimerziehung

Der Bestand M 542 Spezialkinderheim Pretzsch im Magazin (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Mit den Unterlagen des ehemaligen Spezialkinderheimes in Pretzsch wurde eine wichtige Quelle zur Aufarbeitung des an Insassen von Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe verübten Unrechts nun erschlossen.

Der Bestand M 542 Spezialkinderheim Pretzsch ist einer von mehreren Spezialkinderheim- und Jugendwerkhof-Beständen des Landesarchivs Sachsen-Anhalt. In einer Ablieferung gelangte 2022 auch das verlorengedachte Verwaltungsschriftgut des Spezialkinderheimes in das Landesarchiv. Alle überlieferten Unterlagen sind nun erschlossen und dokumentieren einen Teil des an den früheren Heiminsassen begangenen DDR-Unrechts und die pädagogische Ausrichtung der Einrichtung.

Die Abteilung Merseburg des Landesarchivs Sachsen-Anhalt ist unter anderem für die Überlieferung der bezirksgeliteten ehemaligen Heime der Jugendhilfe im früheren Bezirk Halle zuständig. Gemäß Beschluss des Rates des Bezirkes Halle vom 27. August 1964 zählten dazu die Spezialkinderheime mit jeweils angeschlossenen Jugendwerkhof in Bernburg, Eckartsberga und Wittenberg, die Spezialkinderheime in Pretzsch und Sandersleben, das Sonderheim für hirngeschädigte Kinder in Halle-Kröllwitz und das Durchgangsheim „Am Goldberg“ in Halle.

Überlieferungs- und Quellenlage

Während die Unterlagen des Spezialkinderheimes in Sandersleben und des Durchgangsheims „Am Goldberg“ nicht ins hiesige Archiv gelangten, im Be-

stand M 542 Sonderheim für hirngeschädigte Kinder Halle-Kröllwitz lediglich eine Sachakte und in M 541 Jugendwerkhof Eckartsberga nur die „Kartei der Jugendlichen“ überliefert sind, umfassen die Bestände M 541 Jugendwerkhof Bernburg mehr als 1.500, M 541 Jugendwerkhof Wittenberg mehr als 1.800 und M 542 Spezialkinderheim Pretzsch mehr als 4.000 „Heimakten“. Die über die zu DDR-Zeiten eingewiesenen Kinder und Jugendlichen geführten sogenannten „Heimakten“ enthalten die Korrespondenz der Heimleitung mit den Eltern sowie mit anderen Heimen und Behörden, hier insbesondere mit den einweisenden Referaten Jugendhilfe, zudem Angaben zur jeweiligen Person wie Einweisungs- und Entlassungsdatum, Einweisungsgründe, Ausbildung und Fluchtversuche („Entweichungen“), und dokumentieren so das Schicksal der Heiminsassen. Die 2022 ins Landesarchiv gelangten Unterlagen zeigen neben dem beruflichen Weg des Heimpersonals (Personalakten) und dem Verwaltungsalltag vor allem die pädagogische Arbeit auf. In den Sachakten unter anderem zu findende Informationsberichte mit Meldungen über „besondere Vorkommnisse“ enthalten teils tragische Einzelschicksale, etwa den Suizid eines Schülers im Jahre 1967.

Kommunalarchive als weitere Fundorte für Jugendhilfeunterlagen

Verantwortlich für die Einweisung eines Kindes oder Jugendlichen war das Referat Jugendhilfe beim für den Wohnort der Person zuständigen Rat des Kreises oder (bei kreisfreien Städten) Rat der Stadt/des Stadt-

bezirkes. Die Einweisung erfolgte auf Beschluss des zuständigen Jugendhilfeausschusses. Die Beschlüsse sind in einigen Fällen als Abschriften oder als Zweite Ausfertigungen den Heimakten beigefügt, im Regelfall jedoch nicht enthalten. Die Archivierung der Einweisungsbeschlüsse erfolgt bei den für die Überlieferung der ehemaligen Räte der Kreise oder Räte der Städte/Stadtbezirke heute zuständigen Kreis- bzw. Stadtarchiven. Im Falle der Räte der früheren Stadtbezirke von Berlin (Ost) ist das Landesarchiv Berlin zuständig. Nachweislich wurden in vielen Fällen nach der Entlassung von Kindern und Jugendlichen aus den Heimen deren Heimakten an die einweisenden Referate Jugendhilfe ganz oder in Teilen zurückgesandt, sodass in der Abteilung Merseburg nicht alle Heimakten und die vorhandenen nicht immer vollständig überliefert sind. In entsprechenden Fällen sind ebenso die oben genannten Archive zuständig. Hinweise an Benutzer auf entsprechende Kreis- oder Stadtarchive sind daher wertvolle Mittel zur Recherche nach den Heimeinweisungsbeschlüssen und dem Verbleib von Heimakten.

Bestandsinformationen und Neuerschließungen

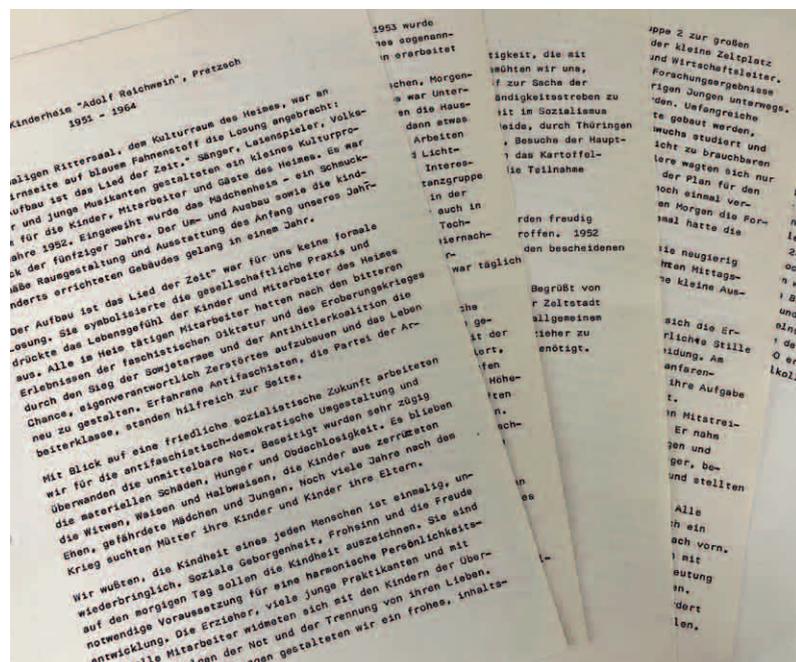
Der Bestand M 542 Spezialkinderheim Pretzsch besteht aus mehr als 5.000 Verzeichnungseinheiten aus dem Entstehungszeitraum 1940 bis 1990 und umfasst mehr als 33 Laufmeter. Die Unterlagen gelangten in zwei Ablieferungen der SALUS gGmbH in den Jahren 2011 und 2022 in die Abteilung Merseburg. Die erste Ablieferung umfasste lediglich die Heimakten. Diese wurden im Jahre 2012 verzeichnet. Leitungs- und Verwaltungsschriftgut der Einrichtung im Umfang von rund 30 Laufmetern wurde der Abteilung Merseburg dann im Juni 2022 zur Bewertung und Übernahme angeboten. Ca. 80 % des angebotenen Schriftgutes wurden übernommen, darunter die „Kartei der Jugendlichen“, die Karteikarten zu mehreren tausend Heiminsassen enthält, eine Mappe mit den Passfotos der zwischen 1985 und 1990 entlassenen Schülerinnen und Schüler, eine Vielzahl von Schülerbogen und Gesundheitsunterlagen von Heiminsassen, die in der Einrichtung von den Heimakten getrennt archiviert worden waren, vor allem aber Unterlagen zur pädagogischen, administrativen, politischen und kulturellen Arbeit des Heimes. Als archivwürdig eingeschätzt wurden auch Druckschriften zum Thema „Jugendhilfe/Kinderbetreuung in der DDR“ sowie mehrere Diplomarbeiten zum Thema „Jugendhilfe in der DDR“. Weiterhin wurden mehrere hundert Personalakten übernommen. Die archivierten Unterlagen ermöglichen nicht nur die Aufarbeitung von Einzelschicksalen

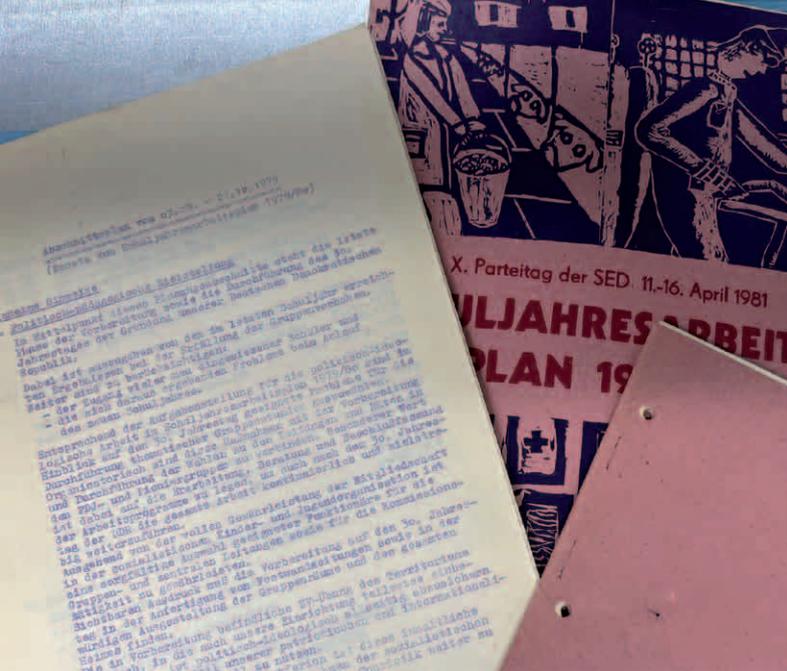
und die Unterstützung von Rehabilitierungsanträgen ehemaliger Heiminsassen, sondern auch die Untersuchung des sozialistischen Umerziehungssystems am Beispiel Pretzsch. Sämtliche neu übernommenen Unterlagen wurden Anfang des Jahres 2024 erschlossen.

Geschichte der Einrichtung

Das Schloss Pretzsch, in welchem das spätere (Spezial-) Kinderheim untergebracht war, hat eine bewegte, leider aber auch in Teilen unrühmliche Geschichte erlebt. Es wurde in Folge des Wiener Kongresses königlich-preußischer Besitz. Der preußische König Friedrich Wilhelm III. machte das Schloss 1827 der Stiftung „Potsdamsches Großes Militärwaisenhaus“ zum Geschenk. Die Einrichtung fungierte seitdem bis 1923 als Mädchenheim, ab 1912 wurden auch Jungen aufgenommen. Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten musste die Stiftung 1923 schließen. In den Dreißigerjahren wurde das Schloss an die Wehrmacht verpachtet. Dabei diente es unter anderem als sogenannte Grenzpolizeischule des SD zur Eingliederung von SS-Grenz- und Wacheinheiten in die Grenzpolizei der Gestapo. Während des Krieges wurden von hier aus Soldaten zu den sogenannten Einsatzgruppen der SS abkommandiert. Nach dem Krieg kam es zur Wiedereinrichtung der Stiftung. Das Schloss diente zunächst der Unterbringung von Waisen, vor allem aus den deutschen Ostgebieten, dann als allgemeines Kinderheim. Mit der „Verordnung über Heimerziehung von Kindern und Jugendlichen“ vom 26. Juli 1951 wurden durch die Ministerien der Länder Jugendwerkhöfe

Bericht des Heimleiters über seine Zeit in Pretzsch (LASA, M 542 Pretzsch, Nr. 5219) (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)





Dokumente zur Planung der pädagogischen Arbeit (LASA, M 542 Pretzsch, Nr. 5214) (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

und Spezialkinderheime in der DDR als Erziehungseinrichtungen für schwererziehbare und straffällig gewordene Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren eingerichtet. Am 1. April 1952 wurde das Heim Landeseinrichtung und nach der kurz darauf erfolgten Bildung der Bezirke dem Verantwortungsbereich des Rates des Kreises Wittenberg unterstellt. 1960 erfolgte die Umprofilierung zum Spezialkinderheim. 1964/65 fand die Übernahme der Einrichtung durch den Rat des Bezirkes Halle statt. Im Zuge der Deutschen Einheit Ende 1990 wurde es Landeskinder- und Jugendheim des Landes Sachsen-Anhalt. Die SALUS gGmbH übernahm im Jahre 2000 die Trägerschaft.

Bestandsabgrenzung Spezialkinderheim/Landeskinderheim

Das ab dem 3. Oktober 1990 entstandene Verwaltungsschriftgut sowie die Heimkinder- und Personalunterlagen des Landeskindersheims, ergänzt durch Unterlagen über bosnische Geflüchtete aus den 1990er Jahren, fallen in die Zuständigkeit der Abteilung Magdeburg des Landesarchivs. Für weitere mehr als 300 Verzeichnungseinheiten (mehrheitlich „Heimakten“) aus dem genannten Entstehungszeitraum, die derzeit noch im Bestand M 542 Spezialkinderheim Pretzsch verwahrt werden, steht die Provenienztrennung und die Abgabe an die Abteilung Magdeburg noch aus. Dort werden diese Akten zusammen mit den bereits 2022 übernommenen Unterlagen (ca. 5 Laufmeter) einen eigenen Bestand bilden.

Personalakten als historische Quellen für Kindesmisshandlung

In mindestens elf Fällen dokumentieren die im Bestand M 542 Spezialkinderheim Pretzsch überlieferten

Personalakten arbeitsrechtliche Disziplinarverfahren (die zum Teil bis hin zur fristlosen Entlassung führten), die aufgrund von durch Heimpersonal an Heiminsassen verübten Körperverletzungen durchgeführt wurden. In einem Fall ist eine Anzeige beim Volkspolizeikreisamt Wittenberg gegen einen Arbeitnehmer nachweisbar, welcher gemäß Anzeige mehrere Schüler zur Verübung einer gemeinschaftlichen Körperverletzung an einem weiteren Schüler aufgefordert und diese anschließend geduldet haben soll. Ob und inwieweit die dokumentierten Fälle die wirkliche Zahl der begangenen Misshandlungen abdecken, oder ob diese in Wahrheit weit höher lag, ist anhand der Personalakten allein nicht mit Sicherheit zu klären. In den Heimakten lassen sich an Heiminsassen gegebenenfalls verübte Misshandlungen durch Heimpersonal nicht nachweisen. Dagegen dokumentieren mehrere Heimakten, Schülerbogen und Sachakten zur pädagogischen Arbeit durch Heiminsassen verübte Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und versuchte „Grenzdurchbrüche“.

Pädagogische Ausrichtung des Spezialkinderheims

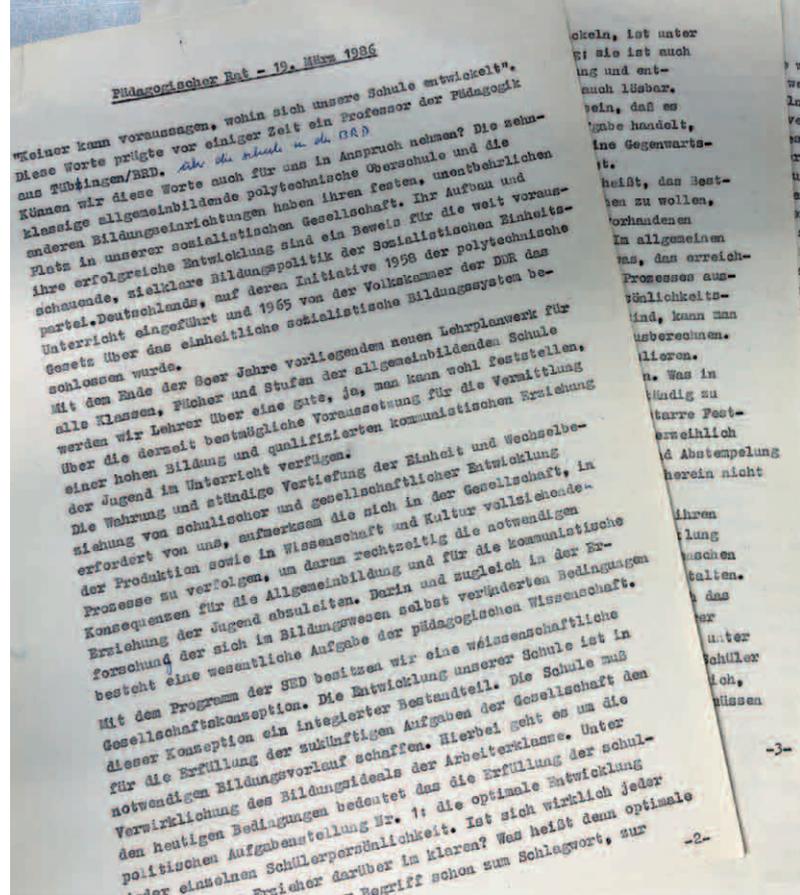
Unter den im Bestand M 542 Spezialkinderheim Pretzsch überlieferten Unterlagen befindet sich eine Reihe umfangreicher Akten, welche die pädagogische Arbeit der Einrichtung dokumentieren. Diese enthalten unter anderem Material zur Arbeit des pädagogischen Rats, zu Leitungs- und Erzieherdienstbesprechungen und zu pädagogisch-methodischen Problemen der Erziehungsarbeit sowie Konzeptionen der politisch-ideologischen Arbeit, Schuljahresanalysen und Listen versetzungsgefährdeter Schüler. Zudem sind Informationsberichte über politisch-ideologische Fragen, die Kadersituation, Entweichungen von Heiminsassen, die Heimkapazität, die schulische Arbeit, spezifische Wirtschaftsfragen und besondere Vorkommnisse (etwa durch Jugendliche begangene Straftaten) enthalten. In dem umfangreichen Schriftwechsel mit dem Ministerium für Volksbildung, dem Rat des Bezirkes Halle, dem Rat des Kreises Wittenberg und dem Rat der Stadt Pretzsch finden sich zum Beispiel Anweisungen über die Anwendung von Normen in den Heimen der Jugendhilfe, Hinweise zur Abgabe von Meldungen bei Entweichungen von Jugendlichen, Erstattungen von Anzeigen gegen Jugendliche sowie Aufgaben zur Erhöhung der Effektivität der sozialistischen Wehrerziehung und der Sicherstellung des militärischen Berufsnachwuchses. Beigefügt sind außerdem Programmpläne für die Feriengestaltung im alljährlich abgehaltenen Ferienlager des Heimes in Prerow/Darß. Die Pädagogen

beschäftigten sich nachweislich auch mit Analysen der hauptsächlichen Gründe, die zur Einweisung der Jugendlichen führten.

Juristische und wissenschaftliche Relevanz

Die im Bestand M 542 Spezialkinderheim Pretzsch zahlreich überlieferten Heimakten sowie die oben genannten jüngst ins Haus gelangten und neu erschlossenen Unterlagen dienen als wertvolle Hilfs- und Recherchemittel, dank derer Gerichte und Staatsanwaltschaften im Rahmen von Rehabilitierungsverfahren die Unterbringung ehemaliger Heiminsassen im Spezialkinderheim Pretzsch nachweisen können. Die Zahl der Anfragen entsprechender Stellen, auch von ehemaligen Insassen selbst, ist ungebrochen hoch. Demgegenüber stellen die nunmehr erschlossenen Unterlagen zur pädagogischen Ausrichtung des Spezialkinderheims, die in dessen Überlieferungsdichte für den DDR-Bezirk Halle einmalig sind, eine neue Forschungsgrundlage für die Aufarbeitung des von Menschenrechtsverletzungen und Freiheitsbeschränkungen dominierten sozialistischen Systems der sogenannten Spezialkinderheime im Heimsystem der DDR da.

Da sowohl die Unterlagen als auch die dazugehörigen Erschließungsinformationen sensible personenbezogene Daten erhalten, stehen online nur allgemeine Erschließungsinformationen zur Verfügung. Voraussetzung für eine Nutzung ist ein Antrag



Dokument des Pädagogischen Rats der Einrichtung (LASA, M 542 Pretzsch, Nr. 5216) (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

auf Schutzfristenverkürzung unter Benennung des Nutzungsinteresses. Informationen dazu finden Sie auf der Homepage des Landesarchivs unter: <https://lha.sachsen-anhalt.de/benutzung/benutzung-vorort/im-lesesaal>

Andreas Nebelung und Corinna Ratai

Elektronisches Landesarchiv Sachsen-Anhalt (E-LASA): Rückblick und Ausblick

Im Jahr 2024 erreichte das 2018 produktiv gegangene E-LASA sein sechsjähriges Jubiläum. Im Rückblick auf die geleistete Arbeit sollen zugleich die Herausforderungen der Zukunft ausgelotet werden.

Hintergrund

Die Überlieferung digitaler Unterlagen ist für Archive schon seit Langem keine Neuheit mehr. Bereits in den 1970er Jahren befassten sich Archivarinnen und Archivare mit den Problemen der Archivierungsfähigkeit von Lochkartensystemen und Daten aus Großrechenanlagen. Tatsächliche Lösungen für diesen archivischen Paradigmenwechsel – von analog auf digital – blieben in Deutschland jedoch lange Zeit aus.



Insbesondere die Herausgabe und Aktualisierung des für die digitale Archivierung zentralen ISO-Standards „Open Archival Information System“ (OAIS) brachte die Entwicklung von praktischen Softwarelösungen voran (u. a. DIMAG-Kernmodul 2006). Wie bei den meisten Landesarchivverwaltungen waren auch in Sachsen-Anhalt die Voraussetzungen für den Aufbau eines digitalen Archivs lange Zeit nicht gegeben,

auch wenn das 1995 veröffentlichte Landesarchivgesetz die Archivierung von elektronischen Unterlagen bereits prinzipiell vorsah. In enger Zusammenarbeit mit dem IT-Dienstleister DATAPORT entstand Anfang 2015 eine Voruntersuchung, die ein umfangreiches Lagebild für das Landesarchiv Sachsen-Anhalt und andere Beteiligte ergab. Die Studie arbeitete heraus, dass das Landesarchiv weder personell noch technisch in der Lage sei, ein OAIS-konformes, digitales Archiv im Eigenbetrieb wirtschaftlich zu realisieren. Die im gleichen Jahr durchgeführte Novellierung des Landesarchivgesetzes änderte die Gesetzgebung hinsichtlich der Übernahme von Datenbeständen aus laufend aktualisierten Fachverfahren und als Verschlusssachen deklarierten digitalen Unterlagen und verstärkte den Handlungsdruck zur Umsetzung eines digitalen Archivs nochmals.



Datenträger aus Akten (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Vorbereitungen

Die strategischen Vorklärungen des Landesarchivs liefen darauf hinaus, Insellösungen zu vermeiden und der doppelten Verbundstruktur des Kooperationsverbundes Digitale Archivierung Nord (DAN) im DIMAG-Verbund beizutreten, was im November 2016 durch Unterzeichnung des Verwaltungs- und Finanzabkommens erfolgte. Ausschlaggebend waren vor allem die wirtschaftlichen und technischen Synergieeffekte, die sich durch einen gemeinsamen IT-Dienstleister ergaben. Darüber hinaus lassen sich die fachlichen Herausforderungen der Archivierung elektronischer Dokumente in Kooperation und im gemeinsamen Austausch mit anderen Landesarchivverwaltungen einfacher bewältigen.

Ein weiterer wesentlicher Grund für den Beitritt zum DAN war neben der Deckung eigener Bedarfe auch die Nachnutzung der DIMAG-Suite für öffentliche, nicht-staatliche Archive im Land Sachsen-Anhalt. Neben der vergleichsweise kostengünstigen Einstiegsmöglichkeit und dem Zugang zu den DIMAG-

Anwendungen bietet das Landesarchiv fachliche und organisatorische Basissupportleistungen an, welche in einem landesweiten Workshop im Januar 2019 den Archiven Sachsen-Anhalts vorgestellt wurden. Die mittlerweile vier Magazinpartner treten zum Austausch regelmäßig in Videokonferenzen zusammen.

Die Arbeit in der doppelten Verbundstruktur des DAN und des DIMAG-Verbunds wurde ebenfalls mit der Einrichtung des digitalen Archivs aufgenommen. Um die Verbundarbeit überhaupt erst zu ermöglichen, ist jedes Mitglied verpflichtet, gewisse personelle und finanzielle Beiträge zu leisten. Neben der Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen des DIMAG-Verbunds sowie in der Gemeinsamen Fachlichen Leitstelle (GFL) des DAN sind insbesondere die Übernahme des Lenkungsgruppenvorsitzes mit der gleichzeitigen Geschäftsführung der DAN-GFL (2018–2020) sowie die konzeptionelle fachliche Vorklärung anforderungsgerechter digitaler Bestandserhaltung erwähnenswert.

Produktivgang mit DIMAG

Die Übernahme neuer Aufgaben, wie der Aufbau eines digitalen Magazins, die Mitarbeit in den Verbundstrukturen des DAN und DIMAG, die Überlieferungsbildung digitaler Unterlagen sowie die laufende Betreuung der Magazinpartner erforderte unter schwierigen Rahmenbedingungen den Einsatz zusätzlicher Personalressourcen. Als eine der ersten praktischen Arbeiten im digitalen Archiv konnte 2017/2018 die für ein DFG-gefördertes Digitalisierungsprojekt eingerichtete Speicherinfrastruktur in weiteren Ausbaustufen auch für die Übernahme und Aufbereitung digitaler Archivalien befähigt werden, bevor der Upload in das DIMAG-Kernmodul stattfand.

Von Anfang an entstanden mit der Einrichtung des digitalen Archivs in enger Zusammenarbeit zwischen einer in der Zentralabteilung neu eingerichteten „Fachlichen Leitstelle E-LASA im DAN“ und dem für die Überlieferungsbildung zuständigen Dezernat 23 auch erste Konzepte zu Fachfragen, wie der Übernahme oder der Erschließung elektronischer Unterlagen. Die Vorbereitung eines umfassenden Fach- und Organisationskonzepts wurde dynamisch ausgerichtet, um auf aktuelle Ereignisse und Herausforderungen schnell reagieren zu können. Inhaltlich standen bisher Ausarbeitungen zur Übernahme verschiedener Archivaliengattungen mit den DIMAG-Übernahmeanwendungen, Bestandserhaltungskonzeptionen inkl. Dateiformat-Policy und der Definition signifikanter Eigenschaften sowie Organisations- und Zustän-

Angemeldet als: Björn Steffenhagen

Passwort ändern **Abmelden**

Rechte:

- Digitales Archiv (233-1) (Löschen)
- Archivalien (233-3) (Löschen)
- Landesarchiv Sachsen-Anhalt (92-1) (Löschen)
- Dokumentation (D-1) (Löschen)

Strukturnavigation

Tektonik:

- D: Digitales Archiv
 - A: Archivalien
 - LASA: Landesarchiv Sachsen-Anhalt
 - L 15: Ministerium der Finanzen des Landes...
 - Nr. 956: Fachverfahren efReporter II. Verwaltung und...

Gehe zu AID:

Signatur/AID	Titel	Details
Hier einfügen: <input type="checkbox"/> Repräsentation		
LASA L 15 Nr. 956 R 1 233-85	<input checked="" type="checkbox"/> CSV Protokoll zu 233-82 Fachverfahren efReporter. Verwaltung und Vergabe von EU- und Landesfördermitteln	<input type="checkbox"/>
LASA L 15 Nr. 956 R 2	<input checked="" type="checkbox"/> SIARD	<input type="checkbox"/>

Ansicht aktualisieren

Markierte Objekte verschieben Alle

efReporter 2 in DIMAG-Kernmodul

digkeitsregelungen im Vordergrund.

Dank der umfangreichen Vorarbeiten bei der Installation des DIMAG und der fachlich-technischen Vorbereitung kann die feierliche Eröffnung des E-LASA mit der Live-Übernahme des ersten genuin digitalen Archivguts – Daten aus dem Fachverfahren efReporter 2 – in das DIMAG-Kernmodul am 14.12.2018 als Meilenstein für das Landesarchiv gelten. Ende 2023 befanden sich ca. 34.000 Verzeichnungseinheiten mit einem Umfang von ca. 1,5 TB im DIMAG-Kernmodul des Landesarchivs, die sich inhaltlich aus Dateisammlungen, Fachverfahrensdaten, Webseiten, Datenträgerinhalten und Ton-Ersatzdigitalisaten zusammensetzen.

Als Schnittstelle zur Landesverwaltung übernimmt das Dezernat 23 die Kommunikation mit den anbieterpflichtigen Behörden des Landes und unterstützt diese bei der Einführung von E-Akte-Systemen und Fachverfahren. Ein vom Landesarchiv erstelltes zentrales Register über die im Land installierten Fachverfahren erleichtert als Werkzeug die Arbeiten zur Überlieferungsbildung.

Zu der 2017 gestarteten Ausbildungsoffensive archivarischer Fachkräfte leisten alle E-LASA-Akteure substantielle Beiträge. Neben den theoretischen Grundlagen der digitalen Archivierung und der elektronischen Überlieferungsbildung sollen dabei vor allem praktische Inhalte vermittelt werden: der Umgang mit Datenträgern aus Akten oder die Übernahme von digitalen Verzeichnungseinheiten nach DIMAG.

Ausblick

Das Landesarchiv ist mit seinem E-LASA ein etablierter Partner in der Landesverwaltung und in den Verbänden DAN und DIMAG. Durch hohes Engagement

aller Beteiligten ist es gelungen, ein digitales Archiv sowohl organisatorisch als auch technisch einzurichten. Für die Magazinpartner im Land sind wir ein verlässlicher Supportpartner. Gleichwohl wird der Produktivbetrieb mittel- und langfristig mit Herausforderungen verbunden sein.

Für die neuen Herausforderungen zusätzlicher Fachaufgaben stehen nur zu knappe Personalressourcen zur Verfügung. Erhebliche Personalbedarfe für praktische Aufgabenerledigungen im Sinne eines „digitalen Magazindienstes“ konnten noch nicht angemessen abgedeckt werden. Zu den aktuellen und kommenden Herausforderungen gehören die regelmäßige Übernahme von E-Akten und Fachverfahren in größerer Anzahl, die Archivierung von Geobasisdaten und deren Verschränkung mit kommunalen Fachdaten und anstehende Lösungen für Bestandserhaltungs- und Nutzungsprozesse. Insgesamt werden die Fachaufgaben des E-LASA zukünftig in der Menge umfangreicher und inhaltlich komplexer. Gleichzeitig werden sich die Aufwände der Überlieferungsbildung durch die landesweite Umstellung auf die E-Akte und die dadurch massenhafte Schließung und Anbietung papierner Unterlagen weiter erhöhen.

Nicht nur für eher finanzschwache Bundesländer stellen Kooperationsverbünde wie der DAN-Verbund eine sinnvolle und bewährte Alternative zum Eigenbetrieb dar. Die doppelte Verbundstruktur bringt jedoch vergleichsweise langwierige Entscheidungsprozesse mit sich. Inwieweit die 2022 erfolgte Strukturreform des DIMAG-Verbunds zu schnelleren Ergebnissen in der Weiterentwicklung der IT-Anwendungen führt, bleibt einer Evaluation vorbehalten.

Björn Steffenhagen



Einstieg in die Archivierung von Geobasisdaten

Digitales Geländemodell, Gitterweite 1m (DGM 1), Stand 2010

Digital vorliegende Geobasisdaten werden in bundesweiter Abstimmung der Landesarchive mit den Landesvermessungsämtern archiviert. Der systematische Einstieg in die digitale Archivierung von Geobasisdaten erfolgt derzeit.

Was sind Geobasisdaten und warum sind sie archivwürdig?

Geobasisdaten sind nach Definition der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) „Daten des amtlichen Vermessungswesens, welche die Landschaft, die Liegenschaften und den einheitlichen geodätischen Raumbezug anwendungsneutral nachweisen und beschreiben. Sie sind Grundlage für Fachanwendungen mit Raumbezug.“ Die in analoger Form seit Jahrhunderten zum festen Kanon der in Archiven verwahrten Überlieferung zählenden Karten werden also künftig digital archiviert. Und dies auch in zusätzlichen, in analoger Form gar nicht möglichen Ausformungen, wie etwa dem sogenannten Digitalen Geländemodell.

Nun sind Karten bereits im analogen Bereich aus verschiedenen Gründen eher „sperrige“ und „herausfordernde“ Archivalien. Erst recht gilt dies nun in digitaler Ausformung, da sich hier Fragen nach archivfähigen Dateiformaten, zu übernehmenden Zeitschnitten oder erforderlichen Metadaten stellen. Aus diesem Grund formulierte eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Archiv- und Vermessungsverwaltungen 2015 die „Leitlinien zur bundesweit einheitlichen Archivierung von Geobasisdaten“, die 2021 aktualisiert wurden, und in der sich auch die oben zitierte Definition findet.

Ziel ist es, für die künftige Benutzung eine bundesweit vergleichbare Überlieferung zu schaffen. Damit einher gehen logischerweise Synergieeffekte und eine Verringerung von Arbeitsaufwänden in den einzelnen Archiven.

Welche Geobasisdaten wurden übernommen?

Mit einem mehrjährigen Vorlauf zur Klärung fachlicher und organisatorischer Fragen konnten im Frühjahr 2024 die ersten Geobasisdaten ins Landesarchiv übernommen werden. Als „Pilotprojekte“ wurden dabei, jeweils als vollständige Datensätze für das ganze Bundesland Sachsen-Anhalt, übernommen:

- 3D-Gebäudemodell (LoD2-DE), Stand 2022
- Digitales Geländemodell (DGM1), Stand 2010 und 2020

Besonderer Dank gilt dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation (LVermGeo) als abgebender Stelle. In äußerst kooperativer und kollegialer Vorgehensweise konnte, trotz aller Herausforderungen und damit verbundener Verzögerungen, Schritt für Schritt das jetzt erreichte Ergebnis erzielt werden.

Doch nach der Datenübertragung – angesichts des Umfangs von ca. 1,1 TB aufgeteilt in mehrere Durchgänge – war die Arbeit im Landesarchiv noch längst nicht abgeschlossen. Die anschließenden Schritte des Ingests in das Digitale Archiv (DIMAG) und die Erschließung in der Recherchedatenbank brachten – beim erstmaligen Durchlauf nicht verwunderlich – neue Fragen und Herausforderungen mit sich. Im Landesarchiv werden die Daten im Bestand „L 100



Dreimal derselbe Ausschnitt des Stadtgebiets von Magdeburg (Kacheln 32_680_5778 und 32_682_5778) mit u. a. der Elbe, der Berliner Chaussee, dem Landesarchiv und dem Stadion des 1. FC Magdeburg; LoD2, 3D-Gebäudemodelle, Stand 2022

Landesamt für Vermessung und Geoinformation – Digitale Geobasisdaten“ archiviert.

Wie geht es weiter?

Den „Leitlinien“ ist das weitere „Übernahmeprogramm“ zu entnehmen. Entsprechend waren die nun realisierten Projekte erst der Anfang. Folgen müssen die Archivierung etwa von Topographischen Karten oder auch Luftbildern, und dies künftig auch in regelmäßigen Zeitabständen. Hier wird das Thema des benötigten Speicherplatzes und des Datentransfers

noch einmal besonders wichtig. Es besteht aber die berechtigte Hoffnung, dass die meisten der während des Pilotprojekts aufgetauchten Fragen künftig wesentlich schneller geklärt werden können, und dass eine gewisse Regelmäßigkeit einzieht.

Nicht zuletzt ist im Landesarchiv natürlich die Benutzung zu ermöglichen. Die Arbeit geht also nicht aus bei diesem spannenden Thema der Archivierung von Geobasisdaten.

Richard Lange

Zum Vergleich und zur besseren Einordnung: Luftbilder DOP 100, Stand 2022, Download von der Internetseite des LVermGeo am 28.05.2024 (bisher noch nicht im LASA archiviert)



Auf dem (langen) Weg zu einem Standard

Die Archivierung elektronischer Verfahrensakte der Justiz

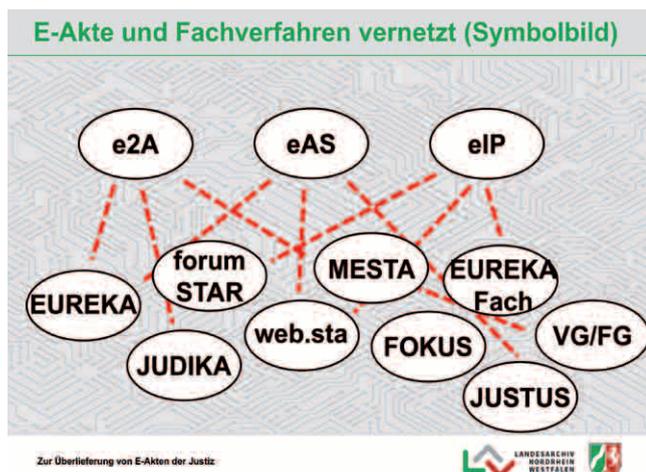
Die für die Einführung elektronischer Verfahrensakte erforderliche Standardisierung stellt Justiz und Archive vor besondere Herausforderungen. Eine im März 2024 eingesetzte Arbeitsgruppe erarbeitet derzeit einen einheitlichen Aussonderungsprozess für elektronische Verfahrensakte der Justiz.

Die digitale Modernisierung von Justiz und Verwaltung schreitet voran. Die E-Government-Gesetze von Bund und Ländern sehen verbindliche Einführungs-termine für die Verwendung elektronischer Akten vor. In der Justiz hatte bereits das „Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs“ vom 5. Juli 2017 die Führung von elektronischen Verfahrens-akten bei den Gerichten von Bund und Ländern spätestens ab 1. Januar 2026 vorgeschrieben.

Bundesweit drei Anwenderverbände zur Einführung der E-Akte

Seitdem arbeiten die Justizverwaltungen unter Hochdruck an der Einführung der E-Akte. Dazu haben sich deutschlandweit drei Anwenderverbände gebildet: die „E-Akte als Service (eAS)“ der baden-württembergischen Justiz, der sich Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen angeschlossen haben, die „Elektronische Integrationsplattform (eIP)“ der Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg und Rheinland-Pfalz unter Führung Bayerns und schließlich die „Elektronische Ergonomische Akte (e2A)“, bei der unter der Ägide

Aus: Bastian Gillner (Landesarchiv NRW): E-Akten der Justiz (s. <https://www.sg.ch/kultur/staatsarchiv/Spezialthemen/auds/2024>); mit frdl. Genehmigung des Vf.



Justiz Online			
Themen	Gericht	Staatsanwaltschaft	Sozialer Dienst
> zu Themen			
Anschriftenverzeichnis	BASIS	EUREKA-WINSOLVENZ	web.sta
Justizkarriere	EMSA	HAMISSA	SOLUM-STAR
Datenschutz	EUREKA	REGIS-STAR	SOLUM-STAR - Abruverfahren
Elektronischer Rechtsverkehr	EUREKA-FACH	REGIS-STAR-Auskunft	
e-Rechnung			
IT-Verfahren			

Auflistung wichtiger (aber nicht aller) IT-Verfahren der Justiz Sachsen-Anhalt (<https://justiz.sachsen-anhalt.de/>; Abruf am 11.09.2024)

Nordrhein-Westfalens die Länder Bremen, Hessen, Niedersachsen, Saarland und Sachsen-Anhalt kooperieren.

xdomea und XJustiz

Wie aus diesen unterschiedlichen E-Akte-Systemen Verfahrensakte mittels Standardlösungen den Archiven angeboten, bewertet und übernommen werden können, beschäftigt den Ausschuss Records Management der KLA (Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder) seit mehreren Jahren. Dabei standen vor allem zwei Probleme im Fokus: Nach welchem Standard des XÖV-Rahmenwerks sollen die Austauschnachrichten konzipiert werden? Für Aktenaustausch und -aussonderung der allgemeinen Verwaltung hat der IT-Planungsrat von Bund und Ländern bereits im Jahr 2017 den XML-Standard xdomea für verbindlich erklärt. In der Folge haben die Archive xdomea-konforme Austauschschnittstellen entwickelt, die zum Teil bereits im Produktiveinsatz sind. Die Justiz etablierte für ihre Zwecke mit XJustiz jedoch einen eigenen Standard, der an den besonderen fachlichen Anforderungen der einzelnen Gerichtsbarkeiten ausgerichtet ist und die justizspezifischen Metadaten ohne Abstriche austauschbar macht. Dies führte zu der übergreifenden Frage, nach welchem Standard der Austausch zwischen den E-Akte-Systemen der Justiz und der allgemeinen Verwaltung realisiert werden soll, also beispielsweise mit der Polizei, der Finanz- oder der Arbeitsverwaltung. Bei Letzteren durchgängig eine XJustiz-Kompatibilität zu implementieren, dürfte sich als schwierig und aufwändig erweisen. Daher kam

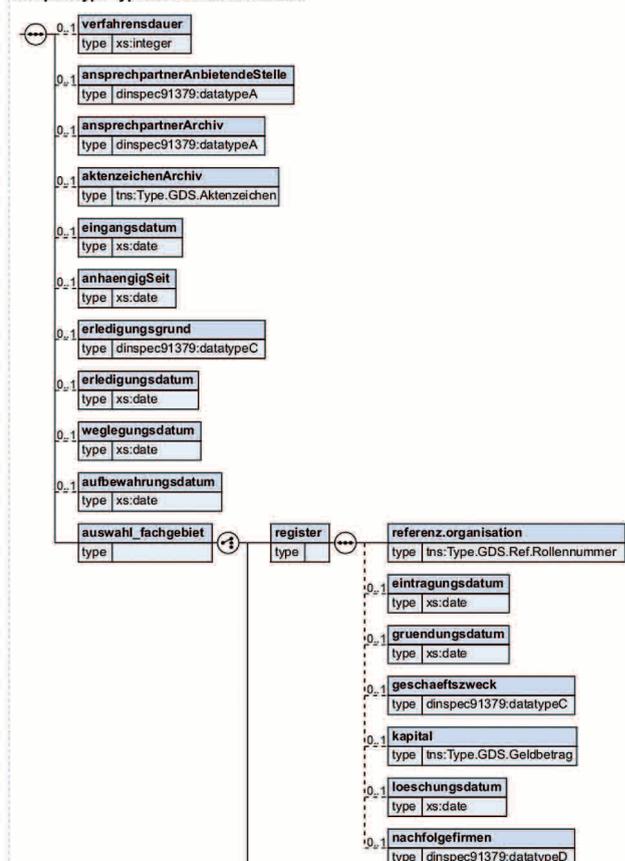
zwischenzeitlich eine Art ‚Übersetzungsdienst‘ ins Gespräch, der den Austausch zwischen den beiden Standards ermöglichen könnte.

Entscheidung für den justizeigenen Standard XJustiz

Für die archivische Aussonderung fiel jedoch die Entscheidung zugunsten von XJustiz, eine Entscheidung, die dem Bedarf der Archive an justizspezifischen Metadaten für die Zwecke der Bewertung und Erschließung entgegenkommt, die zudem die Aufwände der Justiz reduzieren hilft, die Archive jedoch nötig, neben xdomea eine zusätzliche Schnittstelle zu entwickeln und fortdauernd zu pflegen.

Das zweite Problem besteht darin, dass die angesprochenen Metadaten zu den Justizverfahrensakten weitgehend nicht in den E-Akte-Systemen selbst enthalten sind, sondern in einer Vielzahl von Fachverfahren, aus denen sie exportiert und mit den anzubietenden Akten zusammengeführt werden müssen. Diese für die einzelnen Gerichtsbarkeiten entwickelten Fachprogramme werden ebenfalls von Mehr-Länder-Verbänden genutzt, die jedoch nicht mit den E-Akte-Verbänden identisch sind und auch ganz unterschiedliche Verfahrenspflegestellen haben. So wird das Fachverfahren web.sta für die IT-Unterstützung der Staatsanwaltschaften von insgesamt neun Bundesländern eingesetzt, die sich wiederum auf alle drei E-Akte-Verbände verteilen. Hier lag für den KLA-Ausschuss die Schwierigkeit darin herauszufinden, mit welchem der parallel existierenden Verbände und welcher der verfahrensverantwortlichen Stellen die nächsten praktischen Fortschritte bei der Entwicklung von Aussonderungslösungen erzielt werden könnten.

Ein Durchbruch wurde erreicht, als die für die Standardisierung von IT-Verfahren der Justiz verantwortliche BLK-AG IT-Standards das Anliegen einer übergreifenden Lösung aufgriff und eine gemeinsame Arbeitsgruppe vorschlug. Sie wurde von der Bund-Länder-Kommission für Informationstechnik in der Justiz (BLK) und der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (KLA) im März 2024 eingesetzt mit dem beidseits abgestimmten Auftrag, einen einheitlichen Aussonderungsprozess für elektronische Verfahrensakten der Justiz zu definieren. Auf Seiten der Archive besteht sie aus den sieben Mitgliedern des KLA-Ausschusses Records Management, auf Seiten der Justiz aus mehr als dreißig Vertreterinnen und Vertretern aller betroffenen E-Akte- und Fachverfahrensverbände. Dieses Zahlenverhältnis verdeutlicht nicht nur



Im Maschinenraum von XJustiz: (kleiner) Auszug aus einer Aussonderungsnachricht gemäß der aktuell gültigen XJustiz Version 3.4.1

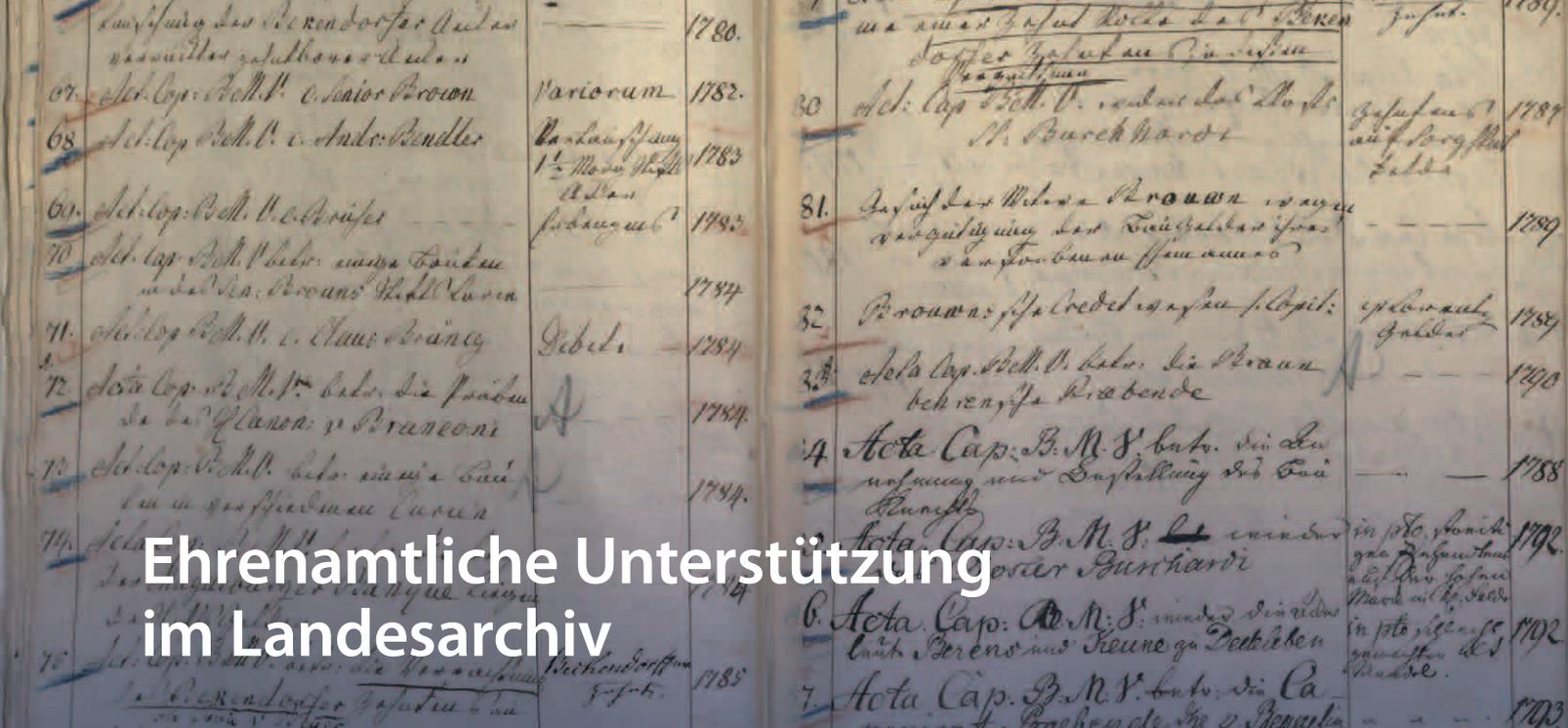
die Komplexität der deutschen Justizverfahrenswelt, sondern auch das Gefälle der personellen Ressourcen zwischen beiden Seiten. Folgerichtig wird die gemeinsame Arbeitsgruppe von der Justizseite geleitet und vom Projektbüro der BLK-AG IT-Standards organisatorisch unterstützt.

Ausblick

In annähernd monatlicher Frequenz werden derzeit Videokonferenzen durchgeführt, in denen die einzelnen XJustiz-Austauschnachrichten des Aussonderungsverfahrens in hoher Detailliertheit modelliert werden. Wenn diese Arbeit abgeschlossen ist, werden noch wichtige organisatorische und technische Prozessfragen zu klären sein, etwa der Umgang mit unterschiedlichen Aufbewahrungsfristen für die zusammengehörigen Daten in Fachverfahren und E-Akte-Systemen oder die Ertüchtigung des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs (EGVP) als Standardoption für den Austausch der nicht selten mehrere Gigabyte großen Nachrichten.

Die Zeit für diese Klärungen drängt, damit in 2025 erste Pilotierungen und erforderliche Anpassungen möglich werden und anschließend der neue Standard in allen involvierten IT-Systemen auf Justiz- und Archiveite implementiert werden kann. Denn die ersten aussonderungstauglichen E-Akten der Justiz warten bereits.

Ralf Lusiardi



Ehrenamtliche Unterstützung im Landesarchiv

Blick in das Findbuch zum Bestand A 15a Stift Unser Lieben Frauen zu Halberstadt, das 1790 begonnen wurde

Auf mehr als 64 Regalkilometern lagern im Landesarchiv Sachsen-Anhalt Archivalien, die Einblicke in über 1.100 Jahre Landesgeschichte bieten. Um angesichts der immensen Menge von Archivalien in den Magazinen nicht den Überblick zu verlieren, erarbeiten Archivarinnen und Archivare sogenannte Erschließungsdaten – und erhalten dabei Unterstützung von Ehrenamtlichen.

Retrokonversion von Findbüchern

Als Ralf Thiem zu Beginn des Jahres 2023 das Landesarchiv kontaktierte, hatte er ein klares Ziel vor Augen: Er wollte mit seinem Hobby etwas zum Wohl der Allgemeinheit beitragen. Bereits seit fünf Jahren leitete er zu diesem Zeitpunkt die Magdeburger AG transcriptio im MWG-Nachbarschaftsverein e. V., deren sechs Teilnehmende sich allwöchentlich historischen Handschriften widmen. Der Vorschlag des Landesarchivs, dabei künftig auch historische Findbücher zu bearbeiten, fand unter den Teilnehmenden schnell Zustimmung.

Findbücher dienen in Archiven als thematische Wegweiser und ermöglichen eine Vorstellung davon, welche Inhalte in den Unterlagen zu erwarten sind. Während eine Veröffentlichung über Generationen hinweg in handschriftlichen Findbüchern erfolgte, werden heute virtuelle Archivdatenbanken als Rechercheinstrument genutzt. Dabei ist die Überführung der Findbuchdaten in die digitale Welt, in der Fachsprache als Retrokonversion bezeichnet, noch nicht abgeschlossen: Anspruchsvolle Handschriften und veraltete Ausdrücke erschweren die ohnehin zeitintensive Aufgabe, nicht selten bedarf es Überarbeitungen.

Diesen archivischen Aufgabenbereich der Retrokonversionen unterstützte die Gruppe um Herrn Thiem, indem sie die handschriftlichen Findbucheinträge transkribierte, das heißt in digitale lateinische Schriftzeichen übertrug. Nach einer Pilotphase folgten weitere Projekte, sodass die AG transcriptio mittlerweile mehr als fünfzehn Findbücher unterschiedlichen Umfangs retrokonvertiert hat.

„Wir betreiben als Gruppe seit Jahren neben der Ausfertigung von Transkriptionen historischer Archivhandschriften auch Leseübungen aus anderen Quellen, um die Lernprozesse weiter zu verbessern und durch Diskussionen und Kommentare ein neues, vertieftes geschichtliches Verständnis zu erreichen“, erklärte der Ehrenamtler. Zudem präsentierte die Gruppe ihre Arbeit wiederholt bei öffentlichen Veranstaltungen, so etwa am 2. März 2024 zum Tag der Archive am Standort Magdeburg des Landesarchivs. Aus eigener Motivation erstellte Herr Thiem zusätzlich Broschüren mit Hintergrundinformationen zu den bearbeiteten Beständen. Insbesondere war es ihm dabei ein Anliegen, veraltete Begriffe zu erläutern, um sie heutigen Lesern verständlich zu machen. Gerne unterstützte die AG transcriptio auch bei privaten Fragen zu historischen Handschriften: „Mein Credo war und ist nicht nur *Wer rastet, der rostet*, sondern auch *Wer Hilfe braucht, soll sie auch bekommen*“, unterstrich Ralf Thiem noch im Juli 2024.

Nur wenig später fand sein von Akribie und Fleiß geprägtes ehrenamtliches Engagement leider ein Ende. Die Ergebnisse seiner Arbeit werden künftigen Nutzenden als wertvolle Unterstützung bei ihren Recherchen dienen.

Erschließung von Testamentsbüchern

Auch Frau Dr. Ilse Schossig trägt mit ihrer Freiwilligenarbeit dazu bei, dass Forschende leichter historische Quellen finden. Seit März 2023 sieht man die 85-Jährige fast wöchentlich im Lesesaal, wo sie in die dicken Testamentsbücher des Magdeburger Stadtgerichts vertieft ist und diese erschließt.

Das Landesarchiv verwahrt 47 Testamentsbücher, die zwischen 1639 und 1804 beim Stadtgericht Magdeburg angelegt wurden. Sie dokumentieren, wie und was die Magdeburger über fast zwei Jahrhunderte vererbt und geerbt haben. Bei der Recherche in der Archivdatenbank waren die Testamentsbücher bislang lediglich mit dem Titel „Testamentsbuch des Stadtgerichts Magdeburg“ und der jeweiligen Laufzeit verzeichnet. Um herauszufinden, wessen Testamentsvorgang überliefert ist, musste man in den Lesesaal kommen und die bis zu 750 Blatt dicken Wälzer durchblättern. So ging es auch Dr. Dietmar Schneider, wissenschaftlicher Leiter der Otto-von-Guericke-Gesellschaft Magdeburg e. V., der auf der Suche nach dem Testament von Stephan Lentke, dem Schwiegervater Otto von Guerickes, war. Dass es für die Forschung eine große Erleichterung wäre, wenn man in der Archivdatenbank auch nach den Namen der Erblasser recherchieren könnte, war klar, nur

bleibt im Archivalltag leider selten Zeit für diese nicht ganz einfache Aufgabe. Diese hat nun Frau Dr. Schossig übernommen, die als promovierte Historikerin und langjährige Regionalforscherin mit hervorragenden paläographischen Fähigkeiten und viel Akribie die Testamentsbücher tiefererschließt.

Im Gespräch berichtet sie von ihrer Freiwilligenarbeit im Landesarchiv:

Wie kamen Sie dazu, die Magdeburger Testamentsbücher zu erschließen?

Seitdem ich Rentnerin bin, engagiere ich mich in der Otto-von-Guericke-Gesellschaft. Dort beschäftige ich mich mit der Genealogie der Familie von Guericke, wobei ich vor allem auch die Familienzweige der Frauen erforsche, die in der Genealogie viel zu selten beleuchtet werden. Als mir Dr. Schneider von den Magdeburger Testamentsbüchern berichtete, kam ich zu dem Entschluss, diese nach weiteren Einträgen der Familie von Guericke zu durchforsten. Und da man solche Quellen sowieso sehr gründlich lesen muss, kann ich das gleich mit der Erschließung der Testamentsbücher verbinden.

Welche Fähigkeiten braucht es für die Tiefenerschließung von historischen Quellen?

Die wichtigste Voraussetzung sind natürlich sehr gute paläographische Kenntnisse. Die deutsche Kurrentschrift hat sich nicht nur über die Jahrhunderte verändert, auch jeder Schreiber hat seine ganz persönliche Handschrift. Und bei manchen frage ich mich, wie man mit einer so unleserlichen Schrift Gerichtsschreiber werden konnte! Trotz jahrelanger Erfahrung muss ich mich dann in diese schwierigen Handschriften einlesen und dafür braucht es viel Geduld. Neben den Lesefähigkeiten muss man zusätzlich gute Geschichtskennnisse mitbringen. Das ist notwendig, um die Einträge in den Testamentsbüchern einordnen und die historische Sprache mit ihrer teils eigenwilligen Grammatik und den

Mitglieder der AG transcriptio um Herrn Thiem (hintere Reihe) im LASA (Foto: M. Giffey)



besonderen Vokabeln verstehen zu können. Ganz zu schweigen von der Schreibweise: Vor allem die Namen können Rätsel aufgeben, da man in einem Vorgang bis zu drei verschiedene Namensvarianten findet. Da müssen auch die zukünftigen Forschenden bei ihrer Recherche um die Ecke denken.

Welche Informationen finden sich in den Testamentsbüchern?

Testamentsbücher sind fantastische Quellen zu Familienverhältnissen. Mehrfachheiraten waren im 17. Jahrhundert keine Seltenheit. Beim Erben zeigt sich dann das teils schwierige Verhältnis zwischen den Kindern aus erster und zweiter Ehe oder den Stiefeltern. In den Testamenten wird teilweise ganz akribisch der komplette Besitz einer Person aufgezählt. Gerade bei ärmeren Leuten sind das vor allem Kleidung und Textilien. Da erbt eine Magd schon mal die Schürze ihrer Herrin – soviel zum Thema Nachhaltigkeit. Die hohen Erbsummen zeigen aber auch, wie schnell die Magdeburger Patrizierfamilien nach dem Dreißigjährigen Krieg wieder zu Reichtum kamen.

Was macht die Testamentsbücher für die Forschung so interessant?

In den Testamentsbüchern stößt man auf ganz viel Alltagsgeschichte. Manche Testamente wurden von den Vertretern des Stadtgerichts direkt am Bett der Sterbenden aufgenommen und dann finden sich in den Unterlagen genaue Schilderungen der Wohnverhältnisse. Auch die Berufe werden meistens aufgezählt, was wir in der Datenbank mit aufnehmen. Übrigens hat man den Eindruck, dass jeder zweite

Bürger gleichzeitig Bierbrauer war.

Die Testamentsbücher sind auch eine gute Quelle zur Geschichte der Frauen. Häufig wird gesagt, zu Frauen gäbe es wenig Quellen, das stimmt so nicht. Die Testamentsbücher zeigen zum Beispiel gesellschaftliche Veränderungen: Im 17. Jahrhundert hat sich meist ein Vormund um die Erbsachen von Frauen gekümmert. Otto von Guericke war Vormund seiner Frau und seiner Schwester. Zurzeit arbeite ich an Band 5, der den Zeitraum 1705 bis 1720 abdeckt. Da tauchen immer seltener Vormünder für Frauen auf. Spannend sind auch die Namen der Frauen. In den frühen Testamentsbüchern werden sie oft mit ihren Mädchennamen bezeichnet, zum Beispiel Maria Alemannin. Das verliert sich scheinbar zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Hier gibt es noch einiges zu erforschen.

Haben Sie ein persönliches Ziel bei der Erschließung der Testamentsbücher?

Ich habe mir vorgenommen, die Testamentsbücher bis zum Jahr 1782 zu erschließen. In dem Jahr wurde das letzte Haus der Familie von Guericke verkauft.

Dann wünschen wir Ihnen weiterhin viel Freude bis zum Testamentsbuch Da 18, b Nr. 30.

Marcel Giffey und Riccarda Henkel

**Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt
bedankt sich bei allen Ehrenamtlichen
für ihre wertvolle Arbeit.**

Frau Dr. Schossig mit Testamentsbuch (Foto: R. Henkel)



Bibliothek des Landesarchivs im 21. Jahrhundert angekommen!

Dank einer neuen Bibliothekssoftware und der Überführung der Metadaten in einen Online-Verbundkatalog können wichtige Publikationen zur Landes- und Regionalgeschichte künftig weltweit recherchiert werden.

Die auf die vier Standorte verteilte wissenschaftliche Fachbibliothek des Landesarchivs unterstützt mit der Bereitstellung von Literatur die Mitarbeitenden bei der Bearbeitung ihrer vielfältigen Aufgaben und die Benutzenden bei der Archivnutzung.

Wichtige Grundlage zur Landes- und Regionalgeschichte

Der Gesamtbestand umfasst ca. 100.000 Bände. Davon entfallen mehr als 74.000 auf die Magdeburger Bibliothek. Dank der langen Archivgeschichte und wichtiger Bestandszuwächse seit dem 19. Jahrhundert, wie der Bibliotheken des Appellationsgerichts Halberstadt und der ehemaligen Klöster Ammensleben und Berge bei Magdeburg beinhaltet sie einen einmaligen älteren Buchbestand zur Landes- und Regionalgeschichte mit einem hohen Anteil an Quelleneditionen. Aber auch die drei anderen Standortbibliotheken bieten dank der gezielten, auf die jeweiligen Archivbestände bezogenen Sammlungstätigkeit eine wichtige Arbeitsgrundlage für Benutzerinnen und Benutzer sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So konnte etwa die Dessauer Bibliothek in den 1950er Jahren insbesondere durch Übernahmen von der ULB Halle erheblich erweitert werden.

Katalogdaten künftig im Gemeinsamen Verbundkatalog (GVK)

1993 wurde in Magdeburg die von der UB Braunschweig entwickelte Bibliothekssoftware Allegro eingeführt, Ende der 1990er Jahre folgten die übrigen Standorte mit der Implementierung von technisch getrennten Allegro-Datenbanken. Diese Software wurde in den folgenden Jahren jedoch nicht weiterentwickelt und entsprach so immer weniger modernen Nutzungsanforderungen, so dass die Nutzung der Allegro-Recherche in den Lesesälen des Landesarchivs stark zurückging. Noch gravierender war jedoch, dass mit der Allegro-Software keine Online-Stellung der Datensätze möglich war und damit die enormen Nutzungspotentiale der Bibliothek weitgehend brach lagen.

Daher wurde Anfang 2020 im Rahmen einer strategischen Richtungsentscheidung beschlossen, eine neue Bibliothekssoftware einzuführen und die eigenen Bibliotheksdaten im Gemeinsamen Verbundkatalog (GVK) recherchierbar zu machen. Dieser wird betrieben vom Gemeinsamen Bibliotheksverbund (GBV) der Länder Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Die Teilnahme an diesem Verbund mit Zentrale in Göttingen hat neben dem Nachweis in übergreifenden Verbundkatalogen – mittlerweile dem K10plus mit Daten aus zehn Bundesländern und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz – erhebliche weitere Vorteile: die Bereitstellung einer modernen, entwicklungsfähigen Bibliothekssoftware und der Zugriff auf schon vorhandene Datensätze zur Katalogisierung der eigenen Neuzugänge.

Datenmigration in die neue Bibliothekssoftware

Im November 2021 konnte das Landesarchiv die Göttinger Verbundzentrale mit der Bereitstellung der entsprechenden Leistungen beauftragen. Wenig später wurden mit der Verbundzentrale die ersten Schritte zur Integration der Allegro-Daten in das neue System WinIBW geklärt. Anhand eines Abzugs der vier Allegro-Datenbanken wurden in Göttingen die erforderlichen Vorarbeiten geprüft, um möglichst viele Datensätze ohne nachträgliche händische Korrekturen übernehmen zu können. Diese Bereinigungen fielen umfangreich aus, was angesichts der Jahrzehnte langen Arbeit mit Allegro und sich verändernder bibliothekarischer Anforderungen an die Katalogisierung auch zu erwarten war.

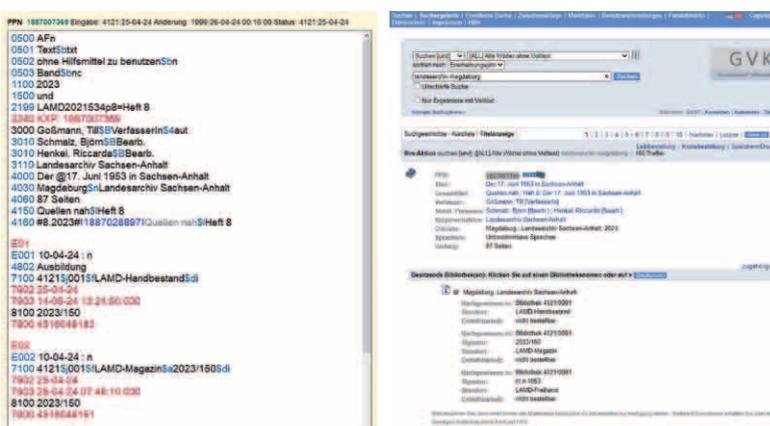
Da die Allegro-Datenbank für den Standort Magdeburg mit knapp über 40.000 Datensätzen die umfassendste war, wurde diese als erste zur Integration vorbereitet. In einer Art „Ping-Pong-Spiel“ wurden in Göttingen Fehlerquellen identifiziert, in Magdeburg bereinigt, ein neuer Datenbankabzug übersandt und die Fehleranalyse fortgesetzt. Die größten Probleme bereiteten dabei ungenaue Verknüpfungen sowie die Doppelung von Datensätzen. Insgesamt zog sich dieser Prozess über beinahe zwei Jahre hin, zumal auf beiden Seiten naturgemäß nicht ausschließlich und kontinuierlich an dieser Aufgabe gearbeitet werden konnte. Aber auch diese Durststrecke konnte überwunden und im Dezember 2023 ein finaler Abzug der

Magdeburger Datenbank übermittelt werden. Ab diesem Zeitpunkt wurden dann in Allegro keine neuen Eingaben mehr getätigt, da diese sonst nicht übernommen worden wären. Es hieß warten, zumindest für den Magdeburger Standort. Denn während die Magdeburger Daten in Göttingen final überprüft und dann in das neue Bibliothekssystem WinIBW eingespielt wurden, ging das Ping-Pong-Spiel für die übrigen Standorte los. Zunächst wurde die Dessauer als die zweitgrößte Datenbank bearbeitet, danach die Merseburger und Wernigeröder. Nachdem alle Beteiligten schon etwas Übung hatten, ging es nun wesentlich schneller, zumal bis auf wenige Ausnahmen die Fehlerquellen bereits bekannt waren und die Fehlerquoten geringer ausfielen, so dass die Daten in weniger als einem halben Jahr vorbereitet waren. Vor deren Import sollten aber zunächst die Magdeburger Daten im neuen System getestet werden. Am 15. Mai 2024 kam dann die Meilenstein-Nachricht: Alle Daten des Magdeburger Bestands waren in die WinIBW integriert! Endlich konnten das neue System auch in der Praxis eingesetzt und die Daten im Online-Katalog gefunden werden.

Bessere Sichtbarkeit der Bibliotheksbestände

Aber was bedeutet dies nun für die Bibliothek des Landesarchivs? Zum einen kann die Bearbeitung der Zugänge nun deutlich schneller erfolgen, was eine erhebliche Arbeitserleichterung darstellt. Denn die meisten Publikationen sind bereits im neuen System erfasst, sodass hier der Nachweis genügt, dass sich diese auch im Landesarchiv finden lassen. Sofern es noch keinen Datensatz zu einer Publikation gibt, dauert dessen Anlage zwar etwas länger als bisher, ist dafür aber auch sehr viel detaillierter, weil sich der bibliothekarische Erfassungsstandard weiterentwickelt hat und fortlaufend in WinIBW eingepflegt wird. Dies

Titelerfassung im Bibliothekssystem WinIBW (links) und die Ansicht desselben Titels im Online-Katalog GVK (rechts)



erleichtert die Recherche erheblich und führt auch bei ungenaueren Anfragen zu zufriedenstellenden Ergebnissen. Weit wichtiger als dieser arbeitsinterne Aspekt sind jedoch die Vorteile für die Nutzung: Durch die Integration in den GVK und K10plus lässt sich der Bibliotheksbestand endlich auch online recherchieren. Damit können sich Interessierte bereits im Vorfeld eines Archivbesuchs über hilfreiche Literatur informieren. Zudem werden sie bei übergreifenden Recherchen auf den Bibliotheksbestand des Landesarchivs häufig erstmals aufmerksam. Das wird nicht zuletzt für Studierende der Universitäten Halle und Magdeburg gelten, wenn das Landesarchiv künftig neben der ULB Halle oder der UB Magdeburg angezeigt wird. Gleiches gilt potentiell für Studierende weiterer Hochschulen wie auch für Mitarbeitende und Nutzende anderer Forschungseinrichtungen. Wie sich dies auf die Nutzerzahlen auswirken wird, bleibt abzuwarten. Aber bereits in den ersten Wochen konnten mehrere Anfragen auf die neue Präsenz im GVK zurückgeführt werden.

Verbleibende Schritte

Aber wir möchten nicht zu weit vorgreifen. Aktuell stehen nämlich bis zu einer reibungslosen und umfassenden Nutzung noch mehrere Arbeitsschritte an. Zum einen sind die Daten der Standorte Dessau, Merseburg und Wernigerode bisher noch nicht in die WinIBW integriert, entsprechend auch noch nicht im GVK zu finden. Daher wurden auch die WinIBW-Schulungen für die Kolleginnen und Kollegen dieser Standorte zurückgestellt. Beides sollte bis zum Jahresende 2024 realisiert sein. Zum anderen müssen noch Datensätze händisch nachbearbeitet werden, da diese trotz der intensiven Vorarbeiten nicht vollständig in das neue System übernommen werden konnten. Mit einer solchen Fehlerquote war zu rechnen, sie fiel immerhin deutlich geringer aus als erwartet.

Ausblick

Die Umstellung auf ein neues Bibliothekssystem genießt in einem Archiv nicht immer eine hohe Priorität. Umso positiver ist dieser strategische Schritt einzuordnen und die vielfältige Unterstützung wertzuschätzen, die diesem komplexen und langwierigen Prozess zuteilwurde. Damit ist jetzt auch die Bibliothek des Landesarchivs im 21. Jahrhundert angekommen. Und das Landesarchiv selbst konnte seiner weltweiten Sichtbarkeit eine wichtige Dimension hinzufügen.

Vivien Möseritz und Ralf Lusiardi

Sinti und Roma in Sachsen-Anhalt

Zwischen Antiziganismus und Selbstbehauptung

Das neue Bausteinheft lädt dazu ein, die Geschichte einer oft übersehenen Minderheit und deren Lebensalltag in Sachsen-Anhalt mit Dokumenten aus dem 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart zu entdecken.

Hintergrund

Seit 2021 stellt das Landesarchiv mit der **QuellenNAH**-Reihe historische Dokumente aus seinen Magazinen mit vielfältigen Hintergrundinformationen zur Verfügung, damit Lehrkräfte regionale und lokale Geschichte lehrplanorientiert im Unterricht vermitteln können. Die bereits erschienenen Bausteinhefte behandeln verschiedene Themen aus der NS- und DDR-Zeit sowie das jüdische Leben Sachsen-Anhalts. Der 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 war im vergangenen Jahr Anlass für das achte Bausteinheft, das auch bei vielen Geschichtsinteressierten Beachtung fand.

Mit dem neuen Bausteinheft zur Geschichte der Sinti und Roma in Sachsen-Anhalt wird dem auch von Lehrkräften geäußerten Wunsch nachgekommen, mehr über diese nationale Minderheit, die seit über 600 Jahren auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts lebt, zu erfahren. Das Landesarchiv unterstützt damit zugleich die gemeinsame Erklärung der Kultusministerkonferenz mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma von 2022 zur Vermittlung der Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma in der Schule.

Autorin

Mit Verena Meier konnte das Landesarchiv eine ausgewiesene Expertin für das Projekt gewinnen. Durch ihre Dissertation zum Thema „Kriminalpolizei und Völkermord. Die nationalsozialistische Verfolgung

Verena Meier (Foto: H. Lehun)



von Sinti und Roma in Magdeburg und die Aufarbeitung unter den Alliierten sowie in der DDR“ ist sie eine ausgewiesene Kennerin der Materie und der einschlägigen Aktenbestände des Landesarchivs. Zudem war sie bereits 2020/21 als Autorin der Bausteinhefte 1 bis 3 Teil des Projektteams,

das die Reihe **QuellenNAH** entwickelt hat.

Als ehemalige Mitarbeiterin des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma brachte Verena Meier zudem viele Kontakte zur Antiziganismusforschung sowie zur Community der Sinti und Roma mit ins Projekt.

Grundsätze und Kooperationen

Die archivpädagogische Reihe **QuellenNAH** orientiert sich an verschiedenen methodischen, inhaltlichen und konzeptionellen Grundsätzen. Dazu gehört neben Sprachsensibilität auch der Anspruch, die Geschichte Sachsen-Anhalts multiperspektivisch darzustellen und in der Quellenauswahl darauf zu achten, dass die gesellschaftliche Vielfalt der Vergangenheit sichtbar wird.

Bei der Entwicklung von Bildungsmaterialien zur Geschichte von religiösen oder nationalen Minderheiten gilt es zusätzlich, die seit mehreren Jahrzehnten von Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Minderheiten formulierte Forderung „Nichts über uns ohne uns!“ in die Projektstruktur zu integrieren. Hierfür wurde eine Kooperation mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma aufgebaut, das – vertreten durch Andreas Pflock – das Projekt sowohl bei der inhaltlichen Konzeption als auch beim Kontaktaufbau zu Nachkommen der in den ausgewählten historischen Quellen vorkommenden Personen unterstützte.

Die bereits seit dem ersten **QuellenNAH**-Projekt bestehende Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt (LpB) und dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) wurde fortgesetzt. Dabei sorgten die Teams um Stefanie Ebert (LISA) und Maik Reichel (LpB) dafür, dass alle ausgewählten Quellen an die geltenden Fachlehrpläne anknüpfbar sind und die **QuellenNAH**-Hefte unkompliziert für alle Interessierten bereitgestellt werden.



Seit vierhundert Jahren lebt unter uns ein heidnisches Volk von geheimnißvollem Ursprunge, dessen Sprache auf das ferne Morgenland hinweist, aber dessen Geschichte mit tiefem Dunkel bedeckt ist, — das Volk der Zigeuner. Ihr Schicksal hat auffallende Ähnlichkeit mit dem des jüdischen Volkes; denn wie dieses sind sie unter alle Völker zerstreut, wie dieses in der tiefsten geistlichen Finsterniß, mit dreifacher Decke vor den Augen und halten, unberührt von der Bildung und Erkenntniß ihrer Umgebung eifern fest an ihren alten Sitten und Gebräuchen. Wie dieses sind sie zum Sprüchwort geworden unter allen Völkern, unter welche sie Gott verstoßen hat, ein Spott und eine Geißel zugleich, gedrückt und doch nicht zerbrochen, verhöhnt und dennoch gefürchtet, gehaßt und muthig trotzend, verfolgt und doch nicht erdödet. Wie bei diesem hat sich neben der geistlichen Verfinsternung eine ungemaine Feinheit, Schlaueit und Gewandtheit in den niedern Kreisen des Denkens und Handelns ausgebildet. Wie dieses sichten sie die Arbeit, besonders festen Sitz verlangende, und suchen sich durch allerlei Mittel ihr tägliches Brod zu erwerben, die oft weit beschwerlicher sind, als die Arbeit. Wie auf diesem scheint auf ihnen eine schwere Schuld zu ruhen, und vielleicht sind sie um so tiefer gefallen, je höher sie gestanden. Unwillkürlich erinnert man sich bei der Begierde der Zigeuner nach gefallenem Vieh an die Erzählung eines neueren berühmten Reisenden, der im Innern von Afrika Leute traf, welche Christen genannt wurden, die aber an Rohheit und Wildheit die Heiden übertrafen, keine Spur von religiösen Begriffen zeigten, und an dem ekelhaften Mahl eines gefallenem Ochsen die ganze Nacht mit wüstem Jauchzen schmauseten.

Trümmer dieses unglücklichen Volkes verbreiteten sich auch über Preußen. Weil sie jedoch der gesellschaftlichen Ordnung durch ihre unständige Lebensart große Gefahr brachten, verbot ihn König Friedrich II. das Umherwandern und wies ihnen feste Wohnsitze an. Einer derselben ist Friedrichslohra bei Nordhausen im Eichsfelde. Aber damit war freilich noch wenig gewonnen; sie hatten nur einen Mittelpunkt, von welchem aus sie die ganze Gegend durchstreiften und in beständiger Unruhe erhielten.

Ausschnitt aus einer Quelle mit Methodenanwendung

In der Projektarchitektur fehlte jedoch die Einbindung von Sinti und Roma in Sachsen-Anhalt, was vor allem daran lag, dass es im Gegensatz zu anderen nationalen und religiösen Minderheiten keine politische Vertretung der Minderheit auf Landesebene gibt. Im Jahr 2022 wurde jedoch der Verein Menda Yek e.V. unter dem Dach von AMCHA Deutschland e.V. gegründet. „Menda Yek“ bedeutet in Romanes „Eine von uns“. Der Verein setzt sich für die Belange von Nachkommen der NS-verfolgten Sinti ein und beschäftigt sich dabei auch mit den psychosozialen Folgen der Verfolgungserfahrung. Im Rahmen des Projekts lud das Landesarchiv die Vereinsvorsitzende Margitta Steinbach und ihre Stellvertreterin Verena Sekanina zu einem Begegnungsgespräch nach Magdeburg ein.

Bildungsarbeit und Archivarbeit

Bei diesem Treffen ging es jedoch nur am Rande um das neue Bausteinheft. Ziel war es vor allem, im Gespräch eine Brücke zwischen den Nachkommen von NS-verfolgten Sinti und dem Landesarchiv zu bauen. Die Archivmitarbeitenden erläuterten dabei die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen unter denen Verwaltungsakten mit Bezug auf Angehörige der Sinti und Roma in der Vergangenheit vor allem von Polizei und Gerichten angelegt, vom Landesarchiv übernommen und heute für die Forschung bereitgestellt werden. Insbesondere die Frage, wer Akten einsehen darf, wurde kontrovers diskutiert. Hier zeigte sich, dass das archivische Jedermannsrecht – selbstverständlich mit seinen archivrechtlichen Datenschutzbestimmungen und -fristen – sowie die Notwendigkeit der Aktennutzung im Rahmen von Forschung und Bildungsarbeit mit dem Wunsch der Nachkommen, das Andenken ihrer Vorfahren zu ehren und wahren, teilweise kollidieren kann. Ein Beispiel hierfür ist, dass manche Sintizze und Sinti das Zeigen von Fotografien Verstorbener aus Pietätsgründen ablehnen. Dies war ein Umstand, der den Archivmitarbeitenden, wie wahrscheinlich vielen anderen Menschen, bislang unbekannt war. Hier kann das Archiv als Multiplikator für sensibilisierende Informationen dienen und zukünftige Nutzende im Rahmen des üblichen Beratungsgesprächs auf solche Aspekte eines respektvollen Umgangs hinweisen. Die tiefe Betroffenheit, mit der die Frauen die von der

Seit 400 Jahren lebt unter uns ein heidnisches Volk von geheimnißvollem Ursprunge, dessen Sprache auf das ferne Morgenland hinweist, aber dessen Geschichte mit tiefem Dunkel bedeckt ist, — das Volk der Zigeuner. Ihr Schicksal hat auffallende Ähnlichkeit mit dem des jüdischen Volkes; denn wie dieses sind sie unter alle Völker zerstreut, wie dieses in der tiefsten geistlichen Finsterniß, mit dreifacher Decke vor den Augen und halten, unberührt von der Bildung und Erkenntniß ihrer Umgebung eifern fest an ihren alten Sitten und Gebräuchen. Wie dieses sind sie zum Sprüchwort geworden unter allen Völkern, unter welche sie Gott verstoßen hat, ein Spott und eine Geißel zugleich, gedrückt und doch nicht zerbrochen, verhöhnt und dennoch gefürchtet, gehaßt und muthig trotzend, verfolgt und doch nicht erdödet. Wie bei diesem hat sich neben der geistlichen Verfinsternung eine ungemaine Feinheit, Schlaueit und Gewandtheit in den niedern Kreisen des Denkens und Handelns ausgebildet. Wie dieses sichten sie die Arbeit, besonders festen Sitz verlangende, und suchen sich durch allerlei Mittel ihr tägliches Brod zu erwerben, die oft weit beschwerlicher sind, als die Arbeit. Wie auf diesem scheint auf ihnen eine schwere Schuld zu ruhen, und vielleicht sind sie um so tiefer gefallen, je höher sie gestanden. Unwillkürlich erinnert man sich bei der Begierde der Zigeuner nach gefallenem Vieh an die Erzählung eines neueren berühmten Reisenden, der im Innern von Afrika Leute traf, welche Christen genannt wurden, die aber an Rohheit und Wildheit die Heiden übertrafen, keine Spur von religiösen Begriffen zeigten, und an dem ekelhaften Mahl eines gefallenem Ochsen die ganze Nacht mit wüstem Jauchzen schmauseten.

Trümmer dieses unglücklichen Volkes verbreiteten sich auch über Preußen. Weil sie jedoch der gesellschaftlichen Ordnung durch ihre unständige Lebensart große Gefahr brachten, verbot ihn König Friedrich II. das Umherwandern und wies ihnen feste Wohnsitze an. Einer derselben ist Friedrichslohra bei Nordhausen im Eichsfelde. Aber damit war freilich noch wenig gewonnen; sie hatten nur einen Mittelpunkt, von welchem aus sie die ganze Gegend durchstreiften und in beständiger Unruhe erhielten.

Polizei zur antiziganistischen Verfolgung ihrer Verfahren angelegten Personalakten aus dem Bestand C 29 Anhang II einsahen berührte selbstverständlich auch die Archivmitarbeitenden und führte die Folgen transgenerationaler Traumata bei Nachkommen von NS-Verfolgten vor Augen.

Auch die im Projektteam geführten Diskussionen zum Umgang mit diskriminierender Sprache – insbesondere dem Z-Wort – in historischen Quellen wirkte in das Archiv hinein. Jenseits der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit betrifft dies vor allem die archivische Titelbildung und Findbarmachung von Akten in Archivdatenbanken. Ein einfaches Ersetzen des Z-Wortes innerhalb des Titels durch die Selbstbezeichnung ist zu kurz gedacht, da das Z-Wort in den Akten als antiziganistische Fremdbezeichnung verwendet wurde und aus den Akten nicht immer hervorgeht, ob es sich bei der Person oder dem Personenkreis um Sinti und Sintizze oder Roma und Romnja handelt. Bloßes Austauschen der Begriffe wäre möglicherweise falsch und eine erneute Fremdzuschreibung, dieses Mal jedoch durch die Archivmitarbeitenden.

In den selbstverfassten Texten des neuen Bausteinhefts wird das Z-Wort, wenn es sich nicht vermeiden lässt, durchgestrichen, ein Vorgehen, das in der letzten Zeit von Forschung und Angehörigen der Minderheit präferiert wird. Um aber die Authentizität und auch die Differenzierung zwischen aktueller und historischer Sprache aufzuzeigen, hat sich das Projektteam entschlossen, die abgebildeten Quellen sowie Titel und Zitate daraus nicht durchzustreichen. Dieses Vorgehen ist sicher auch diskutabel. Es zeigt, dass Sprache ein Mittel der Diskriminierung, aber auch der Aufklärung und stetig im Wandel ist. Wichtig für einen konstruktiven und respektvollen Diskurs ist das

Nachdenken über Sprachgebrauch, Sensibilisierung und vor allem das Reden und Austauschen über die Hintergründe, warum wer welche Sprache nutzt.

Neuerungen

Die kritische Betrachtung der verwendeten Sprache ist ein elementares Werkzeug in der Quellenarbeit. Sensibilisierung gegenüber herabwürdigender Sprache und rassistischen Darstellungen ist daher ein wichtiger Teil des Reihenkonzepts von **QuellenNAH**. Dazu gehören rot hervorgehobene Sprachkästchen im Fließtext, die auf ideologische, stigmatisierende oder herabwürdigende Begriffe hinweisen. Bei den Themenbausteinen (Bausteinhefte 7 und 9) werden zusätzlich hinter den Quellen auf einer grün hervorgehobenen Seite weitergehende Informationen zur Kontextualisierung und Sensibilisierung gegenüber stereotypen Darstellungen von Minderheiten innerhalb der historischen Quellen angeboten. Diese dienen vor allem Lehrkräften als Hintergrundinformation zur Dekonstruktion der Sprache und zur Vermittlung eines sprachkritischen Quellenumgangs.

Um Lehrkräfte bei der Bildungsarbeit gegen Antiziganismus zu unterstützen, widmet sich der Methodenteil des neuen Bausteinheftes dem Thema „Sprache und Diskriminierung“. Dieses vermittelt zum einen die aktuellen Kontroversen in der Antiziganismusforschung und lässt auch Vertreter und Vertreterinnen der Sinti und Roma zu Wort kommen. Zudem werden Dekonstruktionsmethoden präsentiert und anhand einer Quelle exemplarisch durchgeführt.

Inhalt

Im neuen Bausteinheft werden 18 Quellen präsentiert, welche die Geschichte der Sinti und Roma auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts erzählen, die mit der Ersterwähnung in der Magdeburger Schöppenchronik im Jahr 1417 einsetzt. Die älteste im Bausteinheft abgebildete Quelle stammt aus dem frühen 17. Jahrhundert und dokumentiert im Zusammenhang mit anderen Quellen in Kapitel 1 die Entwicklung des Antiziganismus von religiös geprägten Stereotypen zu rassistischen Wertungen. Im zweiten Kapitel lässt sich die Kriminalisierung von Erwerbsformen im Zuge der Industrialisierung nachverfolgen. Zugleich wird aber auch der wirtschaftliche und kulturelle Beitrag der Sinti und Roma als Wandergewerbetreibende vor allem im ländlichen Raum aufgezeigt. Ein eigenes Kapitel ist dem noch heute verbreiteten Stereotyp des Wahrsagens gewidmet, das vor allem auf Sintizze und Romnja bezogen wird. Die meisten historischen Dokumente

zeigen eine sich durch die Jahrhunderte ziehende Ausgrenzung und Stigmatisierung von Menschen durch Antiziganismus. In Kapitel 4 dokumentieren die Quellen schließlich die Verfolgung von Sinti und Roma im Nationalsozialismus. In diesem Kapitel wird auch der Umgang der Nachkriegsgesellschaft mit diesem Völkermord thematisiert und insbesondere auf die (Nicht-)Anerkennung als Opfer des Faschismus in der SBZ und DDR eingegangen. Das letzte Kapitel widmet sich der Zeitgeschichte und betrachtet die fortgesetzte Diskriminierung sowie den Kampf der Sinti und Roma um Anerkennung und Gleichberechtigung. Hier werden unter anderem Dokumente präsentiert, welche aktuelle gesellschaftliche Diskussionen, wie die Erinnerungskultur oder den Umgang mit rassistischen Wahlplakaten thematisieren und die auch fächerübergreifend im Unterricht diskutiert werden können.

Die im aktuellen Bausteinheft präsentierten Quellen sind so ausgewählt, dass nicht nur die in den Verwaltungsdokumenten vorherrschende Perspektive der Mehrheitsgesellschaft gezeigt wird, sondern auch das Engagement der Betroffenen für ihre Belange und Rechte. Zudem bieten viele QR-Codes Hinweise auf weiterführende Angebote, wie Literatur, Filme und Online-Beiträge.

Förderung

Das vorliegende neunte Bausteinheft entstand im Rahmen eines Projektes zum Ausbau einer nachhaltigen archivischen Forschungsinfrastruktur, das mit Bundesmitteln aus dem Fonds zur Förderung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Projekte in den neuen Bundesländern („Mauergrundstücksfonds“) finanziert wurde.

Information zur Bestellung

Alle Bausteinhefte der **QuellenNAH**-Reihe sind über die Landeszentrale für politische Bildung zu beziehen. Zudem werden die Hefte auch digital als kostenloser PDF-Download bereitgestellt. Die digitale Version bietet zudem neben zahlreichen Verlinkungen unter anderem in die Archivdatenbank des Landesarchivs auch die Möglichkeit, Auszüge aus dem Bausteinheft bequem einzeln herunterzuladen und den Lernenden auf digitalen Lernplattformen zur Verfügung zu stellen.

Riccarda Henkel



... einfach den QR-Code scannen.



Der Tag der Archive 2024 im Landesarchiv

Vortrag Jürgen Jankofsky (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Am diesjährigen Tag der Archive präsentierte das Landesarchiv in Magdeburg und Merseburg neben dem bewährten Angebot auch einige neue Formate.

Nachdem im Jahr 2001 der Tag der Archive vom Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VdA) als bundesweiter Tag der offenen Tür in Anlehnung an vergleichbare Veranstaltungsformen, wie dem Internationalen Museumstag, dem Tag der Bibliotheken (ab 2025 ergänzt um die Nacht der Bibliotheken) und dem Tag des offenen Denkmals, ausgerufen wurde und dieser seit dem Jahr 2004 in einem regelmäßigen Zweijahresturnus durchgeführt wird, beteiligt sich auch das Landesarchiv mit einer Vielzahl von Veranstaltungsformaten am Tag der Archive. In diesem Sinne öffneten die Standorte Magdeburg und Merseburg auch am 2. März 2024 ihre Pforten für die interessierte Öffentlichkeit, um unter dem Rahmenthema „Essen und Trinken“ nicht nur bewährte, sondern auch neue Veranstaltungsangebote zu präsentieren, und über diesen Zugang auf die Bedeutung der öffentlichen Archive und des von ihnen bewahrten einmaligen kulturellen Erbes hinzuweisen.

Magdeburg

Der Hauptstandort Magdeburg begrüßte die Ankommenden in seiner Dauerausstellung, die einen ersten Überblick über das Landesarchiv und seine Aufgaben vermittelt. Das eigens für den Mottotag eingerichtete Archivkino bot interessante Einblicke in die 200-jährige Archivgeschichte. Im Rahmen mehrerer Archivführungen erhielten die Gäste auch Zugang zu gewöhnlich für die Öffentlichkeit geschlossenen Bereichen wie dem Magazin und konnten den Archi-

varinnen und Archivaren Fragen zu den unterschiedlichsten Aspekten des Archivbetriebs stellen. Gelegenheit zum ungezwungenen Austausch bot das Programm im Lesesaal. Zum Rahmenthema „Essen und Trinken“ wurden ausgewählte Archivalien zu den Themen Wein, Kaffee und Zuckerrüben vorgestellt. Beim Blick in die vorgestellten Archivalien wurde schnell deutlich, wie wichtig die Kenntnis historischer Handschriften für das Studium der Geschichte ist. Wer sich mit dem Entziffern handschriftlicher Unterlagen näher befassen oder sich gar selbst ehrenamtlich daran beteiligen möchte, konnte die Schreibwerkstatt besuchen, in der Ehrenamtliche von ihrem Engagement für das Landesarchiv berichteten. Diejenigen, die nach den zahlreichen Einblicken in die Archivarbeit ihr Interesse für eine berufliche Zukunft im Archivbereich entdeckt haben, konnten sich bei dieser Gelegenheit direkt bei den derzeitigen Nachwuchskräften nach den Ausbildungswegen und Karrierechancen im Landesarchiv Sachsen-Anhalt erkundigen.

In der Schreibwerkstatt berichteten Ehrenamtliche von ihrem Engagement für das Landesarchiv und führten in alte Schriften ein. (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)



Merseburg

Auf besonderes Interesse am Tag der Archive am Standort Merseburg stießen drei Vorträge, wofür mit Jürgen Jankofsky ein in Merseburg bekannter Schriftsteller gewonnen werden konnte.

Bereits der erste Vortrag „Die älteste Überlieferung zum Hochstift Merseburg und zum Fürstentum Sachsen-Merseburg am Standort Wernigerode“ nahm das in Merseburg bereits bei früheren Veranstaltungen wahrgenommene Interesse an der älteren Geschichte Merseburgs und seiner Umgebung auf. Hierzu präsentierte Vicky Rothe die Vielfalt der am Standort Wernigerode des Landesarchivs bewahrten Bestände aus der Zeit des Hochstifts Merseburg und des Sekundogeniturfürstentums Sachsen-Merseburg. Den Bogen zum Rahmenthema des Tags der Archive „Essen und Trinken“ schloss demgegenüber Dr. Jana Lehmann mit ihrem Vortrag „Kohl, Küche und Kantine – Fotografien zum Thema ‚Essen und Trinken‘ in Wirtschaftsbeständen des Landesarchivs“.

Jürgen Jankofsky nahm dagegen auf die derzeitigen Bemühungen der Vereinigten Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz, die Merseburger Zaubersprüche als Weltdokumentenerbe anerkennen zu lassen, Bezug. In seinem Referat unter dem Titel „Die Merseburger Zaubersprüche von Jacob Grimm bis Siegfried Berger“ führte er durch die belletristische und wissenschaftliche Beschäftigung mit den Merseburger Zaubersprüchen in den letzten 200 Jahren.

Diese Vorträge wurden in regelmäßigen Abständen durch Führungen durch Haus und Magazin ergänzt.

Expertentisch 2024 beim Tag der Archive (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)



Hausführungen (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Außerdem gab es eine kleine Kinderecke und eine Zimelienschau zum Thema „Essen und Trinken“, wozu unter anderem Zeichnungen des Gasthauses „Waldkater“ in der Dölauer Heide, Aufzeichnungen aus dem 19. Jahrhundert zur Merseburger Stadtbrauerei sowie die im Bestand I 532 IG Farbenindustrie AG, Farbenfabrik Wolfen überlieferten Dokumente zur Herstellung von Lebensmittelfarben aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehörten.

Auch das seit 2020 bewährte Format des „Expertentisches“, bei dem die Mitarbeitenden des Landesarchivs Hilfe bei der Entzifferung und historischen Einordnung privater historischer Dokumente anbieten, wurde von den Besuchenden dankbar angenommen.

Aus den zur Transkription vorgelegten Feldpostbriefen, privaten Schreiben, Grundbuchauszügen und zum Teil bis in das 18. Jahrhundert zurückreichenden Urkunden stach jedoch eine Ablichtung einer Inschrift eines Tischbrettes hervor, die später als Inschrift der Tischlermeister identifiziert werden konnte, die den Tisch im Jahr 1822 angefertigt hatten. Der Tisch wird nunmehr mit der entsprechenden Transkription in einer Heimatstube ausgestellt.

Nach dem erfreulichen Besucherzuspruch des Tages des offenen Denkmals 2023 kamen auch zum Tag der Archive 2024 zahlreiche Besucherinnen und Besucher ins Landesarchiv, um sich zu informieren und mit Archivarinnen und Archivaren ins Gespräch zu kommen. Selbstverständlich stehen wir mit unseren Nutzungsangeboten auch über den Mottotag hinaus allen Interessierten offen: Während unserer Lesesaalöffnungszeiten vor Ort und rund um die Uhr über unsere Onlineangebote.

Björn Schmalz und Felix Schumacher



„Football is coming to the Landesarchiv“

Der Standort Magdeburg im Zeichen des Fußballs

Dr. Michael Thomas referierte über die Anfänge des Fußballsports in Magdeburg. (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Im Jahr der Fußball-Europameisterschaft durchzog der Fußballsport auch die Öffentlichkeitsarbeit am Standort Magdeburg des Landesarchivs. Sie beleuchtete das Thema in verschiedenen Formaten an regionalen Beispielen.

Wie kam der Fußball nach Deutschland? Und wann begannen die Magdeburger das Fußballspiel? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Vitrinenausstellung zu den „Anfängen des Fußballsports in Magdeburg“. Mittels zeitgenössischer Archivalien aus den Beständen des Landesarchivs erfuhren die Besuchenden, wie sich das Fußballspiel zu einem Volkssport entwickelte. Ausgehend von einer Druckschrift des Braunschweiger Lehrers Dr. Konrad Koch, der als Begründer des Fußballsports in Deutschland gilt, vermittelte die Ausstellung, wie die zeitgenössische Turnbewegung auch in Magdeburg zur Verbreitung des späteren Volkssports beitrug. Hiervon zeugte etwa ein Jahresbericht des Magdeburger Domgymnasiums, in dem es für das Schuljahr 1895/96 heißt: „Die Schüler der oberen Klassen haben sich zu einem Fußballverein zusammengethan, der seine Übungen bei günstiger Witterung sonnabends von 5 – 7 bezw. von 4 – 6 Uhr nachmittags auf dem Cracauer Anger ausführt.“ Als Beispiel für die zunehmende Organisation des Fußballsports war zudem das großformatige älteste Vereinsregister des Magdeburger Amtsgerichts mit dem Gründungseintrag des „Magdeburger Fussball-Club 1896“ zu sehen.

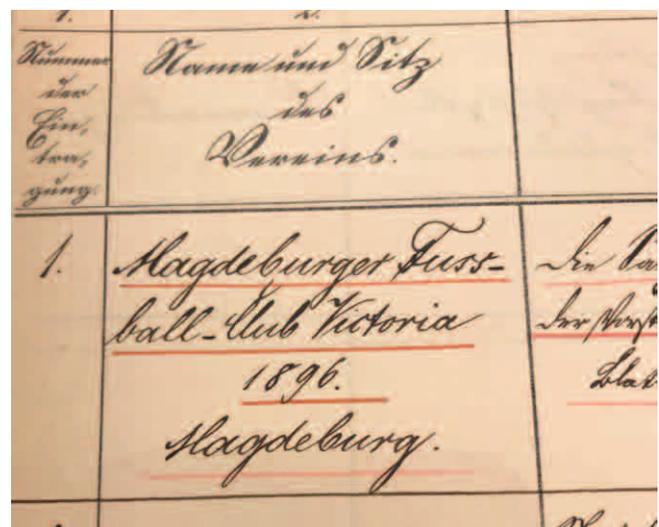
Zu dieser Entwicklung referierten am 17. April 2024 mit Dr. Michael Thomas und Roland Uhl zwei ausgewiesene Kenner der Magdeburger Fußballgeschichte im Landesarchiv. Unter dem Titel „Die Anfänge des Fußballsports in Magdeburg und der Magdeburger

Fußball- und Cricket-Club Victoria“ boten sie dem interessierten Publikum aus verschiedenen Generationen kurzweilige Einblicke in die Vergangenheit – und unterstrichen, dass sich die Magdeburger Bevölkerung im deutschlandweiten Vergleich schon früh für den Fußballsport begeistert hatte.

Die Anfänge des Magdeburger Fußballsports

Nur unweit des Vortragsortes an der Brückstraße 2 lagen demnach einige der ersten Spielstätten des Magdeburger Fußballs. Nachdem 1881 auf der Rotehorninsel das erste Fußballspiel stattgefunden hatte, etablierte es sich ein Jahrzehnt später etwa auf dem Kleinen Cracauer Anger. Dort fanden seit 1892 regelmäßig Volks- und Jugendspiele statt, die städtische Honoratioren mit einem eigenen Ausschuss ganz im Sinne der zeitgenössischen Turnbewegung förderten und zu denen auch Fußballspiele gehörten. Zusätzlich waren es insbesondere Turnlehrer der höheren Schulen, die eine Verbreitung des Spiels maßgeblich unterstützten. Dementsprechend lassen sich seit dem Jahr 1890 erste Magdeburger Fußballvereinigungen

Eintrag des „Magdeburger Fussball-Clubs Victoria 1896“ im ältesten Vereinsregister des Amtsgerichts Magdeburg (LASA, C 129 Magdeburg, Nr. 2504 Bd. 1)



an den Magdeburger Gymnasien nachweisen, bald gefolgt von Fußballvereinen außerhalb der Schulen sowie frühen Fußballverbänden.

Einen hervorragenden bildlichen Eindruck aus der Frühzeit des Magdeburger Fußballsports bot Roland Uhl mit seltenen Exponaten seiner Sammlung. So vermittelte er den Zuhörenden – begleitet von kurzweilig-versierten Ausführungen – nicht allein Ansichten der frühen Magdeburger Spielstätten, sondern ebenso von einstigen Fußballmannschaften bis zu deren Auflösung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der 1. FC Magdeburg im Europapokal – und im Fokus der Staatsmacht

Welchen Stellenwert der Fußball auch für die Geschichte der deutsch-deutschen Teilung hat, zeigte die Outdoor-Ausstellung „Kalter Krieg in kurzen Hosen: die Aktion „Vorstoß II“, der 1. FC Magdeburg und der FC Bayern München“. Entstanden in Kooperation mit dem Zentrum deutsche Sportgeschichte Berlin-Brandenburg e. V., war die Ausstellung auf dem Außengelände des Standorts Magdeburg zu sehen. Zur Eröffnung am 18. September begrüßten nicht allein der Leiter des Landesarchivs und der Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Detlev Heiden und Klaus Zimmermann, die Gäste, sondern ebenso Dr. Sabine Kuder, Leiterin des Arbeitsbereichs Public History der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, sowie Olliver Tietz als Geschäftsführer der DFB-Kulturstiftung. Exklusiv bot der Ausstellungsmacher Dr. René Wiese anschließend kommentierte Einblicke in die Ausstellung.

Was der Sporthistoriker präsentierte, war eine Zeitreise 50 Jahre zurück in das Jahr 1974 – in jenes Jahr also, in dem Sportfans aus ganz Europa ihre Blicke auf Magdeburg richteten. Als der FC Bayern München am 6. November 1974 im Achtelfinalrückspiel des Europapokals der Landesmeister auf den 1. FC Magdeburg traf, fokussierten aber auch die staatlichen Sicherheitsorgane der DDR das Sportereignis. Die gesamtdeutsche Identität, die von den Stadionrängen ausging, bereitete der SED ein besonderes Ärgernis. Zwar standen die Magdeburger Fans hinter ihrem 1. FC Magdeburg, doch gab es gleichzeitig eine Faszination für den Bundesligafußball. Weltstars wie Franz Beckenbauer oder Uli Hoeneß waren es, zu denen die DDR-Fans Kontakt suchten – und damit in die Überwachung und Kontrolle von Volkspolizei und Stasi gerieten.

Die dabei entstandenen Dokumente und Fotos überlieferten sich bis heute im Landesarchiv Sachsen-Anhalt, konkret als Teil des Bestandes M 24



Impression der Ausstellungseröffnung
(Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) Magdeburg. Während die Politik die Deutschen in zwei politisch entgegengesetzte Lager zwang, blieb das runde Leder stets ein unberechenbarer Spielball zwischen Ost und West – davon gab die Ausstellung auf 16 großformatigen Tafeln einen anschaulichen Eindruck.

Zeitzeugen berichten

Anknüpfend an diesen Blick auf die Geschichte, wie er sich aus den Archivalien darstellt, organisierte das Landesarchiv ein Gespräch mit Zeitzeugen des Fußballjahres 1974. Wie erlebten Spieler und Fans das Achtelfinalrückspiel des Europapokals der Landesmeister in Magdeburg? Diese Frage diskutierte der Sporthistoriker Dr. René Wiese auf den Tag genau 50 Jahre später nicht nur mit Wolfgang Seguin, Ulrich Schulze und Rainer Zobel, die das Ereignis als Spieler des 1. FC Magdeburg bzw. des FC Bayern München erlebt haben, sondern ebenso mit den Fans Dr. Jörg Biastoch, Präsident des 1. FC Magdeburg, und Jürgen Wissel.

Warum sich die Sicherheitsbehörden der DDR überhaupt für die Überwachung des Magdeburger Fußballspiels interessierten, begründete René Wiese mit dem unerwünschten Kontakt zwischen Ost- und Westdeutschen. Bereits Tage zuvor hätten sich Kriminalpolizisten unter das Volk begeben, um öffentliche Gespräche mitzuhören.

Das Stadiongelände war zu diesem Zeitpunkt weiträumig abgesperrt, wie sich Dr. Jörg Biastoch erinnerte: „In meiner Cracauer Schule war die Bereitschaftspolizei aus Halle untergebracht, und es gab unterrichtsfrei. Überall standen Wasserwerfer, und meine Eltern haben mir aus Sorge verboten, beim Spiel dabei zu sein.“



Podiumsrunde mit Dr. Jörg Biastoch, Ulrich Schulze, Wolfgang Seguin, Rainer Zobel, Dr. René Wiese und Jürgen Wissel (v.l.n.r.) (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Zeitzeuge Jürgen Wissel erlebte die Ankunft der Bayern mit: „Es war viel Volkspolizei vor Ort und auch jemand mit Megafon, der gegen den FC Bayern gewettert hat.“ Trotzdem sei das Interesse an Autogrammen der Münchener hoch gewesen, „wir haben die angehimmelt.“

Udo Lattek und seinen Bayernspielern sei die Überwachung bewusst gewesen: „Anders als sonst hatten wir die Mannschaftsbesprechung deshalb auch

nicht im Hotel, sondern bei einem Spaziergang im Park“, berichtete Rainer Zobel. Doch auch die Magdeburger Fußballer standen im Fokus der Staatsmacht: „Davon haben wir aber überhaupt nichts mitbekommen“, so Wolfgang Seguin. Zwar hätte Trainerlegende Heinz Krügel Mitschnitte aus der gegnerischen Kabine hören können, doch lehnte er dies kategorisch ab, unterstrich Ulrich Schulze.

Nach dem Spiel kam es im Entspannungsbecken zum direkten Austausch zwischen beiden Mannschaften: „Lattek und Krügel haben sich blendend verstanden“, erinnerte sich Wolfgang Seguin. „Und Franz Beckenbauer erzählte, dass er absolut nichts über uns wüsste“, verdeutlichte Ulrich Schulze die Kenntnis über den DDR-Fußball beim FC Bayern München.

Marcel Giffey



Die lokale Lebenswelt im Zentrum Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit am Standort Merseburg

Vortrag von Frau Dr. Ulrike Winkler (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Das Landesarchiv macht Geschichte mit zahlreichen Angeboten in der lokalen Lebenswelt erlebbar, wie etwa mit der 2024 erarbeiteten Magdeburger Ausstellung zum Jubiläum der Europapokalbegegnungen des 1. FC Magdeburg gegen den FC Bayern München. Mit einem breit gefächerten Programm wurden Besucherinnen und Besucher auch in Merseburg an die historische Überlieferung zur Lokalgeschichte herangeführt.

Einführung

In Anlehnung an das 2017 erstellte Leitbild für das Landesarchiv Sachsen-Anhalt (LASA) entwickelte die AG Öffentlichkeitsarbeit innerhalb des Landesarchivs bereits 2021 ein Grundlagenpapier zur Öffentlichkeitsarbeit. Gemäß der Präambel dieses Papiers präsentiert sich das Landesarchiv „mit seiner Öffentlichkeitsarbeit offensiv als Kulturgut sicherndes und zugänglich machendes historisches Gedächtnis des Landes



Deckblatt zur gedruckten Ab- und Antrittspredigt Ernst Christian Philippi aus dem Jahr 1714

sowie als bürgerorientierter Informationsdienstleister mit einer vielfältigen Palette von Angeboten. Über spezifische Zielgruppen hinaus will das LASA regional und überregional eine breite Öffentlichkeit mit seinen Informations- und Nutzungsangeboten erreichen [...] In der historischen Bildungsarbeit will das LASA in Kooperation mit anderen Institutionen einen Beitrag zur Demokratieförderung und zur Vermittlung von Erinnerungskultur leisten, der zugleich neue Nutzungen nach sich zieht.“

Unter Zugrundelegung dieses Grundlagenpapiers verfolgt die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit am Standort Merseburg demnach das Ziel, durch eine Palette von Angeboten – vor allem auf regionaler Ebene – eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen. Die übergeordneten Ziele hierfür bestehen einerseits in der Demokratieförderung, Identitätsbildung und Vermittlung von Erinnerungskultur als auch andererseits in einer Erhöhung der Wertschätzung für die Archivarbeit und den Erhalt der bewahrten historischen Überlieferung. Des Weiteren wird in Anlehnung an die Positionierung von Kate Theimer in dem in den letzten Jahren in der archivischen Fachwelt mehrfach zitierten Artikel „Partizipation als Zukunft der Archive“ (Archivar, 01/2018) der Versuch unternommen, mit den Mitteln einer direkten und aktiven Ansprache aufzuzeigen, wie Archive das Leben in der lokalen Lebenswelt bereichern können.

Zur Ansprache der allgemeinen Öffentlichkeit beteiligte sich der Standort Merseburg hierfür am „Tag der

Archive“ (siehe S. 72–73) und setzte das Format „Rückblende“ fort, bei dem in regelmäßigen Abständen in der lokalen Presse Fotografien veröffentlicht werden, bei denen die Erschließungsinformationen nicht hinreichend sind und daher um entsprechende Unterstützung aus der Bevölkerung gebeten wird.

Zum Erreichen der wissenschaftlichen Community wirkte der Standort Merseburg an einem Blockseminar der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zur Bewertung, Erschließung und technischen Bearbeitung eines LPG-Archivs im Kreis Wittenberg (siehe S. 80–81) mit. Zudem hielt der Verfasser einen Einzelvortrag im Forschungskolloquium des Lehrstuhls für Frühe Neuzeit.

Vortragsveranstaltungen

Die historisch interessierte Öffentlichkeit als Zielgruppe wurde demgegenüber durch eine Reihe klassischer Vortragsangebote angesprochen, die dabei wie immer auf die im Landesarchiv Sachsen-Anhalt bewahrte Überlieferung verweisen und Bezüge zur lokalen Lebenswelt herstellen sollten.

Den Einstieg stellte der Vortrag des Verfassers am 25. Januar „Von Ziegenbalg bis Philippi. Der Hallische Pietismus im Sekundogeniturfürstentum Sachsen-Merseburg“ dar, der sich das Ziel gesetzt hatte, der Frage nachzugehen, ob und in welchem Umfang die religiöse Erneuerungsbewegung des Hallischen Pietismus auch im Fürstentum Sachsen-Merseburg seine Strahlkraft entfalten konnte. Über eine grundsätzliche historische Einordnung in die großen geschichtlichen Zusammenhänge des ausgehenden 17. und 18. Jahrhunderts hinausgehend, fokussierte sich der Vortrag auf die Protagonisten des Hallischen Pietismus in Sachsen-Merseburg, Bartholomäus Ziegenbalg (1682–1719) und Ernst Christian Philippi (1668–1736). Am 1. März 2024 schloss sich hieran ein Vortrag von Frau Dr. Ulrike Winkler zum Thema „Mit dem Rollstuhl in die Tatra-Bahn. Menschen mit Behinderungen in

PD Dr. Christian Dietrich (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)





Reisepass aus der Personalakte Ernst von Harnacks (LASA, C 48 Ia, II Lit. H, Nr. 25)

der DDR: Die Beispiele Halle und Halle-Neustadt“ an, in der diese über ihre Erkenntnisse zu den Grenzen und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe von körperlich Beeinträchtigten in der DDR an den Beispielen Halle und Halle-Neustadt, die sie aus den im Landesarchiv Sachsen-Anhalt und im Stadtarchiv Halle verwahrten Quellen gewonnen hatte, berichtete.

Ende Mai 2024 rückte der Beitragsverfasser im Rahmen eines Vortrages unter dem Titel „Die Sozialdemokratie ist die Treuhänderin der demokratischen Freiheitsrechte. Ernst von Harnack: Demokrat, Merseburger Regierungspräsident und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus“ die Lebens- und Wirkungsgeschichte Ernst von Harnacks (1888–1945) in den Mittelpunkt. Der Vortrag fokussierte sich dabei vornehmlich auf die zwölf Bände umfassende Personalakte Ernst von Harnacks, die in der Abteilung Merseburg des Landesarchivs überliefert ist. Insbesondere die Ausführungen über die Lebensphase als Merseburger Regierungspräsident und die im Zusammenhang damit stehende spätere Widerstandstätigkeit gegen den Nationalsozialismus boten Raum für zahlreiche Nachfragen und interessante Ergänzungen. Es zeigte sich, dass die Persönlichkeit des Regierungspräsidenten Ernst von Harnack in Merseburg weitgehend in Vergessenheit geraten war, weshalb bereits im Rahmen der dem Vortrag anschließenden Diskussion erste Überlegungen für eine stärkere Würdigung seiner Person in der Stadt Merseburg durch eine Gedenktafel am Schloss diskutiert wurden. Herr PD Dr. Christian Dietrich (Institut für Landesgeschichte am Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt) ging im August 2024 dem vielfach diskutierten Tod der zwei kubanischen Vertragsarbeiter Delfin Guerra und Raúl García Paret nach.

Den in der lokalen Lebenswelt Merseburgs noch heute präsenten Fragen nach den Motiven, der Deutung, der Aufarbeitung und Verantwortung widmete er sich unter dem Titel: „In der Saale ertrunken. Wie Volkspolizei und Staatssicherheit nach dem Tod von zwei kubanischen Vertragsarbeitern 1979 in Merseburg ermittelten“.

Vorträge von Herrn Thomas Noßke im September zum Thema „Wo liegt Mitteldeutschland? Zur Geschichte eines politischen Begriffes“ und im Oktober von Herrn Dr. Daniel Bohse (Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg) zu dessen Forschungen zu ausländischen Fremd- und Zwangsarbeitern im Regierungsbezirk Merseburg (1939–1945) rundeten die Vortragsreihe ab.

Ausstellungen

Nachdem noch bis Juni 2024 die im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung von Herrn Stefan Wolle erarbeitete Wanderausstellung „Leseland DDR“ präsentiert werden konnte, wurde am 20. Juni 2024 die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt geförderte Plakatausstellung „MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt“ durch den Kurator der Ausstellung, Herrn Dr. Wolfgang von Sche-liha, im Ausstellungsraum des Standortes Merseburg

Betriebszeitung der Leuna-Werke „Leuna-Echo“ zur Erhöhung der Arbeitsnormen, 12. Juni 1953 (LASA, I 525, Nr. D 181)



eröffnet. Die Ausstellung zeigte die Bandbreite der Ereignisse um den 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg. Dabei lag der Fokus der Ausstellung aber nicht nur auf den Bezirkshauptstädten Halle und Magdeburg sowie den Industriezentren Bitterfeld-Wolfen, Leuna und Buna, sondern auch auf den Ereignissen in den vielen Kleinstädten und auf dem Land. Die Ausstellung präsentierte dabei auch zahlreiche weithin unbekannte Fotos zum 17. Juni 1953 sowie zeitgenössische Tondokumente von unmittelbaren Augenzeugen, die mit QR-Codes medial erlebbar wurden. Um das Interesse der regionalen Öffentlichkeit an dieser Ausstellung zu wecken und die Bürgerinnen und Bürger Merseburgs in ihrer lokalen Lebenswelt anzusprechen, wurde die Ausstellungseröffnung ergänzt um einen lokalen Vortrag des Beitragsverfassers zum Thema „Der 17. Juni 1953 in Merseburg und Umgebung“.

Die Ausstellung konnte bis Ende des Jahres 2024 im Rahmen der Öffnungszeiten besichtigt werden.

Nutzerschulung

Bereits 2022 wurde dieses Format mit der Zielgruppe potentieller Archivnutzerinnen und -nutzer in der Abteilung Merseburg entwickelt und in Zusammenarbeit mit der Kreisvolkshochschule Saalekreis im Frühjahrsemester 2023 umgesetzt. Anders als am Standort Magdeburg, wo das Format 2024 erstmals

durchgeführt wurde, erfolgte die Umsetzung aufgrund der geringeren Anzahl potentiell Interessierter in Merseburg als rein virtuelles Format. Die vier Veranstaltungen waren dabei folgendermaßen aufgebaut:

- Deutsche Archivalandschaft und Landesarchiv Sachsen-Anhalt
- Analoge und digitale Recherchestrategien
- Archivbesuch, Quellenkritik und Zitierweise
- Transkriptionsstrategie und paläografische Übungen

Forschungsforum

Den Abschluss der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit am Standort Merseburg stellte wie bereits im Vorjahr das Format „Forschungsforum“ dar. Im Rahmen von Impulsvorträgen präsentierten (Nachwuchs-)Wissenschaftlicherinnen und -wissenschaftler ihre Projekte, vornehmlich mit



Eröffnung der Ausstellung durch Dr. von Scheliha
(Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Bezügen zu Merseburg und zum Süden Sachsen-Anhalts, um auch hier die Merseburgerinnen und Merseburger in ihrer lokalen Lebenswelt anzusprechen und um gleichzeitig identitätsstiftend zu wirken. Neben Herrn Bo-Yuang Wang, der über die Merseburger Kirchenmusiker im 18. Jahrhundert referierte, stellte Herr Felix Schneider sein Forschungsprojekt „Polizei in der Transformation. Untersuchung zum Wandel der Polizei in Ost- und Westdeutschland während der 1980er und 1990er Jahre“ vor, bei dem er unter anderem auf Quellen aus der Abteilung Merseburg zurückgriff. Darüber hinaus rückte Kim Ludwig den Merseburger Maler und Lehrer Günter Kipper in den Mittelpunkt ihres Impulsvortrags. Herr Niklas Poppe konnte demgegenüber seine für die Erarbeitung der Ausstellung für die Gedenkstätte ROTER OCHSE zur DDR-Frauenhaftanstalt in Halle vorgenommenen Forschungen zum DDR-Frauenstrafvollzug präsentieren.

Fazit

Um die für die im Gesamtkonzept für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Landesarchiv Sachsen-Anhalt festgehaltenen Ziele der Demokratieförderung, Identitätsstiftung und Vermittlung von Erinnerungskultur sowie Wertschätzungssteigerung zu erreichen, setzt die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit am Standort Merseburg eine Vielfalt an zielgruppenorientierten digitalen und analogen Formaten ein. Die inhaltliche Ausrichtung dieser Formate an der lokalen Lebenswelt der Menschen hat sich dabei als besonders vielversprechender Ansatz erwiesen. Ein Ansatz, der trotz beschränkter personeller wie finanzieller Mittel auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden soll.

Björn Schmalz

Kurz gemeldet!

Wir verwirklichen zu Ehren des 60. Geburtstages des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht den Ministerratsbeschluss in unserem Betrieb

Organische Abteilung
Die Kolleginnen und Kollegen der Meistergruppe Auel, Bau 959, verpflichten sich nach eingehender Diskussion mit ihren Brigaden, ihre Norm auf die Kennziffern für ihren Betrieb zu erhöhen.
Utgenannt, Auel, Pfeiler, Michaelis, Hesselbarth

43 Kollegen der Belegschaft Seckinger haben in Kurversammlungen über die Anerkennung der Kennziffer diskutiert, und sie beschlossen, ihre Normen auf die Kennziffern zu erhöhen.
Utgenannt, Seckinger, Würker, Ertel, Marschall, Wolf, Krogull

Die Kollegen der Meistergruppe Eichert aus Bau 956 erklären sich bereit, den Ministerratsbeschluss zu realisieren. Sie erhöhen ihre Normen auf die Kennziffern für ihren Betrieb.
Heinkel, Berger, Bierbaum, Franke

Zur schnelleren Steigerung der Arbeitsproduktivität

Um den Ministerratsbeschluss vom 28. Mai 1953 über die schnellere Steigerung der Arbeitsproduktivität zu realisieren, erhöhen die Kollegen Erich Richter, Siegfried Kohlbeck und Walter Kurze ihre Normen beim „Pflüger an Einzelpflanzpumpe 1000 Liter in Bau 107 auswechseln“ um 10 Prozent.

Der Beschluss der 13. Tagung des ZK der SED und darüber hinaus der Ministerratsbeschluss über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung der strengen Sparmassen zeigt uns den Weg zum besseren Lebensstandard. Ich realisiere den Ministerratsbeschluss und erhöhe meine Normen um zehn Prozent.

Werner Reiche, Schlosserei Organische, Bau 99

Die Meistergruppe Hein erklärt sich nach gründlicher Diskussion bereit, den Ministerratsbeschluss zu realisieren. Die Kolleginnen und Kollegen gaben für die auferlegten Planzahlen ihre Zustimmung.

Hartung, Arndt, Gellhausen, Becker



Vom Dachboden ins Archiv

Ausgangssituation auf dem Dachboden der ehemaligen LPG Apollensdorf (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Ein Projektseminar der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zur Bewertung, Erschließung und konservatorischen Bearbeitung von LPG-Dokumenten.

Seminarziele und Überlieferungssituation

Die archivische Überlieferungslage zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) im Land Sachsen-Anhalt ist denkbar schlecht. Obwohl in der DDR die LPG-Betriebe in der Regel in die archivische Wertkategorie I eingestuft wurden und folglich eine prioritäre Übernahme durch die staatlichen Archive der DDR die Folge gewesen wäre, konnten nur von wenigen LPG-Betrieben nach der Wiedervereinigung Unterlagen durch die zuständigen Kommunalarchive Sachsen-Anhalts übernommen werden. Ein Befund, der nach bisherigem Kenntnisstand auch auf die benachbarten neuen Bundesländer übertragen werden kann.

Umso erfreulicher war es, dass auf dem Dachboden einer Agrargenossenschaft in Apollensdorf-Nord bei Wittenberg Archivalien der Betriebsgeschichte seit den frühen 1950er Jahren erhalten geblieben sind, und dass von betrieblicher Seite ein Interesse daran bestand, sie in eine langfristige und fachgerechte Verwahrung zu übergeben. Zu den diversen, hier vorgefundenen Materialien zählten neben Protokollen der Mitgliedsversammlungen und Korrespondenzen mit kooperativen Einrichtungen unter anderem auch Planungen, Statistiken, Abrechnungen sowie Urkunden, Druckschriften und Ausbildungsunterlagen. Sie bilden die umfassenden Wandlungsprozesse der Landwirtschaft und damit der ländlichen Gesellschaft zu DDR-Zeiten ab. So sind bis 1978 mehrere kleinere LPGs der umliegenden Dörfer nach und nach in der LPG „25. Jahrestag der DDR“ Wittenberg-

Apollensdorf-Nord aufgegangen. Immer größere landwirtschaftlich genutzte Flächen entstanden, Kooperationen wurden gebildet und wieder aufgelöst, Tier- und Pflanzenproduktion wurden getrennt und 1991 mit Gründung einer eingetragenen Genossenschaft wieder zusammengeführt.

In Hinblick auf Staub, Feuchtigkeit und Tierfraß, denen die Dokumente über die Jahrzehnte ausgesetzt waren, wurden konservatorische Schritte dringend erforderlich – wären jedoch nur mit einem hohen zeitlichen und vor allem personellen Aufwand realisierbar gewesen. Eine Lösung für das Dilemma fand sich in einem Projektseminar mit Geschichtsstudierenden der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zu deren Ausbildung seit 2021 auch ein der Einführung in das Archivwesen gewidmetes Modul gehört.

Durchführung

Das von Frau Johanna Hohaus, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, und Herrn Dr. Björn Schmalz (Landesarchiv Sachsen-Anhalt) durchgeführte Projektseminar gliederte sich in einen theoretischen und einen praktischen Teil.

Im theoretischen Teil fand nach einer Einführungsveranstaltung zur thematischen Hinwendung und unter Berücksichtigung von Grundlagentexten zur DDR-Landwirtschaft eine Veranstaltung statt, die sich grundlegenden Themen wie der Bodenreform, der Zwangskollektivierung oder den LPG-Gründungen annahm. Eine zweite thematische Veranstaltung, die in den Räumlichkeiten des Landesarchivs in Merseburg durchgeführt wurde, widmete sich hingegen den aus archivischer Sicht für die Durchführung des Praxisteils notwendigen Themen. Neben einer Einführung ins deutsche Archivwesen wurden hierfür



Studierende auf dem Dachboden der ehemaligen LPG Apollensdorf (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

in einer mehrstündigen Veranstaltung die aktuellen Erschließungsgrundsätze und die Bewertungsmethoden vorgestellt. Des Weiteren wurden Einblicke in bestandserhaltende Maßnahmen gegeben, vor allem zu den konservatorischen Tätigkeiten der Trockenreinigung und archivgerechten Verpackung von Schriftgut.

Der praktische Teil des Projektseminars fand im Rahmen einer dreitägigen Exkursion nach Apollensdorf-Nord bei Wittenberg statt. Hierfür wurde aufgrund der archivischen Zuständigkeit bereits mehrere Monate vor Projektbeginn die Unterstützung des Kreisarchivs Wittenberg gesucht, welches hierfür nicht nur die entsprechenden Archivkartonagen bereitstellte, sondern auch an der Exkursion teilnahm und die Studierenden durch seine fachliche Expertise unterstützte.

Nach einem ersten Überblick über die auf dem Dachboden vorherrschenden Bedingungen und Bestände wurden die Dokumente auf Grundlage gemeinsamer Überlegungen auf deren Archivwürdigkeit hin überprüft. Potentiell archivwürdige Akten wurden nochmals vom Personal des Kreisarchives in Augenschein genommen. Als archivwürdig konnten schlussendlich unter anderem der Schriftverkehr LPG mit dem Rat des Kreises, Unterlagen der SED-Grundorganisation, Schriftverkehr zu größeren Bauprojekten, Protokolle von Leitungssitzungen, Übersichten über die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie statistische Erhebungen, Ausbildungsunterlagen, Fotosammlungen und Brigadetagebücher eingeschätzt werden. Eine Auswahlarchivierung fand auch hinsichtlich der zahlreichen jährlichen Pläne und Berichte statt. Eine Kassationsempfehlung wurde demgegenüber für allgemeine Druckschriften, Einzelpläne, Detailstatistiken, Quittungs- und Abrechnungsunterlagen, Kontoauszüge, Einkaufslisten und Versicherungsunterlagen ausgesprochen.

Auf Anregung des Kreisarchives diente das „Archivgutverzeichnis für den Bereich der Produktionsgenossenschaften der sozialistischen Landwirtschaft (LPG, GPG, FPG)“ aus dem Jahr 1986 zur weiteren Systematisierung des als archivwürdig eingeschätzten Schriftguts. Auf Grundlage dieser Systematisierung wurde ein als Vorerschließung anzusehendes Übergabeverzeichnis erstellt. Nach der Zuordnung in die entsprechenden Kategorien wurden die Akten unter der Anleitung von Herrn Dr. Schmalz vorgereinigt, von Metall befreit und mit dem Archivknoten gebündelt in Archivkartons verbracht.

Fazit

Auf diese Weise wurde das archivwürdige Schriftgut in einem Umfang von 115 Archivkartons fünfzehn verschiedenen Kategorien gemäß „Archivgutverzeichnis für den Bereich der Produktionsgenossenschaften der sozialistischen Landwirtschaft (LPG, GPG, FPG)“ zugeordnet, gesichert und an das Kreisarchiv Wittenberg übergeben. Eine detaillierte Erschließung konnte im Rahmen des Projektseminars nicht geleistet werden, sondern wird mittelfristig durch das Fachpersonal des Kreisarchives erfolgen.

Es ist dem Projektseminar jedoch gelungen, die Überlieferung wichtiger Unterlagen zu gewährleisten, die die historische Aufarbeitung des landwirtschaftlich geprägten Landkreises Wittenberg bereichern werden. Darüber hinaus erhielten die Studierenden als künftige Historikerinnen und Historiker und Archivnutzende einen wertvollen Einblick in den Bewertungs- und Erschließungsprozess, welcher der geschichtswissenschaftlichen Arbeit mit Archivalien vorausgeht.

*Johanna Hohaus
(MLU Halle-Wittenberg) und Björn Schmalz*

Projektergebnis (Foto: MLU Halle-Wittenberg)





Kursangebote des Landesarchivs im Jahr 2024

Einführung in die Archivarbeit und private Archivierung digitaler Unterlagen

Ahnentafel Jacob Ernsts von der Recke, 1751 (LASA, U 8c, Nr. 138)

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt setzt nicht nur auf einen konsequenten Ausbau seiner Nutzungsangebote, sondern vermittelt in Kooperation mit der Volkshochschule Magdeburg auch grundlegende Kenntnisse zur Archivnutzung.

Übergeordnetes Ziel aller archivarischen Tätigkeiten ist die Nutzung von Archivgut. Oft gestaltet sich die Ermittlung und Auswertung des in den Archiven verfügbaren Quellenmaterials für ungeübte Nutzende als eine Herausforderung – mit der Folge, dass trotz eines grundsätzlichen Interesses eine Nutzung aufgrund fehlender Vorkenntnisse ausbleibt. Um den Zugang zu erleichtern, bietet das Landesarchiv deswegen gemeinsam mit der Volkshochschule Magdeburg Nutzendenschulungen an, die Teilnehmende dazu befähigen,

- sich den historischen Verwaltungsaufbau der Bestandsbildner zu erschließen,
- eigenständige Recherchen in Archivtektoniken durchzuführen,
- wissenschaftliche Literatur, auch in der archiveigenen Bibliothek, zu benutzen,
- grundlegende Methodiken für eigene Forschungen anzuwenden.

Vor diesem Hintergrund fand im Jahr 2024 eine Wiederholung des Einführungskurses „Recherche und Forschung im Archiv“ statt. Ebenso wie bei dessen Premiere erfreute sich das Angebot einer großen Beliebtheit. Die Motivationen zur Teilnahme reichten dabei vom generellen Interesse an der Archivarbeit bis hin zu familien- und regionalgeschichtlichen Aspekten, wobei die Vorkenntnisse variierten. Unter der Leitung des Archivars Marcel Giffey und unterstützt durch die Bibliothekarin Vivien Möseritz sowie den Archivar Björn Steffenhagen erhielten die Teilnehmenden an vier Terminen einen Überblick zu Grundlagen der Recherche und Forschung im Archiv.

Von der Theorie zur Praxis der Archivrecherche

Im Rahmen einer Hausführung erfuhren die Kursmitglieder interessante Details zur archivarischen Arbeit sowie zur 200-jährigen Geschichte des heutigen Landesarchivs Sachsen-Anhalt. Da in Vorbereitung einer Archivnutzung die Beschäftigung mit dem Forschungsstand zum eigenen Thema sehr zu empfehlen ist, vermittelte Frau Möseritz Grundkenntnisse der Literaturrecherche. Außerdem stellte sie den Bibliotheksbestand des Landesarchivs vor.

Es folgten praxisorientierte Einblicke in die Ordnung des Archivs und zielführende Recherchemöglichkeiten, die schließlich zu Beispielen der praktischen Nutzung und Auswertung von Archivgut führten. Einen besonderen Eindruck hinterließ die Präsentation von Archivalienarten des Landesarchivs: Abgesehen von einer mittelalterlichen Urkunde, einem handschriftlichen Brief Otto von Guericke und einem voluminösen Amtsbuch des 18. Jahrhunderts gehörten ebenso eine reich verzierte Ahnentafel sowie ein aufwendig handgezeichnetes Kartenwerk aus der Frühen Neuzeit zur Auswahl.

Wie erforsche ich Familiengeschichte?

Als Beispiel für ein beliebtes und im Landesarchiv häufig angefragtes Thema zu Archivrecherchen präsentierte Herr Steffenhagen abseits seiner regulären Zuständigkeit das Thema Familienforschung. Entstanden als Mittel zur Sicherung von Rechtstiteln und Privilegien, zunächst vor allem des Adels und später auch des Bürgertums, fand im 19. und 20. Jahrhundert ein Missbrauch der Familienforschung zu völkisch-nationalistischen und rechtsextremen Zwecken statt. Davon distanziert sich die heutige Genealogie, indem sie eine etablierte Grundwissenschaft im historischen Fächerkanon bildet, mit der sich sozialwissenschaftliche Fragestellungen beantworten lassen. Insbesondere durch die Digitalisierung und Onlinestellung von archivischen Quellen sowie der

aufkommenden Computergenealogie etablierte sich diese Forschungsrichtung auch als beliebtes Hobby. So gab der Kurs neben Grundkenntnissen Tipps zur softwarebasierten Ordnung eigener Rechercheergebnisse und zeigte darüber hinaus archivische Forschungsmöglichkeiten auf.

Umgang mit digitalen Unterlagen

Während Archive bis in die jüngere Vergangenheit vor allem über analoge Überlieferungen verfügten, gehören mittlerweile in großem Umfang digitale Unterlagen zum Alltag. Aus dieser Fachkenntnis heraus entwickelte sich der VHS-Kurs „Private Archivierung digitaler Unterlagen“ unter der Leitung von Björn Steffenhagen.

Der Umgang mit elektronischen Unterlagen stellt in der Landesverwaltung den Standard dar. So ist die elektronische Akte bereits in der gesamten Ministerialverwaltung Sachsen-Anhalts im Einsatz, die nachgeordneten Behörden folgen schrittweise. Neben Fachverfahren einschließlich dahinterliegender Datenbanken, Webseiten und sozialer Medien umfasst das digitale Schriftgut der Behörden auch Multimedia-Inhalte. Um die aufbewahrungswürdigen digitalen Objekte zu sichern, schloss sich das Landesarchiv dem Kooperationsverbund DAN an und kann so die Software-Suite „Digitales Magazin“ (DIMAG) nutzen. Die verschiedenen Module des DIMAG ermöglichen eine professionelle Bewahrung des elektronischen Archivguts.

Herausforderungen der digitalen Archivierung

Außerhalb der Grenzen des Landesarchivgesetzes besteht jedoch keine Möglichkeit zur Archivierung von Unterlagen privater Personen. Dennoch betreffen die Herausforderungen der digitalen Archivierung auch Privathaushalte:

- Veraltete oder proprietäre Dateiformate sind durch aktuelle Software nicht mehr darstellbar,
- es fehlt ein sinnvolles Ordnungssystem, um Dateien problemlos wiederfinden zu können,
- passende Hardware, um veraltete Speichermedien wie etwa Diskettenlaufwerke abzuspielen, ist teilweise nicht mehr erhältlich,
- sofern keine oder nur eine unzureichende georedundante Speicherung vorliegt, droht ein kompletter Datenverlust.

OAIS als professioneller Standard

Um digitale Objekte authentisch, also verlässlich unverändert, zu bewahren und lesbar zu halten, ist eine Orientierung am OAIS-Referenzmodell erforderlich. Es handelt sich dabei um einen in der Fachwelt an-

erkannten Standard der den Aufbau, Terminologien und grundlegende Aufgaben eines digitalen Archivs beschreibt. Gleichwohl ist der Aufbau eines eigenen, OAIS-konformen Archivs nicht ohne weiteres möglich, sodass Herr Steffenhagen darstellte, wie sich die Grundlagen der digitalen Archivierung auch für persönliche Unterlagen anwenden lassen.

Tipps für den Alltagsgebrauch

Jede Person besitzt für sie relevante Unterlagen, die auf Langzeit zu bewahren sind. Dazu können beispielsweise Filme oder Fotos aus vergangenen Urlauben oder von der Familie gehören, ebenso Rechnungs- und Steuerunterlagen, Zertifikate oder Zeugnisse. Um diese verschiedenen Dokumente langfristig digital zu sichern, bestehen auch jenseits der professionellen Archive hilfreiche Möglichkeiten:

- Für bereits vorhandene Dateien gilt es, diese zu ordnen und von verschiedenen Endgeräten auf einheitliche Speichermedien zur Sicherung zu verschieben. Zur Ordnung gehört ebenso eine sinnvolle Benennung und Strukturierung von Dateien und Dateiverzeichnissen. Letztendlich gehört zu einer systematischen Archivierung jedoch auch die endgültige Löschung nicht mehr relevanter Dateien.
- Es sollten mindestens zwei, besser drei verschiedene externe Speichermedien verwendet werden. Dabei sollten auch mindestens zwei unterschiedliche Speichertechnologien zum Einsatz kommen, etwa zwei externe Festplatten und eine Sicherung in einer Cloud-Umgebung.
- Wichtig ist, die Sicherungsdatenträger an unterschiedlichen Orten zu lagern und diese regelmäßig hinsichtlich ihrer Funktionalität zu überprüfen.
- Es sollte auf wenige, standardisierte Dateiformate gesetzt werden, um eine langfristige Benutz- und Lesbarkeit zu gewährleisten. So lassen sich Office-dateien problemlos in ein PDF/A-Format konvertieren, für Bilddateien sind PNG, JPG und TIFF geeignet, für Filme zeichnet sich das MP4-Dateiformat aus.
- Dateien sollten stets beschrieben werden, sei es im Dateinamen, in den Metadaten oder in einer gesonderten Datei. Dies kann bei Bilddateien der abgebildete Ort, die Personen oder das Datum sein. Ergänzend sind auch technische Metadaten oder Nutzungsrechte zur Beschreibung denkbar.

Mit Blick in die Zukunft plant das Landesarchiv, sein Engagement in diesem Bereich fortzusetzen

Marcel Giffey und Björn Steffenhagen



Die Arbeit der Beratungsstelle Bestandserhaltung Sachsen-Anhalt 2023–2024

Workshop Notfallplan im Juni 2023 im Gleimhaus, Halberstadt (Foto: Gleimhaus)

Die Schwerpunkte der Beratungsarbeit lagen 2023 und 2024 auf der Notfallvorsorge, zwei größeren Depotplanungsprojekten sowie den allgemeinen Aufbewahrungsbedingungen in den Einrichtungen.

Notfallplan und Notfallausstattung

In Zusammenarbeit mit dem Notfallverbund Landkreis Harz wurde ein Muster-Notfallplan Kulturgutschutz erstellt, der auch anderen Einrichtungen kostenfrei zur Verfügung steht. (Alle Dokumente sind im Bereich Notfallvorsorge unter www.gleimhaus.de/bestandserhaltung zu finden.) Die Notfallplanung wurde zunächst in einem Workshop im Juni 2023 erprobt, der neue Musterplan im April 2024 vorgestellt. Neben dem Notfallplan ist die Bereitstellung von entsprechenden Notfallmaterialien für die Reaktion und Erstversorgung ein weiteres zentrales Element. Mit Unterstützung der Staatskanzlei und des Ministeriums für Kultur konnte die Beratungsstelle zehn Notfallsets für Museen zusammenstellen und im Land verteilen. Die Sets befinden sich nun in: Aschersleben, Bernburg, Merseburg, Oberwiederstedt, Osterburg, Salzwedel, Sangerhausen, Schönebeck (Elbe), Thale und Zeitz. Sie stehen auch den umliegenden Archiven und Bibliotheken im Schadensfall zur Verfügung. Langfristig ist der Plan, ein breites Netzwerk an Notfallmaterialien im Land zu etablieren. Zusammen mit den lokalen Notfall-

verbänden (aktuell: Halle/Saale, Magdeburg und im Landkreis Harz) sollen so auch kleinere Einrichtungen im ländlicheren Raum Ansprechpartner in ihrer Region und Zugang zu Erstversorgungsmaterialien haben, um im Notfall handlungsfähig zu bleiben. Die Dringlichkeit zeigte sich in den letzten Jahren leider auch in mehreren Schadensereignissen, bei denen auch Archivgut betroffen war.

Aufbewahrungsbedingungen

Die Risiken, die für die Bewahrung von Kunst- und Kulturgut in den Museen in Sachsen-Anhalt bestehen, werden seit September 2024 in einem dreijährigen Projekt der Beratungsstelle untersucht. Die dabei entwickelte Methodik soll im Rahmen der Beratungsarbeit auch in den Archiven angewandt werden. Die Fähigkeit, auf Störungen oder Krisen zu reagieren, auch als Resilienz bezeichnet, war ab dem Herbst 2022 von den Einrichtungen gefordert. So stand der Winter unter dem Eindruck der Energienotlage und (am Ende nicht eingetretenen) Gasmangellage (Empfehlungen zur Energieeinsparung und Notfallplanung Energiekrise für Kulturgut bewahrende Einrichtungen. Herausgeber: Almut Siegel, SiLK – Sicherheits-Leitfaden Kulturgut. 14. Oktober 2022). In diesem Rahmen wurden auch die Empfehlungen der Fachverbände und -gremien für die Klimakorridore in Museen und Archiven angepasst und deutlich breiter gefasst als zuvor. (Empfehlung des Deutschen Museumsbundes:

<https://www.museumbund.de/energiekrise-museumbund-empfehl-neue-richtlinien-fuer-die-museumsklimatisierung/>) Im Rahmen der Beratungsarbeit wurde jedoch auch deutlich, dass viele Einrichtungen aufgrund ihrer baulichen Situation und räumlichen Unterbringung weder die engen, noch die erweiterten Klimakorridore erfüllen können. Umso wichtiger ist es, das klimatische Verhalten des eigenen Gebäudes zu kennen und präventiv wie situativ reagieren zu können. Stabile Klimawerte sind ein zentraler Baustein der Bestandserhaltung. Die magazintechnische und konservatorische Bearbeitung der Bestände hat einen großen Einfluss darauf, wie die Bestände auch unter unzureichenden klimatischen Bedingungen bewahrt werden können. Hierbei unterstützt die Beratungsstelle. Klimamessgeräte können ebenso kostenlos entliehen werden wie Spezialstaubsauger zur Verbesserung der Raumhygiene.

Fördermöglichkeiten

Ein Fokus der Fortbildungen der Beratungsstelle lag 2023 auf den Fördermöglichkeiten für die Erhaltung von schriftlichem Kulturgut, um die konservatorische Bearbeitung der Sammlungen im Land zu verbessern. Gemeinsam mit der Landesfachberatungsstelle für Bestandserhaltung des Landesarchivs Schleswig-Holstein wurde eine Online-Vortragsreihe organisiert. Diese bildete die vier Schwerpunkte der Förderprogramme ab: In je einem Vortrag wurde die

1. Schadenserfassung und Priorisierung, 2. Reinigung und Dekontamination, 3. Entsäuerung sowie 4. Verpackung von Archivgut beleuchtet. Die Mitschnitte der Vorträge sind im Bereich Förderung unter www.gleichhaus.de/bestandserhaltung zu finden.

Darüber hinaus fand am 11. September am Standort Magdeburg des Landesarchivs Sachsen-Anhalt ein Workshop rund um die Förderprogramme von Land und Bund statt. Dr. Ursula Hartweg bot Einblicke in die Arbeit der Koordinierungsstelle für den Erhalt des schriftlichen Kulturguts (KEK) mit den Fördermöglichkeiten der Modellprojekte und mit dem BKM-Sonderprogramm. Die Beratungsstelle stellte das Landesprogramm (Förderrichtlinie Erhaltung des schriftlichen Kulturguts in Sachsen-Anhalt) vor. Aus ihren Erfahrungen von der Antragsstellung bis zum Abschlussbericht berichteten Dr. Karin Heise, Kulturhistorisches Museum Schloss Merseburg, über das Landesprogramm und Juliane Bruder, Stadtarchiv Zerbst, über zwei erfolgreich abgeschlossene KEK-Modellprojekte. Geweitet wurde der Blick auf Förderung und Fundraising von Kerstin Kwiatkowski von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt.

Bei der Auswahl von Bestandsgruppen und Priorisierung, zu den unterschiedlichen Fördermöglichkeiten sowie den restauratorischen Möglichkeiten berät die Beratungsstelle – auch vor Ort.

Marc Holly

(Beratungsstelle Bestandserhaltung Sachsen-Anhalt)

Übergabe Notfallset (Foto: Stadt Zeitz / Lars Werner)



Workshop Entsäuerung und Kaltlagerung

Bestandsaufnahme und Perspektiven des Originalerhalts

Wie können wir die schriftlichen Kulturgüter in Archiven und Bibliotheken auf lange Sicht vor dem säurebedingten Papierzerfall bewahren? Dieser zentralen Frage widmete sich vom 18. bis 19. Juni 2024 ein Workshop am Landesarchiv Sachsen-Anhalt.

Die in Fachkreisen weithin anerkannte Antwort auf den säurebedingten Papierzerfall lautet seit Langem: durch Massenentsäuerung. Dieses Verfahren, bei dem im Papier vorhandene saure Verbindungen neutralisiert werden und eine zusätzliche alkalische Reserve eingebracht wird, ist in Deutschland seit rund dreißig Jahren im praktischen und bewährten Einsatz.

Gleichwohl hat sich in jüngster Zeit eine vom Bundesarchiv angestoßene Diskussion um den Nutzen der Massenentsäuerung entwickelt. Dort wird die angeblich geringe Wirksamkeit der verfügbaren Verfahren kritisiert und zugleich festgestellt, dass die Kapazitäten der Verfahrensbetreiber bei Weitem nicht ausreichen, um die enormen Mengen des vom Papierzerfall bedrohten Schriftguts rechtzeitig zu behandeln. Als Alternative wird die sogenannte Kaltlagerung propagiert, bei der durch eine erhebliche Absenkung der Magazintemperaturen die Reaktionsgeschwindigkeiten der chemischen Alterungsprozesse reduziert werden sollen.

Weil dadurch jedoch ebenfalls nur eine Verlangsamung des Papierzerfalls erreicht werden kann, wird die Digitalisierung der Originale als unverzichtbare Ergänzung für den Informationserhalt befürwortet.

Die Kontroversen um das Für und Wider der unterschiedlichen Optionen haben sich in jüngster Zeit zugespitzt. Hinzu kommt, dass ein wichtiger Entsäuerungsdienstleister, die zum Rheinmetall-Konzern gehörende Nitrochemie Aschau GmbH, derzeit nicht in diesem Geschäftsfeld tätig ist und sich der deutsche Anbietermarkt dadurch spürbar verengt. Zudem zwingen zunehmende Haushalts- und Fördermittelkürzungen die Archive zur noch genaueren Prüfung ihrer Optionen – und zu deren Vermittlung gegenüber Politik und Öffentlichkeit.

Bestandsaufnahme der Massenentsäuerung

Vor diesem Hintergrund lud das Landesarchiv Sachsen-Anhalt zusammen mit Johannes Kistenich-Zerfass (Hessisches Landesarchiv, Marburg) und Sven

Kriese (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin) Expertinnen und Experten aus Bibliotheken und Archiven, aus der Papierforschung und -technik sowie der Bauphysik zu einem Workshop nach Magdeburg ein. In dessen Mittelpunkt standen Fragen der Massenentsäuerung, zu der Ute Henniges (Staatliche Akademie der Bildenden Künste, Stuttgart) Ergebnisse retrospektiver Datenanalysen referierte und konstatierte, dass bisherige Prüfungen nach unterschiedlichen Kriterien und unter den Bedingungen sowohl künstlicher wie auch natürlicher Alterung die Wirksamkeit von Entsäuerungsmaßnahmen zweifelsfrei nachweisen konnten. Zugleich stellte sie fest, dass die bisherigen Ergebnisse fast durchweg anhand von Bibliotheksgut gewonnen wurden und signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Verfahren aufzeigen.

Manuela Fiedler (Papiertechnische Stiftung, Heidenau) erläuterte Normen und Messmethoden der Massenentsäuerung und betonte den 2018 mit der Verabschiedung der DIN 32701 erreichten Normierungsfortschritt, indem nunmehr anhand definierter Testpapiere vergleich- und nachvollziehbar die alkalische Reserve und der pH-Wert im Kaltextrakt bestimmt werden.

Daran schlossen sich Erfahrungsberichte aus der Schweizerischen Nationalbibliothek (Agnes Blüher) und der Sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek (SLUB, Michael Vogel) sowie für das Hessische Landesarchiv (Johannes Kistenich-Zerfass), die staatlichen Archive Bayerns (Laura Scherr), das Geheime Staatsarchiv (Sven Kriese, Ingrid Kohl) und für die Landesinitiative Substanzerhalt in NRW (LISE, Landesteil Westfalen-Lippe, Gabriele Rothkegel) an. Dabei zeigte sich eine große Vielfalt der Erfahrungen mit unterschiedlichen Papiereigenschaften, Alterungszuständen und eingesetzten Verfahren. Umso wichtiger ist es, die Wirkungen – und Nebenwirkungen – der Maßnahmen fortlaufend zu prüfen und mit den Dienstleistern zu erörtern, um die Behandlungsparameter an die Erfordernisse der je eigenen Bestände anzupassen.

Perspektiven der Kaltlagerung

Gleichwohl sprachen sich die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter von Archiven und Bibliotheken für die Fortführung der Entsäuerungsprojekte aus.

Dieser Tenor war umso naheliegender, als die Bestandsaufnahme zur Kaltlagerung ernüchternd ausfiel. Vergleiche und Querbeziehungen zwischen den beiden Alternativen des Originalerhalts zog Henrik Otto (Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Dessau) und hinterfragte dabei bekannte Faustformeln zur jeweiligen Wirksamkeit. Zudem konnte er die mitunter behaupteten Kostenvorteile der Digitalisierung als Alternative des Informationserhalts widerlegen. Er stellte auch die Ergebnisse einer internationalen Umfrage zu Kaltlagerungserfahrungen vor. Einschlägig waren vor allem die Informationen aus der Dänischen Nationalbibliothek zu der dort praktizierten Kühl Lagerung in einem Temperaturkorridor von 8–16°C.

Daran schloss sich der Bericht von Sabine Preuß (Deutsche Nationalbibliothek, Leipzig) zu den klimatischen Anforderungen an den fünften Erweiterungsbau der DNB in Leipzig an. Im Zuge der Planungen hatte sie die Gelegenheit, den hochmodernen Magazinbau der Library and Archives Canada in Gatineau zu besichtigen, in dem das Bibliotheks- und Archivgut größtenteils bei 10° C und 40 % relative Feuchte (r. F.) archiviert wird. Das damit angestrebte Erhaltungsziel von mindestens 500 Jahren liegt auch den Planungen der DNB zugrunde. Eine ebensolche Kaltlagerung für ähnlich große Mengen papiergebundenen Kulturguts ist jedoch in Deutschland bislang nirgends realisiert worden und, so die einhellige Einschätzung, angesichts der erheblichen Investitions- und Be-

triebskosten auf absehbare Zeit auch nicht realistisch. Diese bestätigte auch die Vorstellung der aktuellen Bauplanungen der SLUB Dresden, denn diesen liegt für das Gros des Bibliotheksguts ein Klimakernkorridor von 14–22°C bei 40–55 % r. F. zugrunde. Dadurch wird eine erhebliche Kostenersparnis erreicht, die auch die Fortführung der ergänzend für erforderlich erachteten Mengenentsäuerung ermöglichen soll. Abschließend erläuterte Lars Klemm (Fraunhofer Institut für Bauphysik, München) anhand zahlreicher Praxisbeispiele die bauphysikalischen Herausforderungen und energetischen Aufwände bei der Klimatisierung von Kulturgutdepots. Auch hier wurde deutlich, dass der Trend wegführt von Kaltlagerungskonzepten zu flexibleren Klimakorridoren, womit zwar Magazinbauten leichter und kostendämpfender realisierbar sind, aber keine Gewähr für eine hinreichende Eindämmung des endogenen Papierzerfalls geboten wird.

Die engagierten Debatten im Workshop um die Optionen zur Erhaltung des schriftlichen Kulturguts verdeutlichten auch aktuelle Forschungsbedarfe. Sie mündeten in den Vorschlag, die vorhandenen Daten aus der Qualitätssicherung bei Entsäuerungsmaßnahmen zusammenzuführen, um sie für systematisch-vergleichende Auswertungen offenzulegen und somit Anreize für weiterführende Forschungsansätze zu bieten oder die Reflexion der je eigenen Preservation Policy zu unterstützen.

Ralf Lusiardi

Denkanstöße aus dem Vortrag von Henrik Otto (Ausschnitt der Präsentation)

Wie viele Jahre vergingen von der Idee, die Kaltlagerung einzuführen, bis zu deren Praxis?	Kaltlagerung von sauergeleimten holzhaltigen Papieren: 5 °C / 30 % rF; ganzjährig konstant	Booster: Entsäuerung + Lagerung bei 16 °C / 45 % rF ergibt ein 5-6fache Verlängerung der Restlebensdauer	Der Strompreis für Privathaushalte stieg zwischen 2000 und 2021 jährlich um 6,1 %!
selektiv	Das LASA hat zwischen 2013-2023 4.090 lfdm, das sind 12,8 % seines entsäuerungsbedürftigen Bestandes, entsäuert.	Der jährliche Energieaufwand für die Kühlung von 1 m ³ Akten auf 5 °C beträgt < 30 kWh	Was sind für Sie die drei wichtigsten Vorteile der Kaltlagerung?
Absenkung auf 10 °C / 50 % rF ist gleichbedeutend mit 3-4 fache Lebensdauer-verlängerung	Kalkulation 2006: Kaltlagerung (4 °C / 50 % rF) = 131 kr / Einh. Massenentsäuerung (Faktor 3,5) = 140 kr / Einh.	Der kälteste Ort Deutschlands ist Marienberg-Kühnheide im Erzgebirge, die kälteste Region das Voralpenland.	50 Jahre verbleibende Benutzungszeit verlängern sich durch Entsäuerung mit Faktor 3-4 auf 175 Jahre
Haben Sie ein spezielles Lagergebäude dafür errichtet?	LASA-Rollregalanlage: 16,41m x 14,75m x 2,35m = 568,81 m ³ enthält 18.816 Folio-Kartons = 3,3 lfdm / m³	additiv	„Dennoch bleibt die Vorstellung des Originalerhalts eine Fiktion, da die Trägermaterialien chemischen Abbauprozessen ausgesetzt sind, die sich lediglich verzögern lassen“
Absenkung von 20 °C / 50 % rF auf 12 °C / 45 % rF vervierfacht die Restlebensdauer	Annahme 2006: mit dem Preis der Entsäuerung kann für 190 Jahre von 19 °C auf 5 °C gekühlt werden	Mit welchem Klimapaar lagern Sie sauer geleimte Papiere? Können Sie bitte den Jahresenergieverbrauch in kWh / m ³ angeben?	TRY (Testreferenzjahre) Mannheim Sommertage / Hitzetage 2010: 53 / 10 2045: 74 / 16



Landesarchivtag Sachsen-Anhalt 2024 in Dessau-Roßlau

Grußwort von Dr. Barbara Steiner, Direktorin der Stiftung Bauhaus Dessau (Foto: S. Hertel)

Der Landesarchivtag 2024 fand in Dessau-Roßlau in Aula, Bühne und Mensa des historischen Bauhausgebäudes statt. Er befasste sich mit dem Thema „Lauter weiße Flecken? Brennpunkte der Archivarbeit im 21. Jahrhundert“.

Zum Landesarchivtag Sachsen-Anhalt 2024 trafen sich am 12. und 13. Juni etwa 100 Archivarinnen und Archivare in Dessau-Roßlau. Begleitet wurde der Archivtag wie in den vergangenen Jahren von einer kleinen Fachmesse, in der diverse Aussteller ihre fachbezogenen Angebote und Hilfsmittel für die archivische Arbeit vorstellten. Allen beteiligten Firmen gebührt hierfür ein herzlicher Dank. Grußworte des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau-Roßlau Dr. Robert Reck, der Direktorin der Stiftung Bauhaus Dessau Dr. Barbara Steiner und des VdA-Vorsitzenden Ralf Jacob leiteten die Fachtagung ein.

Der Landesarchivtag nahm insbesondere die aktuellen Herausforderungen in den Blick, die Nachwuchs- und Fachkräftemangel, ungenügende personelle und sachliche Ausstattung, Digitalisierung und Einführung der E-Akte in der Verwaltung sowie die Notwendigkeit der elektronischen Langzeitarchivierung für viele Archive in Sachsen-Anhalt mit sich bringen.

Erster Tagungstag – Sektion 1: „Ausbildung und Personal“

Die erste Sektion eröffnete Prof. Dr. phil. Susanne Freund von der FH Potsdam mit einem grundlegenden Vortrag über die Herausforderungen, die

der latente Fachkräftemangel und die zu geringen Kapazitäten der Ausbildungseinrichtungen für die Archive aller Sparten in vielerlei Hinsicht mit sich bringen. Es gibt nicht den einen Ausweg aus diesem Dilemma, sondern eine Besserung der Situation und der Aussichten kann nur mittels vieler verschiedener Lösungsansätze erfolgen. So sind laut Freund eine qualifizierter Quereinstieg und Flexibilität in der Weiterbildung notwendig. Die Ausbildungskurricula müssen an den Bedarf der Digitalisierung und an die wachsenden Anforderungen hinsichtlich einer Interdisziplinarität angepasst werden. Eine Basis sollte der Deutsche Qualifikationsrahmen Archiv bilden, in dem in den vier Kategorien Wissen, Fertigkeiten, Sozialkompetenz und Selbständigkeit beschrieben wird, welche Qualifikationen Archivarinnen und Archivare erwerben sollen. Weitere vielversprechende Ansätze könnten Qualifizierung im Verbund und in einem Baukastensystem, Mentoringprogramme, Förderung von Diversität, stärkere Einbeziehung von Migrantinnen und auch geschickte und gezielte Berufswerbung sein.

Im anschließenden Vortrag vermittelte Corinna Ratai, unterstützt von Auszubildenden, praktische Erfahrungen bei der Ausbildung von Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, die im Landesarchiv erst seit 2019 wieder stattfindet. Im letzten Vortrag der Sektion erläuterte Prof. Dr. Michael Scholz die Grundlagen für Stellenbewertungen im Archiv. Entscheidend sind hier neben fachlichen Ansprüchen vor allem die verschiedenen Abstufun-

gen von selbstständigen Leitungen, also die von den Stelleninhabern wahrzunehmenden Ermessens-, Gestaltungs- und Beurteilungsspielräume, die häufig größer sind und damit höhere Eingruppierungen rechtfertigen, als vor allem die kommunalen Haupt- und Personalämter in ihren Stellenbewertungen tatsächlich festlegen.

Erster Tagungstag – Sektion 2: „Elektronische Archivierung und Überlieferungsbildung“

Im ersten Vortrag dieser Sektion am Nachmittag stellte Daniel Piskol das elektronische Kommunalarchiv (eKA) für Gemeinden, Städte und Landkreise in Sachsen vor. Piskol ist Leiter der eKA-Leitstelle bei der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bischofswerda. Es handelte sich um ein gemeinsames Projekt des Sächsischen Städte- und Gemeindetages und des Sächsischen Landkreistages, finanziert durch das Sächsische Finanzausgleichsgesetz. Antragsteller für das Projekt war der Sächsische Städte- und Gemeindetag. Für das Projekt standen von 2017 bis 2021 2,5 Millionen Euro zur Verfügung. Seit Januar 2022 läuft die Benutzungsphase für die kommunalen Archive. Das eKA hilft den teilnehmenden sächsischen Kommunen gleich in mehrfacher Hinsicht. So übernimmt eine kommunale Leitstelle die fachliche Betreuung der teilnehmenden Kommunen, leistet technische Unterstützung und steht für Fragen rund um die elektronische Archivierung zur Verfügung. Insgesamt entwickelte sich das eKA sehr schnell zu einem Erfolgsmodell und wird bereits von rund 40 Gemeinde-, Stadt- und Landkreisverwaltungen genutzt.

Vortrag von Anke Nikolai und Christian Schröder, Regionalarchiv Mittlere Uchte (Foto: S. Hertel)



Workshop „Stellenausschreibungen und Stellenprofile im Archivbereich“ mit Prof. Dr. Michael Scholz (Foto: S. Hertel)

Anke Nikolai und Christian Schröder gewährten anschließend einen Blick in auf die Entstehung und die Arbeit des Regionalarchivs Mittlere Uchte im Landkreis Stendal. Das Archiv entstand in privater Initiative, wird privat betreut und bemüht sich in dieser Form auch um die Bewahrung des Schriftgutes der Gemeinde.

Zukunft der kommunalen Überlieferungsbildung oder kommunales Armutszeugnis? Im letzten Vortrag des Nachmittags machte Sabine Seifert, Kreisarchivarin des Salzlandkreises, schonungslos deutlich, dass in der kommunalen Archivlandschaft Sachsen-Anhalts tatsächlich vieles im Argen liegt und vielerorts schmerzliche Überlieferungsverluste drohen oder bereits erfolgt sind. Die von Seifert aufgezeigten Missstände sind enorm, in vielen Stadtarchiven sogar noch größer als in den Kreisarchiven, wobei die Kolleginnen und Kollegen in den Archiven ihr Möglichstes tun. Die Archive in unserem Bundesland haben unter anderem zu kämpfen mit: zu wenig Personal, häufig fehlender archivischer Fachausbildung selbst bei Archivleitenden, abenteuerlichen fachlichen Unterstellungen im Verwaltungsgefüge, zumeist zu niedriger Eingruppierung, übervollen Magazinen, fehlenden Kenntnissen der Schriftgutverwaltung in den abliefernden Stellen, fehlender Unterstützung innerhalb der Verwaltung, Arbeitsschutzproblemen, fehlenden Archivinformationssystemen und fehlender technischer Ausrüstung, Verweigerung von Fortbildungen, Zuordnungen archivfremder Aufgaben. In vielen Städten des Landes gibt es kein hauptamtlich besetztes Archiv. Es besteht unzweifelhaft dringender Handlungsbedarf, den Sabine Seifert am Schluss ihrer kritischen Bestandsaufnahme folgendermaßen benannte: Überprüfung der Pflichtaufgabe Archiv durch übergeordnete staatliche Stellen, Einrichtung einer unterstützenden Archivberatungsstelle, ein einheitliches „Elektronisches Kommunalarchiv“ ähnlich dem sächsischen eKA und angemessene Stellenbewertungen und Eingruppierungen.





Impression der kleinen Fachausstellung archiverischer Dienstleister (Foto: S. Hertel)

Dr. Joachim Wilkens ging als Leiter des für das Archivwesen zuständigen Referats 15 im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt in seinem anschließenden Bericht unmittelbar auf den Vortrag von Sabine Seifert ein und dankte für diese erhellende Bestandsaufnahme.

Zweiter Tagungstag – Workshops

Mit einer aktuellen Stunde, Berichten des VdA-Landesvorsitzenden aus der Bundeskonferenz der Kommunalarchive und der VdA-Verbandsarbeit sowie von Marc Holly über die Arbeit der Beratungsstelle Bestandserhaltung Sachsen-Anhalt beim Gleimhaus in Halberstadt startete der zweite, von Workshops geprägte Tagungstag. Bevor die Workshops begannen, erläuterte Dr. Jan Brademann, Archivar der Evangelischen Landeskirche Anhalts, unter der Frage nach „Religion oder Nachlassverwaltung?“ seine Eindrücke und Erfahrungen hinsichtlich des kirchlichen Archivwesens in Zeiten forciertes Säkularisierung und zunehmender kultureller Demenz.

Anschließend boten sechs gut besuchte Workshops den Archivtagsteilnehmenden umfangreiche Fortbildungsmöglichkeiten. Dabei konnten sie in zwei Sektionen unter jeweils drei Workshops wählen. In einem der drei Workshops der ersten Sektion vertiefte Prof. Dr. Michael Scholz Inhalte seines Vortrags vom Vortag und gab Hinweise zu Stellenausschreibungen und Stellenprofilen

im Archivbereich. Den Einsatz von künstlicher Intelligenz bei der automatischen Handschriftenerkennung am Beispiel „Transkribus“, dessen Möglichkeiten und Grenzen stellte Helene Prokop (READ-COOP, Innsbruck) vor. Der dritte Workshop wurde von Vicky Rothe und Dr. Björn Schmalz vom Landearchiv Sachsen-Anhalt getragen und widmete sich der Gestaltung von Deposit- und Schenkungsverträgen.

Es folgten weitere drei Workshopangebote zu den Themen „Magazinpartnerschaften für die elektronische Archivierung“ (Björn Steffenhagen M.A., Landesarchiv Sachsen-Anhalt), „Digitalisierungsausschreibungen“ (Dr. Frank Kreißler, Stadtarchiv Dessau-Roßlau) und „Risiken erkennen und steuern – Bestandserhaltung im Archivalltag mitdenken“ (Marc Holly, Beratungsstelle Bestandserhaltung Sachsen-Anhalt).

Mit dem Vortrag „Ein kurzer Blick in die Archive der Stiftung Bauhaus Dessau“ von Dr. Sylvia Ziegner (Archiv der Stiftung Bauhaus Dessau), der Abschlussdiskussion und einer Führung durch das Bauhausgebäude klang der Landesarchivtag 2024 aus.

Ausblick

Der Landesarchivtag 2025 wird voraussichtlich am 12./13. Juni 2025 in Schönebeck (Elbe) stattfinden.

Frank Kreißler
(Stadtarchiv Dessau-Roßlau)

Führung durch das Bauhausgebäude zum Abschluss des Landesarchivtages (Foto: S. Hertel)





Bestandsaufnahme der Situation der Kommunalarchive in Sachsen-Anhalt im Jahr 2024

Eine unsachgemäße Lagerung führt zum unwiederbringlichen Verlust des Archivguts.

Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um den gekürzten Redebeitrag während des Landesarchivtages 2024 zur Bestandsaufnahme der Situation der Kommunalarchive des Landes Sachsen-Anhalt.

Situation der Kreisarchive in Sachsen-Anhalt

Nach der Kreisgebietsreform von 2007 betätigten sich 2007 56 Mitarbeiter/innen in den Archiven. Derzeit arbeiten 45 Personen in den Kreisarchiven, vom Ein-Mann-Betrieb bis zum Acht-Personen-Archiv in verschiedenen Konstellationen. Grund dafür sind unter anderem die unterschiedliche Zusammensetzung von kombinierten Kreis- und Stadtarchiven oder die Unterhaltung verschiedenlicher Anzahlen von Außenstellen. Zur Verständigung – es handelt sich um Bestands(fach)kräfte – ohne Wertung, ob ausreichend Personal vorhanden ist.

Die Arbeit eines jeden Mitarbeiters ist durch nichts zu schmälern. Dennoch ist es beachtlich, dass nur sieben der elf Kreisarchive von Archivaren geleitet werden. Eines der Archive wird von einem FaMI und drei werden von art- bzw. verwaltungsfremdem Personal geleitet.

Der/Die Kreisarchivar/in im Land Sachsen-Anhalt ist durchschnittlich 47 Jahre alt, in der Mehrzahl weiblich und verwaltet jeweils 1,6 laufende Kilometer Akten – ohne Berücksichtigung der unbesetzten Stellen. Im Vergleich: im Jahr 1991 wurden 600 lfm betreut, im Jahr 2007 960 lfm. Nach Informationen aus einigen Archiven erfolgen dort aus Platzmangel keine Aktenübernahmen mehr. 60 Prozent klagen über großen Platzmangel!

Derzeit ist kein Kreisarchiv in einem Zweckbau untergebracht. Mehr oder weniger geeignete Räumlichkeiten in umgebauten Schulen, Kellerräume der Kreisverwaltungen oder nachgeordneter Einrichtungen und historische Gebäude dienen als Archiv.

Von den elf Kreisarchiven unterhält eins ein Zentral-

archiv, in vier Kreisen sind bis zu drei Außenstellen dauerhaft mit Mitarbeitern besetzt. Sechs Kreisarchive fahren ihre ein bis drei Außenstellen bei Bedarf bzw. ein- bis dreimal wöchentlich an.

Im Land bildet ein Kreis einen eigenen Fachdienst Archiv ohne weitere Aufgabengebiete. Eigene Sachgebiete bilden nur drei Kreisarchive. Fünf Archive unterstehen dem Hauptamt/Zentralen Service/FD Zentrale Dienste. Die weiteren: Schul- und Sportamt, Amt für Gebäudemanagement, dem FD IT, dem Bauamt.

Die Erfassung der Bestände in Archivprogrammen hat sich zum Jahr 2015 ein wenig verändert, heute arbeiten noch drei Kreisarchive ohne Archivprogramm. Ganze drei Archive setzen es auch im Verwaltungsarchiv ein, alle anderen verwalten nur das Endarchiv.

Situation der Stadtarchive in Sachsen-Anhalt

Die Umfrage in den Stadtarchiven des Landes Sachsen-Anhalt kann nicht als repräsentativ bezeichnet werden. Die ausgewählten und angerufenen Stadtarchive sollten einen Querschnitt abbilden: von Archiven in historisch, auch landesgeschichtlich besonders interessanten Städten bis zu Archiven in dünn besiedelten Gebieten, über das ganze Land verteilt. Ausgenommen davon: die kreisfreien Städte Magdeburg, Halle, Dessau-Roßlau.

Um es vorweg zu nehmen: Fünfzehn Städte wählte ich aus, zehn Gespräche kamen zustande. Von den fünf nicht erreichten Stadtarchiven ist ein Archiv seit zwölf Jahren nicht besetzt, in einer Kommune mit rund 15.000 Einwohnern! Eine Stellenbesetzung ist ungewiss.

In einem Archiv ist ein ehrenamtlicher Kollege tätig. Wir sprechen hier von einer Kommune, welche 2020 19.396 Einwohner hatte und 994 ersterwähnt wurde. Ist diesen Kommunen ihre eigene Geschichte so wenig wert, die Absicherung ihrer Funktionen und Rechte sowie Pflichten egal? Eine Kollegin sagte, „Unserem Bürgermeister ist das Spaßbad wichtiger als das Stadtarchiv!“

Der/Die Stadtarchivar/in im Land Sachsen-Anhalt ist durchschnittlich 46 Jahre alt – ebenso wie bei den Kreisarchiven eher eine Frau und verwaltet 1,04 laufende Kilometer Akten. Die Stadtarchive werden von bis zu fünf Personen betreut. Also ein Personalschlüssel von 2,3 Mitarbeitern je Archiv. Im Durchschnitt! Rechnen wir die zwei personell gut ausgestatteten Archive ab, verbleiben bei den restlichen Archiven 1,5 Mitarbeiter, die jeweils 2,4 laufende Kilometer Akten betreuen! Geleitet werden die Archive von FaMIs, Bibliothekaren/innen, Museologen/innen, Verwaltungsmitarbeitern/innen und „engagierten Laien“. Aber, es sind nicht repräsentative Zahlen, da nur 10 von 104 Städten befragt wurden.

Und dann gibt es noch die Spitze des Eisbergs – in einem Kreis des Landes Sachsen-Anhalt existiert nur ein Stadtarchiv – in Verbindung als Kreis- und Stadtarchiv. Vier Städte und drei Einheitsgemeinden haben jeweils kein besetztes Archiv! Drei der Städte haben weit mehr als 10.000 Einwohner!

Auf Unterstützung in Form von Archivprogrammen können 60 % zurückgreifen, alle anderen würden gern – es fehlt schlicht an finanziellen Mitteln. Über Platzmangel klagen 50 % der befragten Archive. Als reines Endarchiv verstehen sich 40 %, alle anderen betreuen auch die Zwischenarchivakten.

Das Tagesgeschäft in den Stadtarchiven wird, im Gegensatz zu den Kreisarchiven, durch die Bearbeitung der Anfragen zum Personenstand geprägt. Bei vielen Anfragen täglich kommen Einzelkämpfer kaum zur Wahrnehmung anderer Aufgaben, ganz zu schweigen davon, wenn auch die Bauakten zu den

Der äußere Eindruck könnte täuschen – ein saniertes Kommunalarchiv, vielleicht schlecht besetzt und nicht geordnet? (Foto: S. Seifert)



Beständen zählen. 60 % der befragten Stadtarchive betreuen keine Außenstellen, 40 % unterhalten bis zu drei anzufahrende Außenstellen. Eine Kuriosität: Eine Stadt unterhält als Magazin eine alarmgesicherte Wohnung innerhalb eines Neubauviertels.

Im Vergleich zu den Kreisarchiven gestaltet sich die Unterstellung abenteuerlicher. Hier die Aufzählung, wem die befragten Stadtarchive unterstellt sind:

- SG Städtisches Museum
- Zentrale Dienste
- Personalamt
- Hauptdezernat
- Amt für Schule, Sport und Soziales
- Ordnungsamt
- Stabsstelle beim OB
- Städtische Sammlungen
- Soziales
- oder ganz ausgegliedert in eine Kulturanstalt, wo Archiv und Museum eine Einheit bilden.

Es ist sicher aufgefallen: Zehn Archive, zehn verschiedene Unterstellungen. Dazu kommt, dass beispielsweise in einem Archiv „nebenbei“ ein Museum haushaltstechnisch und öffentlichkeitswirksam mit betreut werden muss. Eine Kollegin erzählte: „Wenn man einem Museum untersteht, fühlt man sich wie das fünfte Rad am Wagen.“ Die Öffentlichkeitsarbeit der Archivmitarbeiter besteht darin, Ausstellungen des Museums mit Archivmaterial zu ergänzen – gefühlt als „Handlanger für das Museum“.

Auch hier komme ich zu dem Schluss: Archive arbeiten zu, haben aber selbst kaum eine Lobby. Das hat unterschiedlichste Gründe, am Ende ist das Archiv nur ein Kostenfaktor. Es ist ein Bürgermeister/in, ein/e direkte/r Vorgesetzte/r der/die über das Wohl und Wehe eines Archivs entscheidet. Ein Archiv zu unterhalten ist immer noch eine Pflichtaufgabe einer jeden Kommune – nur kontrolliert wird es von niemandem!

Die Kommunalarchive benötigen dringend:

- Überprüfung der Pflichtaufgabe durch übergeordnete Stellen,
- eine unterstützende Archivberatungsstelle,
- ein einheitliches „Elektronisches Kommunalarchiv“,
- und die Wahrnehmung durch die Kommunen, dass der Mangel an ausgebildeten Archivfachkräften bestimmt nicht mit besonders niedrigen Eingruppierungen bekämpft werden kann.

Sabine Seifert

(Kreisarchiv des Salzlandkreises, Bernburg)



Das Landesarchiv 2024: Rückblick und Ausblick

Die Standorte Magdeburg (links), Dessau-Roßlau, Wernigerode (rechts oben) und Merseburg (rechts unten)

Nach pandemiebedingter Unterbrechung waren wir im zurückliegenden Jahr erstmals seit 2019 wieder in der breitesten Öffentlichkeit eines Sachsen-Anhalt-Tages vertreten. Die Corona-Einschränkungen wie die bis April 2023 durch winterliche Energiesparmaßnahmen verkürzten Öffnungszeiten gerieten mit vielfältigen Einladungen zu den Angeboten eines bürgeroffenen Hauses der Geschichte scheinbar in Vergessenheit. Aber auch im Nachjubiläumsjahr 2024 musste vor dem Hintergrund des andauernden russischen Krieges gegen die Ukraine und 70 Jahre nach Unterzeichnung der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut in bewaffneten Konflikten der Archiv- und Kulturgutschutz in lange ungeahnten Dimensionen mitgedacht werden. Zudem unterstreichen zunehmende Extremwetterereignisse die Bedeutung einer breit angelegten Notfallvorsorge als archivischer Kernaufgabe.

Personalentwicklung, Ausbildung und Telearbeit

Die aus einem 2022 von 69 auf 66 erneut abgesenkten Vollzeitäquivalentziel resultierenden Personalengpässe und Überlastungen zogen sich auch durch das Jahr 2024. Unsere Ausbildungsinitiative der letzten Jahre setzen wir trotz schwieriger Rahmenbedingungen mit hohem Engagement aller Beteiligten fort: Die im Vorjahr begonnenen Ausbildungen von drei Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste sowie drei archivischen Anwärter*innen laufen noch bis 2025; neue Ausbildungen folgen übergangslos. 2024 haben wir zudem eine neue Referendarin und einen Referendar eingestellt.

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt hat den generationellen Wandel, in dessen Verlauf bis 2030 weitere elf Beschäftigte altersbedingt ausscheiden werden, auch 2024 erfolgreich ausgestaltet. Nach teils längeren Vakanz konnten mit nur einer Ausnahme alle erforderlichen Neueinstellungen realisiert werden.

Am 1. Dezember 2024 konnten wir 66 Mitarbeiter*innen fest und zwei befristet beschäftigen. 31 und damit fast die Hälfte wurden seit 2017 und 24 vor 1999 eingestellt. Der Altersdurchschnitt lag bei 49 Jahren. Zwei Elternzeitvertretungen, drei Auszubildende, drei Anwärter*innen, zwei Referendar*innen, sieben bundesfinanzierte Projektkräfte, zwei FSJ-Leistende sowie weitere Projektkräfte, Praktikant*innen und Ehrenamtliche arbeiteten an den vier Standorten des Landesarchivs. Im Bereich der Ehrenamtlichen ist für 2025 ein weiterer Zuwachs zu erwarten.

2025 wird der Anteil der fest Beschäftigten an all den Personen, die unsere landesarchivische Aufgabenerledigung ermöglichen, voraussichtlich auf zwei Drittel sinken. Diese Relation lässt die zunehmende Differenz zwischen Personalbedarf und -ausstattung erkennen. Im mittlerweile fünften Telearbeitsjahr hat sich mit spürbarem Abstand zu pandemiebedingten Sonderbedingungen ein Telearbeitsanteil eingespielt, der auf die Besonderheiten archivischen Arbeitens abgestimmt ist. Neue Flexibilitäten werden durch die innerhalb eines kurzen Zeitraumes selbstverständlich gewordenen Möglichkeiten von Videokonferenzen ergänzt. Standortübergreifende Abstimmungen innerhalb des Landesarchivs und die zunehmenden länderübergreifenden fachlichen Kooperationen werden mit dieser neuen kommunikativen Qualität erheblich erleichtert.

Benutzung

2023 mussten wir infolge reduzierter personeller Ressourcen die standortspezifischen Öffnungszeiten verkürzen. Die Neuregelung wurde von weiteren Anpassungen der Benutzungsmodalitäten flankiert, um die archivische Arbeitsfähigkeit trotz struktureller Personalengpässe sicherzustellen. Substantielle Einschränkungen der Benutzungsmöglichkeiten konnten wir vermeiden.

Ausbildung

Im Mai 2024 haben Frau Simone Hacke und Herr Adrian Grave ihr Referendariat im Landesarchiv Sachsen-Anhalt aufgenommen. Bis Dezember 2024 werden sie den praktischen Teil der Ausbildung absolvieren. Ab Januar 2025 folgt dann der theoretische Teil an der Archivschule Marburg. Wir heißen Frau Hacke und Herrn Grave herzlich willkommen und wünschen einen guten Start im Landesarchiv!

Mehr Informationen zu Ausbildungsmöglichkeiten im Landesarchiv finden Sie auf der Homepage unter: <https://lha.sachsen-anhalt.de/landesarchiv/ausbildung>



Zum quantitativen Angebot der Vor-Corona-Jahre sind wir mit weniger Öffnungstagen und -stunden nicht zurückgekehrt, haben jedoch unsere Online-Angebote sowie beispielsweise die Selbstanfertigung von Reproduktionen in der Pandemie qualitativ ausgebaut.

In den nächsten Jahren stehen eine Evaluation und Neuaufstellung unserer Onlinerecherche sowie die überfällige Einführung von Onlinebestellmöglichkeiten an. Digitale Reproduktionen werden ab 2025 endlich cloudbasiert bereitgestellt.

Projektorientierung

Prioritäre Aufgaben in den Bereichen Bestandserhaltung, Erschließung, Digitalisierung und historische Bildungsarbeit hat das Landesarchiv in den letzten Jahren angesichts verknappter Personal- und Haushaltsressourcen sowie neuer strategischer Schwerpunktsetzungen auf bundes- oder DFG-finanzierte Projektzusammenhänge verlagert. Dieser Prozess der notwendigen Neuorientierung bestimmte auch das Jahr 2024 und wird sich 2025 fortsetzen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei das mehrjährige Mauerfonds-Projekt zum Ausbau einer nachhaltigen archivischen Forschungsinfrastruktur, das 2023 (S. 36–38) ausführlicher vorgestellt wurde.

Überlieferungsbildung und Erschließung

Die systematische Auswahl und Übernahme des archivwürdigen Anteils aus der laufenden Schriftgutproduktion der Landesverwaltung bleibt eine der Hauptaufgaben des Landesarchivs, die in der Spätphase analogen Verwaltungshandelns besondere Herausforderungen mit sich bringt, um auf Schriftgutangeboten adäquat reagieren zu können. Seit 2018 verschiebt sich mit dem Produktivbetrieb

des Elektronischen Landesarchivs Sachsen-Anhalt (E-LASA) der fachliche und strategische Schwerpunkt kontinuierlich zur digitalen Archivierungsfähigkeit. Hierbei bewegen wir uns in einer doppelten Verbundstruktur (DAN und DIMAG) mit eigener Softwareentwicklung, die mittlerweile die Mehrheit der Landesarchive zusammenführt. Zugleich bieten wir mit dem E-LASA-Modell interessierten Kommunalarchiven im Rahmen sogenannter Magazinpartnerschaften eine direkt mitnutzbare elektronische Archivierungslösung an.

Unsere online verfügbaren Erschließungsinformationen und eine an Rückgratbeständen orientierte Auswahldigitalisierung bauen wir sukzessive aus. Grundlage für diese Internet-Angebote, mit denen wir auch im Archivportal-D prominent vertreten sind, bleiben kontinuierliche Erschließungsarbeiten. Die Archivarinnen und Archivare an vier Standorten leiten hierbei über die eigenen Arbeiten hinaus zunehmend auch Projektkräfte an, um Erschließungsrückstände abzubauen. Immerhin konnten 2017-23 knapp 4.000 lfm Akten erschlossen werden. Online recherchierbar sind 1,55 Mio. Erschließungseinheiten bzw. 41 % des Gesamtbestandes.

Digitalisiert haben wir mittlerweile insgesamt 125.000 Verzeichnungseinheiten, was ungefähr 2,2 % des Archivgutes entspricht. Von 8,5 Mio. Digitalisaten waren 2024 bereits 4,5 Mio. online verfügbar; die Onlinestellungen können infolge begrenzter personeller Kapazitäten nur zeitversetzt erfolgen.

Bestandserhaltung

Die systematische Reinigung und Verpackung von Archivgut sowie die externe Beauftragung stabilisierender Massenentsäuerungen haben wir 2024 fortgesetzt und so die dauerhafte Bestandserhaltung

des Landesarchivgutes erneut mit höchster Priorität betrieben.

Bereits in den Jahren 2017–23 konnten wir Aktenbestände im Umfang von 8.100 lfm reinigen und 9.500 lfm kartonieren. Diese Basismaßnahmen der Bestandserhaltung bereiten zugleich die mit der anstehenden Umsetzung des Standortkonzeptes erforderlichen Archivgutumlagerungen in ein künftiges zweites Magdeburger Magazinmodul vor.

In die externe Beauftragung von Mengenentsäuerungen im Blockverfahren ist das Landesarchiv 2012 mit einem Pilotprojekt eingestiegen und hat diese seitdem konsequent betrieben (vgl. Archive in Sachsen-Anhalt 2018, S. 12–15, und 2021, S. 47–50). Bis Ende 2024 wurden insgesamt 4.546 lfm entsäuert – der 2018 ermittelte Gesamtumfang des im Landesarchiv entsäuerungsbedürftigen Archivgutes liegt bei 29.000 lfm. Die Wirksamkeit und die strategische Relevanz einer Fortführung der Massenentsäuerung haben wir in einem von uns mitveranstalteten Workshop zu „Bestandsaufnahme und Perspektiven des Originalerhalts“ auf den Prüfstand gestellt (vgl. S. 86–87).

Seit 2017 hat das von der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes (KEK) gesteuerte Bundesprogramm auch die Bestandserhaltung im Landesarchiv erheblich vorangebracht: Mit jeweils 50%igem Förderanteil haben die Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien bisher 16 Entsäuerungs- und ein Reinigungsprojekt des Landesarchivs ermöglicht, die insgesamt 1.979 lfm umfassten. 2024 wurden dank der KEK-Förderung drei zentrale

Bestände zur Geschichte der mitteldeutschen Energie- und Chemieindustrie der NS- und DDR-Zeit entsäuert: I 507 VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, F 503 Braunkohlen und Brikett-Industrie AG, Berlin (BUBIAG) sowie F 504 Braunkohlen und Brikett-Industrie AG, Berlin, Werksdirektion Mückenberg.

Die 2023 begonnenen, mit Bundesmitteln aus dem Mauergrundstücksfonds finanzierten Reinigungsprojekte an den Standorten Wernigerode und Merseburg konnten fortgesetzt werden (vgl. Archive in Sachsen-Anhalt 2023, S. 36–38). Dem dauerhaften Erhalt von Archivgut mit besonderer Forschungsrelevanz diene in diesem Jahr die Entsäuerung von vier wichtigen DDR-Beständen, nämlich des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr (K 6), der Bezirksbehörde Halle der Deutschen Volkspolizei (M 555) sowie von zwei Beständen der Chemieindustrie.

Öffentlichkeitsarbeit

Nach den Besonderheiten eines intensiven Jubiläumsjahres haben wir 2024 im engen Rahmen verknappter personeller Möglichkeiten unsere breit aufgestellte Öffentlichkeitsarbeit fortgesetzt und dabei auch neue Formate erprobt, die in diesem Heft in mehreren Beiträgen vorgestellt werden.

Erstmals haben wir uns dabei auf eine (Außen-)Tafelausstellung auf dem bei Heimspielen des 1. FC Magdeburg regelmäßig von Fußballfans genutzten Archivparkplatz eingelassen. Die Ausstellung fand hier wie bei der anschließenden Aufstellung in einem Magdeburger Einkaufszentrum bemerkenswerten



Zuspruch. In einem fußballgeschichtlichen Zeitzeugen-
gespräch haben wir die archivalische Überlieferung mit
der Zeitzeugenperspektive kontrastiert und ergänzt
– das Publikumsinteresse war überaus erfreulich.

Demokratieförderung und historische Bildungsarbeit

Unsere **QuellenNAH**-Reihe haben wir 2024 mit der
neunten Veröffentlichung in etwas mehr als drei Jah-
ren fortgesetzt. Das Bausteinheft „Sinti und Roma
in Sachsen-Anhalt. Zwischen Antiziganismus und
Selbstbehauptung“ will einen dringend notwendigen
Beitrag zur historischen Aufklärung und gegen
Antiziganismus leisten.

Das Landesarchiv sowie das Landesinstitut für Schul-
qualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA)
und die Landeszentrale für politische Bildung als
seine Kooperationspartner haben im Rahmen des
Projektes auch mit dem Dokumentations- und Kul-
turzentrum Deutscher Sinti und Roma sowie dem
Verein Menda Yek e. V. zusammengearbeitet - alle Be-
teiligten konnten dabei von- und miteinander lernen.
Als Landesarchiv wurden wir mit einem kulturellen
Selbstverständnis konfrontiert, das eine nutzungs-
orientierte archivische Praxis aus der Perspektive von
Nachkommen der NS-Opfer als Störung der Toten-
ruhe empfindet. Diese Wahrnehmung stellt uns vor
neue fachliche wie rechtliche Herausforderungen, die
uns in den nächsten Jahren begleiten werden.

PRÄSENTATIONSVORANSTALTUNG
ZUM **QUELLENNAH-HEFT 9**
SINTI UND ROMA IN SACHSEN-ANHALT

IM LANDESARCHIV SACHSEN-ANHALT
IN MAGDEBURG, BRÜCKSTRAÛE 2
AM 9. DEZEMBER 2024, 18.00 UHR

Musikalischer Auftakt

BEGRÜßUNG
Dr. Detlev Heiden (Leiter des Landesarchivs Sachsen-Anhalt)

GRÜßWÖRTE
Mehmet Dalmagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland) Videobotschaft
Eva Feußner (Ministerin für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt)
Klaus Zimmermann (Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt)
Romani Rose (Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma)

Musikalisches Intermezzo

VORTRÄGE & PODIUMSGESPRÄCH
Dr. Detlev Heiden
Historische Bildungsarbeit als archivische Aufgabe
Verena Meier (Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg | vorm. Landesarchiv Sachsen-Anhalt)
„Sinti und Roma in Sachsen-Anhalt. Zwischen Antiziganismus und Selbstbehauptung“ – Ein Einblick in das QuellenNAH-Heft

Die **QuellenNAH**-Reihe drückt unser Selbstverständnis aus und hat sich innerhalb weniger Jahre als ein
Markenzeichen des Landesarchivs Sachsen-Anhalt
etabliert. Wir begreifen uns als Kulturgut sicherndes
und zugänglich machendes Gedächtnis des Landes
sowie als bürgerorientierten Informationsdienstleister.
Wir leisten aktive Beiträge zur historischen Identitäts-
bildung in Sachsen-Anhalt, zur Erinnerungskultur
und zur Demokratieförderung sowie zur Heranführung
von Schülerinnen und Schülern an das Arbeiten
mit archivischen Quellen.

Kernelement unseres archivpädagogischen Ange-
botes wird auch in den nächsten Jahren die Reihe
QuellenNAH bleiben, die wir im laufenden Projekt
zum Ausbau einer nachhaltigen archivischen For-
schungsinfrastruktur mit dem Schwerpunkt Indust-
riekultur und Industriegeschichte fortführen werden.
Ein besonderer Akzent soll hierbei auf der sozial- und
alltagsgeschichtlichen Dechiffrierung betriebsfoto-
grafischer Überlieferungen liegen, um so die Metho-
denkompetenz der Schülerinnen und Schüler wie
aller historisch Interessierten im Umgang mit Bildme-
dien zu fördern.

Ausblick

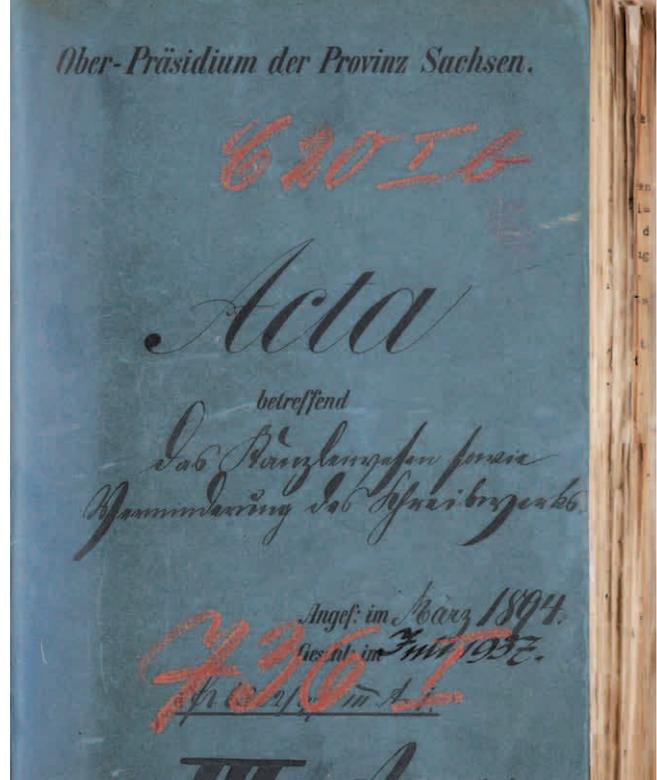
2025 und 2026 werden wir als Landesarchiv vor au-
ßergewöhnlichen Herausforderungen stehen. Ein
Vierteljahrhundert nach der Zusammenlegung dreier
staatlicher Archive zu einem damaligen Landes-
hauptarchiv und im 15. Nutzungsjahr eines modular
geplanten Magdeburger Magazinbaus, dessen Ka-
pazitätsreserven bis 2024 reichen sollten, stellt sich
immer noch die entscheidende Frage aus dem Jubi-
läumsjahr: Wann wird die Umsetzung des politisch
lange beschlossenen Standortkonzeptes mit dem
dringend erforderlichen Bau eines zweiten Mag-
deburger Magazinmoduls beginnen? Die kontinu-
ierliche Übernahmefähigkeit des Landesarchivs für
mit dem Übergang zu elektronischem Verwaltungshandeln
verstärkt und in verdichteten Zeiträumen anfallende
archivwürdige Unterlagen aus der Landesverwaltung
zu sichern, bleibt die vorrangige Verpflichtung der
nächsten Jahre.

Für die Übernahmen elektronischer Unterlagen aus
der Landesverwaltung sind wir seit 2018 mit dem
sogenannten E-LASA in länderübergreifenden Ver-
bundstrukturen gut aufgestellt. Unser eigenes Ver-
waltungshandeln bis hin zur Auskunftserteilung und
Lesealbenutzungen bewegt sich jedoch trotz aller
Optimierungen und technischen Innovationen der
letzten Jahre im Kern noch immer in bis in das 19. Jahr-
hundert zurückreichenden „analogen“ Traditionen.

Die im September 2023 von der Landesregierung beschlossene Strategie „Sachsen-Anhalt Digital 2030“ sieht vor, bis Ende 2027 den Rollout der E-Akte nicht nur in den Ministerien, sondern in der gesamten Landesverwaltung abzuschließen.

Für das Landesarchiv ist derzeit die Einführung der E-Akte im 2. Quartal 2026 vorgesehen. Damit ist die Herausforderung und Chance verbunden, bisherige Geschäftsprozesse an das neue Arbeitsinstrument anzupassen und beispielsweise Benutzungsabläufe und -bedingungen qualitativ weiterzuentwickeln. Zugleich ist das Landesarchiv gefordert, bei der gemeinsamen E-Akte-Einführung im Geschäftsbereich des Innenministeriums die anderen Behörden bei der Organisation der Führung und Aussonderung der Altakten zu beraten.

Detlev Heiden



Kanzleiwesen sowie Verminderung des Schreibwerks (LASA, C 20 I, Ib Nr. 736; Bd. 1)

Statistik 2023

Bestände

magaziniertes Archivgut in Regalmetern	64.730
digitales Archivgut in GB	1.460

Onlinestellung

online recherchierbares Archivgut	41,0 %
online recherchierbare Erschließungseinheiten	1.551.000
online verfügbare Digitalisate	4.400.000

Erschließung

Akten in lfm	648
Urkunden	281
Karten, Pläne, Zeichnungen, Risse	1.683
Fotos	9.040

Benutzung [vier Standorte]

Jahresöffnungstage	522
durchschnittliche Öffnungsstunden pro Öffnungstag	8,3
Lesesaalbenutzerinnen und -benutzer	764
Nutzertage in den Lesesälen	1.805

benutzte Archivalien

Akten	12.810
Karten, Pläne, Zeichnungen, Risse	2.187
Urkunden	546
Fotos	3.342

Schriftliche Auskunftserteilung

Auskünfte in Verwaltungsverfahren	517
Auskünfte zu gewerblichen Anfragen	182
Auskünfte zu wissenschaftlichen Anfragen	1.064
Auskünfte zu privaten Anfragen	752

Überlieferungsbildung

anbietungspflichtige Stellen	304
Zahl der Anbietungen	179
Anbietungen in lfm	8.536
übernommenes Archivgut in Regalmetern	300
übernommenes digitales Archivgut in GB	733

Bestandserhaltung

gereinigt	
entmetallisiert	
Akten in lfm	516
verpackt/kartoniert	
Akten in lfm	807
Fotos	11.091
restauriert	
Akten	1.161
Karten, Pläne, Zeichnungen, Risse	140
Blockentsäuerung	
Akten in lfm	238

Landesarchiv Sachsen-Anhalt: Standorte

Abteilung Magdeburg und Abteilung Zentrale Dienste

Brückstraße 2, 39114 Magdeburg
Tel.: (0391) 59806-100 (Benutzersaal)
(0391) 59806-0 (Zentrale)
Fax: (0391) 59806-600
E-mail: Poststelle-LASA@sachsen-anhalt.de

Abteilung Dessau

Heidestraße 21, 06842 Dessau-Roßlau
Tel.: (0340) 519896-40 (Benutzersaal)
(0340) 519896-0 (Zentrale)
Fax: (0340) 519896-90
E-mail: Dessau-LASA@sachsen-anhalt.de

Abteilung Magdeburg, Standort Wernigerode

Lindenallee 21, 38855 Wernigerode
Tel.: (03943) 26268-14 (Benutzersaal)
(03943) 26268-0 (Zentrale)
Fax: (03943) 26268-25
E-mail: Wernigerode-LASA@sachsen-anhalt.de

Abteilung Merseburg

König-Heinrich-Str. 83, 06217 Merseburg
Tel.: (03461) 4738-51 (Benutzersaal)
(03461) 4738-0 (Zentrale)
Fax: (03461) 4738-15
E-mail: Merseburg-LASA@sachsen-anhalt.de



Impressum

Landesarchiv Sachsen-Anhalt

Brückstraße 2, 39114 Magdeburg
Tel.: (0391) 59806-0
Fax: (0391) 59806-600
E-mail: Poststelle-LASA@sachsen-anhalt.de
Internet: lha.sachsen-anhalt.de

Ältere Ausgaben finden Sie auf unserer Homepage:
lha.sachsen-anhalt.de

Solange der Vorrat reicht, können Sie auch
kostenlose Print-Exemplare bestellen.
Richten Sie dazu einfach eine E-Mail an:
Poststelle-LASA@sachsen-anhalt.de

Redaktion

Dr. Felix Schumacher

Autorinnen und Autoren

Die Autorinnen und Autoren werden unter den Arti-
keln genannt. Sofern nicht anders angegeben, sind
diese Beschäftigte des Landesarchivs Sachsen-Anhalt.

Gestaltung

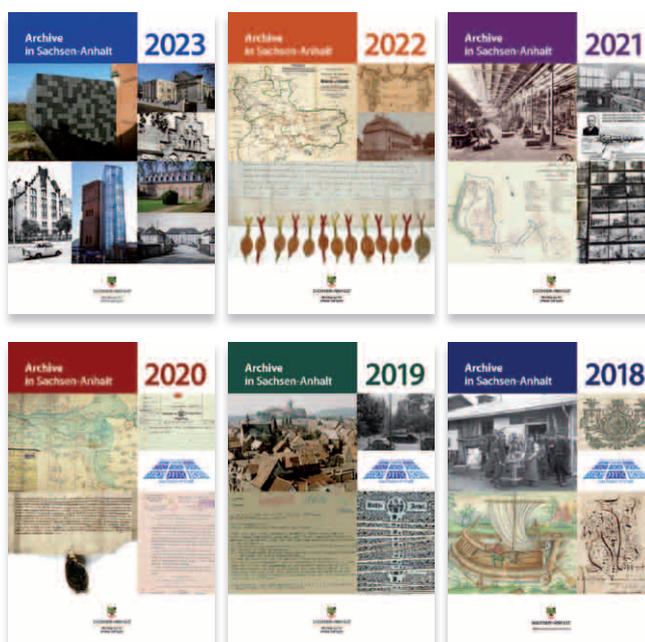
crimi.de *sign*

Crimi Design, Bergener Str. 38, 30625 Hannover

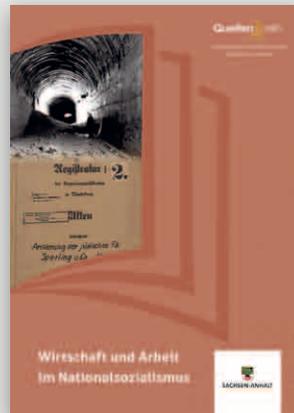
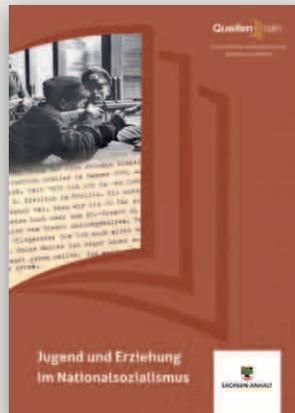
Druck

ONLINE GEDRUCKT VON
SAXOPRINT

Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01227 Dresden



Geschichte und Gesellschaft im Nationalsozialismus



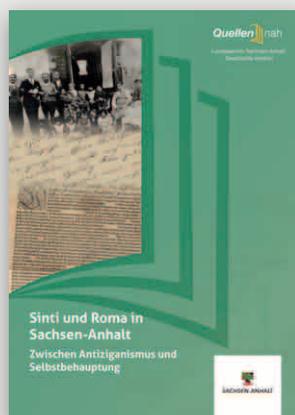
Informationen zur Bestellung

Die Materialien sind über die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt zu beziehen.

Geschichte und Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)



Themenbausteine



Weitere Bausteine folgen ...

Digitales Angebot

Unter <https://lha.sachsen-anhalt.de/onlineangebote/quellennah> können die Hefte als PDF heruntergeladen werden.



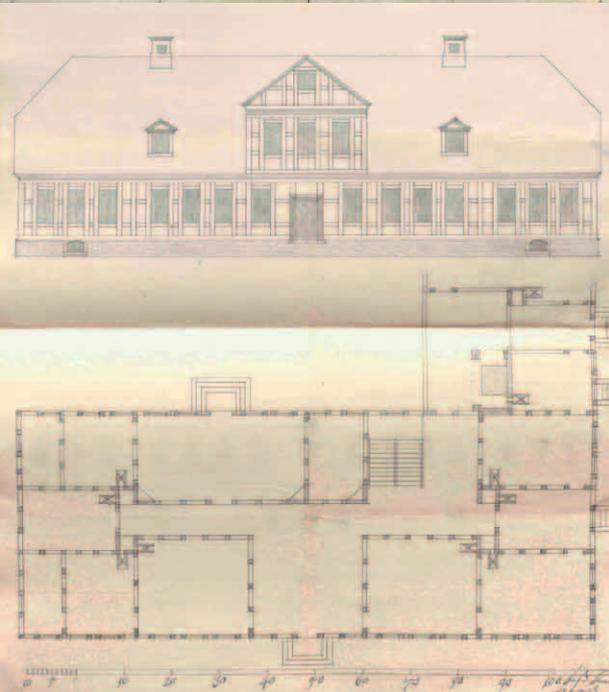
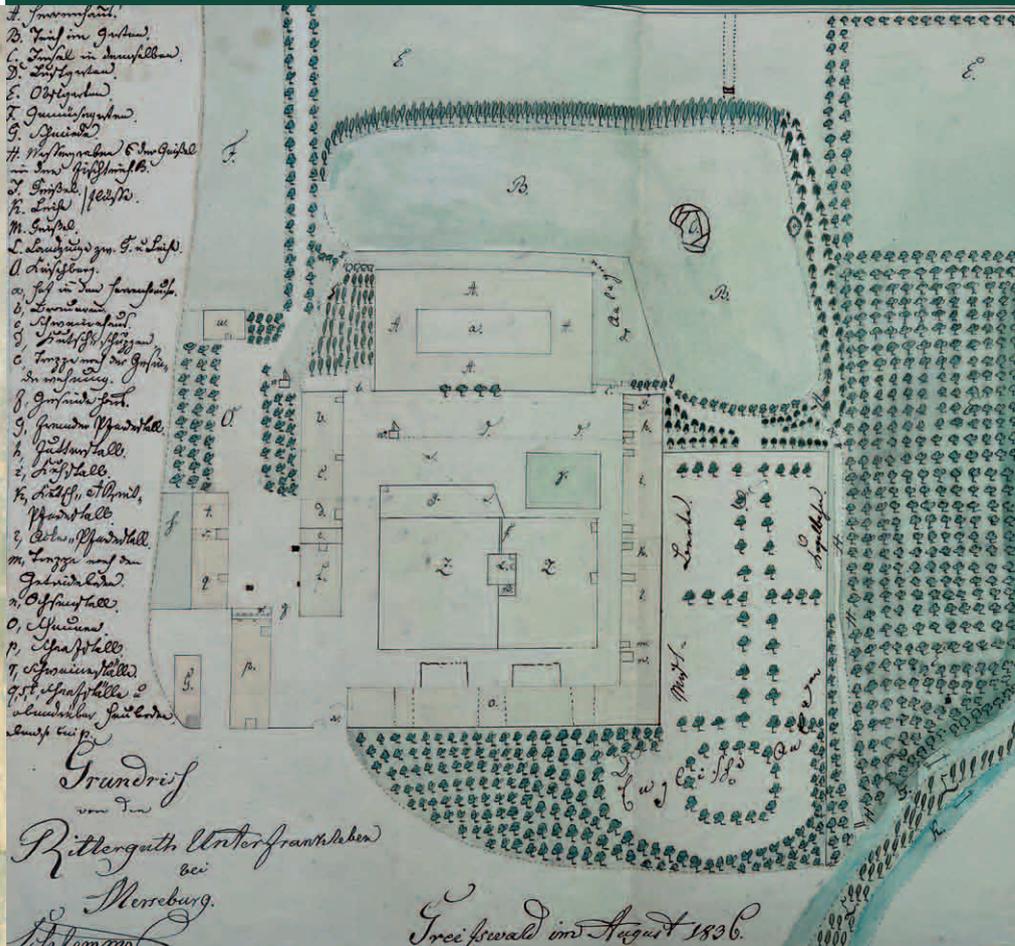
... oder einfach den QR-Code scannen.

Abbildungen Außenumschlag hinten (linke Spalte):

- Herbarium Pictum Harbecense, Bermudische Zeder (LASA, H 95, Nr. 1868)
- Grundriss des Rinderstalls vom Apenburger Hof, 1747 (LASA, H 22, III Nr. 569 a)

Abbildungen Außenumschlag hinten (rechte Spalte):

- Grundriss des Ritterguts Unterfrankleben, 1836 (LASA, H 71 Gutsarchiv Frankleben, Nr. 126, Bl. 2)
- Luftbildaufnahme des Werksgeländes in Senftenberg, ohne Datumsangabe (LASA, F 1, Nr. 256)



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für Inneres und Sport